

Sozialarbeit in Polen im Spannungsfeld der Systemtransformationsprozesse nach 1989

Inauguraldissertation

Zur Erlangung des Akademischen Grades

eines Dr. phil.,

vorgelegt dem Fachbereich 11

Philosophie/Pädagogik

der Johannes Gutenberg-Universität

Mainz

von

Ewa Schmied

Mainz

April 2001

Referent: Prof. Franz Hamburger

Korreferent: Prof. Friedrich W. Kron

Tag des Prüfungskolloquiums: 23.01.2002

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	7
1.1	Einordnung der Problemstellung und Zielsetzung	7
1.2	Aufbau der Untersuchung	13
2.	Zu methodischen Fragen der Untersuchung	16
2.1	Bedeutung und Besonderheiten des internationalen Vergleichs	16
2.1.1	Das heuristische Dilemma	22
2.1.2	Die pragmatischen Hindernisse	27
2.2	Zum methodischen Vorgehen der Untersuchung	30
2.2.1	Untersuchungsperspektive der Mehr-Ebenen-Analyse	32
2.2.2	Zum Verständnis des Systembegriffs in der Untersuchung	35
2.2.3	Zur Bedeutung der intermediären Systeme	40

3.	Die Systemtransformationsprozesse in Mittel- und Osteuropa im sozialwissenschaftlichen Diskurs	44
3.1	Das Dilemma der Gleichzeitigkeit der Systemtransformationsprozesse	52
3.2	Zivilgesellschaft in der Transformationsdiskussion	58
4.	Sozioökonomische Bedeutung der Transformation	69
4.1	Polens Weg im Transformationsprozeß	69
4.2	Das Polnische Transformationskonzept der „Schocktherapie“	74
4.3	Soziale Kosten der Systemtransformation	84
4.3.1	Problem der Arbeitslosigkeit	91
4.3.2	Transformation als Auslöser eines sozialen Nachfragesogs	99
5.	Grundlagen der sozialpolitischen Weichenstellung im Transformationsprozeß	104
5.1	Zentrale Bedeutung der Sozialpolitik und Sozialarbeit im Transformationsprozeß Polens	104

5.2	Die sozialpolitische Erbschaft des alten Systems	107
5.3	Probleme der sozialen Sicherungssysteme in Polen	114
5.4	Reform des Sozialhilfesystems	119
5.4.1	Das System der Sozialen Fürsorge vor 1990	121
5.4.2	Das Sozialhilfegesetz vom 29.11.1990 und das neue Verständnis von Sozialarbeit	128
5.5	Sozialarbeit als ziviles Projekt	136
6.	„Kondition“ der postkommunistischen Gesellschaft	145
6.1	Das gesellschaftliche Bewußtsein angesichts der Transformationsprozesse	146
6.2	Der „Staat-Gesellschaft-Antagonismus“ als Erfahrung der etatistischen Gesellschaft des Realsozialismus	154
6.3	Dilemma der Zivilgesellschaft in Polen	163
7.	Intermediäre Organisationen als neue Akteure der Sozialarbeit im Transformationsprozeß	171
7.1	Internationale Forschung zum intermediären Bereich	173
7.2	Zur Definition der intermediären Organisationen In Polen	181

7.3	Tradition der intermediären Organisationen in Polen	184
7.3	Entwicklung der intermediären Nicht-Regierungsorganisationen der Sozialarbeit unter besonderer Berücksichtigung des Zeitraumes zwischen 1989 und 1995	188
8.	Transformation in der Sozialarbeiterausbildung	214
8.1	Das polnische Bildungssystem und die Herausforderung der Systemtransformation	216
8.2	Entwicklung der Sozialarbeiterausbildung in Polen	227
8.3	Reformansätze zur Sozialarbeiterausbildung am Beispiel der Postlyzealen Schulen der Sozialen Dienste	231
9.	Resümee	248
	LITERATURVERZEICHNIS	258

Einleitung

„Die Demokratie ist sicher besser als keine Demokratie, wie eine Kerze besser ist als tiefe Finsternis.

Aber das bedeutet gar nicht, daß die Kerze genügt, um uns die Wege des Lebens zu erhellen.“

Andrzej Szczypiorski

Einige Gedanken zu Demokratie und Freiheit in Ost und West, 1998.

1.1 Einordnung der Problemstellung und Zielsetzung

Das Jahr 1989 stellte die polnische Gesellschaft vor eine schwierige Bewährungsprobe. Die zerstörerischen Effekte des Zusammenbruchs des alten sozialistischen Systems mußten gleichzeitig mit der Anstrengung des schöpferischen Aufbaus neuer gesellschaftlicher Strukturen bewältigt werden.

In den ersten Jahren der polnischen Systemtransformation standen vor allem wirtschaftspolitische Aspekte, insbesondere die Schaffung demokratisch-pluralistischer und marktwirtschaftlicher Strukturen, im Vordergrund. Erst mit den wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten und politischen Instabilitäten des Transformationsprozesses ist die Bedeutung der sozio-ökonomischen und sozio-kulturellen Dimension der Systemtransformation offensichtlich geworden. Eine wichtige Rolle kam dabei auch dem tragfähigen Konzept der sozialpolitischen Regulierung und seinen Instrumenten der sozialen Sicherung zu.

Das Jahr 1989 bedeutete auch in sozialpolitischer Hinsicht einen Wendepunkt. Der Systemwechsel von 1989 enthielt neben der Entscheidung für das effizientere politische und wirtschaftliche Allokationssystem auch die Neuformulierung des Gerechtigkeitsprinzips. Für die Sozialpolitik und die

Sozialarbeit bedeutet das eine Neuformulierung des Staat-Bürger-Verhältnisses und ein paradigmatischer Wechsel vom "sozialistischen Paternalismus" zur "unterstützenden Sozialarbeit" im Sinne der "Hilfe zur Selbsthilfe". Damit geht die Notwendigkeit einher, ein System von korporativen Akteuren, ein System von Finanzierungsregeln und ein separates institutionelles Netz von dezentral gesteuerten, komplementären und spezialisierten Agenturen für die soziale Sicherung zu schaffen. So soll im Bereich des Sozialwesens nicht allein der Staat gefordert sein, sondern auch das Entfaltungspotential für staatsfreie Akteure mobilisiert werden.

Diese neue ideologische Bestimmung der Sozialarbeit und somit die Verschiebung der Kompetenzen und der Verantwortung vom Staat zu den Bürgern stellt neben den neuen organisatorisch-strukturellen Anforderungen auch Fragen nach den kollektiven Identitäten und zivilgesellschaftlichen Handlungspotentialen der sozialen Akteure, wie beispielsweise Eigeninitiative und Selbstverantwortung. Dabei wird eine grundlegende Rolle für die Stabilisierung der Demokratisierungsprozesse den vielfältigen Formen der intermediären Interessenvermittlung zwischen Gesellschaft und Staat zugesprochen. Eine vitale Zivilgesellschaft und ihre partizipatorische Legitimierung sollen das Fundament des neuen Systems bilden.

Dieser programmatischen Ebene der polnischen Systemtransformation steht eine soziale Wirklichkeit des Transformationsalltags gegenüber. Die Konfrontation ideologischer Ziele der Systemtransformation mit der realen Kondition der postkommunistischen Gesellschaft Polens bildet eines der wesentlichen Spannungsfelder der polnischen Systemtransformation.

Das gesamte Erkenntnisinteresse der Studie erstreckt sich in einem Spannungsfeld zwischen Idee und Wirklichkeit der polnischen Systemtransformation. Diese Spannung beeinflusst auch den Neugestaltungsprozeß der Sozialarbeit, indem die konzeptionellen Zielvorstellungen der Sozialpolitik und der Sozialarbeit mit der sozialen Realität der Transformationszeit konfrontiert werden.

In der vorliegenden Arbeit soll eine Analyse der Entwicklungen in der polnischen Sozialarbeit angesichts der Prozesse der Systemtransformation nach 1989 erfolgen. Dabei ist die Frage nach der Interdependenz der Systemveränderungen und der Struktur und Funktion der polnischen Sozialarbeit von zentraler Bedeutung.

Die Grundfrage nach den gesellschaftlichen Bedingungen der Entwicklung der Sozialarbeit schließt Fragen nach den sozialpolitischen Zielen, Instrumenten sowie den präferierten Entwicklungsstrategien mit ein.

Vor diesem Hintergrund soll auch der Stellenwert des intermediären Bereichs in der Sozialarbeit untersucht werden. Hier wird insbesondere das Problem der institutionell-organisatorischen Ausrichtung der Sozialarbeit unter neuen Systembedingungen sowie des gesellschaftlichen Kräftepotentials für die angestrebten Ziele der Sozialarbeit reflektiert.

Im Hinblick auf die Entwicklungsperspektive der polnischen Sozialarbeit soll in der Untersuchung auch der Frage nachgegangen werden, inwieweit die neuen konzeptionellen Prämissen der Sozialarbeit und das daraus folgende Berufsverständnis ihre Widerspiegelung in dem Professionalisierungskonzept der Sozialarbeit findet. Diese Forschungsfrage wird präzisiert, indem das reformierte Ausbildungskonzept unter dem Aspekt des präferierten Professionalisierungsprofils untersucht wird.

Da der spannungsreiche Reformprozeß in Polen bis heute noch im Fluß ist und von Merkmalen eines zum Teil widerspruchsvollen „Suchprozesses“ gekennzeichnet ist, wird eine systematische Ausarbeitung erschwert. Die Untersuchung verfolgt jedoch primär ein problembezogenes Interesse mit dem Ziel, angesichts der aktuellen Übergangsdynamik der Transformationsperiode bestimmte Eckpunkte und Entwicklungstendenzen aufzuzeigen, die den Weg zu einem neuen Modell der Sozialarbeit in Polen markieren.

Die Komplexität der Systemtransformationsprozesse erfordert eine breite Problembetrachtung. In diesem Sinne wird in der Untersuchung eine doppelte Forschungsperspektive angenommen. Zum einen richtet sich das Untersuchungsinteresse auf die aktive Rolle der Sozialarbeit als "Akteur"

beziehungsweise Summe der sozialen Akteure in der Systemtransformation. Sozialarbeit wird dabei als Subjekt der Prozesse betrachtet und unter dem Gesichtspunkt ihres Beitrags zur Institutionalisierung und Konsolidierung des neuen Gesellschaftssystems analysiert.

Zum anderen wird Sozialarbeit unter der Objektperspektive untersucht, das heißt als eine sich im Zuge der Systemtransformation verändernde Organisationsstruktur. Durch die Mehr-Ebenen-Analyse der vergleichenden Forschung soll der Versuch unternommen werden, die Interdependenz von Strukturen und Akteurskonstellationen methodisch zu fassen.

Die Darstellung des nationalen Systems der Sozialarbeit in ihrer funktionalen Differenzierung im Bereich der intermediären Organisationen (pragmatisch-praxisorientierter Beitrag) soll durch eine systematische Analyse unter Einbeziehung des gesellschaftlichen Kontextes vertieft werden. Dabei wird ein synthetisierender Analysevorgang angestrebt, der die systemtheoretischen und handlungstheoretischen Elemente zu verknüpfen versucht.

Ein wichtiger methodisch-theoretischer Bezugspunkt dieser Studie besteht darin, daß man die Transformationsprozesse in Polen aus einem historischen Gesamtzusammenhang betrachtet. Dementsprechend geht die differenzierende Analyse des Einzelaspektes von den allgemeinen Bedingungen aus, welche die spezifischen historischen Ausgangsbedingungen der vorangegangenen "realsozialistischen Phase" sowie die grundlegenden Reformstrategien mit berücksichtigen. Konkret sind vor allem die ökonomischen, politisch-ideologischen und bewußtseinsmäßigen Entwicklungen, die den aktuellen Transformationsprozeß in Polen prägen, in Betracht gezogen worden.

Erweitert wird diese Perspektive durch den Bezug auf die aktuelle Diskussion der sozialwissenschaftlichen Transformationsforschung zu Fragen der Zivilgesellschaft. Durch die Skizzierung des theoretischen Rahmens der Forschung zum intermediären Bereich kann auch der Anschluß an die international geführte Debatte um die Gestalt des demokratischen Sozialstaates hergestellt werden.

Vor dem Hintergrund dieser Gedanken soll der zentralen Frage nach dem „Entwicklungsszenario“ der Sozialarbeit im postsozialistischen Polen nachgegangen werden. Fokussiert wird der Zeitraum von 1989 bis zum Jahr 1995. Diese Zeitspanne wird jedoch immer dann überschritten, wenn die zum Problemverständnis notwendigen Hintergrundfaktoren, wie die spezifischen historischen Ausgangsbedingungen und die grundlegenden Reformstrategien, dargelegt werden.

Bei der Darstellung der allgemeinen historischen Entwicklung Polens vor und während der Transformationszeit kann auf eine inzwischen recht große Zahl von Untersuchungen der polnisch-, deutsch- und englischsprachigen Fachliteratur zurückgegriffen werden. Dabei überwiegen jedoch die Publikationen, die sich mit politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen beschäftigen.

Demgegenüber ist die Entwicklung der Sozialpolitik und der Sozialarbeit bislang nur wenig untersucht worden. Aus der Zeit des sogenannten "Realsozialismus" liegen nur vereinzelte Publikationen vor, die auch im Hinblick auf ihre ideologische "Befangenheit" überprüft werden müssen. Daten zu den sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen der Transformationsprozesse wurden für die vorliegende Studie teils den amtlichen Statistiken und teils der sozialwissenschaftlichen Fachliteratur entnommen.

Die in dieser Untersuchung vorgenommene Analyse der Entwicklungen in der Sozialarbeit während der Transformationszeit stützt sich auf eine breite und sehr vielfältige Materialbasis. Der institutionelle Aufschwung, den die Sozialarbeit mit dem Übergang zur Demokratie erlebte, wurde in Polen von einer Publikationsflut begleitet. Es erschienen zahlreiche Zeitschriftenartikel, Buch- und Dokumentationsreihen, Kongreßberichte und Selbstdarstellungen der neu entstandenen Institutionen. Diese Publikationen geben jedoch nur einen partiellen Einblick in verschiedene Aspekte der Sozialarbeit. Veröffentlichungen, die ein übergreifendes, analytisches Ziel verfolgen, sind kaum vorzufinden.

Die in der Arbeit vorgenommene Analyse der Entwicklung der intermediären Organisationen der Sozialarbeit basiert überwiegend auf den empirischen Daten, die im Rahmen einer landesweit angelegten Umfrageuntersuchung an circa 12.000 intermediären Organisationen in Polen im Zeitraum von Mai 1994 bis Mai 1995 erhoben wurden.

Diese Studie stellt die erste und bislang einzige Untersuchung dieses Umfangs über die intermediären Organisationen in Polen dar. Durch die Analyse der Daten wurden in der vorliegenden Arbeit die Angaben zu den intermediären Organisationen auf dem Gebiet der Sozialarbeit klassifiziert und unter ausgewählten Gesichtspunkten betrachtet.

Bezüglich der beruflichen Situation und der Ausbildung in der Sozialarbeit waren auch keine systematischen Studien vorzufinden. Die Angaben stützen sich hier in erster Linie auf die Analyse von Ausbildungskonzepten, Lehrplänen und statistischen Daten, die über verschiedene Ausbildungsinstitutionen vorliegen.

Eine wichtige Erkenntnisquelle für die vorliegende Analyse waren auch die Experteninterviews mit Vertreterinnen der Forschung, der Bildungspolitik, der Schulpraxis und nicht zuletzt mit den Praktikerinnen der Sozialarbeit, die während der Feldstudien in Polen durchgeführt wurden. Auch die Hospitationen der Einrichtungen der Sozialarbeit und der Ausbildungsinstitutionen trugen wesentlich zur Erweiterung des Erkenntnisgewinnes dieser Studie bei.

Die vorliegende Arbeit ist mit ihrem Vorhaben, die Entwicklungen in der polnischen Sozialarbeit im Bedingungs Zusammenhang der gesamtgesellschaftlichen Transformationsprozesse darzustellen, bemüht, dem bestehenden Forschungsbedarf an systematischen, gesellschaftsübergreifenden und interdisziplinären Arbeiten Rechnung zu tragen.

Neu angesichts des bestehenden Forschungsstands ist die Analyse der Transformationsprozesse im breiten gesellschaftlichen Kontext und unter Berücksichtigung der Entwicklungen und der daraus folgenden Interdependenzen des vorangegangenen Gesellschaftssystems.

Eine Besonderheit stellt auch die länderübergreifende Betrachtung der Probleme der polnischen Systemtransformation und in diesem Zusam-

menhang die Analyse der globalen Verflechtung der Prozesse in der polnischen Sozialarbeit dar. Mit diesen Zielen versucht die vorliegende Arbeit zur Erweiterung des pädagogischen Diskursspektrums auf dem Gebiet der vergleichenden Forschung beizutragen und einen erkennbaren Erkenntnisfortschritt zu erzielen.

1.2 Aufbau der Untersuchung

Die Systematik der Arbeit stützt sich in 9 Kapiteln auf folgende Vorgehensweise:

Zunächst werden nach der Einordnung der Problemstellung und der Darlegung der Zielsetzung in **Kapitel 2** die methodischen Fragen dieser Untersuchung behandelt. Dabei werden die Bedeutung und die Besonderheiten des internationalen Vergleichs diskutiert und das methodische Vorgehen dieser Untersuchung vorgestellt.

Kapitel 3 ist der Darstellung des Diskussionsstandes der sozialwissenschaftlichen Forschung über die Systemtransformationsprozesse in Mittel- und Osteuropa gewidmet. Hierbei wird besonders das Problem der gleichzeitigen Transformation von wirtschaftlichen, politischen und sozialen Strukturen hervorgehoben.

Gesondert wird das Konzept der Zivilgesellschaft in der Transformationsforschung betrachtet und hinsichtlich der Spezifika der Transformationsprozesse einer kritischen Würdigung unterzogen.

In **Kapitel 4** werden die sozioökonomischen Bedingungen der Systemtransformation in Polen behandelt. Nach einer kurzen Schilderung des polnischen Weges im Transformationsprozeß werden die daraus resultierenden sozialen Kosten der Umwandlungsprozesse aufgezeigt. Die weitreichende Pauperisierung der Gesellschaft und insbesondere das Problem der Massenarbeitslosigkeit werden als zentrale soziale Probleme der Transformationszeit in den Vordergrund der Betrachtung gestellt.

Im Zusammenhang mit den sozialen Folgen der Systemtransformation wird in **Kapitel 5** die zentrale Bedeutung der Sozialpolitik und Sozialarbeit für den Transformationsprozeß dargestellt. Zunächst werden dem Verständnis von Sozialpolitik im vorangegangenen Gesellschaftssystem die Grundlagen der neuen sozialpolitischen Konzeption gegenübergestellt. Nach einem kurzen Rückblick auf das System der sozialen Fürsorge vor 1990 werden im weiteren Verlauf des fünften Kapitels die Zielrichtung der Organisationsreformen aufgezeigt und einige Aspekte des neuen Sozialhilfesystems vorgestellt und im Hinblick auf das gewandelte Verständnis von Sozialarbeit diskutiert.

Im Zentrum des Interesses von **Kapitel 6** stehen Fragen nach den individuellen und kollektiven Handlungsdispositionen der sozialen Akteure der postkommunistischen Gesellschaft Polens. Hier wird der Versuch unternommen, einige Merkmale des sozialen Bewußtseins der polnischen Gesellschaft der Transformationszeit aufzuzeigen. Dabei werden einige Eckpunkte der sozialistischen Sozialisationserfahrung in Erinnerung gerufen und vor diesem Hintergrund die möglichen Implikationen für die Transformationsprozesse reflektiert.

In diesem Zusammenhang wird das Problem der Zivilgesellschaft in Polen mit besonderer Aufmerksamkeit betrachtet. Dieses Thema wird zuerst vom Standpunkt seiner Ideengeschichte beleuchtet. Danach wird das spezifisch polnische Verständnis von Zivilgesellschaft unterschieden und im Hinblick auf den Wandel der Transformationsprozesse bedacht. Im weiteren Abschnitt dieses Kapitels werden Möglichkeiten für die Formen der gesellschaftlichen Selbstorganisation diskutiert und dabei die Rolle der Sozialarbeit hervorgehoben.

In **Kapitel 7** wird die Entwicklung der intermediären Organisationen als einem neuen Akteur der polnischen Sozialarbeit untersucht. Die Situation der intermediären Organisationen in Polen wird vor dem Hintergrund der Schwerpunkte der internationalen Forschung zu diesem Bereich dargestellt. Nach einer Schilderung der Tradition dieser Organisationen in Polen

vor 1989 erfolgt die Analyse ausgewählter Aspekte in der Entwicklung dieser Organisationen im Zeitraum von 1989 bis 1995. Hier wird insbesondere der Einfluß der gesellschaftlichen Umwandlungsprozesse auf die Entwicklung dieser Organisationen reflektiert.

Kapitel 8 bietet einen Überblick über die Entwicklung der Sozialarbeiterausbildung in Polen. Zu Beginn des Kapitels werden die wichtigsten Schritte der Bildungsgeschichte Polens sowie die wesentlichen Reformziele nach dem gesellschaftlichen Umbruch von 1989 nachgezeichnet. Vor diesem Hintergrund werden die aktuellen Entwicklungen in der Ausbildung der Sozialarbeit und die angestrebten Reformbemühungen untersucht. Ein besonderes Augenmerk wird dabei auf die Berufsmittelschulen der Sozialarbeit gelegt. Am Beispiel des neuen Lehrprogramms für die Postlyzealen Schulen der Sozialen Dienste (*Szkoly Policealne Sluzb Spolecznych*) werden die Grundfragen des zukünftigen Ausbildungsmodells der polnischen Sozialarbeit diskutiert.

Zum Schluß werden in **Kapitel 9** die Ergebnisse der Untersuchung zusammengefaßt und einer abschließenden Interpretation unterzogen. Dabei wird insbesondere auf den Wirkungszusammenhang von gesellschaftlicher Transformation und der Gestaltung polnischer Sozialarbeit und die damit verbundenen Dilemmata eingegangen.

2. Zu methodischen Fragen der Untersuchung

2.1 Bedeutung und Besonderheiten des internationalen Vergleichs

Die gegenwärtig zunehmende Internationalisierung sozialer Probleme erhebt die internationale beziehungsweise interkulturelle Problembetrachtung zu einem konstitutiven Faktor der erziehungswissenschaftlichen Forschung. Obwohl der vergleichende Ansatz als ein wichtiges und anerkanntes methodisches Werkzeug der Erziehungswissenschaft gilt, ist die Vergleichende Erziehungswissenschaft ein Fach "mit langer Vergangenheit, doch kurzer Geschichte".¹

Die Geschichte der Vergleichenden Erziehungswissenschaft wird oft als Entwicklung von einer "bloß deskriptiven", über die Fragen der Erziehung und Bildung anderer Länder oder Regionen informierenden "Auslandspädagogik", zu einer zunehmend analytisch-explikativen Erziehungswissenschaft beschrieben, die von einem auf analytische Einsicht abzielenden "vergleichenden Beziehungsdenken" geleitet wird.²

Die so formulierte Aufgabenumschreibung läßt auch die praktische Relevanz der vergleichenden Ansätze nicht mehr in der instrumentellen, selektiven Nutzung des "Auslands als Argument"³, sondern insbesondere im Hinblick auf ihren Beitrag zur Erweiterung des pädagogischen Diskurspektrums erscheinen.

Dabei wird der Zweck der vergleichenden Betrachtung als "Herausstellung international gemeinsamer pädagogischer Probleme, Ideen und Strömungen" und die komparative Methode als Verfahren zur "Erkenntnis allgemeiner pädagogischer Gesetzmäßigkeiten" verstanden.⁴

¹ Schriewer 1982, S. 186.

² Ebd., S. 223.

³ Vgl. Zymek 1975.

⁴ Schriewer 1994, S. 430.

Der praktische Ertrag der Vergleichenden Erziehungswissenschaft liegt so vorwiegend in der "Schärfung eines internationalen Problembewußtseins zwecks Erweiterung des denkbaren Handlungsspektrums".⁵

Dieser praktische Imperativ fordert die vergleichende Untersuchung auf, über die deskriptive Länderspezialisierung hinauszugehen und länderübergreifend "nach gedanklichen Zusammenhängen von Problemen"⁶ zu suchen. Erst der gemeinsame Interpretationshorizont und das Herstellen von einem internationalen "vergleichenden Beziehungsdenken" ermöglicht es, die sozialen Probleme in grenzüberschreitende Organisationsmodelle oder Problemlösungsmuster zu erfassen.

Dabei liegt die entscheidende Schwierigkeit darin, "einen Auslegungsprozeß zwischen verschiedenen Traditionszusammenhängen in Gang zu setzen und unterschiedliche Perspektiven in einen Interaktionsprozeß zu verwickeln, in dem Fremdes und Eigenes sich wechselseitig relativieren und bestimmen."⁷

So gesehen enthält der internationale oder interkulturelle Vergleich die herausfordernde integrierende Aufgabe, die umspannenden Interaktions- und Austauschbeziehungen in einem problembezogenen, grenzüberschreitenden erziehungswissenschaftlichen Diskurs zu erfassen und darüber hinaus praxisbezogene Implikationen zu erschließen.

Eine zusätzliche Brisanz enthält diese integrierende Zielsetzung der vergleichenden Betrachtung der Erziehungswissenschaft angesichts der fortschreitenden Globalisierung und Transnationalisierungsprozesse im Zuge der europäischen Integration. Die gegenwärtige Debatte über die transnationale Herausforderung Europas sowie nicht zuletzt die konkreten politischen Schritte der Osterweiterung der Europäischen Union machen neue Untersuchungskonzepte für die Erfassung und Interpretation der europäischen Prozesse notwendig.

Sie stellen auch besondere Anforderungen an die sozialwissenschaftlichen Forschungsmethoden. Dies soll insbesondere für die Komparatisten

⁵ Busch 1991, S. 11.

⁶ Schriewer 1982, S. 201.

⁷ Schubert 1997, S. 43.

als eine Herausforderung gelten, begleitend zu der Konzeptualisierung europäischer Integration über die vergleichende Methode nachzudenken und den eigenen Beitrag zur Analyse globaler Verflechtung und der europäischen Integration hervorzuheben und weiterzuentwickeln.

Aus dieser Perspektive gesehen, klingt die Feststellung, die Systemtransformationsprozesse in Polen nicht als isolierte, landesspezifische Erscheinung zu betrachten, sondern auf die gesamteuropäische Prozesse zu beziehen, schon fast wie eine Selbstverständlichkeit. Diese ist jedoch nur scheinbar. Die langandauernde Kluft zwischen Ost und West hinterließ tiefe Spuren, die eine offene Betrachtung erschweren. Über vierzig Jahre lang hatten der "Eiserne Vorhang" und die Spaltung Europas in zwei sozioökonomische und politische Systeme die Vielfalt der europäischen Großregionen und Nationen in der Logik der Ost-West-Konfrontation einer Vereinheitlichungstendenz unterworfen und "Osteuropa" den Charakter eines strukturell-politisch, wirtschaftsorganisatorisch und außenpolitisch einheitlichen Blocks annehmen lassen.

Erst nach dem Zusammenbruch des kommunistischen und sowjetischen Systems wurde die Vielfalt der nationalen, sozialen, ökonomischen und kulturellen Strukturen wieder deutlich. Die politisch-ideologische Blockvereinheitlichung unter kommunistischer Herrschaft hat aber als Erbschaft ein verzerrtes Netz der internationalen Beziehungen hinterlassen.

Obwohl die Vergleichende Erziehungswissenschaft der Bundesrepublik Deutschland, was in der Abgrenzung zu anderen Ländern als eine Besonderheit festzuhalten ist, ihr Interesse an der Vermittlungsfunktion schon seit Mitte der sechziger Jahre in der Erweiterung ihres Diskurses auf die Auseinandersetzung mit sogenannten sozialistischen Gesellschaften bekundet hat und im beachtlichen Maße ihre Aufmerksamkeit den speziellen Fragen von Bildung und Erziehung in osteuropäischen Länder und in der DDR gewidmet hat, blieben jedoch die als intra- und intersystemare Vergleiche angelegten Untersuchungen auch hier nicht vor den Schwierigkeiten der ideologischen und politischen Verzerrungen verschont.

Die Aufarbeitung der Ost-West-Divergenz kann so angesichts des Imperatives einer gesamteuropäischen postkommunistischen Integration als

die wichtigste und zugleich aber wohl als die schwierigste Herausforderung der Vergleichenden Erziehungswissenschaft angesehen werden. Dabei müssen diese Konvergenzbestrebungen durch eine geradezu schon "dialektisch" zu nennende Verschränkung von länderspezifischer Vielfalt und transnationaler Einheitsbestrebung relativiert werden.

Die besondere Dialektik von Vielfalt und Einheit erzeugt ein komplexes Interdependenzverhältnis der europäischen Integrationsprozesse. Teilt man die Meinung, daß die europäische Identität über die Wahrnehmung der Diversität führen muß, ist die Beachtung der Vielfalt als die Voraussetzung der Einheit zu sehen. Das im Vertrag von Maastricht erneuerte und verstärkte Subsidiaritätsprinzip kann auch in diesem Sinne als ein tieferes Verständnis der Dialektik von Einheit in der Vielfalt interpretiert werden.

Dieses Verständnis ist auch in methodischer Hinsicht ein wichtiger Wegweiser. Um die Elemente der Einheit in der Vielfalt verstehen zu können und um oberflächliche Fehltritte zu vermeiden, bedarf es differenzierter Analysen der länderspezifischen Entwicklungen. Die Schwierigkeiten und Chancen, die mittel- und osteuropäischen Transformationsländer ins gesamteuropäische System zu integrieren, lassen sich nur adäquat einschätzen, wenn man zuvor ein gutes Verständnis von den postkommunistischen Prozessen innerhalb der Länder entwickelt hat.

Unter diesem Gesichtspunkt steht so zunächst die idiographische Funktion des internationalen Vergleiches im Vordergrund.⁸ Die genaue idiographische Analyse erweist sich so als Voraussetzung, um nach länderübergreifenden Bedingungs- und Wirkungszusammenhängen zu suchen und zum tieferen Verständnis der Prozesse zu gelangen. Auf der Erkenntnisebene erhält so die Dialektik von Vielfalt und Einheit eine neue Dimension: "Man kann die tiefere Gemeinsamkeiten nur dann richtig erkennen, wenn man zuvor die kulturellen Unterschiede differenziert wahrgenommen

⁸ Die idiographische Funktion ist die historisch älteste wissenschaftliche Funktion der vergleichenden Pädagogik. Der Vergleich soll hier dazu dienen, das Besondere, Einmalige in den zu untersuchenden Phänomenen zu erkennen und zu erklären. Hörner nennt neben der idiographischen Funktion noch drei weitere Funktionen des Verglei-

hat."⁹ Die Unterschiede kann man aber wiederum nur dann feststellen, wenn man allgemeine Kriterien formuliert hat, worauf hin Unterschiede festgestellt werden sollen.¹⁰

Diese Feststellung soll jedoch nicht von der Suche nach länderübergreifenden Wirkungszusammenhängen und theoretischen Bezugssystemen abhalten. "Entscheidend für die methodische Qualität der vergleichenden Untersuchungen ist nicht die Dimensionierung der Untersuchungsgegenstände - also nicht, ob es sich um einen "expliziten" oder einen "impliziten" Vergleich handelt -, sondern ob und inwieweit die Probleme des "Vergleichens", der bewußten und reflektierten Auseinandersetzung mit den fremden und den eigenen Standpunkten, in die Untersuchung eingegangen sind."¹¹

Auch diese Arbeit verfolgt auf der methodologischen Ebene ein doppeltes Ziel. Die Untersuchung ist eine differenzierte Länderstudie mit einer vorwiegend idiographischen Funktion. Die Darstellung bestimmter Entwicklungstendenzen in der polnischen Sozialarbeit im Kontext des Bedingungs-zusammenhangs der Systemtransformation ist ihr primäres Ziel.

Darüber hinaus wird in der Untersuchung versucht, der geschilderten theoretischen und praktischen Herausforderung der Internationalisierung folgend die Untersuchungsperspektive bewußt über die Grenzen des untersuchten Landes auszuweiten.

Die Fokussierung des Forschungsinteresses auf die intermediären Organisationen der polnischen Sozialarbeit macht eine Einbindung in die allgemeine sozialtheoretische Diskussion über die Rolle der Organisationen jenseits von Staat und Markt in den Sozialsystemen der westlichen liberalen Demokratien möglich. Dabei kann der Systemwechsel und der Aufbau der liberal-demokratischen Strukturen in Polen auch für andere Län-

ches: die melioristische, die evolutionistische und die experimentelle Funktion. Vgl. dazu Hörner 1993, S. 6 ff.

⁹ Hörner 1996, S. 25.

¹⁰ Die Probleme der verschiedenen Dimensionen des „Vergleichens“ und der „*tertia comparationis*“ werden im folgenden Kapitel 2.1.1 vertieft.

¹¹ Schubert 1997, S. 43.

der als ein Impuls verstanden werden, das Bürger-Staat-Verhältnis im Hinblick auf seine sozialpolitische Implikationen zu reflektieren.

In diesem Sinne werden die intermediären Organisationen der polnischen Sozialarbeit in dieser Studie einerseits als ein nationaler Akteur begriffen, der in einem bestimmten Gesellschaftssystem agiert. Andererseits werden sie aus der methodisch-begrifflichen Perspektive als ein transnationaler Akteur verstanden und vor dem Hintergrund der internationalen Diskussion über das Konzept des intermediären Bereiches in der Sozialarbeit reflektiert.

Die Betrachtung der intermediären Organisationen als ein transnationaler Akteur kann so eine Brückenfunktion schaffen auf dem Weg zu einem gemeinsamen "Sozialen Europa" und dieser populären Parole einen realen Inhalt zu verleihen.

Die Absicht der "Brückenfunktion" verbirgt sich auch hinter der persönlichen Motivation der Autorin für diese Arbeit. Die Verfasserin nimmt in dieser Untersuchung eine "intermediäre" Stellung zwischen zwei Ländern, Polen und Deutschland, ein. Dabei werden die Entwicklungen in der Sozialarbeit in Polen, dem Herkunftsland der Verfasserin, aus der Perspektive von Deutschland, dem gegenwärtigen Wohnort, betrachtet. Das Kennenlernen der Gegebenheiten des anderen Landes sowie die Erkenntnisse über die gegenseitigen Anknüpfungspunkte bei der Betrachtung der sozialen Probleme können, so die Hoffnung der Autorin, Bausteine für eine neue europäische Perspektive bilden.

2.1.1 Das heuristische Dilemma

Die Bedeutung des Vergleichens als eine logische Operation ist nicht nur im wissenschaftlichen Erkenntnisvorgang, sondern in jedem kognitiven Vorgang fundamental.

"Sogar jede Alltagswahrnehmung ist an Vergleiche geknüpft: die Identifizierung eines Gegenstandes ist nur dadurch möglich, daß das Gehirn unwillkürlich das wahrgenommene Bild des Gegenstandes mit früher gesehenen Bildern und gelernten Konzepten vergleicht und aus der strukturellen Ähnlichkeit die Zugehörigkeit zur jeweiligen Kategorie von Gegenständen ableitet."¹²

Dabei kommt eine entscheidende Funktion dem Vergleich als Instrument der Klassifikation zu. So setzt jede Begriffsbildung, als Subsumtion von Phänomenen unter eine gemeinsame Klasse, Vergleiche voraus. Wo immer man also "mit Beispielen arbeitet, Analogien konstatiert, das simple Wort "auch" gebraucht - in allen diesen Fällen wird implizit auf Vergleiche zurückgegriffen."¹³

Eine vergleichende Klassifikation ist jedoch nicht eine mechanische Prozedur, sondern immer ein Entscheidungsprozeß. "Vergleichende Klassifikation ist so nichts anderes als ein Versuch, das Chaos des Vorgefundenen auf der Suche nach unbekanntem, systematischen Zusammenhängen zu strukturieren. Das Dilemma dieses ersten Schritts zeigt sich darin, daß die Suche nach Systematik einer vorgängigen Systematik immer schon bedarf."¹⁴

So wie jeder Vergleich eine Auseinandersetzung zwischen dem "Eigenen" und dem "Anderen", zwischen dem "Vertrauten" und dem "Fremden" ist, so ist auch jede Beschäftigung mit den Phänomenen des anderen, fremden Landes immer schon vergleichend. Beim Versuch, die fremde gesellschaftliche Realität zu beschreiben und zu analysieren, muß auf die eige-

¹² Hörner 1993, S. 4.

¹³ Berstecher 1970, S. 22.

¹⁴ Berstecher 1972, S. 287.

ne historisch-gesellschaftlich geprägte und kulturgebundene Terminologie zurückgegriffen werden, um "Fremdes" überhaupt zur Sprache bringen zu können.

Wie jeder Erkenntnisvorgang an Vergleiche geknüpft ist, so ist der internationale Vergleich als Methode der Erkenntnisgewinnung durch ein "doppeltes Vergleichen" gekennzeichnet. Die Bildung der "heimischen" Kategorien geht dem Prozeß des Erfassens der "fremden" Realität voraus. Auch eine Länderstudie versucht erst mit Hilfe "heimischer" Kategorien ihren "fremden" Untersuchungsgegenstand zu erfassen. Jeder Versuch, die Fülle des gesammelten Materials zu ordnen oder Teile durch Übersetzung zugänglich zu machen, setzt erst einmal Vorentscheidungen im Bereich der "heimischen" Kategorien voraus. Diese Kategorien müssen so präzisiert werden, daß sie als ein analytisches Raster die "fremde" Realität einfangen können und ein "zweites Vergleichen" hervorbringen.

So werden den Beobachtungen Namen zugeordnet und ihre Gleichheit beziehungsweise Unterschiedlichkeit im Hinblick auf bestimmte "*tertia comparationis*" festgestellt.

Die Herausstellung des "*tertium comparationis*" läßt sich als ein Kern des Vergleichens im Sinne seiner Voraussetzung, aber auch seiner Begrenzung begreifen. Das "*tertium comparationis*", verstanden als ein Vergleichspunkt oder eine Vergleichsgröße, legt jedoch immer schon fest, was für den Vergleich als wesentlich gilt und was verglichen wird. Dies führt zu Verzerrungen, indem nicht mehr Verschiedenes verglichen wird, sondern lediglich "eine Größe, die projektiv aus einem bestimmten gesellschaftlichen Zusammenhang abstrahiert und als 'theoretisches' Konstrukt universalisiert wird, in der Welt der Erscheinungen auf ihre Variationen hin überprüft wird."¹⁵ So wird in solch einem Vorgang nicht "verglichen", sondern eine "andere" Wirklichkeit konzeptuell an vertraute "angeglichen". Was nach einer solchen konzeptuellen Angleichung für das "Vergleichen" bleibt, ist die „Bestätigung der vollzogenen konzeptuellen `Angleichung`, mit der zugleich, was sich nicht fügt, in den Status einer Randdifferenz

¹⁵ Matthes 1992, S. 81.

versetzt wird."¹⁶ Der Vergleich droht so zu einer „Identifikation des Gleichen nach eigenem Maß“ degradiert zu werden.

Im Gegensatz dazu kann ein größerer heuristischer Wert aus einem "reziprok" angelegten Vergleich gewonnen werden, in dem das "Andere" nicht an das "Eigene" angeglichen wird, sondern das "Eigene" und das "Andere" sich im wechselseitigen Bezug konstituieren.

Der Weg zur Herstellung einer wechselseitigen Beziehung muß jedoch durch eine Wahrnehmungsweise angebahnt werden, die das "Andere" nicht als ein an das "Eigene" anzuleichendes Kontrast, sondern als seine Ergänzung und als eine andere Möglichkeit begreift.

In solch einem komplementären Verhältnis liegt jedoch das Ermitteln der Differenz vor der Suche nach einer strukturellen Ähnlichkeit und definitivischer Identität. Anstelle das "Andere" in die uns vertrauten "kulturellen Gußformen" zu gießen, läßt der Prozeß des Erweitern des Verständnisses über "das Fremde" die eigenen "Gußformen" schmelzen und zu neuen Formen werden. Erst über das Erweitern des Vorverständnisses über das "Fremde" wird es möglich, das "Eigene" zu erkennen und aus dieser Reflexion heraus für den Vergleich sinnvolle Kategorien zu bilden, die eben mehr sind als die Maßstäbe des Eigenen.

Diese Erkenntnis macht auch die Relevanz der hermeneutischen Methode für den interkulturellen Vergleich deutlich.

"Nur praktisches, durch Erfahrung gewonnenes Verständnis ermöglicht es, für verschiedene Länder die Ähnlichkeit gesellschaftlicher Interessenlagen, die Gleichgerichtetheit politischer Prozesse und damit erst die auf das jeweilige Problem bezogene Vergleichbarkeit dieser Länder zu beurteilen. Wenn man bedenkt, daß die hermeneutische Methode, auf internationale Vergleiche angewandt, ein weitreichendes Vorverständnis verschiedenster historischer, kultureller und sozio-ökonomischer Zusammenhänge verlangt, so wird deutlich, daß wissenschaftlich fruchtbare internationale Vergleiche andere, aus vorgängiger Erfahrung gesammelte Ver-

¹⁶ Ebd., S. 84.

gleiche immer schon voraussetzen. Bei der Wahl sinnvoller Vergleichskategorien, die den Anfangsschritt des vergleichenden Ansatzes markiert, müssen Fragen gelöst sein, die selbst schon zum Gegenstand der sich anschließenden vergleichenden Analyse gehören."¹⁷

Aus dieser Spielart des hermeneutischen Zirkels läßt sich auf eine besondere Relevanz differenzierter Länderstudien schließen, die durch ihren Beitrag zum "Vorverständnis" der komplexen Prozesse innerhalb eines Landes gleichzeitig auch die Ausgangsbasis für weitere Vergleiche bieten.¹⁸

Wenn man das hermeneutische Postulat lediglich als die Aufdeckung von "Sinnstrukturen" hinter der Vielfältigkeit der gesellschaftlichen Prozesse der zu vergleichenden Länder interpretiert, läßt sich auch durch die intendierte Dynamik eine Affinität zu der zuvor vorgeschlagenen reziproken Beziehung zwischen dem "Eigenen" und dem "Anderen" erkennen.¹⁹

Aber um neue Ebenen des "Vergleichens" zu ermitteln, muß zuerst das Mißverständnis von der Vergleichbarkeit zweier Objekte durch ihre strukturelle Ähnlichkeit ausgeräumt werden.

"Die Vergleichbarkeit zweier Objekte ist nicht durch ihre strukturelle Ähnlichkeit gegeben. Im logischen Sinn ist der Vergleich lediglich das Herstellen einer Beziehung zwischen zwei Größen, die nicht notwendigerweise mit der Feststellung der Ähnlichkeit enden muß, sondern selbstverständlich auch in ein Differenzurteil münden kann. Entgegen volkstümlicher Vorstellungen sind auch Äpfel und Birnen miteinander vergleichbar, wenn man ein sinnvolles Vergleichskriterium findet (z.B. Saftgehalt oder -

¹⁷ Berstecher bezeichnet im Anschluß an Kluckhohn das eigenartige Verhältnis von hermeneutischem Vorverständnis und vergleichender Analyse als "Paradox des vergleichenden Ansatzes", das er gleichzeitig als ein methodisches Kernproblem internationaler Vergleiche ansieht. Vgl. Berstecher 1970, S. 47f.

¹⁸ Die Funktion des Vergleiches als "indirektes Experiment" und Mittel zur Überprüfung der universellen Gültigkeit von Theorien in den Sozialwissenschaften wird seit Emile Durkheim in der soziologischen Forschung thematisiert. Vgl. Durkheim 1961, S. 205ff. Zur Rezeption dieses Gedankens in der Erziehungswissenschaft vgl. beispielsweise Berstecher 1972.

¹⁹ Nach diesem Verständnis tritt die Hermeneutik mit dem Anspruch auf, das episte-

als Differenzurteil - die Fruchtform). Die Abstraktionsebene des Vergleichskriteriums (*tertium comparationis*) ist kein Maßstab dafür, ob der Vergleich sinnvoll ist. Für Newton stellten - in bezug auf das *tertium comparationis* `Schwerkraft` - auch Äpfel und Planeten äußerst fruchtbare Vergleichsobjekte dar. Nimmt man, wie es in vergleichenden Disziplinen oft praktiziert wird, als Vergleichskriterium die Funktion, so erlaubt die Herstellung funktionaler Äquivalenzen auch die Gegenüberstellung von strukturell höchst Unterschiedlichem."²⁰

Die Hervorhebung der besonderen Rolle von Funktion als "*tertium comparationis*" erfordert jedoch die Verlegung des Interesses von der Feststellung der strukturellen Ähnlichkeit oder Differenz auf die Suche nach einer funktionalen Beziehung und der Feststellung einer funktionalen Äquivalenz zwischen den zu vergleichenden Phänomenen.

"Als `funktional äquivalent` werden nämlich zwei Dinge bezeichnet, wenn sie dasselbe Ziel erreichen, dasselbe Problem lösen, seien sie strukturell auch noch so heterogen".²¹

Als zentrale Prämisse für diesen methodischen Vorgang muß festgehalten werden, daß hier das "Gleichheitsurteil aus dem Objekt in die Relation verlegt wird".²² Im weiteren Sinne, bezogen auf den internationalen Vergleich, wird der Versuch unternommen, die "Relationen zwischen Relationen" zu ermitteln.²³

Die hier vorgeschlagene Umstellung von Kausal- auf Funktionalbeziehungen läßt auch den "Vergleich" breiter fassen und weniger als eine einmalige Operation, sondern eher als eine fortlaufende Tätigkeit begreifen. Dabei wird das ständige "Driften" zwischen der Ähnlichkeit und Differenz aus der vertikalen auf die horizontale Ebene der Relationen umgesteuert.

Um diesem "Relationsdenken des Vergleichens" gerecht zu werden, müßten jedoch die für den Untersuchungsgegenstand herangezogenen

mologische Dilemma der klasifikatorischen Vergleichsphase aufzulösen und objektive Erkenntnisse zu ermöglichen. Vgl. dazu: Bollnow, O.F.: "Zur Frage nach der Objektivität der Geisteswissenschaft" In: Oppolzer 1966, S. 53-79.

²⁰ Hörner 1996, S. 13f.

²¹ Ebd., S. 19f.

²² Luhmann 1968, S. 240.

²³ Luhmann 1984, S. 85.

Begrifflichkeiten im Hinblick auf ihre nationalen Zwänge relativiert und stärker in ihrem hypothetischen Charakter betont werden.

Auch das Verständnis von „*tertium comparationis*“ müsste aus ihren Zwängen als "Vergleichsgröße" oder "Vergleichspunkt" gelöst werden und eher als ein "Denkraum", aus dem Impulse zur "Erweiterung des internationalen Problembewußtseins" ausgehen, begriffen werden.

So angelegte methodische Versuche könnten zur Transzendierung der nationalen Ebene beitragen und das Erklimmen einer weiteren internationalen "Meta-Reflexion" des internationalen Vergleichens versprechen.²⁴

In Anlehnung an die dargestellten methodischen Überlegungen soll hier ein Plädoyer für ein offenes und dynamisches Verständnis des internationalen Vergleiches ausgesprochen werden. Demnach gilt auch für die vorliegende Untersuchung als ein methodischer Leitfaden, über das Erkennen der landesspezifischen Besonderheiten zur Entdeckung der länderübergreifenden gedanklichen Zusammenhänge und zur Herstellung der internationalen Relation beizutragen.

2.1.2 Die pragmatischen Hindernisse

Die vorliegende Länderstudie betrachtet die Entwicklungen in der polnischen Sozialarbeit der Transformationszeit aus der Perspektive des Auslands. Die theoretischen Bezugspunkte der Untersuchung sind an die Diskussion der Sozialarbeit in Deutschland geknüpft. Auch der Bezugsrahmen der Transformationsforschung ist eine theoretische Reflexion des Auslandes auf die gesellschaftlichen Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa.

Die hier eingenommene Forschungsperspektive entspricht aber nicht der Genese der Fragestellung dieser Untersuchung, die aus der spezifischen

²⁴ Vgl. Matthes 1992.

Situation Polens, des Herkunftslandes der Verfasserin, entwickelt wurde. Auch das erforderliche Vorverständnis über die gesellschaftlichen Phänomene und die sozio-kulturellen Zusammenhänge wird durch die Innensicht des Einheimischen gewonnen. Dieser Innensicht steht in der Untersuchung die Außensicht der Forscherin aus dem Ausland gegenüber. Die Konfrontation der beiden Perspektiven stellt eine spezifische Besonderheit dieser Arbeit dar. Durch die eingenommene Forschungsperspektive von Deutschland aus wird in dieser Untersuchung das eigentliche Herkunftsland der Verfasserin, Polen, als Ausland betrachtet. Dabei werden auch die deutschen Denkkategorien zwangsläufig auf die polnischen Phänomene transferiert und die aus diesem gesellschaftlich-kulturellen Bezugskreis gewonnenen theoretischen Erkenntnisse unerschwerlich auf die Fragestellung der Untersuchung projiziert.

Die in der Untersuchung angewandte Zielsprache (Deutsch), ihre Begrifflichkeiten und die linguistische Operationalisierung setzen einen spezifischen Raster auf, der einen komplexen Differenzierungsprozeß in der vergleichenden Untersuchung hervorruft.

Diese Schwierigkeiten lassen sich am Beispiel der Übersetzung der Fachbegriffe verdeutlichen.²⁵ Dabei findet bei einem Übersetzungsvorgang ein komplexer Übertragungsprozeß statt, der mit einem Interpretationsspielraum, bewußter Vorauswahl, also einer Reihe von "primären" Vergleichsoperationen und kategorialen Vorentscheidungen des Forschers verbunden ist. Diese beeinflussen schließlich auch die Auswahl der Worte.

Innerhalb der Ausgangssprache muß zuerst der Bedeutungsgehalt von Begriffen in ihrer Abgrenzung von anderen und in ihrer Einbettung in die Fachsprache präzisiert werden. Möglicherweise beeinflussen nämlich innerhalb der Fachdisziplin verschiedene Denktraditionen sowie konkrete ideologische Direktiven die Bedeutung und Konnotation von Begriffen. Auch der aktuelle Kontext von Begriffsverwendung, sein Diskussionszusammenhang, muß geklärt und berücksichtigt werden. Um zu sehen, was

²⁵ Zur Methodologie der Fachsprachenforschung Vgl. Skowronek 1985.

mit dem jeweiligen Begriff gemeint ist und was vermittelt werden soll, muß der zu vermittelnde Bedeutungsgehalt aus dem Diskussionszusammenhang erfaßt werden.

Ein vergleichbarer Differenzierungsprozeß muß dann auch innerhalb der Zielsprache wiederholt werden. Auch hier muß der Sinngehalt des übersetzten Begriffs in die Zusammenhänge der Fachsprache eingeführt und in den dort geführten Diskussionen bestimmt werden.²⁶ Der vergleichende Forscher bestimmt hier die Balance zwischen Komplexität und Reduktion der Erläuterungen zu den entsprechenden Begriffen, indem er beispielsweise den Grad der hintergründigen Informationen zum Zusammenhang des Begriffes festlegt. Er trifft mit diesen Schritten bestimmte kategoriale Vorentscheidungen, die zugleich Interpretationsschemata liefern.

Auch die Schwierigkeiten der sprachlichen Operationalisierung verdeutlichen die der vergleichenden Forschung immanente Gefahr des "Ethnozentrismus".²⁷ So könnte auch hier der Hinweis gelten, Sinnhaftigkeit der bestimmten Kategorien angesichts differierender gesellschaftlicher Praxis stärker in ihrem hypothetischen Charakter zu betonen und im Hinblick auf ihre funktionale Äquivalenz zu reflektieren.²⁸

Die gleichen methodischen Differenzierungsprobleme, die bei der Übersetzung von Begriffen berücksichtigt werden müssen, tauchen beim internationalen Vergleich auch bei der Übertragung von Daten auf. Die Datenerhebung und deren Interpretation sind stark durch die speziellen gesellschaftlichen Modalitäten bedingt. Die statistischen Daten geben zunächst einmal Ausschnitte gesellschaftlicher Wirklichkeit wieder, die im gesamten gesellschaftlichen Kontext zu betrachten sind. Die Grenzen der

²⁶ Zu Variablen für eine Typologie fachsprachlicher Textsorten Vgl. zum Beispiel Beier 1982, S. 17ff.

²⁷ Um die Schwierigkeiten beim Versuch der Übersetzung von Fachausdrücken und die Gefahr ihrer Gleichstellung mit dem semantischen Inhalt des bei der Übertragung ins Deutsche verwendeten Terminus zu vermeiden, werden deshalb in der komparativen Forschung oftmals fremdsprachige Fachtermini im Original beibehalten. Auch in dieser Untersuchung wird zum Teil dieser Vorgang praktiziert, indem einige Fachbegriffe im Klammer im Original hinzugefügt werden. Darüber hinaus wird versucht, die Begriffe durch ihren Kontext zu erläutern und ggf. durch entsprechende Hinweise zu ergänzen.

²⁸ Auf die Funktion des Konzeptes der funktionalen Äquivalenz in der vergleichenden Forschung weist Hörner 1993, S. 19f., hin.

Vergleichbarkeit von Daten liegen in den unterschiedlichen Voraussetzungen, auf denen sie basieren.²⁹ Daraus folgt eine erhebliche Schwierigkeit bei der Konzipierung internationaler Klassifikationen und Typologien. Das Problem der Standardisierung von Daten wird im internationalen Vergleich als hauptsächliches Hindernis pragmatischer Natur bezeichnet.³⁰

Auch bei der Untersuchung intermediärer Hilfesysteme werden die erwähnten Probleme der Datenerhebung komparativer Forschung deutlich. Sie resultieren insbesondere aus den unterschiedlichen gesamtgesellschaftlichen Entwicklungsprozessen, denen die intermediären Hilfesysteme auf verschiedene Weise ausgesetzt sind.³¹

Der Schlüssel zum "internationalen Verständnis" der intermediären Hilfesysteme kann so auch hier in ihren Funktionen liegen, die sie für das allgemeine Gesellschaftssystem erfüllen.³²

2.2 Zum methodischen Vorgehen der Untersuchung

Im Zentrum des Interesses der vorliegenden Untersuchung liegt die Analyse der Veränderungen in der polnischen Sozialarbeit, die durch die Prozesse der Systemtransformation ausgelöst wurden.

Die gesellschaftliche Systemtransformation als Ausgangspunkt der Analyse macht es notwendig, die Betrachtungsperspektive und das methodische Instrumentarium der Untersuchung im Hinblick auf die Komplexität des Untersuchungsgegenstandes zu revidieren.

Der grenzüberschreitende Charakter der Transformationsprozesse in Polen macht sowohl die binnen- als auch die außergesellschaftlichen Grenzen der Systeme durchlässig. Der Aufbau der neuen gesellschaftlichen

²⁹ Die Probleme der Relation der Meßgrößen zu bestimmten Maßeinheiten werden z.B. bei der Bestimmung von „Armut“ deutlich. Auf diese Probleme wird im weiteren Kapitel 4.3 dieser Arbeit näher eingegangen.

³⁰ Zu der Diskussion dieser Probleme in der Vergleichenden Bildungsforschung siehe einen Überblick bei Berstecher 1970.

³¹ Vgl.: Bauer/Thränhardt 1987, S. 17 ff.

³² Vgl.: Piven/Cloward 1977, S. 71.

Strukturen in Polen erfolgt in einem internationalen Austauschprozeß und wird durch die internationalen Entscheidungen beeinflusst.

Auch die Diskussion über die Gestalt der polnischen Sozialarbeit wird einerseits auf der nationalen Ebene unter Anbetracht der Spezifika und Zwänge, die aus den gesellschaftlichen Umgestaltungsprozessen resultieren, geführt. Andererseits aber werden die Probleme in einer grenzüberschreitenden Diskussion und unter Einbeziehung der Erfahrungen anderer Länder und ihrer liberal-demokratischen Systeme reflektiert.

Die Berücksichtigung der landesspezifischen Besonderheiten der Prozesse und zugleich der internationalen Dimension der Problembetrachtung bedarf methodischer Zugänge, die offen und gleichzeitig spezifisch genug sind, um diese beiden Dimensionen adäquat zu erfassen.

Demzufolge werden für diese Untersuchung folgende methodischen Implikationen festgehalten:

- Die Komplexität und der grenzüberschreitende Charakter der Transformationsprozesse läßt die Prämissen des geschlossenen Gesellschaftsbildes brechen und in der Untersuchung von einem Begriff, der Offenheit richtig erfaßt ausgehen.
- Um die Interdependenz der gesellschaftlichen Prozesse der Systemtransformation zu erfassen, bedarf es einer komplexen Untersuchungsperspektive der Mehr-Ebenen-Analyse.
- Erst über eine differenzierte Analyse der Bedingungs- und Wirkungszusammenhänge des gesamten gesellschaftlichen Strukturzusammenhangs des Landes lassen sich weitere grenzüberschreitende Verflechtungen erkennen und die Anschlußfähigkeit im Sinne einer internationalen Interaktionsanalyse herstellen.

2.2.1 Untersuchungsperspektive der Mehr-Ebenen-Analyse

Zur Analyse der Prozesse in der Sozialarbeit wird in der Untersuchung eine doppelte Forschungsperspektive eingenommen.

Zum einem wird die Sozialarbeit unter der Objektperspektive als abhängige Variable untersucht, das heißt, im Zusammenhang der Dependenz der Systemtransformationsprozesse in Polen betrachtet.

Zum anderen richtet sich das Untersuchungsinteresse auf die aktive Rolle der Sozialarbeit selbst als "Akteur" beziehungsweise Summe der sozialen Akteure in der Systemtransformation. Sozialarbeit wird dabei als Subjekt der Prozesse, als unabhängige Variable betrachtet und unter dem Gesichtspunkt ihres Beitrags zur Institutionalisierung und Konsolidierung des neuen Gesellschaftssystems analysiert.

Unter der gleichen Forschungsperspektive als Objekt und als Subjekt der Transformationsprozesse wird auch der intermediäre Bereich der Sozialarbeit untersucht. Die Betrachtung der Prozesse aus der Subjektperspektive macht die Untersuchung anschlussfähig für interkulturell beobachtbare Bedingungs- und Wirkungszusammenhänge.

Durch die Mehr-Ebenen-Analyse der vergleichenden Forschung soll hier der Versuch unternommen werden, die Interdependenz der beiden Perspektiven methodisch zu fassen. Dabei versucht die Mehr-Ebenen-Analyse "ein Phänomen (oder abhängige Variable) auf der einen - nationalen oder internationalen - Ebene mit Rekurs auf die Wechselbeziehungen zwischen niederen und höheren Ebenen (unabhängige Variablen)" zu erklären.³³

Diese komplexe Untersuchungsperspektive lässt auch die idiographisch orientierte Länderstudie über die Grenzen der Deskription hinausgehen und die Phänomene in ihren gesamten gesellschaftskulturellen Strukturzusammenhängen sehen.³⁴

³³ Ebbinghaus 1996, S. 413.

³⁴ Vgl. Anweiler 1974, S. 21.

Die Herauskrystallisierung der Besonderheiten des Landes wird erst durch das Verständnis der komplexen gesellschaftlichen Zusammenhänge und weiterhin dessen spezifischen Einflusses auf die konkreten Erziehungsphänomene gewonnen. Demnach ist eine idiographisch orientierte Länderstudie bemüht, "die interkulturelle Mannigfaltigkeit von Erziehungsphänomenen nicht nur dokumentarisch zu erfassen und in ihrer gegebenen Faktizität nachzuzeichnen, sondern sie konsequent in ihren kulturellen Strukturzusammenhängen zu sehen, um die Bedingungen ihrer Variation erklären zu können."³⁵

Dabei zielt sie auf die Erfassung von beobachtbaren Relationen zwischen:

- "a) den auf der Ebene einer `Kultur` (einer Nation, eines Systems, einer Gesellschaft etc.) angesiedelten (politischen, ökonomischen, sozialstrukturellen, ideologischen etc.) Variablen (system-level-variables), welche als Bedingungsfaktoren für die beobachtbare Variation im Erziehungsbereich angenommen werden, und
- b) den durch sie bedingten spezifischen Handlungs- und Institutionalisierungsmustern, Organisations- und Reflexionsformen im Erziehungsbereich (within-system-variables), sowie zwischen diesen und
- c) den durch Erziehungssysteme absichtlich oder unabsichtlich produzierten Wirkungen, ihren manifesten und latenten Funktionen, einschließlich ihrer - über die Aggregation individueller Lernprozesse rückwirkend vermittelnden - Implikationen für den `kulturellen` Kontext als ganzen."³⁶

Die Erklärungsintention der vergleichenden Erziehungswissenschaft auf der Mehr-Ebenen-Analyse läßt auch diese Länderstudie einen analytischen Rahmen verfolgen, der dieser Konzeption verpflichtet ist.

³⁵ Schriewer 1982, S. 214.

So werden auch hier Phänomene betrachtet auf:

- a) der Makro- oder Kontext-Ebene: Prozesse der Systemtransformation in Polen als Rahmenbedingungen für die Entwicklungen in der Sozialarbeit;
- b) der Medium- oder Organisations-Ebene: Darstellung und Analyse neuer Organisationsformen und Institutionalisierungsmuster in der Sozialarbeit nach 1989 am Beispiel der intermediären Organisationen in der Sozialarbeit;
- c) der Mikro- oder Interaktions-Ebene: Analyse der Ausbildungskonzepte in der Sozialarbeit in ihrer Funktion, individuelle Lernprozesse zu initiieren und Implikationen für den gesamten gesellschaftlichen Kontext zu intendieren.

Die Struktur der Mehr-Ebenen-Analyse impliziert eine Interdisziplinarität dieser Studie. Um den komplexen Zusammenhang von Erziehung, Kultur und Gesellschaft zu erfassen, ist hier "von Anfang an die Notwendigkeit gegeben, die Grenzen der pädagogischen Fragestellung zugunsten interdisziplinär orientierter Zugänge zu erweitern."³⁷

Die vergleichende Länderstudie soll auch durch die Analyse der "Logik der Vielfalt" auf höherer Ebene eine Mehr-Ebenen-Analyse im Sinne der "Logik der Integration" ermöglichen.

Dies weist auf die Erkenntnis, daß die internationale Integrationsanalyse auf der vergleichenden Länderstudie aufbaut beziehungsweise diese voraussetzt, "da wir nicht die supranationalen Einigungsbestrebungen und Konsequenzen ohne Kenntnis der länderspezifischen Vielfalt begreifen können."³⁸

³⁶ Ebd., S. 216.

³⁷ Hörner 1996, S. 7.

³⁸ Ebbinghaus 1996, S. 418.

2.2.2 Zum Verständnis des Systembegriffes in der Untersuchung

Für das Erkenntnisinteresse dieser Arbeit ist das Aufzeigen der Relationen zwischen polnischer Sozialarbeit und den gesamtgesellschaftlichen Veränderungsprozessen der Transformationsperiode von Bedeutung.

Folgt man der Annahme, daß die Bestimmung der Funktionen beim Vergleich auf der Grundlage eines vermuteten Systemzusammenhangs erfolgen müsse,³⁹ läßt die Spezifizierung des Erkenntnisinteresses auf die Funktionszusammenhänge eine begriffliche Operationalisierung der Systemtheorie als hilfreich erscheinen. Es wird dabei insbesondere auf das Analyseinstrumentarium der Systemtheorie zurückgegriffen, da diese die vernetzte Komplexität der Prozesse am deutlichsten formal erfaßt.⁴⁰

Der Systembegriff dient in der Untersuchung vor allem als eine heuristische Größe, um die Verknüpfungen und Interdependenzen der gesellschaftlichen Prozesse zu verdeutlichen. Dieser Begriff wird hier einerseits in semantischer Hinsicht zur Bezeichnung einer Gesellschaftsordnung verwendet, die einem Umgestaltungsprozeß, einer ständigen Anpassung an veränderte innere und äußere Rahmenbedingungen unterworfen ist. Andererseits wird er in analytischer Absicht als ein modelltheoretisches Konstrukt verwendet, das Struktur- und Ordnungsmuster bereitstellt. Das Heranziehen des Theorie-Kontextes funktionaler Systemdifferenzierung ermöglicht es, weitere strukturierende Leistungen zu entfalten.⁴¹

³⁹ Vgl.: Berstecher 1970, S. 83f.; Hörner 1993, S. 20ff.; Schriewer 1987, S. 76ff.

⁴⁰ Für diese Untersuchung ergibt sich ein Verständnis von systemtheoretischen Angeboten, das besonders durch seine "dienende Funktion" als Deskriptions-, Struktur- und Ordnungstheorien bei der Strukturierung komplexer Fragestellungen, gekennzeichnet

⁴¹ Dabei wird hier vorrangig auf den Funktionalstrukturalismus von Niklas Luhmann Bezug genommen. Vgl.: Luhmann 1984.

Das sozialwissenschaftliche System ist als eine Gesamtheit von Elementen (Teilsystemen) zu verstehen, die erst durch funktionale Verknüpfungen und Beziehungen der Systemelemente (Teilsysteme) untereinander bestimmt wird und deren Zusammenspiel auch erst das System ergibt. In diesem Sinne ist das "System" als ein zusammenhängendes Ganzes zu betrachten, das mehr als die Summe seiner Teile ist.

Dabei gilt, daß Systeme und auch Teilsysteme Ganzheiten darstellen, die sich nach außen abgrenzen und Autonomien aufbauen, wobei die Fähigkeit zur Komplexitätsbewältigung durch Rollendifferenzierung ermöglicht wird. Ein System besteht also aus einer Anzahl von Elementen (Teilsystemen), die durch Interaktionsmuster miteinander verbunden sind.

Daraus ergibt sich eine doppelte funktionale Verknüpfungsmöglichkeit der Systeme, nach "innen" und nach "außen", das heißt mit anderen Teilsystemen der Gesellschaft und durch bestimmte ausdifferenzierte Funktionen mit der Gesamtgesellschaft.

Der den folgenden Überlegungen zugrunde gelegte Systembegriff versteht soziale Systeme nicht als starre und mechanische, durch lineare Kausalitäten fixierte Systeme, sondern als komplexe, lebende Systeme mit offenen, dynamischen Strukturen. Dabei sind soziale Systeme keine bloßen Organisationsgebilde, sondern als Ergebnis von Prozessen zu verstehen und unterliegen daher einem stetigen Wandel.

Nach diesem Systemverständnis bedeuten die gesellschaftlichen Umbrüche der Transformationszeit in Polen eine radikale Veränderung der Rahmenbedingungen und implizieren eine entsprechende Dynamik des gesellschaftlichen Gesamtsystems und seiner Teilsysteme.

Als Oberbegriff für die gesellschaftlichen Veränderungen in Polen seit 1989 wurde für die Untersuchung der Begriff "Systemtransformation" gewählt. Er beinhaltet die beiden Begriffe „System“ und „Transformation“, die für die methodisch-theoretische Konzeption dieser Arbeit zentral sind.

Transformation, also im strengen Wortsinn Umwandlung, Umformung, Umgestaltung, ist als Terminus technicus in vielen wissenschaftlichen Disziplinen geläufig. Auch im Bereich der Sozialwissenschaften kennt man

den Begriff "aus der Theorie des sozialen Wandels zur Bezeichnung des Übergangs eines Systems in einen neuen Zustand, der bei Kenntnis der veränderlichen und unveränderlichen Systembedingungen theoretisch vorhersagbar ist."⁴²

Von einem *Systemwandel* kann dann gesprochen werden, wenn sich grundlegende Funktionsweisen und Strukturen eines Systems zu verändern beginnen. Ein solcher Veränderungsprozeß verläuft evolutionär als eine kontinuierliche Anpassung an die sich verändernden Bedingungen. Offen bleibt aber zunächst, ob dieser Prozeß des Wandels zu einem anderen Systemtypus führt.⁴³

Während beim Systemwandel der Ausgang prinzipiell offen ist, steht der Begriff *Systemwechsel* für Transformationsprozesse, die definitiv zu einem anderen Systemtypus führen. Dabei können evolutionäre oder reforminduzierte Wandlungstendenzen Vorboten eines Systemwechsels sein.⁴⁴

In Unterscheidung zu diesem allgemeinen und evolutorischen Begriff des "sozialen Wandels" sind die Systemtransformationsprozesse in Polen durch ein intentionales Handeln gekennzeichnet. Die Phase der politischen Umwandlungen begann in Polen bereits lange vor dem Jahr 1989. Die Protests- und Verhandlungswellen der siebziger und achtziger Jahre mündeten schließlich in „Transformationsvereinbarungen am Runden Tisch“. So können die Prozesse in Polen als ein „ausgehandelter Systemwechsel“ oder eine „Transformation auf dem Verhandlungsweg“ bezeichnet werden.⁴⁵

⁴² Meyers Enzyklopädisches Lexikon 1981, S. 645.

⁴³ Erst wenn sich Herrschaftszugang, Herrschaftsstruktur, Herrschaftsanspruch und Herrschaftsweise fundamental geändert haben, wird in der Politikwissenschaft *ex post* von einem vollzogenen Systemwandel gesprochen. Beispiele für einen solchen erfolgreichen Systemwandel, der sich über mehrere Jahre hinweg von einem autoritären zu einem demokratischen System vollzog, waren die zwischen Militärs und zivilen Eliten ausgehandelten Demokratisierungsprozesse in Spanien (1975-1978), Brasilien (1978-1985), Uruguay (1980-1985), Taiwan (1986-1994) und Südkorea (1985-1987). Vgl. dazu Merkel 1999.

⁴⁴ Entscheidend bleibt hier jedoch für die Begriffsunterscheidung zum Systemwandel, daß nur dann von einem Systemwechsel gesprochen werden kann, wenn sich der Herrschaftszugang, die Herrschaftsstruktur, der Herrschaftsanspruch und die Herrschaftsweise eines Systems grundsätzlich verändert haben. Vgl. Beyme von Nohlen 1995.

⁴⁵ Vgl. Beyme von 1994, S. 94; Merkel 1996a, S. 86.

Der für die vorliegende Arbeit gewählte Begriff „Systemtransformation“ signalisiert auch von vornherein die Prozeßperspektive. Die Betonung liegt hier auf einer längerfristigen Entwicklung des gesellschaftlichen Wandels als Folge der politischen Zäsur, unbeschadet der Tatsache, daß der politische Umbruch in Polen nicht als punktueller Einschnitt zu verstehen ist, sondern vielmehr als ein Ereignis, das eine längere, in dialektischen Linien verlaufende Entwicklungsgeschichte hat.

Auch im Hinblick auf die Komplexität und Interdependenz der Transformationsvorgänge in Polen erscheint der Begriff Systemtransformation ergiebig zu sein. Er ist einerseits umfassend und kann somit auf die unterschiedlichen Transformationsprozesse politischer, ökonomischer, sozialer und kultureller Teilsysteme angewandt werden. Dank der Differenzierungsmöglichkeit in einzelne, funktional abgrenzbare gesellschaftliche Teilsysteme ist er jedoch gleichzeitig auch spezifisch und kann so die Interdependenzen und Dilemmata dieser unterschiedlichen, miteinander verflochtenen partiellen Transformationsprozesse schärfer in den Blick nehmen.⁴⁶

Systemtransformation wird entsprechend auch im vorliegenden Zusammenhang als Oberbegriff für alle Veränderungen eines Systems und seiner Teilsysteme verwendet. Als Sammelbegriff für gesellschaftliche Umgestaltungsprozesse reicht er in seiner gesamten analytischen Breite von Systemwandel über Systemwechsel bis zu Systemzusammenbruch.

Die Abbildung 1 zeigt die wichtigsten Zusammenhänge des Transformationsprozesses, die in dieser Studie als methodisch-theoretischer Leitfaden dienen.

⁴⁶ Auf die Notwendigkeit, die Begrifflichkeit in der Transformationsforschung zu schärfen, verweist in der neuesten Diskussion der Politikwissenschaft Wolfgang Merkel, vgl. Merkel 1994, S. 10.; auch Merkel/Lauth 1998, S.3f.. Auch Klaus von Beyme spricht von einer neuen, in der Geschichte einmaligen Forschungssituation nach 1989, die aufgrund der Spezifika der Prozesse eine abgrenzbare und umfassende terminologische Fassung braucht, vgl. von Beyme 1991, auch von Beyme 1999, S. 285.

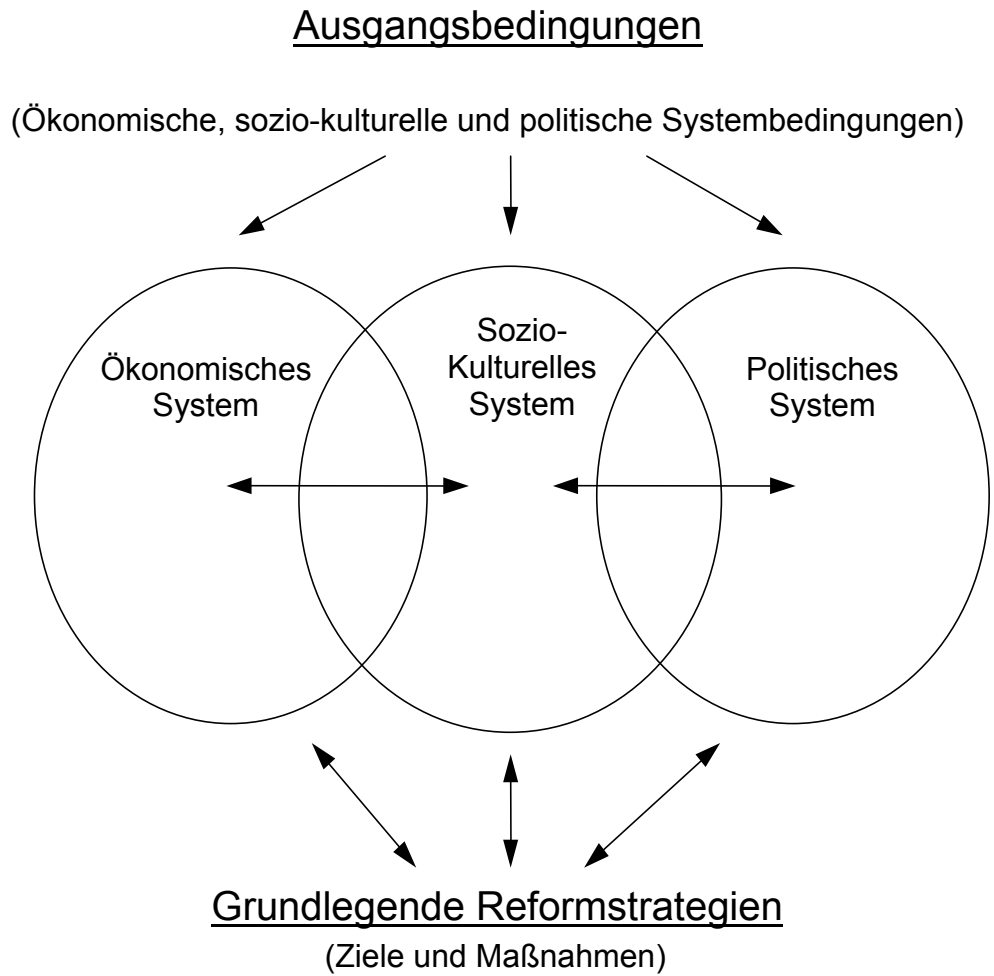


Abb.1: Gesellschaftliche Zusammenhänge der Systemtransformationsprozesse

2.2.3 Zur Bedeutung der intermediären Systeme

In der vorliegenden Studie wird *Sozialarbeit* als ein *System* betrachtet. Dabei ist dieses System einerseits als eine eigenständige Ganzheit mit einer "relativen Autonomie" gegenüber anderen sozialen Systemen zu begreifen. Andererseits aber ist sie in ihrer Interdependenz zu anderen Systemen der Gesellschaft als ein Teilsystem der Gesamtgesellschaft zu verstehen.⁴⁷

Die Betrachtung der Sozialarbeit als System erlaubt es, sie nicht isoliert zu sehen, sondern ihre externen wie internen funktionalen Verknüpfungen mit in Betracht zu ziehen.

So läßt sich beispielsweise die Sozialarbeit in ihrem Verständnis als Profession einerseits in ein Berufsbildungssystem und somit ein Subsystem des Bildungssystems ausdifferenzieren, das wiederum ein Subsystem der Gesamtgesellschaft ist. Andererseits läßt sie sich auch als professionelle Tätigkeit in einer sozialpolitischen Organisationsstruktur des Systems der sozialen Dienste als ein Subsystem der Sozialpolitik einordnen, das ein Subsystem der Gesamtgesellschaft ist. So ist die Sozialarbeit als ein Sozialsystem stark in die Gesamtgesellschaft eingebunden und eng an das wirtschaftliche und politische System gekoppelt.

⁴⁷ Nach einer auf Luhmann zurückgehenden Unterscheidung verfügt das System über eine "funktionale Autonomie", die es ihm erlaubt, Ansprüche (Leistungsanforderungen) gegenüber nebengeordneten Systemen abzuwehren, wenn diese die Erfüllung seiner übergeordneten gesellschaftlichen Funktionen zu beeinträchtigen drohen. Zur analytischen Bedeutung des Begriffes der „funktionalen Autonomie“ vgl.: Luhmann 1987, S. 34ff.; auch Luhmann/Schorr 1979, S. 34ff.

Die Beispiele einer externen Verknüpfungen der Sozialarbeit zu anderen gesellschaftlichen Teilsystemen werden graphisch in der folgenden Abbildung 2 veranschaulicht:

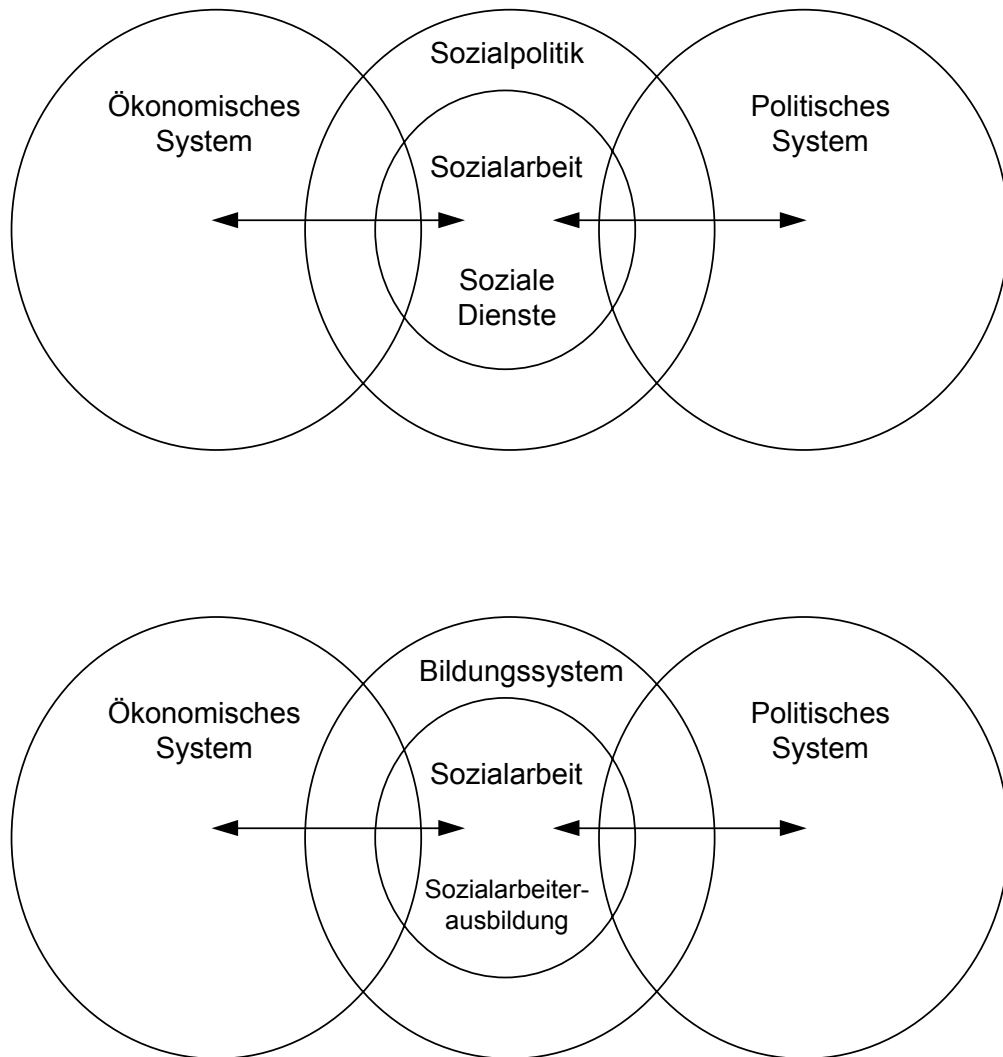


Abb. 2: Die Verknüpfungen der Sozialarbeit zu anderen gesellschaftlichen Systemen.

Die Verortung der Sozialarbeit zwischen dem ökonomischen und dem politischen System lässt ihre besondere intermediäre Stellung erkennen. Daraus folgt auch im funktionalen Sinne eine Aufgabe, die der Sozialpolitik und Sozialarbeit eine regulierende Funktion im gesamten Gesellschaftssystem annehmen lässt.

Die Kennzeichnung "intermediär" wird hier einerseits strukturell benutzt, um eine besondere Sphäre innerhalb von Sozialsystemen zu verorten. Andererseits werden damit vermittelnde Funktionen von Organisationen und Personen bezeichnet.

Demnach können die intermediären Organisationen der Sozialarbeit als eine weitere Spezifizierung der funktionalen Differenzierung sozialer Systeme betrachtet werden. Die intermediäre Qualität stärkt ihre Eigenständigkeit im Sinne der "funktionalen Autonomie" der sozialen Systeme.

Die intermediären Organisationen sind so als Systeme zu begreifen, die zwischen den traditionellen Systemen der modernen Gesellschaft, dem Staat und dem Markt, vermittelnde und moderierende Funktionen wahrnehmen und so Ausdruck der funktionalen Differenzierung bestehender Systeme sind.

Die Betrachtung der intermediären Organisationen der Sozialarbeit als eine Form gesellschaftlicher Integration läßt auch die Diskussion auf einer transnationalen Ebene führen. Dabei stellt jedoch die Dialektik von gesellschaftlichen Desintegrations- und Integrationsprozessen ein komplexes Spannungsfeld dar, das in Hinblick auf die nationale Variationsbreite der Phänomene zu reflektieren ist.⁴⁸

⁴⁸ In Anbetracht der gegenwärtigen Krise der sozialen Dienste der westlichen liberaldemokratischen Systeme werden in der bundesdeutschen Diskussion die komplexen sozialen Desintegrations- und Integrationsprozesse meist im Zusammenhang mit gesellschaftlichen Individualisierungsprozessen reflektiert und aus der modernisierungstheoretischen Perspektive betrachtet. Vgl.: Beck 1986; Speziell im Bezug auf die Rolle der intermediären Organisationen vgl. zum Beispiel: Effinger 1993; Bauer 1993.

Die Abbildung 3 zeigt die Verortung der intermediären Organisationen im gesamten System der Gesellschaft:

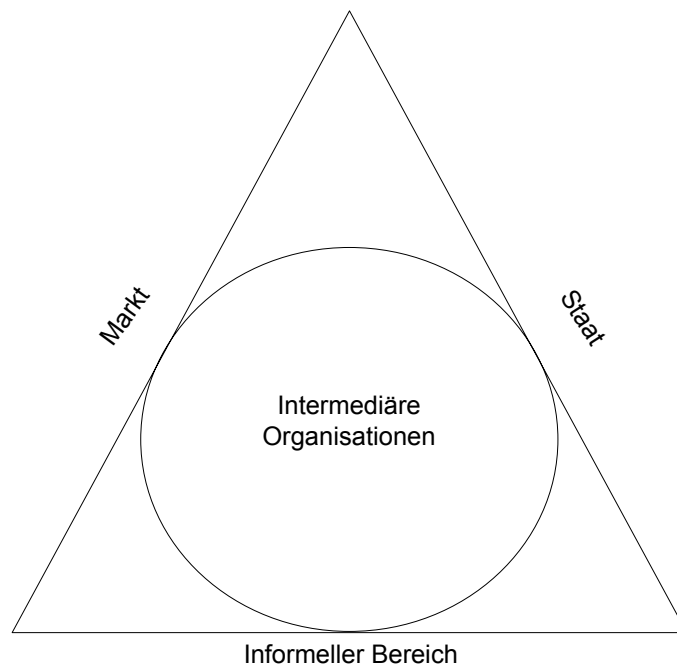


Abb. 3: Die Verortung der intermediären Organisationen im gesamten Gesellschaftssystem

3. Die Systemtransformationsprozesse in Mittel- und Osteuropa im sozialwissenschaftlichen Diskurs

Die Beschäftigung mit unterschiedlichen Aspekten der Systemtransformation lässt sich als ein wichtiges Thema der sozialwissenschaftlichen Forschung der letzten Jahrzehnte erkennen.

Insbesondere in der Politikwissenschaft hat sich unter dem Titel "*transition to democracy*" ein bedeutsamer Forschungszweig mit vergleichenden Studien über politische Modernisierungsprozesse seit dem Zweiten Weltkrieg befaßt. Dabei standen drei Fallgruppen im Mittelpunkt der Untersuchung: die "Nachkriegsdemokratien" (Italien, Japan und Westdeutschland), die mediterranen Demokratisierungsprozesse der siebziger Jahre (Portugal, Spanien, Griechenland) und der Zusammenbruch des autoritären Regimes in Südamerika (Argentinien, Brasilien, Chile, Paraguay) in den achtziger Jahren.⁴⁹

Seit den Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa 1989 genießt die Transformationsforschung eine besondere Aktualität.⁵⁰

Mit dem Kollaps des Sozialismus ist in der sozialwissenschaftlichen Diskussion jedoch eine gewisse Irritation und Ratlosigkeit zu konstatieren. Die Spezifika der Transformationsprozesse 1989 machten es unmöglich,

⁴⁹ Richtungsweisend für die diesbezügliche Literatur ist die Studie des Woodrow Wilson Centers von Guillermo O'Donnell/Philippe C. Schmitter/ Lawrence Whitehead: *Transitions from Authoritarian Rule: Tentative Conclusions about Uncertain Democracies*, Baltimore 1986. In der Politikwissenschaft werden im Hinblick auf den Übergang von autoritären zu liberaldemokratischen Systemen "drei Demokratisierungswellen" im 20. Jahrhundert unterschieden. Vgl. dazu: Huntington 1991; Beyme 1994; Merkel 1994; Sandschneider 1995. Beyme differenziert diese Klassifizierung indem er die Demokratisierungsprozesse in Osteuropa 1989 als "vierte Demokratisierungswelle" bezeichnet.

⁵⁰ Im folgenden wird unter Transformationsforschung die Summe der sozialwissenschaftlichen Anstrengungen verstanden, den politischen, ökonomischen und soziokulturellen Wandel eines Systems in seiner Komplexität und Interdependenz zu beschreiben und zu erklären.

diese mit den bewährten Instrumenten der Transformationsforschung zu analysieren.

In keinem Demokratisierungsprozeß der vier Demokratisierungswellen im 20. Jahrhundert, so die These von *Beyme*, sind die beiden Aspekte, Systemzusammenbruch und Systemaufbau, so eng verbunden wie nach 1989.⁵¹

"Zwar seien die Transformationsprozesse in Südeuropa, Lateinamerika und Osteuropa von der gemeinsamen Zielvorstellung, nämlich der Etablierung pluralistischer Demokratien geprägt, ihre Ausgangssituationen unterscheiden sich jedoch erheblich. Während in Südeuropa und Lateinamerika die Transformationsprozesse im wesentlichen nur die politisch-institutionelle Ebene erfaßten, befinden sich in Osteuropa auch die sozioökonomischen Gesellschaftsstrukturen in einem tiefgreifenden Wandel."⁵²

Beyme und *Nohlen* sprechen so von einer neuen Forschungssituation in den Sozialwissenschaften nach 1989.⁵³

Der schnelle Zusammenbruch der sozialistischen Strukturen und die Intensität der Veränderungen in den mittel- und osteuropäischen Ländern scheinen auch von keiner Sozialwissenschaft antizipiert worden zu sein.

"Der Zusammenbruch des realen Sozialismus wurde methodisch zu einem `schwarzen Freitag` der Sozialwissenschaften. Sie haben überwiegend nicht `vorhergesagt`, sondern `nachhergesagt`."⁵⁴

So folgten auch die Theoriebildungsversuche der Sozialwissenschaften dem zu beobachtenden und zu erklärenden Wandel hinterher.

Eine neue Phase der Theoriebildung der Transformationsforschung begann erst post facto. Vor allem die beiden großen Paradigmen sozialwissenschaftlicher Theoriebildung, System und Akteur beziehungsweise Struktur und Handlung, welche die Transformationsforschung der letzten fünfunddreißig Jahre prägten, wurden angesichts der Umwälzungen in Mittel- und Osteuropa nach ihrer Kompatibilität geprüft.

⁵¹ Vgl. *Beyme* 1994, S. 51.

⁵² *Merkel* 1994, S. 12.

⁵³ Vgl. *Beyme/Nohlen* 1991, S. 690 ff.

Als am ehesten prognosefähig scheint sich die klassische, soziologische Systemtheorie erwiesen zu haben, der man als *Grand Theory* paradoxerweise mangelnden Realitätskontakt und die empirische Abstraktion vorgeworfen hatte.⁵⁵

Die klassische, soziologische Modernisierungstheorie, die von Parsons in den sechziger Jahren zu einem universalgeschichtlichen Entwurf ausgearbeitet wurde, sah gerade in der inneren Konstruktion der sowjetischen Gesellschaftsformation deren unvermeidliches Scheitern. Die kommunistische Gesellschaftsformation, verstanden als eine spezifische Artikulation eines universalen Entwicklungsmusters der Modernisierung, konnte sich der Logik der funktionalen Systemdifferenzierung auf Dauer nicht entziehen.⁵⁶ So stellte *Parsons* schon 1969 die Prognose, "daß sich die kommunistische Gesellschaftsformation als instabil erweisen wird und entweder Anpassungen in Richtung auf die Wahlrechtsdemokratie und ein pluralistisches Parteiensystem machen oder in weniger entwickelte und politisch weniger effektive Organisationsformen `regredieren` wird."⁵⁷

Aus der Sicht der Systemtheorie schränkten politisch induzierte Entdifferenzierungsprozesse die in der sozialen Selbstorganisation und individuellen Selbstbestimmung angelegten Potentiale gesellschaftlicher Modernisierung ein. Dieser Strukturdefekt im intermediären Bereich der Interessenvermittlung wird als Verhängnis der autoritären Systeme und als Determinante ihrer Evolution angesehen.

In den achtziger Jahren radikalisierte sich das Theorem der funktionalen Differenzierung in Form der Theorie selbststeuernder Systeme (Autopoiesis), vertreten vor allem von *Luhmann* und *Maturana*.⁵⁸

⁵⁴ Beyme von 1994, S. 35.

⁵⁵ Vgl. Müller 1991, S. 262; auch Merkel 1994, S. 305.

⁵⁶ Das Theorem der funktionalen Differenzierung von Systemen bildet den Kern von Parsons Argumentation. Danach läßt sich die Entwicklung von traditionellen zu modernen Gesellschaften als die Ausdifferenzierung von Teilsystemen beschreiben, die dann in neuen historischen Umständen effektiver funktionieren können als vorher. Vgl. Parsons 1969, S. 57ff.

⁵⁷ Parsons 1969, S. 70f.

⁵⁸ Vgl. Luhmann 1984, S. 11 und Luhmann 1986, S. 203ff.; Maturana/Varela 1985, S. 178.

Der Zusammenbruch der kommunistischen Systeme Mittel- und Osteuropas Ende der achtziger Jahren schien systemtheoretisch für die politisch verhinderte funktionale Differenzierung gesellschaftlicher Teilsysteme und die damit zum Scheitern verurteilte Modernisierung der Gesellschaft eine plausible Erklärung zu liefern. Der evolutionäre Optimismus der systemtheoretischen Ansätze und die kausale Eindeutigkeit der Prozesse aus der makrosoziologischen Perspektive der Systemtheorie sorgten nach den Ereignissen 1989 ex post für ihre Attraktivität in der Theoriebildung.

In der ersten Phase der sozialwissenschaftlichen Diskussion nach 1989 wurden vor allem modernisierungstheoretische Begrifflichkeiten bemüht, die unter dem Sammelbegriff "nachholende Modernisierung" zusammengefaßt werden können.⁵⁹

Dabei verzeichneten vor allem Konvergenzkonzeptionen, die die Krisenprozesse und Umwälzungen in Mittel- und Osteuropa als Rückkehr zu westlichen Gesellschaftsformen interpretierten, nun einen erneuten Aufschwung. Die osteuropäischen Staaten, so die zentrale Auskunft, holten das Modernisierungsdefizit nach, das durch den sowjetischen Sonderweg und die politische Oktroyierung blockiert war. In diesem Sinne tragen zum Beispiel nach Habermas die Ereignisse 1989 den Charakter einer "nachholenden Revolution". Sie gibt sich, so Habermas, "als eine gewissermaßen rückspulende Revolution zu erkennen, die den Weg frei macht, um versäumte Entwicklungen nachzuholen."⁶⁰

Die grundlegenden Annahmen des Modernisierungsansatzes teilt auch *Senghaas* in seinen entwicklungsgeschichtlichen Betrachtungen zu Europa. Er begrüßt die politischen Ereignisse in den staatssozialistischen Ländern als "Rückkehr nach Europa" und leitet daraus die Vision eines zukünftigen Gesamteuropa ab, das von den Impulsen der marktgesteuerten Ökonomie und von einem einheitlichen Rechtsraum geleitet wird.⁶¹

⁵⁹ Vgl. z.B. Müller 1991, Sik 1989.

⁶⁰ Habermas 1990, S. 180.

⁶¹ Vgl. dazu Senghaas 1990, S. 282.

Entgegen einem starren "Systemanspruch" vertritt *Dahrendorf* in den "Betrachtungen über die Revolution in Europa" eine eher undogmatische Konzeption, indem er von der "offenen Gesellschaft" als Vision moderner westlicher Gesellschaftsformen spricht.⁶²

Mit mehr Skepsis wird das "Transformationsproblem" von den Vertretern des Totalitarismus-Ansatzes behandelt. So weisen beispielsweise die Autoren dieser Theorietradition auf das schwierige Erbe der Vergangenheit als Belastung für die Umstrukturierungsprozesse der postkommunistischen Länder hin.⁶³

Auf die beschränkte Aussagekraft des Modernisierungsansatzes angesichts der spezifischen sozio-strukturellen Ausgangsbedingungen machen auch Vertreter anderer Theorierichtungen aufmerksam.⁶⁴

Mit der temporären Distanz zu den politischen Ereignissen 1989 läßt sich, im Vergleich zu der anfänglichen Faszination von dem evolutionären Optimismus der modernisierungstheoretischen Ansätze, eine zunehmende Ernüchterung in der Betrachtung der Transformationsvorgänge erkennen. Im Gegensatz zu den Modernisierungstheorien, die um die Erklärung der Ursachen und Auslöser des Zusammenbruchs des realen Sozialismus bemüht waren, rücken immer mehr Ansätze, die sich mit den spezifischen Abläufen von Transformationsprozessen und möglichen Transformationsergebnissen beschäftigen, ins Blickfeld des Interesses der Theoriebildung.

Gegenüber den subjektlosen Systemtheorien erhielten handlungs- bzw. akteursorientierte Ansätze zunehmenden Auftrieb.⁶⁵

Ausgangspunkt dieser Forschungsrichtung ist die Annahme, daß Transformationsprozesse maßgeblich durch das Verhalten der an ihnen betei-

⁶² Vgl. dazu Dahrendorf 1990.

⁶³ Vgl. dazu Juchler 1992, Kapitel 1, wo verschiedene Positionen dieser Theorierichtung zusammengefaßt sind.

⁶⁴ Vgl. beispielsweise: Klein 1991a; Tatur 1991.

⁶⁵ Der akteurstheoretische Ansatz wurde mit der von O'Donnell/ Schmitter/Whitehead 1986 herausgegebenen richtungsweisenden Studie "Transitions from Authoritarian Rule" als Zweig der vergleichenden Demokratisierungsforschung in der politikwis-

lichten Akteure geprägt werden. In der akteurstheoretischen Transformationsforschung der Politikwissenschaft überwiegt vor allem *der rational choice*-Ansatz, nach dem die Ergebnisse von politischen Prozessen als Folge der Interaktionen zwischen den strategischen Entscheidungen der beteiligten Akteure zu begreifen sind.⁶⁶

Der große Vorteil des akteurstheoretischen Ansatzes liegt darin, daß er das deterministische Denken der Modernisierungstheorie überwunden hat und Abschied von globalen, abstrakten Erklärungsmodellen genommen hat. "Das Denken in Kausalitäten wurde durch das Denken in Möglichkeiten ersetzt."⁶⁷

Bei der akteurstheoretischen Transformationsforschung handelt es sich jedoch weniger um eine Theorie, sondern eher um einen heuristischen Ansatz mit ordnender und systematisierender Funktion. Dabei wird mit dem entwickelten Modell über den Verlauf von Transformationsprozessen ein brauchbares analytisches Raster zur Untersuchung von Systemübergängen zur Verfügung gestellt, aus dem operationalisierbare Hypothesen und Fragestellungen abgeleitet werden können.⁶⁸

Durch die Fokussierung auf den Einfluß von Akteuren in den Entscheidungsprozessen der Transformation werden im Hinblick auf die Länder Mittel- und Osteuropas, wo es sich um friedliche, ausgehandelte Systemübergänge handelt, neue Erkenntnisperspektiven eröffnet.

Die Mikroorientierung dieser Ansätze schränkt jedoch ihr heuristisches Potential ein. Die Fragen nach den sozioökonomischen Bedingungen erfolgreicher Umwandlungsprozesse sowie nach den soziokulturellen Spezifika der Reformländer liegen jenseits des Erkenntnisinteresses dieser Ansätze. Zunehmend wurde jedoch die sich etablierende akteurstheoretische

senschaftlichen Transformationsforschung etabliert und durch die daran beteiligten Autoren in weiteren Studien 1991 und 1992 weiterentwickelt.

⁶⁶ Hier werden insbesondere die Arbeiten von Adam Przeworski betrachtet, der den Versuch unternommen hat, auf der Grundlage strategischer Konzepte ein abstraktes Modell zur Logik von Systemwechseln zu entwickeln. Vgl. Przeworski 1990 und 1991. Kurzer Überblick auch bei Bos 1994.

⁶⁷ Bos 1994, S. 105.

⁶⁸ Vgl. Bos 1994, S. 105.

Betrachtungsperspektive auch durch (zivil-) kulturalistische Ansätze begleitet.⁶⁹

Die Komplexität der Umwandlungsprozesse in Mittel- und Osteuropa 1989 machte immer deutlicher die Erkenntnisdefizite der beiden großen sozialwissenschaftlichen Traditionen der Transformationsforschung, der System- und Akteurstheorien, sichtbar. *Beyme* charakterisiert die Versuche der Transformationsforschung, theoretische Ansätze zur Erklärung von Demokratisierungsprozessen zu entwickeln, treffend als "Flucht aus der reinen Deskription auf der heroischen Suche nach einer Theorie", die "in der Regel in einem theoretischen Halbfertigfabrikat: der Typologie" endet, die "sich auf die Klassifikation unterschiedlicher Pfade des Übergangs zur Demokratie oder auf die Abfolge von Phasen" bezieht.⁷⁰

Zunehmend gewinnen so in der Transformationsforschung Ansätze und empirische Vergleichsstudien an Bedeutung, die funktionalistische, strukturalistische, handlungstheoretische und kulturalistische Elemente zu verknüpfen suchen.⁷¹

Auf der Suche nach dem "Königsweg in der Transformationsforschung" weisen in der neuesten sozialwissenschaftlichen Diskussion immer mehr Autoren auf die komplementären Erkenntnispotentiale der verschiedenen Theorieangebote und deren wechselseitige Anschlußmöglichkeiten für die Transformationsforschung hin.

So schlägt *Merkel* vor: "Scheut man den Vorwurf des Theorieeklektizismus nicht, lassen sich bei einer kritischen Durchsicht der funktionalistischen, strukturalistischen und akteurstheoretischen Konzepte erkenntnisfördernde Anschlußmöglichkeiten finden. Ein Ansatz zur Systemwechselforschung, der funktionale Teilsystemlogiken, systemische Legitimationserfordernisse, Sozial- und Machtstrukturen, Institutionen sowie den internationalen Kontext als jeweils zu konkretisierende constraints für das strategische Handeln politischer Akteure begreift, vermag die Logik und den

⁶⁹ Vgl. Arato 1990; Diamond 1994.

⁷⁰ Beyme 1992, S. 151.

⁷¹ Beispielhaft können hier Arbeiten von: Beyme 1994; Merkel 1994; Offe 1994,

Ablauf von Systemwechseln angemessener zu entschlüsseln als Ansätze, die auf eine einzige Theorie verpflichtet werden.⁷²

Dabei sind die Syntheseversuche der gegenwärtigen Transformationsforschung weit von einer allgemein gültigen sozialwissenschaftlichen Transformationstheorie entfernt. *Merkel* erhebt begründete Zweifel, ob eine solche Theorie mit heuristischem Wert für die empirische Forschung überhaupt zu entwickeln ist, und weist auf die "Erklärungslast" eines derartigen theoretischen Unternehmens hin. Nach *Merkel* müsste eine "holistische Transformationstheorie", die sich der Komplexität des Problems stellen wollte, Aussagen zu mindestens drei "Problem-Triaden" zulassen:

"- einer systemspezifischen Triade: Aussagen müssten sinnvoll möglich sein, auf welche je spezifische Weise soziale, ökonomische und politische Transformationsprozesse in den entsprechenden Teilsystemen ablaufen und welche wechselseitigen Interdependenzen den gesamtsystemischen Transformationsprozeß beeinflussen.

- einer ebenenspezifischen Triade: Aussagen müssten getroffen werden können, auf welche Weise Transformationsprozesse auf der Makro-, Meso- und Mikroebene des sozialen, ökonomischen und politischen Systems ablaufen und wie sie sich wechselseitig beeinflussen.

- einer phasenspezifischen Triade: Aussagen müssten ermöglicht werden, die gleichermaßen Antworten zum Ablauf aller drei großen Phasen der Transformation (Ende des alten Systems, Demokratisierung, Konsolidierung des neuen Systems) sowie ihrer Dependenz zulassen."⁷³

Solch eine "holistische Transformationstheorie", die „eine so ungeheure Menge an Informationen und Interdependenzmöglichkeiten verarbeiten könnte, daß sie über ein System von aufeinander bezogenen Aussagen unter der Angabe von Voraussetzungen und Randbedingungen generalisierbare Hypothesen oder gar Voraussagen künftiger Entwicklungen zu-

Sandschneider 1995 genannt werden.

⁷² Merkel 1994, S. 325f.

⁷³ Merkel 1996, S. 32.

lassen würden“, wäre nach *Merkel* "vermutlich nur in mathematischer Form" denkbar.⁷⁴

So zeigt sich bei der Vielfältigkeit von Theoriekonzepten mit aller Deutlichkeit im Verlauf der sozialwissenschaftlichen Diskussion um Transformationsprozesse in Mittel- und Osteuropa, daß es eine allgemeine Theorie der Systemtransformation in den Sozialwissenschaften nicht gibt und auch nicht geben kann.

Die sozialwissenschaftlichen Großtheorien wie System- und Akteurstheorien sowie andere Theorieansätze helfen mit Sicherheit, wichtige Einsichten in zentrale Teilaspekte der Systemtransformation zu gewinnen, aber sie können der Komplexität der Transformationsprozesse in einer einheitlichen Theorie nicht gerecht werden. Diese Vielschichtigkeit der "postsozialistischen" Entwicklungen fordert so auch die Sozialwissenschaften zu einer Komplexität in der theoretischen Auffassung heraus. Dabei können differenzierte und tiefgehende Analysen der einzelnen Aspekte, die durch eine offene, interdisziplinäre und integrierende Betrachtungsweise begleitet werden, einen Weg zu diesem Ziel weisen.

3.1 Das Dilemma der Gleichzeitigkeit der Systemtransformationsprozesse

Der intendierte, gleichzeitige Aufbau demokratischer, marktwirtschaftlicher und entsprechender sozialer Strukturen wird zunehmend als Hauptproblem der Systemtransformation 1989 erkannt und in den Vordergrund der sozialwissenschaftlichen Diskussion gestellt.

Claus Offe bezeichnet das Problem der Gleichzeitigkeit der Prozesse metaphorisch als ein "magisches Dreieck": „Ressourcen müssen erzeugt und verteilt, Rechte definiert und durchgesetzt, Respekt für (nationale, ethnische, zivilgesellschaftliche) Identitäten muß eingelebt und zuverläss-

⁷⁴ Vgl. ebd.

sig, auch im Rahmen der territorialen Organisation der nachkommunistischen Gesellschaften, gewährt werden.“⁷⁵

Diese schwierige Aufgabe wird durch zahlreiche "Dilemmata der Gleichzeitigkeit der Prozesse" verstärkt. Zwischen den drei Ebenen der Transformation, den politischen, ökonomischen und sozialen Teilsystemen, bestehen enge Interdependenzen, die berücksichtigt werden müssen, da sie andernfalls kontraproduktive "Obstruktionseffekte" erzeugen können und den gesamtsystemischen Transformationsprozeß beeinflussen.⁷⁶

So ist hier vor allem auf die wesentliche Interdependenz zwischen den politischen und sozialen sowie zwischen den ökonomischen und sozialen Teilsystemen hinzuweisen.

Die schwierige Aufgabe der gleichzeitigen Transformation von wirtschaftlichen, (zivil)gesellschaftlichen und politischen Systemen wird noch durch die weitere Gleichzeitigkeit der zerstörerischen Effekte des Systemzusammenbruchs und des schöpferischen Neuaufbaus verstärkt.

"In keinem Demokratisierungsprozeß der vier Demokratisierungswellen im 20. Jahrhundert waren“, so die These von *Klaus von Beyme*, „die beiden Aspekte - Systemzusammenbruch und Systemaufbau - so eng verbunden wie nach 1989. Kein früherer Systemwechsel hatte eine so ungeheure Last der Institutionenbildung zu tragen.“⁷⁷

Eine besondere Herausforderung der Systemtransformation 1989 ist auch, daß die drei gleichzeitig zu vollziehenden Aufgaben unter hohem Zeitdruck gelöst werden müssen. Für die mittel- und osteuropäischen Transformationsgesellschaften steht nicht die Zeit zur Verfügung, die der Evolution der marktwirtschaftlichen Demokratien des Westens gegeben war, wo drei große politische Modernisierungsschübe den Rechtsstaat, die Demokratie und den Wohlfahrtsstaat in einer Sequenz von langen Zeitintervallen geformt haben.

So stellt *Claus Offe* die These auf, daß unter den besonderen wirtschaftlichen Turbulenzen postkommunistischer Transformationen in den Ländern

⁷⁵ Offe 1994, S. 20.

⁷⁶ Vgl. Merkel 1995, S. 5.

⁷⁷ Beyme 1994, S. 51 und S. 49.

Osteuropas "mit einer Stabilisierung der liberaldemokratischen Regimes nur dann zu rechnen ist, wenn gleichzeitig mit Demokratie und Kapitalismus auch weitreichende soziale Sicherungen institutionalisiert werden."⁷⁸ Damit avanciert auch in *Offes* Argumentation die sozialpolitische Absicherung zu einer Grundbedingung der Demokratisierung des postkommunistischen Europas.

Diese hochplausible Erkenntnis ist auch zunehmend, obwohl mit einer folgenreichen Verspätung, aus der Diskussion über spezifische Problembereiche der Systemtransformation herauszuhören.

In diesem Diskurs, der angesichts der sich überstürzenden Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa große Relevanz gewann, standen zuerst lediglich wirtschaftspolitische Aspekte, konkret die Schaffung demokratisch-pluralistischer und marktwirtschaftlicher Strukturen, im Vordergrund. Die Diskussion konzentrierte sich vor allem auf die weitgehend "technisch" formulierte Fragestellung bezüglich der institutionell-strukturellen Reformen. "Die wirtschaftliche bzw. wirtschaftspolitische Diskussion wurde anfänglich von der weitgehend `technisch` formulierten Fragestellung dominiert, welche Reformen in welcher Reihenfolge und mit welcher Geschwindigkeit vorzunehmen seien."⁷⁹

Die Dominanz der ökonomischen Aspekte in der Diskussion über spezifische Problembereiche implizierte auch eine Einseitigkeit der Problembetrachtung. Dabei wurde vor allem auf die neoliberalen Modellvorstellungen und Erfahrungen mit Strukturanpassungsprogrammen zurückgegriffen, die hinsichtlich der Frage, ob eine radikale und sofortige Schocktherapie oder graduelle Reformanpassungen anzuwenden seien, diskutiert wurden.

Auch die ökonomischen Erklärungsansätze übersahen, "daß es sich bei dem Systemwandel in Osteuropa um einen Wandel des Gesellschaftssystems und nicht nur um einen Austausch der ökonomischen Institutionenordnung handelt."⁸⁰

⁷⁸ Offe 1994, S. 93.

⁷⁹ Juchler 1994, S. 25.

⁸⁰ Wagner 1991, S. 22f.

Erst mit den wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten und politischen Instabilitäten des Transformationsprozesses gewannen Erwägungen über das Verhältnis von politischen und wirtschaftlichen Reformprozessen sowie über die Notwendigkeit der "sozialen Absicherung" dieser Prozesse vermehrt an Gewicht. Die grundsätzliche Frage, wieweit formale demokratische und marktwirtschaftliche Strukturen tatsächlich mit Inhalt gefüllt und legitimiert werden können, rückte immer mehr in den Vordergrund der Debatte. Die Aufmerksamkeit wurde zunehmend der Diskussion um die Konsolidierungsprobleme und Entwicklungsperspektiven gewidmet. Bei den konsolidierungstheoretischen Bemühungen um die Frage nach dem "Erfolg" der Transformation wird auch die Bedeutung der sozio-ökonomischen und sozio-kulturellen Dimension der Systemtransformation immer offensichtlicher. Eine wichtige Rolle kommt dabei auch dem tragfähigen Konzept der sozialpolitischen Regulierung und seinen Instrumenten der sozialen Sicherung zu.

Mit dem Fortschreiten des Transformationsverlaufs ist auch ein Interessenwandel in der Diskussion um die Theorie der Transformationsforschung zu beobachten. In ihr analytisches Blickfeld rückten vor allem die Formen und Phasen des Systemwechsels und die damit verbundenen Wandlungsprozesse.⁸¹ Zunehmend wurden insbesondere die Bedingungen, wie Chancen und Risiken der Konsolidierung junger Demokratien, diskutiert.⁸²

Einen Gewinn zur analytischen Differenzierung der Transformationsprozesse stellt das von *Merkel* dargestellte Konzept der demokratischen Kon-

⁸¹ Philippe Schmitter hat in der politikwissenschaftlichen Transformationsforschung die einflußreiche Phaseneinteilung von Systemwechselprozessen vorgelegt. Im Falle eines erfolgreichen Wechsels von einem autoritären zu einem demokratischen System unterscheidet er idealtypisch zwischen: Liberalisierung, Demokratisierung und Konsolidierung. Vgl. dazu O'Donnell/ Schmitter/Whitehead 1986.

⁸² Einen beachtlichen Beitrag zu den zentralen Fragen der Institutionalisierung und Konsolidierung der Demokratie leistet letztlich die vergleichende politikwissenschaftliche Transformationsforschung. Besonders hervorzuheben sind hier die Publikationen des Arbeitskreises "Systemwechsel", der sich im Juni 1993 innerhalb der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft konstituiert hat. Zu dieser Fragestellung ist insbesondere auf die Publikation vom Merkel/Sandschneider/Segert 1996 hinzuweisen.

solidierung dar.⁸³ In Anlehnung an das von *Philippe Schmitter* in die Transformationsforschung eingeführte Dreiphasenmodell des politischen Systemwechsels schlägt *Merkel* eine weitere analytische Präzisierung des Konsolidierungsbegriffes vor. *Lauth* und *Merkel* unterscheiden folgende vier Ebenen des demokratischen Konsolidierungsprozesses:

- "(1) die konstitutionelle Konsolidierung der zentralen Verfassungsorgane wie Staatsoberhaupt, Regierung, Parlament und Gerichte;
- (2) die repräsentative Konsolidierung, d.h. die Konsolidierung der territorialen (Parteien) und funktionalen (Verbände) Interessenrepräsentation;
- (3) die integrative Konsolidierung, d.h. die Anreize zu extrakonstitutionellem, gegen die Demokratie gerichteten Handeln potentieller Vetomächte wie Militär, Großgrundbesitzer, Unternehmer, radikale Bewegungen etc., müssen soweit gemindert sein, daß die genannten Gruppen in die Demokratie zumindest derart integriert sind, daß sie dieser kein denkbare anderes System vorziehen.
- (4) Die zivilkulturelle Konsolidierung schließt die gesamtsystemische Konsolidierung mit der Herausbildung einer demokratiefundierenden civic culture."⁸⁴

Die institutionelle, intermediäre, verhaltens- und einstellungsbezogenen Konsolidierungsebenen lassen sich nach *Merkel* als eine Sequenz begreifen, nach der sich die demokratische Konsolidierung des gesamten sozio-politischen Systems vollzieht. Von einer weitgehend konsolidierten, krisenresistenten Demokratie kann jedoch erst dann gesprochen werden, wenn alle vier Konsolidierungsphasen abgeschlossen sind.

Dabei wird der Ebene der intermediären Interessenvermittlung zwischen Gesellschaft und Staat eine fundamentale Rolle für den Konsolidierungs-

⁸³ Merkel 1996.

prozeß zugesprochen. "Aus der demokratietheoretischen Perspektive sichert die verbandliche Selbstorganisation der Gesellschaft dem Staat gegenüber wirkungsvolle autonome Handlungsräume. Sie bedeutet in aller Regel auch eine Steuerungsentlastung des Staates und damit einen wirtschaftspolitischen Rationalitätsgewinn."⁸⁵

Die demokratische, ökonomische und soziale Bedeutung der intermediären Interessenvermittlung wächst auch mit dem Fortschreiten des Konsolidierungsprozesses. Denn, so *Merkel*, "ohne ein ausdifferenziertes und repräsentatives Verbändesystem sind Gesellschaften auch in Demokratien weder vor einer etatistischen Suprematie noch vor den sozialdarwinistischen Auswirkungen reiner Marktwirtschaften sicher."⁸⁶

Die von *Merkel* dargestellte analytische Sequenzierung der Konsolidierungsebenen impliziert jedoch nicht ihr lineares Verhältnis. Insbesondere zwischen der intermediären und der zivilkulturellen Ebene läßt sich eine deutliche Interdependenz erkennen, die für den gesamten Prozeß von zentraler Bedeutung ist.

Da die Staatsfixiertheit der meisten autoritären Systeme schwache Zivilgesellschaften hinterließ, scheinen jedoch in postautoritären Gesellschaften die Voraussetzungen für ein starkes System intermediärer Interessenvermittlung erschwert zu werden. Diese "Erblast der Vergangenheit" lastet auf den jungen postkommunistischen Demokratien und stellt für den Transformationsprozeß eine besonders schwierige und langwierige Bewältigungsaufgabe. Dabei kann die Herausbildung der zivilkulturellen Basis der Demokratie, wie die politische Kulturforschung der letzten "zwei Demokratisierungswellen" lehrt, Jahrzehnte dauern und erst durch einen Generationswechsel besiegelt werden.⁸⁷

Gleichzeitig ist ihr aber als dem Garant und der Bedingung der Stabilisierung des Transformationserfolges eine zentrale Bedeutung zuzuerkennen.

⁸⁴ Lauth/Merkel 1997, S. 19.

⁸⁵ Merkel 1996, S. 49.

⁸⁶ Ebd. S. 50.

⁸⁷ Vgl. dazu die Studien der politischen Kulturforschung von Almond/Verba 1963 und Almond/Verba 1980.

"Die Konsolidierung der civic culture schließt die Stabilisierung des sozio-politischen Unterbaus der Demokratie ab."⁸⁸

3.2 Zivilgesellschaft in der Transformationsdiskussion

Die bisherige Theoriediskussion der Transformationsforschung hat sich leider noch nicht hinreichend um eine theoretische Integration der Zivilgesellschaftskonzepte mit den Fragestellungen der Transformationsforschung bemüht. Kritischer Betrachtung muß vor allem die mangelnde Differenzierung in der konzeptionellen Vermittlung beider Forschungsbereiche unterzogen werden. Obwohl die Umwandlungsprozesse in Mittel- und Osteuropa eine Diskussion über die theoretische Konzeptualisierung des Konstruktes Zivilgesellschaft in der sozialwissenschaftlichen Theoriediskussion erneut angeregt haben, beschränkten sich die Erklärungsansätze auf einseitige Betrachtungen.⁸⁹

Nach der westlichen Auffassung der osteuropäischen Realsozialismusforschung wurde die Zivilgesellschaft nur als eine Oppositionsbewegung der Gesellschaft gegen den kommunistischen Einparteiensstaat innerhalb des sozialistischen Systems begriffen. So basierte der Schwerpunkt der Zivilgesellschaftsforschung nur auf der sozialen Selbstverteidigung, nicht aber auf dem systemüberwindenden Reformdruck von unten oder der den Staat ersetzenden Zivilgesellschaft.

Im Sinne der Antipolitik stand so der Begriff der Zivilgesellschaft zu Anfang der demokratischen Umbrüche in Mittel- und Osteuropa als eine wichtige Orientierungs- und Legitimationsgrundlage der Prozesse und wurde zum "Hoffnungsträger" der Transformation. Nach dem Systemumbruch wurde jedoch das Verständnis von Zivilgesellschaft erweitert und immer mehr als

⁸⁸ Merkel 1996, S. 39.

⁸⁹ Die sozialwissenschaftliche und sozialphilosophische *Civil Society* Debatte hat eine lange ideengeschichtliche Tradition. Einige ihrer Wesenszüge werden an anderer Stelle dieses Kapitels als Bezugspunkte weiterer Auseinandersetzung erläutert. Zu einem geschichtlichen Abriß dieser Debatte vgl. Riedel 1975, S. 719 - 800.

notwendige Voraussetzung für die Umstrukturierungsprozesse thematisiert.

So ist der Begriff der Zivilgesellschaft in doppelter Hinsicht als Schlüsselbegriff zur Analyse des Demokratisierungsprozesses in Mittel- und Osteuropa zu begreifen. "Er wird sowohl bezogen auf die Vorgeschichte des Umbruchs, nämlich auf den Prozeß der Herausbildung freiwilliger, auf demokratische Prinzipien verpflichteter, autonomer Assoziationen, die mit gewaltlosen Mitteln dem Staat eine politische Gegenöffentlichkeit abtrotzten. Und er wird, nach dem Umbruch, bezogen auf die politisch-kulturellen, ökonomischen und sozialstrukturellen Potentiale, die einem nur formell etablierten demokratischen System überhaupt erst das stabilisierende, moralische und legitimatorische Fundament geben könnten."⁹⁰

Mit dem Fortschreiten der Transformationsprozesse wurde das Problem der Zivilgesellschaft jedoch mit zunehmender Skepsis betrachtet.

Vor allem die Sozialwissenschaftlerinnen aus Mittel- und Osteuropa wiesen vermehrt in diesem Zusammenhang auf die schwierigen Ausgangsbedingungen der postkommunistischen Transformationsgesellschaften in Hinblick auf die zivilgesellschaftlichen Verhaltensdispositionen hin.⁹¹

Sie betonten auch die Notwendigkeit, die (zivil-) gesellschaftliche Ebene der Transformation und die komplexen Vermittlungsschritte zwischen Ökonomie und Politik stärker zu berücksichtigen, um die Folgen von dem „Dilemma der Demokratie in Osteuropa“ zu mildern.⁹²

Die historischen Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa haben auch im Westen Europas eine politische Debatte über Bürgerschaft und die Verfassung des Gemeinwesens im demokratischen Staat angetrieben.⁹³

⁹⁰ Deppe/Dubiel/Rödel 1991, S. 11.

⁹¹ Die Frage der zivilgesellschaftlichen "Kondition" der postkommunistischen Gesellschaft wird am Beispiel Polens an weiterer Stelle dieser Untersuchung diskutiert.

⁹² Staniszki 1991.

⁹³ Entscheidende Anstöße für eine theoretische Neubegründung des Verhältnisses von Bürger und Gemeinwesen hat in den letzten zehn Jahren die Debatte unter liberalen Rechtsphilosophen, Ethikern und Politikwissenschaftlern in den Vereinigten Staaten gegeben, die als liberal-kommunitaristische Kontroverse bekannt ist. Vgl. hier insbe-

Die Diskussion um die Zivilgesellschaft kann aber auch als eine Version des alten Disputes um den Charakter und den Kompetenzbereich des Staates verstanden werden, die so alt wie die politische Philosophie selber ist.⁹⁴

Die wirkungsträchtigen Ansätze zum Verständnis der Zivilgesellschaft, die dem neuzeitlichen Denken entstammen, lassen sich dem Vorschlag von *Charles Taylor* folgend in zwei Strömungen fassen.

Taylor bezeichnet sie als den "*Locke-Strang*" und den "*Montesquieu-Strang*", nach den Namen der Personen, die er als deren Repräsentanten ausgewählt hat.⁹⁵

Besonders in der auf *Locke* zurückgehenden liberalen Denktradition wird die ihren eigenen Gesetzen folgende bürgerliche Gesellschaft als dem Staat vorrangige außer-politische Realität verstanden. Als zentrale Funktion der *civil society* werden hier die Autonomie des Individuums, die Sicherung des Eigentums und eine vor dem Staat geschützte Sphäre angesehen.⁹⁶ Die scharfe Trennung von Staat und Gesellschaft in den liberalen

sondere Arbeiten von: Rawls 1994 sowie Taylor 1993 und Walzer 1992 und 1993. Zur deutschen Rezeption siehe: Rödel/Frankenber/Dubiel 1989; Gransow 1990; Zahlmann 1992; Honneth 1993; Reese-Schäfer 1994; Brink/Reijen 1995; Brummlik/Brunkhorst 1995.

⁹⁴ Der Terminus Zivilgesellschaft leitet sich vom Lateinischen „*societas civilis*“ als wörtliche Übersetzung ab. Seine traditionelle Konzeption läßt sich bis zu Aristoteles zurückverfolgen. Aristoteles führt den Begriff am Anfang seiner „Politik“ mit der Bemerkung ein, daß es unter Menschen vielfältige Gesellschaftsformen gäbe und eine davon die wahrhaft unabhängige und die alle andere beherrschende sei, die sogenannte Politik als „bürgerliche“ bzw. „politische“ Gesellschaft. In diesem Sinne war die Zivilgesellschaft mit der politischen Gesellschaft (*Polis*) sowie auch mit der politischen Herrschaftsform, dem „Staat“ gleichbedeutend. Bis zum 18. Jahrhundert blieb die Kontinuität der alten aristotelischen Tradition gewahrt und die Vorstellung der Einheit von ziviler und politischer Gesellschaft blieben erhalten. Der Wandel in der ursprünglichen Bedeutung der Zivilgesellschaft begann allmählich mit einer Dichotomie: *civilis* „bürgerlich“ und *politicus* „politisch“ (gleich staatlich), welche für die künftige Geschichte des Begriffes bestimmend sein sollte. Der bürgerliche Status der Gesellschaft (die bloße Willensvereinigung der Individuen) wurde von ihrem politischen Status (der Übertragung ihrer „Macht“ auf eine Regierungsgewalt) unterschieden. Vgl. Riedel 1975, S. 722-763.

⁹⁵ Vgl. Taylor 1995, S. 132ff.

⁹⁶ Bestimmend für diese Denktradition war die Philosophie Georg Wilhelm Friedrich Hegels. Für Hegel konstituierte sich die bürgerliche Gesellschaft aus freier, gleichberechtigter, Eigentum besitzender Individuen, die ihre Interessen in der Gesellschaft verfolgen. Die Bedeutung von Zivilgesellschaft, die sich in Europa schließlich im 20. Jahrhundert durchsetzte, geht auf Karl Marx zurück. Dieser übernahm den Hegel-

Theorien stellt die negative Funktion der Zivilgesellschaft im Sinne des Schutzes der Individualrechte vor staatlichen Eingriffen in den Vordergrund. Die Vermittlung der zivilen und staatlichen Sphäre wird in dieser Traditionsrichtung kaum thematisiert.

Demgegenüber setzte sich mit *Montesquieu* eine andere Denktradition durch, die auch für die heutige kommunitaristische Position relevant ist. Bedeutsam ist hierbei nicht die Sphäre außerhalb des politischen Systems, sondern die Art und Weise, wie jene in dieses integriert ist und wie beide Sphären einander verbindende Strukturen (*corps intermediares*) hervorbringen. *Montesquieus corps intermediares* als "amphibische" Körperschaften heben "ein Leben außerhalb der politischen Struktur, und dies ist in der Tat ihr primärer Zweck und die Basis ihrer Stärke. Es ist jedoch von entscheidender Bedeutung für die Gesundheit des politischen Gemeinwesens, daß sie auch eine Rolle in ihm spielen."⁹⁷

So ist auch die bürgerliche Gesellschaft "nicht so sehr eine Sphäre außerhalb der politischen Macht; sie dringt vielmehr tief in diese Macht ein, fragmentiert und dezentralisiert sie. Ihre Komponenten sind wahrhaft `amphibisch`."⁹⁸

Nach diesem Verständnis bilden nicht die Individuen, sondern vielmehr intermediäre soziale Gruppierungen und ihre kommunikativen Beziehungen die zivile Sphäre aus. Auch das Verständnis von Politik bleibt nicht länger auf den Staat fixiert. Die Zivilgesellschaft erscheint als politische

schen Begriff der bürgerlichen Gesellschaft im wortwörtlichen Sinne als die Gesellschaft des Besitzbürgertums und ordnete sie der Kategorie der Basis im Gegensatz zum staatlichen Überbau zu. Somit hatte der Begriff einen Bedeutungswandel von 180 Grad gegenüber seinem historischen Ursprung erfahren, nämlich vom Synonym für den Staat zu seinem genauen Gegenteil. Gramsci, der den Begriff in seiner romanischen Übersetzung als *societa civile* benutzte, änderte nochmals seine Bedeutung. Zivilgesellschaft gehört für ihn zum politisch-ideologischen Überbau, zum Staat, unterscheidet sich aber von der *societa politica*, die innerhalb des Staates die repressiven Staatsapparate bezeichnet. Sie wird so zwischen Markt und Staat verortet: „Zivilgesellschaft steht zwischen der ökonomischen Basis und dem Staat mit seiner Gesetzgebung und seinem Zwangsapparat.“ Zitiert nach Kebir 1991, S.55; Ausführlich zum Gedankengut dieser Tradition: Vgl. Riedel 1975, S. 783ff.

⁹⁷ Taylor 1993, S. 142.

⁹⁸ Ebd. S. 146.

Austragungsstätte von konkurrierenden Interessen, die im Staatswesen zum Zuge kommen sollen.

Für die Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft in Europa hat der französische Staatsdenker und Politiker *Alexis de Tocqueville*, der als der größte Schüler *Montesquieus* betrachtet werden kann, das Muster der zivilen Innenausstattung eines freien Gemeinwesens gezeichnet und dabei besonders auf die Kunst der Vereinigungen und Assoziationen als zivilgesellschaftliche Verbindungsstrukturen hingewiesen. Die Assoziation der Bürger schien *Tocqueville* geeignet, zwei in ihrer Kombination die Freiheit existentiell bedrohenden Entwicklungen entgegenzuwirken - dem wachsenden Individualismus und einer ausufernden Staatstätigkeit.

In den freien Vereinigungen sind die Bürger an den öffentlichen Geschäften insbesondere auf der kommunalen Ebene beteiligt und können sie mitgestalten. Dabei stößt man auch auf die Grenzen seiner vermeintlichen sozialen Unabhängigkeit, indem man oft feststellen muß, "daß man nicht so unabhängig ist, wie man vorher dachte, und daß man seinem Nächsten oft helfen muß, um andererseits seine Unterstützung erlangen zu können."⁹⁹

So stehen die Vereinigungen, in denen sich Menschen zusammenfinden, nach *Tocquevilles* Ansicht nicht in einem Gegensatz zum Staat, vielmehr fordert die Demokratie geradezu solche Vereinigungen. Zivilgesellschaftliche Assoziationen und Vereinigungen sind nach *Tocqueville* die beste "Schule der Demokratie", in der demokratisches Denken und Verhalten durch alltägliche Praxis eingeübt wird.¹⁰⁰

Auch in der gegenwärtigen Diskussion um die Gestalt des demokratischen Staates dominiert die Einsicht, daß ein demokratischer Staat und eine zivile Gesellschaft wechselseitig aufeinander angewiesen sind.

Bilden "selbstorganisierte Aktivitäten und Assoziationen gegenüber dem Staat als Ort der Macht " die zivilgesellschaftliche Sphäre, muß daraus

⁹⁹ Tocqueville 1994, S. 243.

¹⁰⁰ Ebd.

nicht eine polare Beziehung gefolgert werden, in der von der gesellschaftlichen Basis gegen staatliche Herrschaft angekämpft wird.¹⁰¹

Aus kommunitaristischer Sicht betont heute Michael Walzer die regelnde und Bedingungen setzende Funktion des Staates: "Der Staat kann niemals ausschließlich das sein, als was er im Liberalismus erscheint, ein bloßer Rahmen für die zivile Gesellschaft. Er ist selbst auch ein entscheidendes Kampfmittel, das dazu verwandt wird, das gemeinsame Leben zu gestalten."¹⁰²

Auch *Jürgen Habermas* betont die Bedeutung der Kommunikationsstrukturen im demokratischen Staat. Den institutionellen Kern der Zivilgesellschaft bilden nach *Habermas* "jene nicht-staatlichen und nicht-ökonomischen Zusammenschlüsse und Assoziationen auf freiwilliger Basis, die die Kommunikationsstrukturen der Öffentlichkeit in der Gesellschaftskomponente der Lebenswelt verankern. Die Zivilgesellschaft setzt sich aus jenen mehr oder weniger spontan entstandenen Vereinigungen, Organisationen und Bewegungen zusammen, welche die Resonanz, die die gesellschaftlichen Problemlagen in den privaten Lebensbereichen finden, aufnehmen, kondensieren und lautverstärkend an die politische Öffentlichkeit weiterleiten. Den Kern der Zivilgesellschaft bildet ein Assoziationswesen, das problemlösende Diskurse zu Fragen allgemeinen Interesses im Rahmen veranstalteter Öffentlichkeit institutionalisiert."¹⁰³

Jean Cohen und *Andrew Arato* heben heute die Zivilgesellschaft von der "politischen Gesellschaft" der Parteien, Verbände und Gremien einerseits und von der "Wirtschaftsgesellschaft" andererseits ab, in der Unternehmen die Produktion und Verteilung von Gütern organisieren. Sie definieren die Zivilgesellschaft "als eine Sphäre der sozialen Interaktion zwischen Wirtschaft und Staat, gebildet vor allem aus der Sphäre, die einem vertraut ist, aus der Sphäre der Assoziationen (besonders der freiwilligen Vereinigungen), aus sozialen Bewegungen und den Formen der öffentlicher Kommu-

¹⁰¹ Rödel/Frankenberg/Dubiel 1989, S. 56.

¹⁰² Walzer 1992, S. 92.

¹⁰³ Habermas 1992a, S. 443f.

nikation. Die moderne Zivilgesellschaft wird durch Formen der Selbstkonstitution und der Selbstmobilisierung hervorgebracht."¹⁰⁴

Die dargestellte kurze begriffsgeschichtliche Exposition läßt erkennen, daß es nicht möglich ist, die einzelnen Strömungen in der Diskussion um Zivilgesellschaft widerspruchsfrei zu addieren. Die sozialwissenschaftliche und sozialphilosophische Debatte hat zu einer weitgehenden Ausdifferenzierung des Begriffes und zu einer Vieldeutigkeit im Verständnis der Zivilgesellschaft geführt.

In der aktuellen Diskussion um die Zivilgesellschaft und die Transformationsprozesse kann auch eine Differenzierung der Betrachtungsweise festgestellt werden.

Im Hinblick auf die demokratietheoretische Bedeutung der zivilgesellschaftlichen Akteure wurde sowohl ihr Spektrum als auch ihre demokratietheoretische Wirkung erweitert. In einem vom *Merkel* und *Lauth* erarbeiteten, am Transformationsprozeß orientierten Konzept von Zivilgesellschaft wird ein breites ziviles Akteursspektrum für eine systematische Analyse erschlossen. Neben den klassischen, politischen und gesellschaftlichen Akteuren wird der Zivilgesellschaft eine Vielfalt von gesellschaftlichen Assoziationen, wie beispielsweise Verbände und Interessengruppen, kulturelle und religiöse Vereinigungen, Selbsthilfegruppen und Non Profit Organisationen, Bildungs- und Informationseinrichtungen, Bürgerinitiativen und Bürgerrechtsgruppen zugerechnet.

Nach diesem Verständnis wird das Konzept der Zivilgesellschaft mehr als eine Residualkategorie begriffen, "da es die Subsumierung der unterschiedlichen Akteure in einer gemeinsamen Sphäre mit eigener Interaktionsdynamik und Außenwirkung erlaubt."¹⁰⁵

Die zivilgesellschaftliche Sphäre ist dabei zwischen der staatlichen und der privaten angesiedelt. "Die Zivilgesellschaft befindet sich in einer vorstaatlichen oder nicht-staatlichen Handlungssphäre und besteht aus einer

¹⁰⁴ Cohen/Arato 1992, S. 9.

Vielzahl pluraler, auf freiwilliger Basis gegründeter Organisationen und Assoziationen, die ihre spezifischen materiellen und normativen Interessen artikulieren und autonom organisieren. Sie ist im Zwischenbereich von Privatsphäre und Staat angesiedelt. In ihr artikuliert Zielsetzungen betreffen immer auch die *res publica*. Akteure der Zivilgesellschaft sind damit in die Politik involviert, ohne jedoch nach staatlichen Ämtern zu streben. Entsprechend sind Gruppen, die ausschließlich private Ziele verfolgen (Familien, Unternehmen etc.) ebensowenig Teil der Zivilgesellschaft wie politische Parteien, Parlamente oder staatliche Verwaltungen. Die Zivilgesellschaft ist kein homogener „Akteur“. Vielmehr ist sie insoweit heterogen strukturiert, als sie ein Sammelbecken höchst unterschiedlicher Akteure darstellt, die allerdings einen bestimmten normativen Minimalkonsens teilen. Dieser beruht im Kern auf der Anerkennung des anderen (Toleranz) und auf dem Prinzip der Fairneß. Ausgeschlossen ist die Anwendung physischer Gewalt. Doch dieser Grundkonsens hebt die bestehende interne Konkurrenz nicht auf, sondern befähigt allenfalls in extremen politischen Abwehrsituationen die Akteure der Zivilgesellschaft zu kollektivem strategischem Handeln. Der zivile Konsens bildet gemeinsam mit der Ausrichtung auf öffentliche Angelegenheiten und der Orientierung am kommunikativen Handeln das genuin zivilgesellschaftliche Ferment, das sich auf individueller Ebene in der Ausbildung eines Bürgersinns wiederfindet."¹⁰⁶

Entsprechend der Dynamik der Transformationsprozesse zeichnet sich in der Transformationsforschung ein erkennbarer Bedeutungswandel im Verständnis von Zivilgesellschaft ab. Entgegen der Auffassung der Zivilgesellschaft im Sinne der Antipolitik gegen den Staat werden die zivilgesellschaftlichen Potentiale zunehmend auf ihre den demokratischen Staat stärkende Wirkung untersucht. So plädieren *Merkel* und *Lauth* dafür, die These von der automatischen Kompatibilität zwischen der Zivilgesellschaft und Demokratie zu präzisieren und dabei insbesondere den Funktionswandel zivilgesellschaftlicher Organisationsformen und die Veränderun-

¹⁰⁵ Lauth/Merkel 1997, S. 2.

¹⁰⁶ Merkel/Lauth 1998, S. 7.

gen ihres demokratiethoretischen Potentials in den einzelnen Transformationsphasen zu berücksichtigen.

Die Ergebnisse der empirischen Vergleichsstudien der Länder der sogenannten "dritten Demokratisierungswelle" zeigen einen markanten Strukturwandel der Zivilgesellschaft im Verlauf des Transformationsprozesses, der durch phasenabhängige Konjunkturzyklen zivilgesellschaftlicher Vitalität gekennzeichnet ist.¹⁰⁷ Daraus läßt sich mit dem fortschreitenden Verlauf der Transformationsprozesse eine Tendenz zum Absinken der zivilgesellschaftlichen Aktivitäten erkennen. Die Mobilisierungsfähigkeit und der Einfluß der zivilgesellschaftlichen Akteure war in der Liberalisierungsphase, das heißt in der Endphase des autoritären Regimes, am größten, um dann in der Phase der Demokratisierung und Konsolidierung deutlich zu erlahmen.¹⁰⁸

Dabei ist auch in den Konsolidierungsprozessen vieler postautoritärer Demokratien eine sichtbare Wende "von der res publica zur res privata " festzustellen.¹⁰⁹ Angesichts der sozialen Folgen der Umstrukturierungsprozesse der Transformationsgesellschaft rangiert die persönliche Existenzsicherung vor dem Engagement für das öffentliche Wohl. Die existentiellen Belastungen der Menschen können so eine plausible Erklärung für diesen Niedergang des zivilgesellschaftlichen Engagements liefern.

In der vorliegenden Arbeit wird „Zivilgesellschaft“ als eine Analysekategorie der gesellschaftlichen Umgestaltungsprozesse in Polen verwendet. Aus begrifflich-methodischer Perspektive kann sie als ein theoretischer Leitbegriff, als eine Bestimmungsgröße, welche die angesetzte Zielrichtung der Prozesse markiert, betrachtet werden. Die konzeptionellen und theoretischen Annahmen der Zivilgesellschaftsdebatte werden hier im kulturell-historischen Kontext der polnischen Gegebenheiten reflektiert.

¹⁰⁷ Interessante Erkenntnisse zu dieser Fragestellung liefern die Länderstudien, die im von Lauth und Merkel 1997 herausgegebenem Band "Zivilgesellschaft im Transformationsprozeß" sowie in dem von Merkel 2000 herausgegebenem Band „Systemwechsel 5 Zivilgesellschaft und Transformation“ dargestellt wurden.

¹⁰⁸ Vgl. Lauth/Merkel 1997 auch Croissant/Lauth/Merkel 2000, S. 33f.

¹⁰⁹ Vgl. Lauth/Merkel 1997 S. 39.

Für die Konzeptualisierung der Zivilgesellschaft als eine analytische Kategorie resultieren hieraus bestimmte Kriterien, die es bei der Verortung entsprechender Gruppen, Bewegungen und Organisationen innerhalb oder außerhalb der zivilgesellschaftlichen Sphäre zu beachten gilt. So gesehen ist „Zivilgesellschaft“ auch zwingend ein normatives Konzept.

„Unter normativen Gesichtspunkten bildet das prinzipielle Bekenntnis zur Gewaltfreiheit sowie weltanschaulicher, religiöser und politischer Toleranz jenen normativen Grundkonsens, den Akteure akzeptieren müssen, damit sie als Teil der Zivilgesellschaft gelten können.“¹¹⁰

Gerade anhand dieser normativen Komponenten von Zivilgesellschaft wird deutlich, daß längst nicht jede Form autonomer Gruppen und Bewegungen der Zivilgesellschaft zuzurechnen ist. So muß eine quantitative Zunahme von Vereinigungen nicht automatisch zu einer qualitativen Zunahme an staatsbürgerlichen Tugenden führen.

Aus der inhaltlichen Perspektive sollen an dieser Stelle noch zwei für diese Arbeit wichtige Präzisierungen vorgenommen werden:

Die erste Präzisierung zielt auf das Verhältnis von Demokratie und Zivilgesellschaft. Hier kann die These aufgestellt werden, daß beide Phänomene analytisch unabhängig voneinander konzeptualisiert werden müssen. Die normative Verortung des Zivilgesellschaftskonzeptes bedeutet nicht, daß jede Form realer Zivilgesellschaft immer und gleichermaßen positive Auswirkungen auf die Entwicklungs- und Konsolidierungschancen von Demokratie hat. „Weder ist Zivilgesellschaft in jedem Fall und jeder Entwicklungsphase demokratiestärkend, noch ist die Zivilgesellschaft per se eine Sphäre reiferer und gerechterer Demokratie. Zivilgesellschaften können auch `dunkle Seiten` aufweisen.“¹¹¹

Die zweite Präzisierung betrifft das Verhältnis von Zivilgesellschaft und politischer Kultur. Während die Zivilgesellschaft die Dimension des Ver-

¹¹⁰ Croissant/Lauth/Merkel 2000, S. 18.

¹¹¹ Croissant/Lauth/Merkel 2000, S. 19. Die ethnisch-religiöse Segmentierung der Zivilgesellschaft entlang der bestehenden gesellschaftlichen Konfliktlinien kann, wie die Beispiele aus Ex-Jugoslawien, Baltikum oder vielen afrikanischen Staaten zeigen, eine erhebliche soziale Identitäts- und Mobilisierungskraft mit ambivalenter Bedeutung für die zivilgesellschaftliche Genese hervorrufen. Zu diesen Problemen vgl. beispielsweise Beiträge von Rüb, Lux und Schmidt in dem 2000 von Wolfgang Merkel herausgegebenen Band: Systemwechsel 5: Zivilgesellschaft und Transformation.

haltens bzw. des kollektiven zivilen Handelns erfaßt, bezieht sich das Konzept der politischen Kultur auf die subjektive Fundierung dieses Verhaltens in den politisch relevanten Einstellungen, Werten und Orientierungen der Bürgerinnen einer Gesellschaft. Dabei ist hier das zivilgesellschaftliche Engagement insbesondere als öffentliches Engagement zu verstehen, das nicht notwendigerweise politisch im Sinne von direkten Forderungen und Unterstützungsleistungen an das politische System sein muß. Vielmehr geht es hier um öffentliches Engagement allgemein, also auch im sozialen und kulturellen Bereich.

Dieses Verständnis ist auch die Grundlage der Überlegungen über den Zusammenhang von Sozialpolitik/Sozialarbeit und Zivilgesellschaft. Die grundlegende Bedingung für die gesellschaftliche Partizipation und für das öffentliche Engagement ist die Garantie der Bürgerrechte. So bilden die zivilen, politischen sowie auch sozialen Rechte einen Kern der Zivilgesellschaft. Sie implizieren auch ein bestimmtes Modell vom *welfare state*, in dem der Staat, der Markt, die Familie sowie ein breites Spektrum von intermediären Organisationen gemeinsam zum sozialen Wohlstand beitragen.¹¹² Das Wesen und das Ziel der Sozialarbeit in der Zivilgesellschaft kann am besten mit dem englischen Begriff „*Empowerment*“ ausgedrückt werden. Dieser Begriff kann auch mit der Kategorie der „Bürgerrechte“ in Verbindung gebracht werden. So ist die Hauptbedeutung vom „*Empowerment*“ die Befähigung von Einzelpersonen und von sozialen Gruppen zur vollen Teilnahme an den gesellschaftlichen Strukturen und den Institutionen der Zivilgesellschaft sowie die Bekämpfung der sozialen Isolation und Alienation. In diesem Sinne muß die Sozialarbeit nicht nur als ein möglicher, aber auch als ein notwendiger Bestandteil der Zivilgesellschaft betrachtet werden.¹¹³

Eine vitale Zivilgesellschaft und ihre partizipatorische Legitimierung des Systems ist für die Stabilisierung der Demokratisierungsprozesse grundlegend. In der fortgeschrittenen Phase der demokratischen Konsolidierung

¹¹² Diese Vorstellung nähert sich am stärksten dem von Evers und Wintersberger vorgestellten Konzept von *welfare mix*. Dazu siehe: Evers/Wintersberger 1990, S. 5-30.

¹¹³ Vgl. Wodz 1997, S. 10ff.

kann "die Doppelstrategie der komplementären Demokratisierung von Staat und Gesellschaft nicht nur die Legitimitätsgrundlage der Demokratie verstärken, sondern auch die Interventionstiefe staatlicher Steuerung und Implementation durch die Mitwirkung gesellschaftlicher Teilbereiche verbessern."¹¹⁴

Dieses Ziel wurde jedoch selbst bei "reifen" westlichen liberal-demokratischen Systemen bei weitem noch nicht erreicht. Es kann als eine gemeinsame Entwicklungsperspektive sowohl für die mittel- und osteuropäischen als auch für die westlichen Systeme betrachtet werden.

Der Weg zu diesem Ziel könnte so in gemeinsamer Anstrengung bestritten werden. Eine grenzüberschreitende sozialwissenschaftliche Diskussion der Transformationsprozesse zwischen Ost und West könnte dabei wichtige Erkenntnisse liefern. Im Zuge der vorangetriebenen Europäisierung erhält diese Anstrengung noch eine zusätzliche Brisanz.

4. Sozioökonomische Bedingungen der Transformation

4.1 Polens Weg im Transformationsprozeß

Polen gehört zu den Ländern, die eine graduelle Übergangsphase zum eigentlichen Transformationsprozeß erlebten. Die Vorbedingungen für die entscheidenden Umwandlungen wurden schon vor dem "Revolutionsjahr" 1989 geschaffen. Die langfristig wirkende schleichende Delegitimierung und die langsame Erosion der Grundlagen der realsozialistischen Gesellschaft ebneten den Weg zu einer "Revolution auf dem Verhandlungsweg" im Jahre 1989.

Die Organisationsprinzipien des politischen und wirtschaftlichen Systems des Realsozialismus - das Prinzip der Gewaltenteilung, das Prinzip

¹¹⁴ Held 1989, S. 182, zit. nach Merkel 1997, S. 46.

der planmäßigen Lenkung der Wirtschaft, das Prinzip des politischen Zentralismus - schlossen eine faktische Einwirkung gesellschaftlicher Gruppen auf die Gestaltung sozialer Zielvorstellungen aus. Das führte zu einer fortschreitenden Alienation breiter Teile der Gesellschaft gegenüber der übermächtigen Staatlichkeit.

Daß die Interessen der Regierenden und der Regierten unter den nach dem Zweiten Weltkrieg eingeführten Herrschaftsmechanismen strukturell unvereinbar waren, zeigten auch deutlich die in der Volksrepublik Polen periodisch wiederkehrenden manifesten Krisen. Die Protestaktionen, die immer durch aktuelle ökonomische Leistungsdefizite ausgelöst wurden, schlugen sehr rasch auch in politische Forderungen um, so daß die schwersten Massenproteste und Streikwellen von 1956, 1968, 1970, 1976, 1980/81 und 1988 als Eckdaten für eine Periodisierung der großen politischen Umbrüche der Volksrepublik Polen anzusetzen sind.¹¹⁵

Eine qualitativ grundlegend neue gesellschaftliche Situation offenbarte sich nach den Massenstreiks vom Sommer 1980. Das gemeinsame, organisierte Handeln von Arbeitern und Intellektuellen, aus dem das sogenannte "Danziger Abkommen" resultierte, garantierte eine Reihe von Freiheiten, insbesondere die Gewerkschaftsfreiheit und das Streikrecht.¹¹⁶

Mit der Zulassung der "Solidarnosc" war eine "Institutionalisierung des gesellschaftlichen Dissenses" in Polen erreicht beziehungsweise zugelassen worden, die kein Vorbild in Osteuropa hatte. Mit der schriftlich fixierten gesellschaftlichen Übereinkunft von 1980, die auch als "Gesellschaftsvertrag" apostrophiert wurde, setzte eine Phase des schrittweisen Ausbaus der Verrechtlichung des öffentlichen Lebens ein, die auch, trotz der Ver-

¹¹⁵ Zu gesellschaftlichen Krisen und den Reformbestrebungen in der Zeit der Volksrepublik Polen siehe den kurzen Überblick bei Juchler 1986, Kap. 3 bis 7; auch Juchler 1994, S. 191ff.

¹¹⁶ Schon 1976 wurde das "Komitee zur Verteidigung der Arbeiter" ("*Komitet Obrony Robotnikow KOR*") gegründet, das die Keimzelle für eine Zusammenarbeit oppositioneller Intellektueller und Arbeiter bildete. Die, 1979 vom KOR im Untergrund veröffentlichte "Charta der Arbeiterrechte" ("*Karta Praw Robotnikow*") enthielt die sozialen und arbeitsrechtlichen Forderungen, die die Grundlage für die Verhandlungen im August 1980 bildeten. Vgl. dazu Ziemer/Quaisser 1994, S. 16f. Zur Geschichte und Entwicklung der "Solidarnosc" Bewegung in Polen vgl. Tatur 1989.

hängung des Kriegsrechtszustands im Dezember 1981 und des Verbotes der Gewerkschaft "Solidarnosc", weiter fortgesetzt wurde.¹¹⁷

Die im "Danziger Abkommen" formulierten Postulate einer Festigung der Rechtsstaatlichkeit und größerer Transparenz des öffentlichen Lebens wurden für die politische Führung der achtziger Jahre zum Ausgangspunkt der sogenannten "Reformen zur Stärkung der sozialistischen Rechtsstaatlichkeit". Damit stimmte auch die politische Führung einer größeren Subsystemautonomie zu und verzichtete implizit auf Teile ihres bisherigen Machtmonopols.¹¹⁸

1980/1981 war auch unter dem Kürzel der "drei S" (Selbstverwaltung, Selbstfinanzierung und Selbständigkeit der Betriebe) eine weitreichende Wirtschaftsreform verabschiedet worden, die zum 1. Januar 1982 in Kraft trat. Angesichts der engen Verflechtung des politischen und des wirtschaftlichen Systems wurde jedoch die beabsichtigte Dezentralisierung ökonomischer Entscheidungskompetenzen durch die mit dem Kriegsstatus verbundene Rezentralisierung politischer Entscheidungsstrukturen schon im Keim erstickt. So ging mit dem Verbot der "Solidarnosc" und der Einschränkung der Selbstverwaltung diese "gesellschaftspolitische Dimension der Reform weitgehend verloren."¹¹⁹

Die zyklischen Krisen der Volksrepublik Polen offenbarten auch allmählich den Legitimitätsverlust der führenden Partei PZPR unter breiten Kreisen der Bevölkerung.¹²⁰ Dem stand ein wachsendes Ansehen und Einfluß der katholischen Kirche als unabhängiger Institution gegenüber. Nach dem

¹¹⁷ Zu politischen Reformen und Reformversuchen in Polen 1980-1988 vgl. Ziemer 1989, S. 791 ff.

¹¹⁸ Einzigartig für die realsozialistischen Staaten war in Polen, aufgrund der Verfassungsänderung vom März 1982, die Einführung eines Verfassungstribunals, der Anfang 1986 seine Tätigkeit aufnahm. Erwähnenswert ist hier auch die Institution des Ende 1987 eingeführten "Fürsprechers der Bürgerrechte" ("*Rzecznik Praw Obywatelskich*"), dessen Aufgabe im Schutz der Individualrechte und dem Ausbau ihrer Garantien bestand, sowie die Liberalisierung des Gesetzes über die Zensur vom Oktober 1980. Vgl. ebd. S. 796f.

¹¹⁹ Pysz/Quaisser 1988, S. 50.

¹²⁰ Die Polnische Vereinigte Arbeiter Partei PVAP ("*Polska Zjednoczona Partia Robotnicza PZPR*"), seit der Verfassungsänderung von 1976 in aller Form als "führende Kraft der Gesellschaft" ausgewiesen, verzeichnete seit 1980 einen systematischen Rückgang an Mitgliedern. Vgl. Ziemer 1987, S. 192.

Verbot der "Solidarnosc" war sie erneut die einzige legale landesweite Organisation, die nicht dem Nomenklaturasystem der Partei unterworfen war. In den achtziger Jahren entwickelte sich so die katholische Kirche zu einem zentralen Faktor des gesellschaftlich-politischen Systems der Volksrepublik Polen.¹²¹

Die gesellschaftliche Isolierung und der Akzeptanzverlust der Regierung bewirkten, daß die ab 1986 unter General Wojciech Jaruzelski propagierten intensiven Wirtschaftsreformen - eine härtere Stabilisierungspolitik mit Preiserhöhungen und gewissen Liberalisierungen zum Beispiel für Privatbetriebe - auf einen starken sozialen Widerstand stießen.¹²² Die umfassenden Streikaktionen vom August 1988 konnte die Regierung nicht mehr aus eigener Kraft, sondern nur durch die Vermittlung der Kirche und der Vertreter der verbotenen Gewerkschaft "Solidarnosc" beenden. Nach der Einleitung der Perestrojka 1987 in der UdSSR entstanden auch außenpolitisch günstige Voraussetzungen für eine Verständigungslösung und für einen beschleunigten friedlichen Führungswechsel in Polen.

Wesentlich problematischer als die politisch-gesellschaftlichen waren die wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen Polens für den Transformationsprozeß. 1987 betrug das Wachstum des polnischen Nationaleinkommens nicht einmal mehr als 2 Prozent, 1988 waren es 4 Prozent; die offizielle (unterschätzte) Inflationsrate betrug bereits aber 25 Prozent, 1988 sogar 61 Prozent. Das Nationaleinkommen 1988 war nur 1 Prozent größer als im Jahr 1978, der Zeit, in der die polnische Wirtschaft nach dem Scheitern des sozio-ökonomischen Programms vom Parteichef *Edward Gierek* einen Zusammenbruch erlitt. Die Wirtschaftspolitik der siebziger Jahre, der konsum- und investitionsorientierten "Gigantomanie" auf der Grundlage ausländischer Kredite, brachte eine hohe Auslandsverschuldung und eine tiefe Wirtschaftskrise, aus der sich Polen in den achtziger Jahre nicht erholt hat.

¹²¹ Zur besonderen Rolle der katholischen Kirche in der polnischen Gesellschaft siehe: Tatur 1990, S. 411ff.; auch Nosowski 1991, S. 53ff..

¹²² Vgl. dazu Kolarska-Bobinska 1990, S. 279ff.; Indraszkiewicz 1991 S. 96ff.

Die polnische Planwirtschaft des realexistierenden Sozialismus hinterließ so für den Transformationsprozeß eine ruinierte Wirtschaft mit einem großem Außenhandelsdefizit und die Hypothek einer horrenden Schuldenlast. Die Auslandsverschuldung war durch die aufgeschobenen Zinszahlungen von 25,5 Milliarden Dollar 1981 auf 39,2 Milliarden Dollar 1989 angewachsen.¹²³

Zu diesen akuten Schwierigkeiten vor dem Transformationsprozeß kamen auch die grundlegenden strukturellen Probleme. Die sozialistische Phase hatte bedeutsame Veränderungen der Wirtschafts- und Sozialstruktur Polens gebracht.

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung Polens war nach 1945 durch eine zunehmende Verstaatlichung der Produktionsmittel und eine zentralstaatliche Regulierung aller relevanten Wirtschaftsbereiche gekennzeichnet. Die Grundlage dafür bereitete die Umgestaltung der Besitzverhältnisse durch die Agrarreform und die Verstaatlichung im Bereich von Industrie, Handel und Banken.¹²⁴

Die von der politischen Führung nach dem Zweiten Weltkrieg initiierte Umgestaltung des politischen und ökonomischen Systems, insbesondere die forcierte Industrialisierung mit der Favorisierung der unrentablen Schwer- und Investitionsgüterindustrie veränderte auch die Sozialstruktur Polens. Zu verzeichnen war insbesondere ein beträchtliches Anwachsen der Arbeiterschaft.¹²⁵ Der Industrialisierungsprozeß, der vor allem junge Leute vom Lande absorbierte, implizierte auch einen Überalterungsprozeß der Bauern, was weitgehende negative Konsequenzen für die Produktivi-

¹²³ Vgl. dazu Rocznik Statystyczny GUS 1991, S. 36; Zur Wirtschaftsentwicklung der VR Polen siehe auch kurzen Überblick bei Ziemer 1989 S. 792f.; auch Czekaj 1991.

¹²⁴ Die polnische Eigentumsverfassung ließ jedoch auch einen nicht-verstaatlichten Bereich zu, der in Polen den größten Umfang von allen Staaten des "Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe" RGW (*Rada Wzajemnej Pomocy Gospodarczej RWPG*) hatte. Zu ihm zählte vor allem die private Landwirtschaft sowie große Teile des Handwerks, in erheblich geringerem Umfang der Handel und kleine private Industriebetriebe. Der nicht-verstaatlichte Sektor beschäftigte 1980 22,9 % der Erwerbstätigen und erwirtschaftete 15,6 % des produzierten Nationaleinkommens. Vgl. Rocznik Statystyczny GUS 1981, S. 33 und 85.

¹²⁵ Zur Entwicklung der Sozialstruktur in der VR Polen siehe einen Überblick von Zie-

tät der polnischen Landwirtschaft bewirkte. Kennzeichnend für die Sektorenstruktur Polens vor dem Transformationsprozeß war so ein hoher Anteil von Arbeitern und Bauern.¹²⁶

Die unmittelbaren Ausgangsbedingungen Polens vor dem Transformationsprozeß erwiesen sich also als sehr ambivalent; insbesondere die grundlegenden strukturellen Probleme und die prekäre Wirtschaftslage stellten sehr erschwerte Bedingungen dar.

4.2 Das polnische Transformationskonzept der "Schocktherapie"

Der für den Ostblock einmalige Kompromiß vom "Runden Tisch" 1989 avisierte grundlegende strukturelle Veränderungen im politischen und wirtschaftlichen System und setzte den eigentlichen Ausgangspunkt für die Entwicklung Polens zur politischen Demokratie und zum wirtschaftlichen Liberalismus.¹²⁷

In politischer Hinsicht dominierte die Zielrichtung eines graduellen Übergangs zu einer vollständigen pluralistisch-parlamentarischen Demokratie mit einem funktionierenden Mehrparteiensystem.

Die Verfassungsänderung vom 29. Dezember 1989 legte erste Grundsteine für den Demokratisierungsprozeß und beinhaltet beispielsweise die Streichung der Führungsrolle der kommunistischen Partei, die Garantie der Freiheit der Parteienbildung und die Eigentumsgarantie. In Art. 1, Abs. 1 bezeichnet sich die Republik Polen als "demokratischer Rechtsstaat, der

mer 1991, S. 95ff.; auch Juchler 1992, S. 143.

¹²⁶ 1988 waren 39% der Beschäftigten Arbeiter, 20% Privatbauern, was in Vergleich zu anderen Sektoren (1988 waren 8% im Handel und Dienstleistungsbereich beschäftigt, Büroangestellte machten rund 14% aus, Techniker 6%, Spezialisten und Kader 8%, private Selbständige und Unternehmer 3%) einen hohen Anteil ausmachte. Vgl. dazu: Polacy '90 1991, S. 166.

¹²⁷ Zu wichtigsten Vereinbarungen der "Verhandlungen am Runden Tisch" siehe: "Rzeczpospolita" vom 07.04.1989; Walesa 1991, S. 108ff.; Rakowski 1991, S. 207ff.; Auch kurze Übersicht bei Ziemer 1989, S. 957-980; Juchler 1992, S. 1153ff.

die Grundsätze der sozialen Gerechtigkeit verwirklicht " und in dem "die oberste Gewalt vom Volk ausgeht " (Art. 2 Abs. 1).¹²⁸

Für den wirtschaftlichen Strukturwandel wählte Polen 1989, im Gegensatz zu den anderen Reformstaaten, einen radikalen Reformkurs mit einer monetär orientierten "Schocktherapie" gegen Inflation und Marktrestriktionen bei dem gleichzeitigen langfristig angelegten institutionellen Umbau auf eine westlich-kapitalistische Marktwirtschaft. Angesichts der starken Wirtschaftskrise und der aufflammenden Hyperinflation in der zweiten Jahreshälfte 1989 konzipierte die erste nichtkommunistische Regierung von Tadeusz Mazowiecki ein umfassendes Wirtschaftsprogramm.¹²⁹

Der schnellen und radikalen "Therapie" wurde der Vorzug gegeben gegenüber einer alternativen Strategie, vorrangig den institutionellen Umbau voranzutreiben, um bei einer späteren Inflationsbekämpfung bessere Anpassungsleistungen zu erzielen. Durch die gewählte Strategie sollten die Einschnitte in die individuellen Lebenssituationen zwar tiefer, aber zugleich wesentlich kürzer sein als bei einem langsameren und kontinuierlicheren Reformprozeß.

Das Wirtschaftsprogramm der Regierung Mazowiecki, häufig auch "Balcerowicz-Programm" nach dem Namen des damaligen Finanzministers genannt, setzte angesichts der galoppierenden Inflation in erster Linie auf eine harte Anti-Inflationspolitik als Vorläufer eines grundlegenden Wandels des Wirtschaftssystems.

Die Transformation zur Marktwirtschaft begann Anfang 1990 mit einem umfassenden Stabilisierungsprogramm, das mit der weitgehenden Liberalisierung der Preise und des Außenhandels verknüpft wurde. Die Preisliberalisierung und der Abbau staatlicher Subventionen hatte massive Preiserhöhungen, vor allem auf staatlich subventionierte und kontrollierte Prei-

¹²⁸ Zur Verfassungsdiskussion in Polen vgl. Schade 1995, S. 639ff.; Zakrzewska 1992, S. 109ff.

¹²⁹ Vgl. dazu: Regierungserklärung des polnischen Premierministers Tadeusz Mazo-

se, zur Folge. Gleichzeitig verfolgte man eine veränderte Lohnanpassungsstrategie an die Inflationsrate, das heißt eine Indexierung der Löhne mit geringeren Lohnkompensationen für Preisanstiege, und führte eine sehr prohibitive Lohnwachstumssteuer "*Popiwek*" als Sondersteuer für übermäßigen Lohnzuwachs in Staatsunternehmen ein.

Die restriktive Finanzpolitik wurde von folgenden weiteren Schritten begleitet: gleichzeitige Liberalisierung des Außenhandels, Abschaffung des Außenhandelsmonopols, freie Konvertierbarkeit des Zloty bei einem stabilen Realkurs, Öffnung der Wirtschaft gegenüber ausländischen Kapitalanlegern.

Als weitere, langfristige ordnungspolitische Ziele wurden genannt: die Entflechtung und Entmonopolisierung der polnischen Wirtschaft, Entwicklung von privatwirtschaftlichem Eigentum mit dem Ziel der weitreichenden Privatisierung, Erhöhung der Selbständigkeit der staatlichen Unternehmen und Aktivierung neuer Unternehmen, volle Einführung eines Marktmechanismus, insbesondere die Freiheit der Preisgestaltung und des Wettbewerbs, Umbau der Staatsfinanzen und vollständige Reform des Steuersystems und Sozialversicherungssystems sowie die weitere Reform des Bankwesens und der Kreditpolitik.¹³⁰

In den "Hauptgrundsätzen und Richtungen" des Programms heißt es, daß "die wirksame Verwirklichung des Stabilisierungsprogramms der Wirtschaft eine unumgängliche Voraussetzung für das Gelingen der Systemänderungen ist. Solche Änderungen können nämlich bei starker Inflation nicht erfolgreich durchgeführt werden."¹³¹

Weitere Elemente des 1. Punktes dieses Programms beinhalten die Forderungen, daß der Übergang zur Marktwirtschaft "rasch und mit Hilfe radikaler Maßnahmen erfolgen müsse, damit die für die Gesellschaft beschwerliche Übergangsperiode so kurz wie möglich gehalten wird".

wiecki vor dem Sejm am 12. September 1989 In: "Trybuna Ludu" vom 13.09.1989. In deutscher Übersetzung auch Schade 1989, S. 1396f.; Dazu vgl. auch Hausner/Owsiak 1992, S. 172ff.

¹³⁰ Vgl. Balcerowicz 1992, S. 36ff.

¹³¹ Rzeczpospolita vom 12.10.1989, S. 1, "Rzad oglosil program gospodarczy".

In den letzten Abschnitten weist das "Balcerowicz Programm" auf die erforderlichen "Opfer" und den notwendigen "gesellschaftlichen Konsens" hin, als ein wichtiger Faktor für das Gelingen von Stabilisierung und anschließendem Systemumbau. So müsse dieser Prozeß "von allen bedeutenden politischen und gesellschaftlichen Kräften, den Gewerkschaften und auch von beiden Parlamentskammern unterstützt werden."¹³²

Bei der Bewältigung der Probleme der Systemtransformation setzte das "Balcerowicz-Programm" auf das "Prinzip Hoffnung". Die Erwartungen der Reformer basierten auf einer grundlegenden Prämisse der makroökonomischen Theorie, gemäß der "Impulse aus dem monetären Bereich (...) die Verhaltensweisen der Wirtschaftssubjekte wirksam bestimmen und sich demzufolge auf den güterwirtschaftlichen Bereich der Volkswirtschaft übertragen."¹³³ So setzte dieses marktwirtschaftliche Transformationskonzept auch im Falle der Einleitung des Wirtschaftswachstums "auf die Selbstheilung und Selbstregulierungskräfte des Marktes".

Die sozialpolitische Vorstellung der Reformer kann in diesem Sinne auf die These reduziert werden: "Wachstumspolitik bzw. noch zutreffender das Wirtschaftswachstum selbst sei die beste Sozialpolitik."¹³⁴ Die Reformer waren dabei auf eine mögliche Umkehrung des vorher benannten "Prinzips Hoffnung" nicht vorbereitet, das heißt auf die Eventualität, daß eine an die Stelle des erhofften Wirtschaftswachstums tretende Rezession die schlechteste denkbare Voraussetzung für die Sozialpolitik sein könnte.

¹³² Ebd. S. 3f.

¹³³ Pysz 1993, S. 223.

¹³⁴ Ebd., S. 223. In dieser Annahme läßt das polnische Transformationskonzept eine Parallele mit den wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen Ludwig Erhards bezüglich der Wirtschafts- und Währungsunion 1948 in Deutschland erkennen: "Dieser Hinweis auf den unbestreitbaren Erfolg dieser Politik lehrt, wie ungleich sinnvoller es ist, alle einer Volkswirtschaft zur Verfügung stehenden Energien auf die Mehrung des Ertrages der Volkswirtschaft zu richten, als sich um die Distribution des Ertrages zu zermürben und sich dadurch von dem allein fruchtbaren Weg der Steigerung des Sozialprodukts abdrängen zu lassen. Es ist sehr viel leichter, jedem einzelnen aus einem immer größer werdenden Kuchen ein größeres Stück zu gewähren, als einen Gewinn aus einer Auseinandersetzung um die Verteilung eines kleinen Kuchens ziehen zu wollen, weil auf solche Weise jeder Vorteil mit einem Nachteil bezahlt werden muß" Erhard 1961, S. 9.

Im Vergleich zur hohen Dynamik der stabilitätspolitischen Maßnahmen, die vorwiegend auf den monetären Bereich der Volkswirtschaft zielten, blieben aber die ordnungspolitischen Veränderungen, vor allem die Privatisierung des Staatssektors, im Anfangsstadium stecken.

Unter den Restriktionen der Stabilisierungspolitik nahm Ende 1990 die industrielle Produktion entgegen den Erwartungen der Reformer ab. Parallel zu den Produktionseinschränkungen sanken auch die Realeinkommen der Arbeitnehmer stark und die Zahl der Arbeitslosen stieg rapide an. Die Radikalität des marktwirtschaftlichen Übergangs löste mit steigenden sozialen Kosten immer mehr Zweifel in den Kreisen der Wirtschaftspolitiker aus. Sie sorgte auch für Unruhe in den breiten Schichten der Gesellschaft und lieferte Zündstoff für politische Machtkämpfe.

An den internen Konflikten sowie an der zunehmenden Enttäuschung der Bevölkerung ist auch die erste postkommunistische Regierung von *Tadeusz Mazowiecki* gescheitert. Damit war sowohl wirtschaftlich als auch politisch eine eigentliche Krise des Reformprozesses eingetreten. Die nächste Phase des Transformationsprozesses wird seitdem vorwiegend durch die Suche nach neuen Krisenbewältigungsstrategien geprägt. Die politische Instabilität seit den ersten freien Parlamentswahlen in Polen im Oktober 1991 konnte mit der Amtsübernahme von Ministerpräsidentin Hanna Suchocka nur temporär überwunden werden.¹³⁵

Trotz ihrer "verschlungenen Kompromißpolitik" brachte der für 1993 verabschiedete restriktive Haushaltsentwurf die Regierung *Suchocka* zum Sturz. Eine der Säulen der Politik Suchockas, das sogenannte Gesetz zur Massenprivatisierung, "Gesetz über nationale Investmentfonds und deren Privatisierung" ("*Ustawa o narodowym funduszu inwestycyjnym i jego prywatyzacji*"), konnte im Parlament erst nach einigen Modifikationen im zweiten Anlauf im April 1993 durchgesetzt werden.

¹³⁵ Die Atmosphäre am Vorabend der ersten freien Wahlen in Polen am 27. Oktober 1991 wurde von einer allgemeinen Unzufriedenheit und von einer zersplitterten politischen Landschaft bestimmt. So kann auch die erschreckend niedrige Wahlbeteiligung (43,2%) als Protest der Bevölkerung über die Übergangsprobleme des Transformationsprozesses interpretiert werden. Vgl. Juchler 1994, S. 213 ff.

Unter diesen Umständen war an eine umfassende Reform des Sozialversicherungswesens, des Rentensystems oder des Gesundheitswesens nicht mehr zu denken. Der dafür notwendige breite Konsens war angesichts der politischen Polarisierung nicht zu erlangen. Die bisher nur ungenügend vorangetriebene soziale Absicherung der von den Wirtschaftsreformen benachteiligten und enttäuschten breiten Bevölkerungsschichten machten sich vor allem die "postkommunistischen Parteien" zum Programm. Im Wahlkampf verlangten sie Reformen mit "menschlichem Antlitz", das heißt Einschränkung der Allokationsfunktionen des Marktes durch verstärkte "Steuerung der Wirtschaft von Hand" zum Wohl der arbeitenden Menschen oder besonders benachteiligter Gruppen.

Die "postkommunistischen Parteien" gingen auch folgerichtig als eindeutige Sieger aus den Parlamentswahlen im September 1993 hervor.¹³⁶ Die breiten Bevölkerungskreise erhofften sich nach den Wahlversprechungen von der neuen Regierung unter *Waldemar Pawlak* eine soziale Wende und spürbare Verbesserung ihrer Lebensbedingungen. Das Profil dieser Regierung blieb jedoch weiterhin sehr heterogen und brachte nicht die erwartete stabilere politische Entwicklung und materielle Verbesserungen. In der Wirtschaftspolitik ist die "postkommunistische" Regierung nur wenig vom ursprünglichen, monetär inspirierten Kurs abgewichen, wie ihn schon die erste "Solidarnosc-Regierung" mit dem Balcerowicz-Plan vorgegeben hatte. Das im Sommer 1994 vom Sejm verabschiedete mehrjährige Programm "Strategie für Polen" betonte zwar Wachstumsförderung und soziale Aspekte, hielt aber faktisch an der Priorität der Inflations- und Budgetdefizitbekämpfung fest.¹³⁷

Die Kontinuität der mit dem "Balcerowicz-Programm" eingeschlagenen Wirtschaftspolitik sowie der konjunkturelle Aufschwungeffekt der bisherigen ökonomischen Entwicklung brachten jedoch nach 1993 positive Wachstumszahlen. Zu verzeichnen ist vor allem eine Steigerung des Bruttoinlandsproduktes und der weitere Rückgang der Inflation und des Budgetdefizites.

¹³⁶ Vgl. Juchler 1995, S. 65ff.

Seit 1992 konnte Polen als erster der ost- und mitteleuropäischen Reformstaaten den Tiefpunkt der gesamtwirtschaftlichen Produktionsentwicklung durchschreiten und das reale Wachstum des Bruttoinlandsproduktes kontinuierlich verstärken.

Die steigenden Wachstumsraten, die auf eine starke Expansion der privaten Wirtschaft zurückzuführen sind, dürfen jedoch nicht die Schwierigkeiten der makroökonomischen Stabilisierung und die Probleme einer tiefgreifenden strukturellen Veränderung außer acht lassen. Die tiefe Wirtschaftskrise wurde trotz steigender Wachstumsraten noch nicht überwunden. Die Inflationsrate, trotz des kontinuierlichen Rückgangs seit 1991, verharrt weiterhin auf hohem Niveau und betrug 1994 32,2 Prozent, 1995 27,8 Prozent.

Zentrales Problem des polnischen Reformprozesses ist ein hohes Haushaltsdefizit. Die Schuldenkrise und die Zwänge der internationalen Verpflichtungen prägen weiterhin entscheidend die Zielgewichtung des staatlichen Budgets. Der hohe Schuldendienst sowie das ineffiziente Sozialversicherungssystem halten den finanzpolitischen Spielraum der Regierung in engen Grenzen.

¹³⁷ Vgl. dazu Przegląd Rzadowy Nr. 6, 1994, S. 47-69.

Die folgende Tabelle 1 stellt die Entwicklung einiger ausgewählter volkswirtschaftlicher Indikatoren Polens in den Jahren 1989-1995 dar.

	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995
Bruttoinlandsprodukt (reale Veränd. In %)	0,2%	-11,6%	-7,6%	1,5%	4%	5,2%	7,0%
Anteil des Privat- Sektors am BIP	28%	31,4%	45,3%	47,0%	53,5%	56,0%	60,0%
Industrieproduktion	-2,1%	-24,2%	-11,9%	4,2%	7,5%	11,9%	12,0%
Reallöhne	/	-28,0%	-0,3%	-3,6%	-2,5%	1,1%	3,5%
Inflationsrate (Jahresdurchschnitt)	251,1%	585,8%	70,3%	43,0%	35,3%	32,2%	27,8%
Staatshaushalt (Saldo in % des BIP)	-3%	0,4%	-3,8%	-6,0%	-2,8%	-2,7%	-2,8%
Auslandsverschuldung (in % des BIP)	42%	79,3%	67,3%	65,4%	60,0%	55,5%	40,2%
Bruttoinvestitionen	/	-10,1%	-4,5%	0,7%	2,2%	7,1%	8,5%

Tab. 1: Entwicklung ausgewählter volkswirtschaftlicher Indikatoren Polens 1989 -1995. (Veränderungen zum Vorjahr in %); / = keine Werte vorhanden.

Quelle: GUS, Polnisches Zentralamt für Statistik, Statistische Jahrbücher (laufende Jahrgänge) 1990 ff.

Die tiefgehenden strukturellen Veränderungen bleiben im wirtschaftlichen Transformationsprozeß Polens jedoch weit hinter den Stabilisierungsmaßnahmen zurück.

Im Verlauf des strukturellen Umstellungsprozesses sind große Disparitäten zu beobachten. Die eigentliche Privatisierung, das heißt die "Entstaatlichung" von mittleren und größeren Staatsunternehmen, ein Kernstück der Reformen, blieb bislang hinter den Erwartungen und vorangegangenen Plänen zurück.¹³⁸

¹³⁸ Der Privatsektor, der zwar binnen kurzer Zeit zum Motor der wirtschaftlichen

Nicht nur die Umstellung der Eigentumsstruktur, auch die Veränderung der einseitigen und veralteten Sektor- und Branchenstruktur macht schleppende Fortschritte. Die Branchenstruktur der Industrie ist immer noch durch die unrentable, sanierungsbedürftige Schwerindustrie geprägt. Die Schwerindustrie, die Landwirtschaft und der Bergbau haben in Polen eine viel höhere Bedeutung als in den westlichen Industrieländern, obwohl diese Bereiche, gemessen an ihrem Beitrag zum polnischen Bruttoinlandsprodukt, zu den Verlierern der Wirtschaftsreformen zählen.¹³⁹

Der Anteil der Dienstleistungen am Bruttoinlandsprodukt ist jedoch in den ersten Jahren der Systemtransformation deutlich gewachsen und betrug 1993 bereits 50 Prozent. Dies deutet auf eine Umstellung der Sektoren und der Beschäftigungsstruktur hin.

Entwicklung Polens wurde, hat jedoch weitgehend kleinbetriebliche Struktur. Die Umsetzung des polnischen Massenprivatisierungsprogramms, das vor allem große Staatsunternehmen umfassen sollte, wurde im Laufe der politischen Auseinandersetzungen verzögert und kam nur schleppend voran. Bis Ende 1992 wurden nur gut ein Fünftel der Staatsunternehmen privatisiert, bzw. deren Privatisierung wurde eingeleitet. Vgl. *Maly Rocznik Statystyczny* 1993, S. 313. Zur Entwicklung des Privatisierungsprozesses in Polen vgl. auch: *Polityka. Dodatek Prywatyzacja*, Styczen 1993; Bandyk 1992, S. 431ff.; Jarosz 1992; Quaisser/Venohr 1993, S. 1-22; *Wirtschaftshandbuch Polen Bd. 1* 1995, S. 20.

¹³⁹ Die Struktur der polnischen Landwirtschaft ist geprägt durch den hohen Anteil privater Klein- und Kleinstbetriebe, welche aufgrund ihrer Betriebsgröße nur ungenügend nach Rentabilitätsgesichtspunkten wirtschaften können. Heute existieren in Polen rund 2 Millionen private landwirtschaftliche Betriebe. 65% der Agrarbetriebe bewirtschaften jeweils weniger als 7 ha. In der kleinbäuerlich geprägten Landwirtschaft, deren Anteil am Bruttoinlandsprodukt von 1989 bis 1993 von knapp 12% auf 6,6% fiel, ist aber immer noch annähernd ein Viertel der polnischen Erwerbstätigen beschäftigt. Vgl. dazu: Michna 1995, S. 207ff.; Zu den Problemen der polnischen Landwirtschaft siehe auch: Grabowski 1995, S. 53f.; Zielinski 1995, S. 18; Tryfan 1997, S. 63.

Die folgende Abbildung 4 stellt die Produktionsstruktur Polens im Jahr 1995 dar:

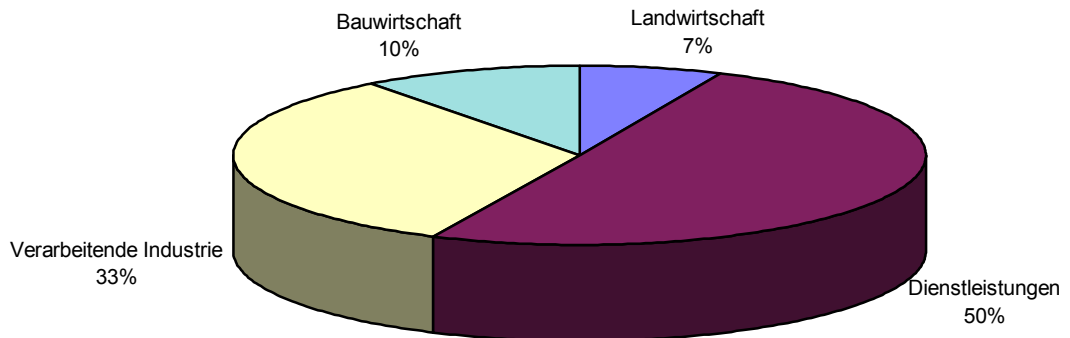


Abb. 4: Produktionsstruktur Polens im Jahr 1995

Quelle: Wirtschaftshandbuch Polen 1995, Bd. 1, S. 20.

Auch bezüglich des Systems der sozialen Sicherheit blieben die tiefgehenden strukturellen Veränderungen hinter den Stabilisierungsmaßnahmen zurück. Die Sozialpolitik übte sich, entsprechend der wirtschaftlichen Konjunktur, weitgehend in einem permanenten Krisenmanagement.

So muß gegenwärtig, nach Worten des polnischen Sozialpolitikers *Piotr Pysz*, "der Schwerpunkt der Systemtransformation (...) vom monetären Bereich der Volkswirtschaft auf den Umbau ihrer Institutionen (Eigentumsordnung, voller Satz von Märkten sowie angemessene Institutionen und Instrumente der sozialen Sicherheit) verlagert werden. Auf die Remonetarisierung der Volkswirtschaft im Zeitraum 1990-1992 muß also zügig ihre marktwirtschaftliche Institutionalisierung folgen."¹⁴⁰

¹⁴⁰ Pysz 1993, S. 233.

4.3 Soziale Kosten der Systemtransformation

Eine Beschleunigung der Reformen scheint angesichts der desolaten wirtschaftlichen Situation nicht weniger notwendig zu sein als ein sozial verträgliches Vorgehen angesichts der rapiden Verschlechterung der Lebensbedingungen immer größerer Teile der Bevölkerung. Darin liegt ein zentrales wirtschaftspolitisches Dilemma des Übergangs.

Im Sinne der Systemtransformation hat der polnische Staat die Souveränität über das Wirtschaftsgeschehen weitgehend aufgegeben und die Autonomie der einzelnen Wirtschaftssubjekte anerkannt.

Hieraus ergeben sich wirtschaftliche, aber auch zugleich gravierende sozialpolitische Folgen:

- Die Sozialpolitik ist nicht mehr Teil der allgemeinen Wirtschaftsplanung und Gesellschaftspolitik. Die Fixierung des Konsum- und des Preisniveaus wird so nicht mehr als Aufgabe staatlicher Politik verstanden, sondern den Marktkräften überlassen. Dabei sind unter dem Druck des wirtschaftlichen Umbaus die Grundlagen der bisherigen Sicherungssysteme, Kranken- und Rentenversicherung und Familienhilfen, ins Wanken geraten. Die bisherigen sozialen Sicherungssysteme, die an staatliche Subventionen und Umverteilung sowie an niedrige Preise für Güter des Grundbedarfs gebunden waren, sind nicht mehr funktionsfähig. Dabei sind neue Sicherungssysteme aber erst im Aufbau und noch nicht funktionsfähig.
- Die staatlichen Betriebe, die im sozialistischen System wichtige Träger der Sozialpolitik waren, entledigen sich im Zuge des wirtschaftlichen Umstrukturierungsprozesses dieser sozialen Verpflichtungen. Die staatlichen Betrieben verfügten bislang über eigene Einrichtungen der sozialen Sphäre, wie Betriebswohnungen, Gesundheits-, Fürsorge- und Ausbildungseinrichtungen. Zudem finanzierten die Betriebe einen

Teil der Lohnersatzleistungen bei Krankheit, und sie hatten darüber hinaus auch für die Garantie der Beschäftigung einzustehen. Mit dem Konkurs von Betrieben im Zuge der wirtschaftlichen Umstrukturierung sind diese zahlreichen sozialen Leistungen entfallen. Die Betriebe orientieren sich, um ihre Überlebensfähigkeit in den neuen ökonomischen Realitäten zu erhöhen, am Imperativ der Rentabilität und der Produktivität. Sie können nicht mehr als "Allzweckeinrichtungen" fungieren und versuchen sich ihrer aus dem planwirtschaftlichen System resultierenden sozialen Verantwortung weitestgehend zu entziehen. Aus dem Abbau der betrieblichen sozialen Dienste resultiert unter anderem die Lastenverlagerung auf Haushalt und Familie und eine weitere Strapazierung familiärer Netze.

Die Stabilisierungsmaßnahmen der Wirtschaftsreformen sowie der zerstörerische Effekt des Systemzusammenbruchs bewirkten unter der Bevölkerung eine spezielle Art von Kosten, die man als "soziale Kosten der Transformation" bezeichnen kann.¹⁴¹

Zu den gravierenden sozialen Übergangsproblemen der Transformationszeit gehören unter anderen folgende:

- Das Gebot der Haushaltsstabilisierung sowie das Prinzip der Marktpreisbildung verlangen die Beendigung der Subventionspraxis des Staates für Güter des Massenkonsums. Dies sowie die stark gesunkenen Reallöhne haben **Verarmungserscheinungen** weiter Teile der Bevölkerung ausgelöst. Die Veränderungen im Wohnungswesen, vor allem die drastischen Mieterhöhungen aufgrund der Privatisierung des im alten System vom Staat monopolisierten und subventionierten Wohnungswesen, haben steigende **Wohnungsnot** und **Obdachlosigkeit** zu Folge.

¹⁴¹ Vgl. Offe 1994, S. 95f.

- Mit dem wirtschaftlichen Umbruch veränderten sich auch weitgehend die sozialen Strukturen. Insbesondere setzte eine **wachsende soziale Differenzierung** ein. Aufgrund der wachsenden Einkommensungleichheit zwischen den Beschäftigten im Staatssektor und Privatsektor sowie zwischen den Arbeitslosen, Angestellten und Selbständigen entstanden in postkommunistischen Polen neue politische und soziale Konfliktgegenstände.¹⁴² Vor allem die neu entstandene starke Polarisierung nach "Verlierern" und "Gewinnern" der Transformation intensiviert die sozialen Konflikte.
- Eine neue und ungewohnte Erfahrung für die Bevölkerung des nachkommunistischen Polens stellt die wachsende **Arbeitslosigkeit** dar. Sie ergibt sich vor allem aus der Bewältigung des erforderlichen wirtschaftlichen Strukturwandels, der ein Kernproblem des Transformationsprozesses bildet, weiterhin aber auch aus der Umwandlung der vorhandenen versteckten Arbeitslosigkeit des alten Systems in eine offene Arbeitslosigkeit.

Armut gehört zu den folgenschwersten Begleiterscheinungen der Systemtransformation in Polen. Mit der Einführung der Marktwirtschaft explodierte die Anzahl der Menschen, die in Existenznot gerieten. Die wichtigsten Ursachen dafür waren die steigende Arbeitslosigkeit und der enorme Anstieg des Preisniveaus um fast 900 Prozent in den Jahren 1989-1991.¹⁴³

¹⁴² Im Vergleich zu anderen Staaten Mittel- und Osteuropas sind die Einkommen in Polen sehr stark differenziert. Eine Zehnernteilung der Einkommenspyramide zeigt, daß die Einkommen in den Jahren 1990-1992 in neun von zehn Gruppen zurückgegangen waren und nur in einer Gruppe ein beachtlicher Anstieg zu verzeichnen war. Vgl.: Public Policy and Social Conditions. Central and Eastern Europe, 1993.

¹⁴³ Vgl. Beskid 1999, S. 39.

1989 ist auch die Armut in Polen aus dem "Untergrund" in die Öffentlichkeit getreten.¹⁴⁴ Die Einleitung der wirtschaftlichen Umstrukturierungsprozesse 1990 wirkte sich einschneidend auf die materielle Lage privater Haushalte in Polen aus. Pauperisierung breiter Teile der polnischen Gesellschaft sowie eine starke Polarisierung der Lebensbedingungen der Bevölkerung sind markante Merkmale der Transformationsperiode.

Vom geringen Einkommen müssen vor allem kinderreiche Familien, Familien, in denen der Haupternährer arbeitslos ist, alleinstehende Mütter beziehungsweise Väter mit unterhaltspflichtigen Kindern sowie in größerem Maße auch Bauern- und Arbeiterfamilien aus dem strukturschwachen Regionen Polens, leben.¹⁴⁵

Gravierend ist in Polen das Problem der "arbeitenden Armen". Nur bei einem Teil der Betroffenen wird die Arbeitslosigkeit als Ursache der Armut aufgeführt. Die Tatsache, daß nicht nur Familien, die von Sozialleistungen leben, sondern auch Arbeitnehmerfamilien von der Armut betroffen sind, resultiert vor allem aus einem drastischen Rückgang der Reallöhne. Sie lagen Mitte 1994 durchschnittlich immer noch über ein Fünftel unter dem Niveau von 1989. Über zwei Drittel aller Haushalte waren davon betroffen. Am deutlichsten sind die Einkommensverluste bei den Bauern ausgefallen, die 1995 38,1 Prozent der Gesamtbevölkerung Polens ausmachten.

¹⁴⁴ In dem sozialistischen Polen wurde das Problem der Armut tabuisiert. In der Gierek-Ära, im "Jahrzehnts der Erfolge" (1970-1980) hielt man Begriffe wie "Armut", "Elend" oder "Not" für ideologisch nicht vertretbar. In den 70er Jahren versuchte man in der offiziellen Amtssprache das Reizwort "Armut" durch den Terminus "Bereich niedriger Einkommen" zu neutralisieren. In Polen wurde die Kategorie des Sozialminimums erst auf die Forderung der Gewerkschaft "Solidarnosc", im August 1980 eingeführt. Im Danziger Abkommen wurde vereinbart, daß die Regierung beim Ausgleich der gestiegenen Lebenshaltungskosten die Höhe des jeweiligen Sozialminimums zu berücksichtigen habe und daß sie in bezug auf die niedrigsten Renten und Pensionen Vorschläge für ihre Anhebung bis zu diesem Minimum ausarbeiten sollte. Das ermittelte Minimum sollte dann regelmäßig veröffentlicht und von der Gewerkschaft kontrolliert werden. Die politischen Ereignisse der 80er Jahre haben jedoch die Einhaltung dieser Vereinbarungen, insbesondere zu Fragen der methodischen Modalitäten der Bemessung des Sozialminimums, erheblich erschwert. Eine statistisch ausgewiesene Armut sei somit de facto nicht nachweisbar. Die Schätzungen der polnischen Sozialpolitiker geben an, daß die Armut in den 80er Jahren zwischen 5 bis 10% der Bevölkerung umfaßte. Vgl. Kowalak/Les 1996; Rajkiewicz 1997, S. 93f.

¹⁴⁵ Vgl. Danecki 1995, S. 110f; Michna 1995, 212ff.; Firlit-Fesnak 1995, S. 204-213; Tryfan 1995, S. 152-159; Tymowski/Kuruliszwili 1995, S. 225-229.

So sind die Realeinkommen der Bauern, nach einem Anstieg von 14 Prozent 1989 und 24 Prozent 1988, 1990 um 50 Prozent und 1991 um 19 Prozent gefallen.¹⁴⁶

Auch andere Faktoren wie beispielsweise Abbau und Verteuerung der staatlichen Dienste haben zur weiteren Pauperisierung beigetragen. Die Kommerzialisierung der staatlichen Dienste machte sie für breite Teile der Gesellschaft nur durch weitere Einbußen der allgemeinen Vermögensposition erreichbar.¹⁴⁷

Die Verarmungserscheinungen breiter Teile der Gesellschaft wurden auch durch die Veränderungen im Wohnungswesen mit drastischen Mieterhöhungen verschärft. Ende 1992 stand rund ein Drittel aller Haushalte mit den Mietzahlungen im Rückstand.¹⁴⁸

Zum wichtigen sozialen Problem wurde das bisher fast unbekanntes Problem der Obdachlosigkeit. Die Zahl der Obdachlosen wird in Polen auf zwischen 250.000 und 300.000 geschätzt, was 0,6 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht.¹⁴⁹ Nach Schätzungen polnischer Sozialwissenschaftlern von 1995 ist ein Drittel der polnischen Gesellschaft von der Armut betroffen. Besonders stark ist das Gefälle zwischen Land und Stadt. Die polnischen Sozialpolitiker schätzen, daß circa 60 Prozent der Landbevölkerung Polens in Armut lebt. Demgegenüber wird die Armut in den Großstädten auf circa 13 Prozent geschätzt.¹⁵⁰

Die reale Einkommensentwicklung in Polen ließ sich jedoch in den ersten Jahren der Systemtransformation sehr schwer quantifizieren. Die Unsicherheitsfaktoren wie Nebentätigkeiten, Tauschwirtschaft, herabgesetzte Angaben über Einkommen aus Steuergründen usw. erschweren die Er-

¹⁴⁶ GUS, Główny Urząd Statystyczny: Informacja o sytuacji społeczno-gospodarczej kraju, 1. półrocze 1994, Warszawa 1994, S. 55 und Warszawa 1995, S. 144; Dazu vgl. auch Micha 1995, S. 212f.

¹⁴⁷ Für die einkommensschwächeren Bevölkerungskreise besonders unzumutbar sind die Gebühren, die für verschiedene Dienste im Gesundheitswesen zu entrichten sind, sowie Kürzungen von Zuschüssen und die Erhöhung der Preise für Medikamente.

¹⁴⁸ Vgl. Wprost 33 (1993) S. 64 und 31 (1993) S. 30.

¹⁴⁹ Vgl. Danecki 1995, S.120; Przymenski 1994, S. 4.

¹⁵⁰ Vgl. Kowalak/Les 1996, S. 144; Danecki 1995, S. 113.

mittlung genauer Daten. Die Bewertung des Umfangs und der Struktur der Armut in der Transformationsperiode hängt auch von den gewählten Bemessungskriterien ab, die stark voneinander divergieren.¹⁵¹

Nach offiziellen Angaben des Polnischen Hauptamtes für Statistik GUS wurde die Anzahl der Haushalte, die unter dem Sozialminimum leben, 1989 auf 14,8 Prozent, 1990 auf 20 Prozent, 1991 auf 25 Prozent, 1992 auf 34 Prozent und 1993 auf 30 Prozent geschätzt.¹⁵² Auffallend ist die Dynamik der Armut, insbesondere zwischen 1989 und 1990. Die Anzahl der Haushalte, die unter dem Sozialminimum lebten, hat sich in dieser Zeit verdoppelt. Dabei ist der höchste Anstieg der Armut unter den Bauernhaushalten festzustellen. In der Zeitspanne 1989-1994 ist hier der Anteil der Personen, die unter dem Sozialminimum lebten, von 19,8 Prozent auf 59,5 Prozent gestiegen.¹⁵³ Von großer sozialer Brisanz ist auch die Konzentration der Armut in den kinderreichen Familien. Es wird geschätzt, daß in Polen ca. ein Drittel der Kinder und Jugendlichen unter 15 Jahren in der Armut aufwächst.¹⁵⁴

Die subjektiven Einschätzungen aus repräsentativen Umfragen der Bevölkerung bestätigen die offiziellen Angaben. Anfang 1993 meinten 54 Prozent der Befragten, daß sich ihre Lage in den letzten fünf Jahren beträchtlich, 22 Prozent, daß sie sich eher verschlechtert habe. 9 Prozent meinten, sie sei gleich geblieben und nur 3 Prozent merkten eine deutliche, 9 Pro-

¹⁵¹ Die Erforschung und Bestimmung der Dimension der Armut in Polen erfolgt nach unterschiedlichen Kriterien. Die Bemessungsgrundlagen der polnischen Wissenschaftlerinnen divergieren auch von denen der internationalen Organisationen. Aber auch in der polnischen Fachliteratur sind drei verschiedene methodologische Vorgehensweisen vorzufinden (das Kriterium des niedrigen Einkommens, des niedrigen Konsums und der subjektiven Deprivation der materiellen Lebensbedingungen). Als Hauptkriterium zur Bestimmung der absoluten Armut und Indikator für die Armutsgrenze wird in Polen die Kategorie des Sozialminimums gesetzt. Das Sozialminimum wird vierteljährlich für jeweils vier verschiedene Haushaltstypen vom Ministerium für Arbeit und Soziales berechnet. Die Kategorie des Sozialminimums bezeichnet den Grundbedarf an Gütern und Leistungen für Familien unter Berücksichtigung des aktuellen Preisniveaus. Im Frühjahr 1994 wurde beispielsweise das Sozialminimum einer vierköpfigen Arbeitnehmerfamilie mit circa zwei Millionen polnischer Zloty monatlich pro Kopf beziffert, was umgerechnet knapp über 100 DM beträgt. Vgl. dazu Deniszczuk 1995, S. 13ff.

¹⁵² Angaben vom Polnischen Hauptamt für Statistik GUS, zitiert nach Rajkiewicz 1997, S. 94.

¹⁵³ Vgl. Angaben von Deniszczuk 1995, S. 16.

¹⁵⁴ Kowalak/Les 1996, S. 144; Firlit-Fesnak 1995, S. 204f.; Tymowski/Kuruliszwili 1995,

zent eine geringe Verbesserung. Dabei wurde auch ein Zusammenhang mit der Klassen- beziehungsweise Schichtzugehörigkeit festgestellt.

Eine deutliche Verschlechterung gaben rund zwei Drittel der Arbeitern und Bauern an (eine entschiedene Verbesserung nur 2 Prozent), knapp die Hälfte der privaten Unternehmer beziehungsweise Selbständigen (eine entschiedene Verbesserung 10 Prozent) und rund ein Drittel der Intelligenz/Führungskader (entschiedene Verbesserung 6 Prozent).¹⁵⁵ Vor allem die Arbeiter (etwas weniger die Facharbeiter als die unqualifizierten Arbeiter) und die Bauern gehören zu den Verlierern der Transformation. Eine etwas positivere Einschätzung der Lebensbedingungen ergaben die Umfragen Mitte 1995. 69 Prozent der Befragten gaben an, daß ihre Lebensbedingungen sich in den letzten acht Jahren verschlechtert haben, 7 Prozent, daß sie gleich geblieben sind, 19 Prozent, daß sie sich verbessert haben, 5 Prozent konnten die Situation nicht eindeutig einschätzen.¹⁵⁶

Die großen Einkommenseinbußen und die teilweise massiv höheren Ausgaben für Grundbedürfnisse, wie Wohnen, Gesundheit, Konsumgüter, haben gerade die schwächeren sozialen Schichten zu deutlichen Verlierern der Transformation gemacht. So dürfen die 1994 veröffentlichten Schätzungen durchaus realistisch sein, die von rund 70 Prozent der Gesamtbevölkerung ausgehen, welche von den Reformveränderungen negativ betroffen worden sind.¹⁵⁷ Neben der Mehrheit der Bauern, Arbeiter und Arbeitslosen gehört dazu auch ein Großteil der Rentner sowie der jugendlichen Schulabgänger. Verbessert haben dagegen ihre Position vor allem Intellektuelle und hochqualifizierte Kader im privatem Sektor, insbesondere hohe Beamte und Manager. Dabei läßt sich jedoch bei der Korrelation zwischen Einkommen und Berufsprestige oder Berufsstatus kein einheitlicher Trend aufweisen.¹⁵⁸

S. 225.

¹⁵⁵ Vgl. CBOS Serwis Informacyjny, 2 (1993) S. 72ff.

¹⁵⁶ Vgl. CBOS Serwis Informacyjny, 6 (1995) S. 53.

¹⁵⁷ Vgl. Polityka, 32 (1994) S. 6.

¹⁵⁸ Zu Veränderung der relativen Einkommensunterschiede nach relevanten sozialen Schichten siehe einen Überblick bei Juchler 1994, S. 246; auch Beskid 1995, S. 23f.

4.3.1 Problem der Arbeitslosigkeit

Das wichtigste soziale Problem, das den Transformationsprozeß begleitet, ist die Arbeitslosigkeit.¹⁵⁹ Die Arbeitslosigkeit ist in Polen drastisch in Erscheinung getreten und wurde binnen kürzester Zeit zu einem Massenproblem.

Innerhalb von sechs Monaten ist die Arbeitslosigkeit von 0,3 Prozent im Juni 1990 auf 6,3 Prozent im Dezember 1990 angestiegen. Schließlich kletterte sie 1991 auf 11,8 Prozent, 1992 auf 13,6 Prozent, 1993 auf 16,4 Prozent und Ende 1994 auf 16,0 Prozent. Seit 1995 ist die Arbeitslosigkeit in Polen leicht rückgängig geworden und ist 1995 auf 15,2 Prozent gefallen.¹⁶⁰

¹⁵⁹ Nach den Bestimmungen des polnischen Arbeitsrechts gilt als arbeitslos derjenige, der auf der Suche nach einer Arbeitsstelle ist, nicht lernt, im zuständigen Arbeitsamt registriert ist und älter als 18 Jahre (aber unter 60 Jahren bei Frauen bzw. 65 Jahren bei Männern) ist, nicht pensionsberechtigt ist und nicht Eigentümer eines Agrarbetriebes, der größer als 2 ha ist. Ein Arbeitsloser ist berechtigt, Arbeitslosengeld in Höhe von 36% des durchschnittlichen Lohns zu erhalten, wenn er in den 12 Monaten vor der Registrierung mindestens 180 Tage lang gearbeitet hat. Arbeitslosengeld wird ein Jahr lang gezahlt. Diejenigen, die nicht mehr zum Empfang von Arbeitslosengeld berechtigt sind, können eine "temporäre Arbeitslosenunterstützung" von der Sozialhilfe bekommen. 1993 betrug sie 28% des durchschnittlichen Lohns. Um erneut zum Empfang des Arbeitslosengeldes berechtigt zu sein, ist es notwendig, mindestens 180 Tage gearbeitet zu haben. Arbeitslose Schulabsolventen sind ab drei Monaten nach der Meldung bezugsberechtigt. Vgl. dazu: Gesetz über Beschäftigung und Arbeitslosigkeit vom 16. Oktober 1991 ("Ustawa o Zatrudnieniu i Prze-ciwdzialaniu Bezrobociu"). In: Dziennik Ustaw. Warszawa 1991, Nr. 106. Die soziale Sicherung der Arbeitslosen ist in Polen seit dem o. g. Gesetz nicht mehr unmittelbar mit dem Erwerbssystem verknüpft. Die Höhe der Unterstützung richtet sich nicht nach der vorhergehenden Entlohnung, sondern nach der Entwicklung der Durchschnittslöhne. Die Umstellung auf das Versicherungssystem sollte nach der Planung ab 1996 erfolgen. Bis zum heutigen Zeitpunkt verzögert sich jedoch die Umsetzung dieses Vorhabens.

¹⁶⁰ Die Statistiken geben nur zum Teil das Ausmaß der Arbeitslosigkeit wieder. Zugleich gibt es noch eine hohe versteckte Arbeitslosigkeit, die ihre Wurzeln in der Politik der vorzeitigen Pensionierung sowie in der nicht erfaßten Arbeitslosigkeit auf dem Lande hat. Vgl.: Mózdzenska-Mrozek/Szytko-Skoczny 1996, S. 171.

Den Verlauf der Arbeitslosenquote 1990 -1995 stellt die folgende Abbildung 5 dar:

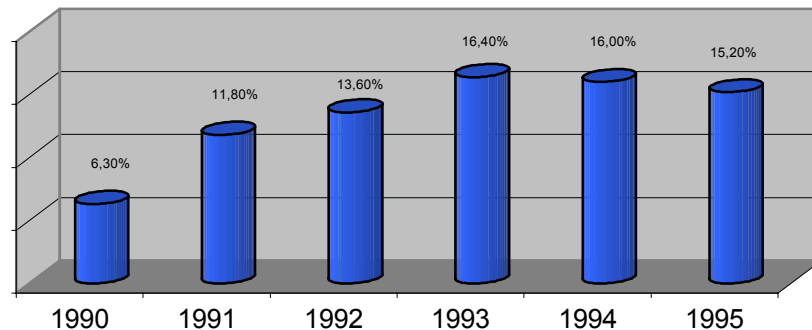


Abb. 5: Entwicklung der Arbeitslosigkeit 1990 -1995
Arbeitslosenquote (% Monatsendwerte).

Quelle: Polnisches Zentralamt für Statistik GUS, laufende Jahrgänge.

Für den steilen Anstieg der Arbeitslosigkeit sind mehrere Faktoren, die mit einer drastischen Veränderung bei der Verteilung menschlicher und materieller Ressourcen in einem globalen Umstrukturierungsprozeß der Wirtschaft zusammenhängen, maßgebend. Die wirtschaftliche Krisensituation und insbesondere der Produktionseinbruch reduzierten drastisch die Zahl der Beschäftigten. Zum großen Teil ist aber auch das Offenlegen der bisherigen Überbeschäftigung von Arbeitskräften, der verdeckten Arbeitslosigkeit realsozialistischer Herkunft, dafür verantwortlich zu machen.

Die jüngsten Analysen bezüglich der wirtschaftlichen Aktivität der Bevölkerung illustrieren diese Prozesse: 79 Prozent der bis Ende 1993 Arbeitslosen waren zuvor beschäftigt und 47 Prozent wurden infolge von Betriebsauflösungen oder der Streichung von Arbeitsplätzen erwerbslos. Die Analyse der Struktur der Entlassungen weist auf, daß 57 Prozent der Ar-

beitslosen zuvor im öffentlichen (staatlichen) Sektor und 43 Prozent im privaten Bereich beschäftigt waren.¹⁶¹

Für die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Polen in den Jahren 1990-1995 lassen sich folgende signifikante strukturelle Faktoren erkennen:

Regionale Verteilung der Arbeitslosigkeit

Die regionale Spreizung der Arbeitslosenquote ist in der Republik Polen stark ausgeprägt. Nur vier Woiwodschaften, in denen die größten Industriezentren Polens liegen, das heißt: Katowice (Katowitz), Krakow (Krakau), Poznan (Posen) und Warszawa (Warschau) wiesen Ende 1993, als die polnische Arbeitslosenquote im Landesdurchschnitt 15,4 betrug, eine relativ niedrige Arbeitslosenrate zwischen 7-9 Prozent auf. Weit überdurchschnittliche Arbeitslosenquoten bis hin zu 28-30 Prozent werden dagegen in den strukturschwachen Woiewodschaften im Norden Polens, wie: Elblag (Elbing), Koszalin (Köslin), Slupsk (Stolp), Suwalki (Suwalken) und Olsztyn (Allenstein) sowie in den Gebieten um Walbrzych (Waldenburg) registriert.¹⁶²

Eine der "Hauptquellen" der Arbeitslosigkeit in diesen Regionen sind die staatlichen Agrarbetriebe PGR, die größtenteils den Anschluß an die marktwirtschaftlichen Bedingungen nicht gefunden haben und aufgelöst wurden. Der durch die kleinbäuerliche Landwirtschaft geprägte Osten und Südosten des Landes gehört überraschenderweise nach offiziellen Angaben nicht zu den Regionen mit sehr hoher Arbeitslosigkeit. Die tatsächliche Anzahl der Arbeitssuchenden ist aber weitaus höher, weil die kleinen landwirtschaftlichen Betriebe nicht als Haupterwerbsquelle dienen können. Nebenerwerbslandwirte werden jedoch nicht als Arbeitslose registriert, sofern sie über mehr als 2 ha landwirtschaftliche Nutzfläche verfügen, und erhalten auch keine Arbeitslosenunterstützung. Die Anzahl nicht registrierter Unterbeschäftigter wird allein in der Landwirtschaft auf rund

¹⁶¹ Vgl. Kabaj 1995, S. 162.

700.000 geschätzt. Die versteckte Arbeitslosigkeit auf dem Land, die in den amtlichen Statistiken nicht erfaßt wird, nimmt zu und wurde zum brisanten sozialen Problem.¹⁶³

Die Schere zwischen den prosperierenden Regionen und den strukturschwachen, von einer tiefen Rezession und hoher Arbeitslosigkeit betroffenen Gebiete des Nordens und des Osten und Südosten Polens wird auch trotz staatlicher Subventionen immer größer.¹⁶⁴

Struktur der Arbeitslosigkeit nach Bildungsstand, Alter, Geschlecht und Dauer

Für die Struktur der Arbeitslosigkeit nach dem Bildungsstand ist ein hoher prozentualer Anteil von Personen mit niedrigen beruflichen Qualifikationen und Ungelernten an der Gesamtpopulation der Arbeitslosen auffällig. Im Dezember 1993 waren es beispielsweise 1,8 Prozent der Arbeitslosen Personen, die einen Hochschulabschluß, 26,8 Prozent, die einen Oberschulabschluß, 39,1 Prozent, die eine Berufsausbildung und 32,2 Prozent, die eine Hauptschulausbildung und weniger aufweisen konnten.¹⁶⁵

Ein Vergleich der Qualifikationsstruktur der Beschäftigten und der Arbeitslosen (siehe: Tabelle 2) belegt, daß gering qualifizierte Arbeitnehmergruppen zu den Risikogruppen auf dem polnischen Arbeitsmarkt zählen.

¹⁶² Rocznik Statystyczny GUS 1994, S. 130f.

¹⁶³ Vgl. dazu: Lapinska-Tyszka 1996, S. 205ff.; Michna 1995, S. 212ff.; Czyszkiewicz 1993; Rosner 1993.

¹⁶⁴ Vgl. Lesniewski 1994, S. 23f.

¹⁶⁵ Vgl. Krasucka 1995, S. 185.

Bildungsabschluß	Anteil der Beschäftigten (in %)	Anteil der Arbeitslosen (in %)
Hochschule, Universität	12,7	1,8
Berufsoberschule, Technikum	27,6	21,0
Lyzeum (Oberschule)	6,3	7,7
Berufsschule	30,3	39,0
Grundschule, Hauptschule	23,1	30,6
Gesamt	100,0	100,0

Tab. 2: Qualifikationsstruktur der polnischen Arbeitslosen

Quelle: Polnisches Zentralamt für Statistik GUS, Stand: September 1994.

Für die polnische Arbeitslosigkeit ist auch das Problem der Jugendarbeitslosigkeit markant. Der Anteil jugendlicher und junger Arbeitsloser (18-34 Jahre) an der Gesamtzahl der Arbeitslosen ist sehr hoch. Im Dezember 1992 betrug er 64,3 Prozent, 1993 62,9 Prozent und im Dezember 1994 belief er sich auf 61,9 Prozent. Die älteren Jahrgänge sind an der offiziellen Arbeitslosigkeit dagegen nur gering beteiligt, was sich auch zum Teil mit staatlichen Maßnahmen zur Frühpensionierung erklären läßt.

Den Anteil der Arbeitslosen nach Altersgruppen stellt die folgende Tabelle 3 dar:

Alters- Gruppen	bis 24 Jahre	25-34 Jahre	35-44 Jahre	45-54 Jahre	über 55 Jahre
12/92	34,6	29,7	24,7	9,2	1,7
12/93	34,4	28,5	25,2	9,8	2,0
12/94	34,5	27,4	25,3	10,6	2,2

Tab. 3: Anteil der Arbeitslosen nach Altersgruppen.

Quelle: Polnisches Zentralamt für Statistik GUS, laufende Jahrgänge.

Steigend ist auch der Anteil an jungen Arbeitslosen mit unvollständiger Berufsbildung. Er betrug 67,4 Prozent für 1991, 69,6 Prozent für 1992 und ist im ersten Quartal 1993 auf 70,9 Prozent angestiegen. Gleichzeitig verringerte sich die Zahl junger Arbeitsloser mit Schulabschlüssen von 10,3 Prozent im Jahre 1991 auf 7,4 Prozent in 1992 und 1993 und betrug im ersten Quartal 1994 nur noch 6,9 Prozent.¹⁶⁶

Der Anteil von Frauen an der Gesamtpopulation der Arbeitslosen weist geringe Schwankungen auf. Er ist von 52,6 Prozent im Jahre 1991 auf 53,4 Prozent in 1992 gestiegen, dann 1993 auf 52,7 Prozent und 1994 auf 52,2 Prozent leicht gefallen.¹⁶⁷ Im Jahre 1993 betrug die Arbeitslosenrate bei Frauen 15,6 Prozent gegenüber 13,1 Prozent bei Männern. Signifikant ist aber die hohe Zahl der Frauen unter den Langzeitarbeitslosen, die doppelt so hoch wie die der Männer ist. Angesichts der Tatsache, daß die

¹⁶⁶ Ebd. S. 185.

berufliche Partizipation der Frauen in der Volksrepublik Polen aus wirtschaftspolitischen Gründen gefördert wurde, bedeutet die hohe Arbeitslosigkeit bei Frauen nicht nur eine gesellschaftliche Isolation, sondern auch eine weitere materielle Einschränkung der Haushalte, die bei dem sehr niedrigen Lohnniveau mit dem Einkommen eines Alleinverdieners auskommen müssen.

Alarmierende Zahlen bringt die Analyse der Dauer von Arbeitslosigkeit. Ende Dezember 1992 waren 44,8 Prozent, 1993 45,2 und 1994 44,2 Prozent der Arbeitslosen über 12 Monate erwerbslos.¹⁶⁸ Nach den Untersuchungen vom Mai 1994 waren 16 Prozent aller Arbeitslosen bereits länger als 2 Jahre ohne Beschäftigung.¹⁶⁹

In Erscheinung getreten ist auch das Problem der wiederkehrenden Arbeitslosigkeit. 1994 waren es, unter den neu registrierten Arbeitslosen, 43 Prozent von Personen, die zum wiederholten mal Arbeit verloren haben.¹⁷⁰ In der Folge wachsender Dauerarbeitslosigkeit tauchte auch ein neues gesellschaftlich signifikantes Problem auf. Mehr als 1,5 Millionen Menschen, das heißt 50 Prozent aller Arbeitslosen, waren 1994 nicht mehr berechtigt, Arbeitslosengeld zu beziehen. Dagegen bezogen 1991 noch 79,0 Prozent der Arbeitslosen die Arbeitslosenunterstützung. Insbesondere wegen des hohen Anteils junger Menschen ist die starke Ausprägung der Langzeitarbeitslosigkeit bedrückend.

Der hohe Anteil junger Arbeitnehmer an den Arbeitslosen zeigt offensichtliche Schwächen im System der polnischen Berufsausbildung auf, aber auch Marktzutrittsbarrieren in den Unternehmen selbst. Aufgrund der verheerenden gesellschaftlichen Folgen, die sich aus der Arbeitslosigkeit und insbesondere der Langzeitarbeitslosigkeit ergeben, zeigt sich hier ein dringender Handlungsbedarf in Form aktiver Arbeitsmarktprogramme.

¹⁶⁷ Rocznik Statystyczny GUS 1994, S. 129.

¹⁶⁸ Vgl. Krasucka 1995, S. 185.

¹⁶⁹ Angaben nach Polnischem Hauptamt für Statistik (Główny Urząd Statystyczny), Vgl. GUS Aktywnosc ekonomiczna ludności Polski. Maj 1994, S. 31.

¹⁷⁰ Vgl. Mozdzenska-Mrozek/Szylko-Skoczny 1996, S. 174.

Die finanziellen Mittel für die aktive Arbeitsmarktpolitik sind jedoch relativ gering.¹⁷¹ 1990 wurden für die Vorhaben im Rahmen aktiver Arbeitsmarktpolitik noch 31,1 Prozent der Mittel aufgewendet. Dagegen wurden 1991 nur noch 7,0 Prozent, 1992 4,7 Prozent der Ausgaben des Arbeitsfonds für aktive Beschäftigungspolitik bereitgestellt. 1993 stiegen die Aufwendungen auf 11,1 Prozent, sanken aber 1994 auf 9,0 Prozent. 1995 betragen sie 11,9 Prozent.¹⁷²

Die Formen und der Umfang der Maßnahmen zur Begrenzung der Arbeitslosigkeit werden als unzureichend bewertet. Die polnische Arbeitsmarktpolitik konzentriert sich in erster Linie auf Lohnersatzleistungen. So wurden beispielsweise Ende 1991 nur 6.300 von über 2,1 Millionen Arbeitslosen weiter qualifiziert oder umgeschult. Im gleichen Zeitraum des Jahres 1992 wurden bei über 2,5 Millionen registrierten Arbeitslosen 32.500 Personen einer Weiterbildung oder Umschulungsmaßnahme unterzogen. 1993 verringerte sich die Anzahl auf 11.000 bei fast 2,9 Millionen Arbeitslosen.¹⁷³ Dies entspricht einer Reduzierung der Weiterbildungsquote von 1,3 Prozent auf 0,38 Prozent.

Das marginale Gewicht aktiver arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen in Polen ist offenkundig. Der Anteil der Teilnehmer an verschiedenen Formen subventionierter Beschäftigung (zusammen mit den Krediten für eine wirtschaftliche Existenzgründung) sowie an Aus- und Weiterbildungsprogrammen für Arbeitslose an den Erwerbspersonen betrug 1991 in EU-Ländern 3,1 Prozent (in Deutschland 5,2 Prozent), in Polen hingegen nur 0,5 Prozent; 1993 wurde er auf 1,7 Prozent angehoben.¹⁷⁴

¹⁷¹ Die Arbeitsmarktpolitik wird in Polen aus dem sogenannten Arbeitsfonds finanziert. Ersetzt sich vor allem aus Pflichtabgaben der Unternehmen (3% der Bruttolohnsumme) sowie aus Zuschüssen aus dem Staatshaushalt zusammen. Vom Mittelaufkommen entfielen 1994 gut ein Drittel (36 %) auf die Unternehmenszahlungen und knapp zwei Drittel (64 %) auf den Staatshaushalt. Vgl. Kabaj 1995a, S. 8.

¹⁷² Angaben des polnischen Landesarbeitsamtes (Krajowy Urząd Pracy), nach Rajkiewicz 1997a, S. 54.

¹⁷³ Rocznik Statystyczny GUS 1994, S. 129.

¹⁷⁴ Vgl. Beschäftigungsobservatorium, Maßnahmen 1993, S. 31.

In diesem Zusammenhang plädieren einige polnische Sozialwissenschaftler für ein effizientes Programm zur Behebung der Arbeitslosigkeit. Sie schlagen vor, von einer Strategie der Linderung der Symptome zu einer Strategie der Bekämpfung der Ursachen der Arbeitslosigkeit überzugehen, indem die Arbeitslosigkeit als integraler Bestandteil von Wirtschaftsentscheidungen und als Element der Makroökonomie und Strukturpolitik wahrgenommen wird.¹⁷⁵

4.3.2 Transformation als Auslöser eines sozialen Nachfragesogs

Die aus der traditionellen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung des Realsozialismus stammende vollständige finanzielle Abhängigkeit sozialer Sicherheit vom Staatshaushalt und von den Versicherungsbeiträgen der Betriebe, vorwiegend der Staatsbetriebe, erwies sich unter den Bedingungen einer marktwirtschaftlichen Systemtransformation als schwerwiegende Belastung.

Die soziale Sicherheit und ihre Leistungen wurden im Zuge der Systemtransformation in den Sog der turbulenten Entwicklung der Staatsfinanzen hineingezogen und sind für die Bevölkerung selbst zu einem bedeutenden Unsicherheitsfaktor geworden. Die Umstrukturierungsprozesse der Transformationszeit haben das bereits extrem weit gespannte Sozialnetz Polens sehr durchlässig gemacht und die Entstehung eines starken sozialen Nachfragesogs verursacht.

¹⁷⁵ Vgl. Kabaj 1995, S. 164ff.; Trapp 1993, S. 209ff.; Wilkiewicz 1996, 72f.

Die folgende Abbildung 6 zeigt schematisch die wesentlichen gesellschaftlichen Zusammenhänge, die den sozialen Nachfragesog bedingen.

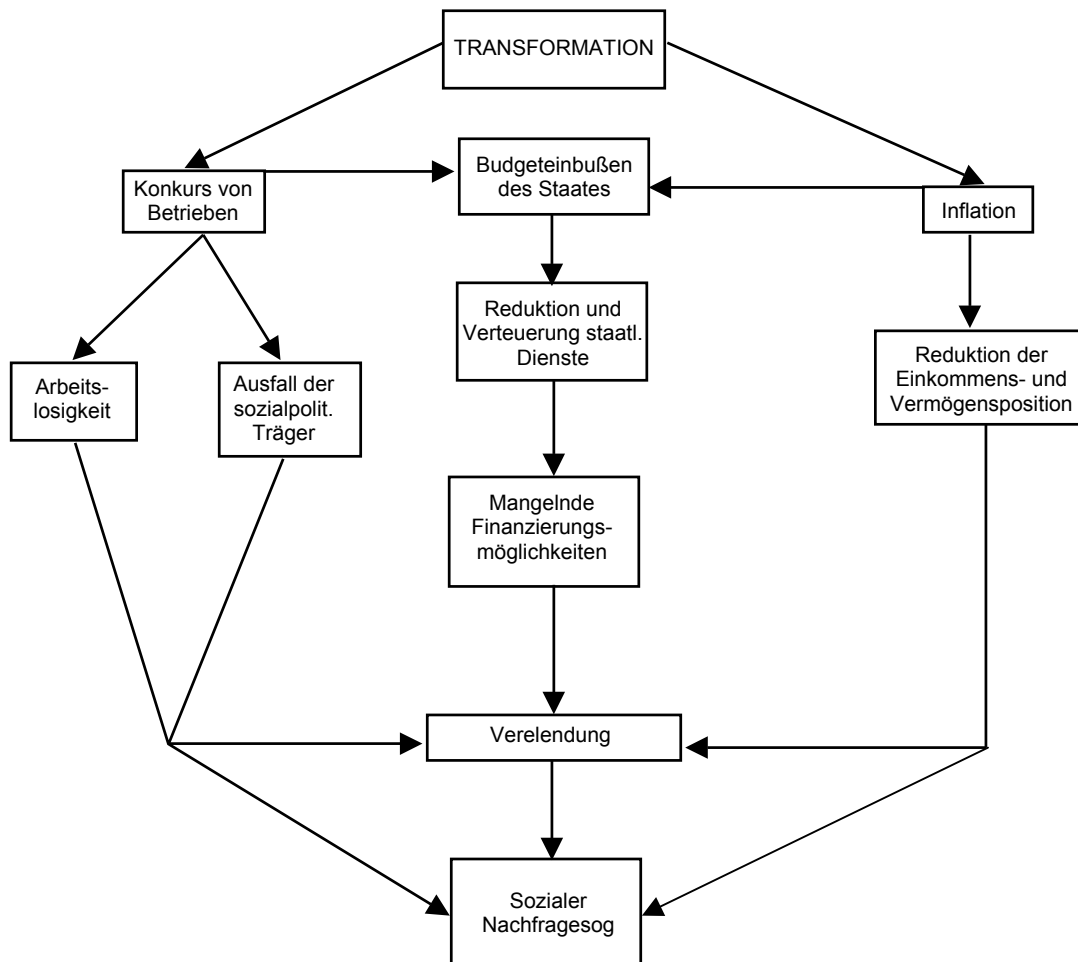


Abb. 6: Entstehung eines sozialen Nachfragesogs im Transformationsprozeß.

Die steigenden sozialen Belastungen, die mit dem Transformationsprozeß zusammenhängen, können aus den Mitteln des Staatshaushalts, der ein hohes Budgetdefizit aufweist, nicht weiterhin bewältigt werden.

Einhergehend mit den strukturellen Verwerfungen der Transformation sind dem Staatshaushalt zahlreiche Einnahmeausfälle entstanden, denen finanzielle Mehrbelastungen für Zahlungen in die verschiedenen Sparten des Sozialversicherungsfonds entgegenstehen, um die Aufgabenerfüllung

bei der Lohnfortzahlung, bei Renten- und Invaliditätsleistungen sowie bei den Familientransfers sicherzustellen. So sanken beispielsweise die Einnahmen des Sozialversicherungsfonds "ZUS" im Jahre 1992 um 11 Billionen Zloty, so daß bereits 27 Prozent dieses Fonds über das staatliche Budget finanziert werden mußten, 1993 waren es bereits 33 Prozent. Ähnlich sehen die Zahlen bei der Sozialversicherungskasse der Landwirte "KRUS" aus, die 1992 mit rund 94 Prozent staatlich bezuschußt werden mußte, sowie beim Arbeitsfonds, der zu 68,8 Prozent aus staatlichen Geldern finanziert wurde.¹⁷⁶

Weiterführende Folgen für die Staatsfinanzen hatten die Anfang 1990 eingeführten Regelungen hinsichtlich der Frühpensionierung. In den Jahren 1989 und 1990 wurde den Personen, die infolge der Liquidation beziehungsweise der Umstrukturierung der Betriebe durch Entlassung bedroht waren, die Möglichkeit geschaffen, sich vorzeitig in den Ruhestand versetzen zu lassen. Arbeitnehmer, die sich damals zu einem solchen Schritt entschieden, konnten ohne jeglichen Verlust an Rentenhöhe (im Vergleich zum gesetzlich vorgeschriebenen Rentenalter) in den Ruhestand treten. In den Jahren 1990 - 1993 stieg so die Zahl der Rentner und Pensionäre um 1,9 Millionen Personen, das heißt um knapp 28 Prozent.

1993 bezogen 8,7 Millionen Personen Rentenleistungen, was knapp 23 Prozent der Landesbevölkerung entsprach, Ende 1994 waren es bereits 9 Millionen Personen. So hat in Polen die Zahl der Nichterwerbstätigen (Rentner, Pensionäre und Arbeitslose) Ende 1994 insgesamt 11,8 Millionen Personen erreicht, das sind fast 75 Prozent der Berufstätigen.¹⁷⁷

Die wirtschaftspolitische Absicht, mit der Maßnahme der Frühpensionierung ein Instrument zur Begrenzung der bevorstehenden Massenarbeitslosigkeit zu schaffen, verfehlte ihre Wirkung. Die Zahl der Rentner und Pensionäre stieg zwar rasch an, aber dies bedeutete keine Entlastung des Arbeitsmarktes. Dagegen hatte diese Maßnahme schwerwiegende negative volkswirtschaftliche Folgen verursacht. Die radikale Verschiebung von

¹⁷⁶ Angaben des polnischen Sozialversicherungsanstalt ZUS (*Zakład Ubezpieczeń Społecznych ZUS*) vom Ende 1993, Vgl. Informator ZUS 1993, S. 53.

¹⁷⁷ Vgl. Kabaj 1995, S. 155; Wilkiewicz 1996, S. 65.

fast 4 Millionen Arbeitsfähigen aus der produktiven Sphäre in die Sphäre der sozialen Umverteilung hatte die schon ohnehin stark angespannte Ausgabenseite der Staatsfinanzen noch zusätzlich belastet. Ein Teil der Finanzierung der Arbeitslosigkeit wurde nämlich auf diese Weise durch das bestehende Sozialversicherungssystem übernommen. Zusätzlich wurde die Lage des Staatshaushaltes noch durch die Krise im Gesundheitswesen verschärft. Daraus ergab sich ein wachsender Bedarf nach Dienstleistungen des Gesundheitswesens, das nach realsozialistischer Überlieferung vollständig vom Staatshaushalt finanziert wird.

Die mit dem Systemumbau neu aufgetretenen sozialen Probleme wie Arbeitslosigkeit und breitangelegte Verarmungserscheinungen bedingten, daß sich die Sozialausgaben des Staates vor allem auf Bereiche konzentrieren, welche die Bevölkerung vor der totalen Entwertung ihrer Leistungen schützen sollten.

Ausdruck findet diese Entwicklung in dem sehr hohen Anteil der Sozialleistungen am polnischen Bruttoinlandsprodukt, der 1993 32,2 Prozent, 1994 bereits 35,4 Prozent betrug, und sich somit seit 1990 verdoppelt hat. 1994 gestaltete sich die Struktur der Sozialausgaben wie folgt: Sozialversicherung (Renten, Pensionen, Beihilfen) 54,0 Prozent; Bildung und Kultur 17,6 Prozent; Gesundheitswesen 14,5 Prozent; Arbeitsfond 5,8 Prozent; Ausgaben für Sozialhilfe 4,3 Prozent; Sonstiges 3,8 Prozent.¹⁷⁸

Der infolge der Systemtransformation sichtbar geschwächte Staat und der Staatssektor der Volkswirtschaft wurden mit Sozialausgaben befrachtet, die sie nicht mehr tragen können.

Entgegen dem von Balcerowicz gesetzten "Prinzip Hoffnung", nach dem das "sich selbst einschaltende Wirtschaftswachstum" die temporäre Anpassungsrezession der Transformation ablöst und die sozialpolitischen Selbstregulierungsprozesse einleitet, wurde der Prozeß der ordnungspolitischen Umwandlung der sozialen Sicherheit in eine doppelte Zange genommen und blockiert. Auf der einen Seite erhöhen die sozialen Kosten

¹⁷⁸ Vgl. Rajkiewicz 1996, S. 240.

des wirtschaftlichen Umstrukturierungsprozesses den Bedarf nach verschiedenen Leistungen sozialer Sicherheit und schaffen somit objektive Voraussetzungen für eine intensivere Alimentierung dieses Bereiches. Auf der anderen Seite aber werden die Möglichkeiten der Finanzierung sozialer Leistungen durch Einnahmenverluste des Staatshaushaltes stark reduziert.¹⁷⁹ Durch dieses Spannungsverhältnis "zwischen wachsenden Ansprüchen der Bürger auf Leistungen und schwindenden Möglichkeiten ihrer Finanzierung waren die Kurzatmigkeit und das fallweise Vorgehen der Sozialpolitik vorprogrammiert."¹⁸⁰

Die Tatsache, daß die grundlegenden Reformen im Bereich der Renten, der Sozialversicherung, des Bildungs- und Gesundheitswesens bislang nur ansatzweise und schleppend vorangetrieben wurden, läßt die grundlegende Aufgabe der marktkonformen Umgestaltung des ordnungspolitischen Rahmens sozialer Sicherheit noch weiter auf ihre Bewältigung warten und beläßt die Staatskasse weiterhin in der Pflicht.

¹⁷⁹ Vgl. Pysz 1993, S. 229.

¹⁸⁰ Ebd.; S. 229.

5. Grundlagen der sozialpolitischen Weichenstellung im Transformationsprozeß

5.1 Zentrale Bedeutung der Sozialpolitik und Sozialarbeit im Transformationsprozeß Polens

Die Bedeutung der Sozialpolitik in der Transformationszeit liegt in ihrer Aufgabe für den Transformationsprozeß. Diese Aufgabe ist sehr vielfältig und mit zahlreichen Dilemmata behaftet.

In der ersten Phase der Transformation ist die Relevanz der sozialpolitischen "Erste-Hilfe-Maßnahmen" unbestritten. Sie sollen die Bevölkerung vor den "Übergangskosten" der radikalen Wirtschaftsreformen schützen. Die kurzfristig orientierten sozialpolitischen Notstandsmaßnahmen sind für die Abfederung des Transformationsprozesses unabdingbar. Sie stehen jedoch in einem Spannungsfeld der Finanzkrise der öffentlichen Haushalte einerseits und der Notwendigkeit des Erhalts eines sozialen Konsens andererseits.

Der Sozialpolitik ist aber nicht nur eine Kompensationsfunktion, sondern auch eine legitimierende Funktion zuzuerkennen.¹⁸¹ Soziale Sicherung ist zugleich eine Bedingung für die Akzeptanz der gesellschaftlichen Reformen und trägt zur Erhaltung des sozialen Konsens bei. So stellt Claus Offe die These auf, daß unter den besonderen wirtschaftlichen Turbulenzen postkommunistischer Transformationen in den Ländern Mittel- und Osteuropas "mit einer Stabilisierung der liberaldemokratischen Regimes nur dann zu rechnen ist, wenn gleichzeitig mit Demokratie und Kapitalismus auch weitreichende soziale Sicherungen institutionalisiert werden."¹⁸²

¹⁸¹ Vgl. Trapp 1993, S. 205.

¹⁸² Offe 1994, S. 93.

Um einen langfristigen Erfolg der Reformen zu sichern, müssen so parallel zu kurzfristigen sozialen "SOS - Maßnahmen", welche die dringlichsten Sicherungsdefizite bewältigen verhelfen, strukturelle Reformen und neue Steuerungsmodelle angebahnt werden. Dabei wird eine entscheidende Interdependenz der sozialpolitischen Bestrebungen deutlich. Je länger die grundlegenden sozialpolitischen Reformen verschoben werden, desto mehr müssen kurzfristige, das Staatsbudget strapazierende Notstandsmaßnahmen ergriffen werden, um die sich auftuenden "sozialen Löcher" zu stopfen. Unter den Umständen des Zeitdruckes werden sozialpolitische Reformen im Transformationsprozeß damit zu einer Gratwanderung zwischen der notwendigen Geschwindigkeit und der langfristig gesicherten Qualität und Stabilität.

Die Sozialpolitik der Transformationszeit steht also in einem Spannungsfeld zwischen der akuten Dringlichkeit der Problemlösung und dem langfristigen, grundlegenden Strukturwandel. So gilt auch hier das für den Transformationsprozeß 1989 markante Dilemma der Gleichzeitigkeit der Prozesse: "Beide Aufgaben, die der originären Institutionenbildung ("Gründung") und der Bewältigung sozialpolitischer Interventionsaufgaben ("Problemlösung") müssen unter den Bedingungen der Transformationsgesellschaft gleichzeitig erledigt werden."¹⁸³

Dabei befindet sich das System der sozialen Sicherung in Polen in einer Phase des Zusammenbruchs. Die Institutionen des alten Systems funktionieren nicht mehr, die des neuen noch nicht vollständig. Der Zusammenbruch birgt aber in sich durchaus die Chancen des Neuanfangs im Sinne der "schöpferischen Zerstörung".

Bevor jedoch die zerstörerischen Effekte des Zusammenbruchs der schöpferischen Wirkung weichen, müssen erst die Hinterlassenschaften des alten Systems auf der institutionellen sowie auf der Mentalitätsebene der Gesellschaft überwunden und die Bedingungen für die neuen Zielvorstellungen geschaffen werden. Die Zeitspanne "dazwischen" ist dabei von

¹⁸³ Ebd. 1994, S. 102f.

enormer Wichtigkeit, da gerade dann die ersten Weichen für den Verlauf des Transformationsprozesses gestellt werden.

Die Sozialpolitik und Sozialarbeit in Polen der Transformationszeit befindet sich in der schwierigen Such- und Lernphase ein tragfähiges sozialpolitisches Modell entsprechend der neuen gesellschaftlichen Realität zu gestalten. Angestrebt wird ein paradigmatischer Wechsel vom "sozialistischen Paternalismus" zur "unterstützenden" Sozialpolitik und Sozialarbeit im Sinne der "Hilfe zur Selbsthilfe".

Damit geht jedoch die Notwendigkeit einher, ein System von Finanzierungsregeln und ein separates institutionelles Netz von dezentral gesteuerten, komplementären und spezialisierten Agenturen für soziale Sicherung zu schaffen.

So soll im Bereich des Sozialwesens nicht allein der Staat gefordert sein, sondern vor allem das Entfaltungspotential für staatsfreie Akteure mobilisiert werden. Dabei hängt Tragfähigkeit und Erfolg dieser Zielvorstellungen von gesellschaftlichen Akteuren und deren individuellen und vor allem kollektiven Verhaltensdispositionen ab. Insofern ist bei der Bewältigung der sozialpolitischen Aufgaben „der klassischen und vergleichsweise anspruchslosen Frage `Was tun?` immer die logisch vorgelagerte und wesentlich dornigere Frage beigestellt: `Gibt es überhaupt jemanden, der es tun könnte?` und eine hinreichend unumstrittene Kompetenz für die Entwicklung und Umsetzung sozialpolitischer Problemlösungen in Anspruch nehmen kann?“¹⁸⁴

Die grundlegende Frage nach den sozialen Akteuren läßt die Aufgaben der Sozialpolitik und Sozialarbeit im Transformationsprozeß weiter fassen und sie auch als Instrument begreifen, mit dem die Einstellungen der Bürger und die Werte im gesellschaftlichen Leben beeinflußt werden können. Von der Schutzschirmfunktion, auf die insbesondere zu Anfang der Systemtransformationsprozesse die Rolle der Sozialpolitik reduziert wurde, wird zunehmend die verhaltensformierende Aufgabe der Sozialpolitik be-

¹⁸⁴ Ebd. 1994, S. 102f.

tont. Von der Rolle des Stiefkinds der Wirtschaftspolitik avanciert so die Sozialpolitik zu einem kreativen Faktor, welcher die Voraussetzungen für ihre eigene Weiterentwicklung erst schaffen muß.

Im Prozeß der sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen in Polen muß die Sozialpolitik, neben der elementaren Aufgabe, den unerläßlichen Bereich der sozialen Sicherung zu garantieren, auch eine zweite wichtige Aufgabe erfüllen: die Förderung der Herausbildung und Aneignung neuer Verhaltensweisen, die der Demokratie und der sozialen Marktwirtschaft zugrunde liegen. Dazu gehören beispielsweise: Eigenverantwortung, Selbständigkeit, Kreativität, Eigeninitiative sowie Gemeinschaftssinn.

In dieser verhaltensformierenden Aufgabe ist die Sozialpolitik und die Sozialarbeit der Transformationszeit herausgefordert, solche Rahmenbedingungen zu schaffen, die es ermöglichen, die in der Zeit des "paternalistischen Sozialismus" unterdrückten zivilgesellschaftlichen Eigenschaften der Gesellschaft wieder zu erwecken.

5.2 Die sozialpolitische Erbschaft des alten Systems

Bei der Umgestaltung des sozialpolitischen Systems, den marktwirtschaftlichen Gegebenheiten entsprechend, geht es nicht um eine einfache Anpassung an veränderte Rahmenbedingungen, sondern um eine Neugestaltung der Sozialpolitik.

Um den Umfang der erforderlichen Transformationsanstrengungen hinreichend zu begreifen, die durch sozialpolitische Schritte zu erbringen sind, soll hier zunächst das Verständnis von Sozialpolitik im vorangegangenen System dargestellt werden und in bezug auf die Prämissen des sogenannten realsozialistischen Systems und auf ihre transformationsbedingte Umkehrung konstatiert werden.

Die osteuropäische „Wohlfahrtsstaaten“ unterschieden sich von den westeuropäischen Staaten in folgenden zentralen Merkmalen:

- in der zentralstaatlichen Organisation des Systems der sozialen Sicherung, nach dem ideologisch geforderten Prinzip des kollektiven Gesamtinteresses,
- im „Recht auf Arbeit“, das sich in einer durch familienpolitische Maßnahmen abgestützten „Vollbeschäftigungspolitik“ und einer engen Verzahnung von Erwerbsarbeit und Sozialleistungen äußerte,
- in der bedeutenden Rolle der Betriebe bei der Organisation und Distribution sozialer Dienstleistungen sowie
- in der starken Subventionierung des Alltagsbedarfs an Grundnahrungsmitteln, Wohnfläche, Medikamenten und Transport.¹⁸⁵

Die Sozialpolitik des sozialistischen Systems war in die zentralverwaltete, von der Partei gesteuerte Wirtschafts- und Gesellschaftsplanung einbezogen. Sie basierte auf dem ideologisch geforderten, aber nie erreichten Prinzip des kollektiven Gesamtinteresses, welches den Menschen in seiner Ganzheit erfassen sollte und die individuelle Unterordnung unter die Normen der Partei beziehungsweise des Staates forderte.¹⁸⁶

Angesichts der geringen Effizienz des Systems wurde im Sozialismus der Gleichheitsgedanke postuliert und die hohe Verteilungsgerechtigkeit, wenn auch auf niedrigem materiellem Niveau, suggeriert. Die Berechtigung, soziale Fragen als solche zu definieren und zu regeln, wurde jedoch entsprechend den aus der Ideologie herrührenden Vorgaben nur der Partei und dem Staatsapparat anvertraut.¹⁸⁷ Damit wurde die dem System immanente geringe Wertstellung des Individuums gegenüber der Partei und dem Staatsapparat demonstriert.

¹⁸⁵ Vgl. Sowada 1995, S. 93ff., auch Ksiezopolski 1990 und Golinowska 1991.

¹⁸⁶ Vgl. Narojek 1991.

¹⁸⁷ Das Interpretationsmonopol für das, was als "gesellschaftliches Bedürfnis" anzuerkennen ist und wessen "Bedürfnisse" erfüllt werden sollen, lag bei der herrschenden Partei. Die paternalistisch-autoritäre politische Struktur ließ durchaus Raum für den diskretionären, an formale Rechtsregeln nicht gebundenen Gebrauch sozialpolitischer Mittel und ihre Instrumentalisierung für politische Zwecke. So wurden bestimmte Personen, Gruppen, Branchen und Regionen diskriminiert oder selektiv belohnt. Demzufolge kam es auch zu extremem (Selbst-) Privilegierungen der Nomen-

Eine organisierte Bündelung und Artikulierung sozialer Interessen durch Einzelne oder durch soziale Gruppen war infolge des Organisationsprinzips des "demokratischen Zentralismus" nicht gestattet. Der Zwang des kollektiven Denkens und Verhaltens wirkte sich auch negativ auf das Leistungsverhalten der Menschen aus. Das Wirtschaftsmodell des Staatssozialismus baute auf den Utopien von stetigem Wachstum und dem neuen Menschen, der seine Einbeziehung in das ökonomische Produktions- und Distributionsgeschehen getreu dem Spruch: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“¹⁸⁸ zu akzeptieren hatte. Die Ineffizienz dieser Ordnungsidee ist im wirtschaftlichen Kollaps der Länder des sogenannten "realen Sozialismus" offenkundig geworden.

Als eine Illusion stellte sich auch schnell die Vorstellung von einer systembedingten Überflüssigkeit der Sozialpolitik heraus. Da die sozialen Problemlagen durch die axiomatische, "systembedingte" Verteilungsgerechtigkeit weder vermieden noch hinreichend antizipiert wurden, erwiesen sich sozialpolitische Maßnahmen als Korrekturen der zentral geplanten Verteilungspolitik als unerlässlich.

Sozialpolitik hatte im Sozialismus aber vor allem einen problemvermeidenden Charakter. Über die (vorgebliche) Vollbeschäftigungspolitik und den Einbezug aller Beschäftigten in das staatliche Sozialversicherungssystem wurde eine extreme Deckungsbreite der sozialen Vorsorge geschaffen, die durch ein Lohnsystem mit relativ geringen Lohndifferenzialen sowie hohen und breit gestreuten Preissubventionen versuchte, ähnliche Lebensbedingungen für alle zu schaffen. Nicht nur die gesamte Beitragsfinanzierung, auch zahlreiche Leistungsbereiche wurden auf die Unternehmensebene verlagert und zentralstaatlich gesteuert.¹⁸⁹

klatura, z.B. bei der Versorgung mit luxuriösen Konsumgütern, den Gesundheitsdiensten oder Ferienhäusern.

¹⁸⁸ Marx 1962, S. 21.

¹⁸⁹ Als Teil der "gesellschaftlichen Konsumtion" definiert, wurden soziale Leistungen in Polen in erster Linie durch den Staatshaushalt finanziert. Die Haushaltszuwendungen wie auch die Beiträge der Versicherten für die soziale Sicherung werden in verschiedenen Sozialversicherungsfonds angesammelt. Der Beitragsatz, als Prozentsatz vom gesamten Lohnfonds in den staatlichen Unternehmen und gesellschaftlichen Organisationen erhoben, ist je nach Branche differenziert. Dabei ist aber die Leistung im Krankheitsfall und bei Erwerbsunfähigkeit gleich. Die unterschiedlich hohe Eigenbeteiligung der Versicherten sowie das Existieren von verschiedenen Sonderversorgungsformen für die Führungsgruppen im Partei- und Staatsapparat

Als Institutionen des sozialpolitischen Handelns ließen sich folgende unterscheiden: der Staat als zentraler Anbieter sozialer Leistungen und Sozialversicherungsträger, Staatsbetriebe, Verbände sowie der informelle Sektor. Dabei können im zentralgelenkten, sozialistischen System Betriebe und Verbände als Teile des Staatssektors im weiteren Sinne, zumindest aber als sein verlängerter Arm aufgefaßt werden.¹⁹⁰

Das System der sozialen Fürsorge, das praktisch aus zwei Hauptsäulen, dem Staat und dem informellen Sektor, bestand, kann als stark dualistisch bezeichnet werden. Der informelle Sektor, die Familie, aber auch die kirchlichen Gemeinden erfüllten dabei eine bedeutsame "Ausgleichsfunktion", deren Ausmaß und Dringlichkeit aus den Mängeln des sozialistischen, staatlichen Systems der sozialen Sicherheit resultierten.

Das typische Merkmal der Sozialpolitik in Osteuropa, das Recht auf Arbeit und die damit verbundene soziale Sicherheit der Bürger, bildeten eine zentrale Legitimationsgrundlage sozialistischer Systeme.¹⁹¹ Eine massiv betriebene Vollbeschäftigungs- und Bildungspolitik ermöglichte einem Großteil der Bevölkerung sozialen Aufstieg. Darüber hinaus war es möglich, zumindest in den ersten Jahrzehnten zahlreiche Nachteile der Planwirtschaft, wie niedrige Löhne oder den Mangel an Konsumgütern, zu neutralisieren und die Identifizierungsbereitschaft eines Teils der Bürger mit dem System zu fördern. Dieses Recht führte aber zwangsläufig zu einer Entkoppelung zwischen der Entlohnung und der Leistung. In Polen kursierte ein Spruch, der die „Schizophrenie“ der sozialistischen Arbeits- und Lohnpolitik treffend illustriert: „Ob man arbeitet oder nicht, jeder hat den gleichen Anspruch“. Als Folge dieser Haltung entstand eine von ne-

relativieren den Stellenwert "sozialer Gerechtigkeit" im Sozialismus zugunsten vorrangig betrachteter politökonomischer Zielsetzungen. Vgl. Peterhoff 1991, S. 357; Quaisser 1992, S. 14f., Szczepanski/Jackowiak 1991, S. 54f.

¹⁹⁰ Die Wohlfahrtsverbände waren angesichts ihrer engen finanziellen Verknüpfung mit dem Staatshaushalt in ihrer Unabhängigkeit im Sinne der Interessenvertretung stark eingeschränkt und fungierten eher als quasi staatliche Massenorganisationen.

¹⁹¹ Vgl. Narojek 1991, S. 23ff.

gativem Egalitarismus gekennzeichnete Arbeiterklasse, die keine Differenzierung mochte und jeder Eigeninitiative skeptisch gegenüberstand.¹⁹²

Sozialpolitik war im sozialistischen Staat in hohem Maße produktions- und wachstumsorientiert. Soziale Leistungen sollten als Anreiz geforderter Arbeitsleistungen dienen. Als Vergütung für den Arbeitseinsatz offerierte die realsozialistische Ordnung ihren Bürgern gewisse "Leistungen". Dazu zählten neben der Beschäftigungs- und Arbeitsplatzsicherheit ein vergleichsweise hohes Maß an Lohngleichheit und eine Reihe von nichtmonetären Vergütungen, von betrieblichen Gesundheitsdiensten bis zu der Vermittlung von Ferienplätzen.¹⁹³

Eine wichtige Rolle im Modell einer sozialistisch - paternalistischen Fürsorge spielte die innerbetriebliche Organisation und Distribution sozialer Dienstleistungen. Ein beträchtlicher Teil der betrieblichen Sozialpolitik diente der Rekrutierung von Arbeitskräften sowie der Stärkung von Arbeitsmotivation und Identifizierung mit dem Betrieb. Das Netz der Fürsorgeeinrichtungen war in den strategischen Branchen der Industrie am dichtesten.

Die betriebliche Sozialpolitik umfaßte im wesentlichen zwei Gruppen von Leistungen:

- Sozialversicherungsleistungen (Krankengeld, Unfallversicherung und verschiedene Ausgleichszahlungen),
- Betriebliche Sozialfürsorge in den Bereichen Familie und Freizeit (Urlaub, Sport, Kinderferien, Kinderkrippen und Kindergärten, Ferienheime usw.) sowie arbeitsbezogene Leistungen (betriebliches Gesundheitswesen, Wohnungswirtschaft, Kantinen, Aus- und Fortbildung).¹⁹⁴

¹⁹² Vgl. Ksiezopolski 1993a., S. 8f.

¹⁹³ Vgl. Golinowska 1995, S. 143ff.

¹⁹⁴ Die Bedeutung der betrieblichen nichtproduktiven Sektors illustrieren folgende Daten: Den Betrieben gehörten 12,1% aller Wohnungen (1988) und 37,8% aller Ambulatorien (1989); die betrieblichen Kinderkrippen (1980) verfügten über 36,2% aller Plätze; in den betrieblichen dreijährigen Berufsschulen lernten 1980/81 191 000 Jugendliche und 14 000 erwachsene Schüler, d.h. 27,3% aller Schüler aus Berufsschulen, siehe dazu: Rocznik Statystyczny 1992 GUS, Warszawa, S. 386, Tab. 4; S.

Das innerbetriebliche Verteilungssystem belastete die Unternehmen. Die sozialpolitische Infrastruktur und Leistungen der Betriebe „bezahlten“ die Arbeitnehmer mit niedrigen Löhnen.¹⁹⁵

Charakteristisch für die sozialistische Sozialpolitik war auch die Bevorzugung von Sach- und Dienstleistungen als sozialpolitisches Instrument.¹⁹⁶

Die Preissubventionierung umfaßte zum Beispiel Nahrungsmittel, Wohnungswesen, öffentliche Verkehrsmittel, Medikamente.

Das System der sozialen Sicherung war überwiegend staatlich organisiert. Die zentralisierten Versicherungsanstalten wurden vom Staat verwaltet und hauptsächlich durch die Betriebe und über den Staatshaushalt finanziert.¹⁹⁷ Das am Prinzip der Gleichheit der Ergebnisse (Einkommen, Löhne, Vermögen usw.) orientierte Versorgungsprinzip, gekoppelt mit der zentralistischen Vorgabe von Zielen, führte zu Motivationsdefiziten und minderte die Effizienz des Allokationssystems. Aufgrund der Interdependenz von Allokations- und Verteilungssystem wurde seit den siebziger Jahren in Polen die Sozialpolitik auch als ökonomischer Hebel in den Dienst der Wirtschaftspolitik gestellt.¹⁹⁸

Von der vordergründigen Ausrichtung der Sozialleistungen auf die Eingliederung der Menschen in den Produktionsprozeß zeugt auch das sehr niedrige Leistungsniveau der Alters- und Invaliditätsrenten. So wie Erhaltung und Reproduktion der Arbeitskraft in den Mittelpunkt rückte, gerieten auch die leistungsschwachen oder nicht mehr leistungsfähigen Personengruppen an den Rand staatlichen Fürsorge. Der sogenannte reale Sozia-

419, Tab. 20, S. 443, Tab. 14 und Rocznik Statystyczny 1981a, GUS, Warszawa, S. 527, Tab. 22.

¹⁹⁵ Zu den Belastungen der Staatsunternehmen durch soziale Aufgaben siehe: Mackiewicz-Golnik 1992.

¹⁹⁶ Eine ausführliche Analyse zu diesem Thema liefert Golinowska 1990, S. 62ff. und Golinowska 1995, S. 144f.

¹⁹⁷ Goralska, H./Wiktorow, A. 1987: Ubezpieczenia społeczne w krajach socjalistycznych. Warszawa 1987, s. 22ff.

¹⁹⁸ In diesem Sinne wurden in Polen in Form der sog. "neuen Wirtschaftspolitik" die Lohnerhöhungen und gesteigerte soziale Zuwendungen im voraus, in Erwartung so bewirkter höherer Arbeitsmotivation und gesteigerter Produktion geleistet. Dieser Versuch der Edward Gierek Administration scheiterte jedoch an der Ineffizienz des Wirtschaftssystems selbst. Ähnliche Tendenz äußerten sich beispielsweise auch in der DDR in der sog. "Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik".

lismus degradierte nichtproduktive Gruppen der Gesellschaft zu Bürgern zweiter Klasse, entmündigte sie in ihren Bürgerrechten und brachte die Überzeugung der gesellschaftlichen Randständigkeit dieser Gruppen hervor.

Die aus politökonomischen Leitsätzen resultierende produktionsorientierte Sozialpolitik sollte vor allem durch ihre Betreuungs- und Versorgungsleistungen daran mitwirken, die Humankapital-Basis der "sozialistischen Produktionsweise" zu konstituieren und zu sichern.¹⁹⁹ Damit entledigte sich die tatsächlich betriebene Sozialpolitik aber ihres ursprünglichen Anspruchs, eine gleichwie definierte soziale Gleichheit und Gerechtigkeit erreichen zu wollen. Nicht nur die Einschränkung dieses Postulates auf den Produktionssektor, sondern auch die Besserversorgung durch soziale Sonderregelungen für die Machteliten in Partei- und Staatsapparat oder in der Armee führten den Anspruch von Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit für alle ad absurdum.

Die sogenannten "sozialen Errungenschaften" der staatssozialistischen Variante des Wohlfahrtsstaates müssen einer starken Relativierung unterzogen werden.²⁰⁰ Das Paradebeispiel, das sozialistische "individuelle Recht auf Arbeit", machte zwar die offene Arbeitslosigkeit nahezu unbekannt. Diese "soziale Errungenschaft" führte jedoch verbreitet zur "versteckten Arbeitslosigkeit am Arbeitsplatz" und wurde mit gewaltigen Ineffizienzen der Produktion und tiefgehenden negativen volkswirtschaftlichen Folgen bezahlt. Auch viele der Lohnersatzleistungen, soziale Dienste und Vergütungen wurden mangels unabhängiger Vertretungskörperschaften nicht aufgrund von Rechtsansprüchen, sondern durch paternalistische und bürokratische Entscheidungen zugeteilt. Die Gesundheitsdienste und andere soziale Dienste waren zwar für die Nutzer kostenfrei, größtenteils aber quantitativ und qualitativ unzulänglich.

¹⁹⁹ Vgl. Ksiezopolski 1990, Narojek 1991.

²⁰⁰ Die differenzierte Betrachtung und die Relativierung der "Errungenschaften" des Realsozialismus ist gerade aus der gegenwärtigen, krisenhaften Situation der Reformländer notwendig, um der nostalgischen Vergangenheitsdeutung der realsoziali-

Angesichts dieser Differenzierungsnotwendigkeit verdient die sozialstaatliche Struktur des realsozialistischen Wohlfahrtsstaates eine ambivalente Bewertung.

Die im Sozialismus großgeschriebenen Ziele, wie die Überwindung von Klassengegensätzen, die materielle Wohlfahrt für alle und die soziale Gerechtigkeit haben sich nicht nur als Illusion erwiesen. Sie standen im krassen Gegensatz zu sozialer Realität, die durch die Instrumentalisierung der sozialpolitischen Mittel für politische Zwecke, weitgehende (Selbst-) Privilegierung der Nomenklatur sowie verbreitete Beziehungs- und Tauschwirtschaft (Schattenwirtschaft) geprägt war.

5.3 Probleme der sozialen Sicherungssysteme in Polen

Die erste demokratische Regierung Polens unter Ministerpräsident Mazowiecki erbte von den Kommunisten nicht nur eine völlig marode Volkswirtschaft, galoppierende Inflation, untragbare Auslandsverschuldung und eine katastrophale Haushaltssituation, sondern auch ein ineffizientes, ruiniertes und instabiles System der sozialen Sicherung, das für ein Land auf dem Weg zur Marktwirtschaft nicht tragbar war. Die katastrophale ökonomische Lage erforderte zuallererst die Konzentration der Mittel und Aktivitäten auf andere als soziale Ziele. Reformen der Sozialsicherung wurden in dem polnischen Stabilisierungs- und Transformationsprogramm (Balcerowicz-Plan)²⁰¹ zwar angekündigt, jedoch nicht als erste Priorität betrachtet und mit Ausnahme der Sozialhilfe auf unbestimmte Zeit verschoben.

Die 1990 eingeleitete Schocktherapie, die zum enormen Anstieg des Preisniveaus, zum Zusammenbruch der inländischen Produktion und zur explodierenden Arbeitslosigkeit führte, erforderte alle Kraft und Opferbe-

stischen Version des Wohlfahrtsstaates als "verlorenes Paradies" entgegenzuwirken.

²⁰¹ Vgl. Bak/Pysz/Scharff 1991.

reitschaft der Bevölkerung. Die bestehenden Sicherungssysteme, obwohl nicht besonders effizient, spielten in der ersten Phase der Transformation eine wichtige Pufferrolle und nahmen den größten Teil der Lasten der Arbeitslosigkeit sowie der sich schnell verbreitenden Armut auf sich.²⁰²

Am Beispiel des Rentensystems und des Gesundheitssektors sollen hier einige Probleme dieser Entwicklung aufgezeigt werden.

Das Sorgenkind Nummer eins der polnischen Sozialpolitik ist die Rentenversicherung. Der Beitragssatz zur polnischen Rentenversicherung, die durch die Versicherungsanstalt ZUS abgewickelt wird, erreichte 1997 45% des Bruttolohns.²⁰³

Die hohe Belastung der Unternehmen durch die Rentenbeiträge spiegelt die Belastung der Volkswirtschaft durch die Rentenzahlungen wieder. Im Jahr 1996 nahmen die Rentenzahlungen der polnischen Versicherungsanstalt ZUS und der Rentenversicherung der privaten Landwirte KRUS etwa 17% des polnischen Bruttoinlandsproduktes (BIP) in Anspruch.

Über 50% der gesamten Sozialausgaben in Polen sind Rentenzahlungen, mit der Folge, daß für alle anderen Bereiche der Sozialpolitik nur wenig übrig bleibt.²⁰⁴

Die polnischen Rentner gehören jedoch statistisch gesehen nicht zu den Verlierern der Transformation. Dank umfangreicher Indexierung, die zunächst an die Entwicklung der Löhne und Gehälter, seit 1997 stärker an

²⁰² Angesichts der fehlenden personellen und technischen Kapazitäten war eine Sozialreform zu Anfang der Transformation kaum realisierbar oder nach Meinung einiger Experten gar nicht möglich. Eine lange Verzögerung der Reformen hat jedoch ihren Preis. Denn inzwischen kumulieren die sozialen Probleme so bedrohlich, daß die bisherigen Transformationserfolge gefährdet sind. Zur Diskussion über die Strategie und den Verlauf der Reformen siehe u.a.: Hryniewicz/Krynicka 1992; Expertyzy-Informacje 1995; Muszalski/Plawucka/Szurgacz 1994; Szczepanski/Jackowiak 1991; Wiktorow 1990.

²⁰³ Die Rentenversicherung wird in Polen nach dem Umlageverfahren finanziert, d.h., die Beiträge der gegenwärtig beschäftigten Generationen werden sofort für die Auszahlung laufender Renten verwendet. Trotz der daraus entstehenden einmalig hohen Belastung der Unternehmen für Lohnnebenkosten, die den gesamten Beitrag zahlen, reichen die Beiträge nicht aus, um die bestehenden Rentenansprüche zu erfüllen. Etwa 15% der Ausgaben der polnischen Versicherungsanstalt „ZUS“ werden durch die Zuschüsse des Staates finanziert. Vgl. Golinowska 1996, S. 33ff.; Vgl. auch Ksiezopolski 1993a

²⁰⁴ Zum Vergleich, der Anteil der Renten an dem BIP beträgt in der EU durchschnittlich etwa 8,7%. Vgl. dazu Golinowska 1996, S. 36f.; auch Mackiewicz-Golnik 1992, S. 23.

die Entwicklung des Preisniveaus gebunden worden ist, stieg das Netto-
rentenniveau in den Jahren 1989 -1996 um 19,2%. Die polnischen Netto-
renten, gemessen am durchschnittlichen Nettolohn in der Volkswirtschaft,
gehören mit etwa 73% im Jahr 1996 zu den höchsten in Europa. Aller-
dings bezieht ein Drittel der Rentner Invaliditätsrenten. Diese liegen im
Mittelwert bei 53 % v. H. der durchschnittlichen Entlohnung in der Volks-
wirtschaft.²⁰⁵

Neben der ständigen Erhöhung des Rentenniveaus belastete auch eine
Welle der Frühverrentung in den Jahren 1990-1992 nachhaltig die Ren-
tenversicherung ZUS. In diesen drei Jahren stieg die Anzahl der Renten-
bezieher um mehr als 25%. Durch die sehr großzügigen Vorruhestands-
und Invaliditätsrentenregelungen, die von der Bevölkerung auch stark in
Anspruch genommen werden, sank das durchschnittliche Rentenalter der
Männer im Jahre 1996 auf nur noch 59 Jahre und das der Frauen auf 55
Jahre. Das durchschnittliche Renteneintrittsalter sank von 57 Jahren in
1990 auf nur 55 Jahre zwei Jahre später. Drei Viertel aller Rentner sind in
Polen jünger als 60 Jahre.²⁰⁶

Noch schwieriger als der Rentenversicherung ZUS ist die finanzielle Lage
der Rentenversicherung für die privaten Landwirte KRUS. Dieser Versi-
cherungszeitung wird zu über 93% durch Staatssubventionen getragen,
obwohl die durchschnittliche Bauernrente nur 60% der durchschnittlichen
Altersrente erreicht.²⁰⁷

Angesichts dieser dramatischen Lage macht es um so nachdenklicher,
daß eine Rentenreform zwar seit 1994 dauernd diskutiert, bisher aber
nicht in Angriff genommen wurde. Im Frühjahr 1995 stellte die Regierung
das erste „Projekt zur Reform der Sozialversicherung“ vor. Sie schlug da-
bei eine Aufteilung der Altersvorsorge in drei Teile vor: eine Staatsrente,
eine Pflichtversicherung und eine freiwillige Zusatzversicherung.²⁰⁸

Die erste Säule des neuen Alterssicherungssystems soll eine umlagefi-
nanzierte Basisrente stellen. Ihre Höhe soll ausschließlich von der Summe

²⁰⁵ Vgl. dazu: Lodahl/Schrooten 1998, S. 8ff.; auch Maret/Schwarz 1995.

²⁰⁶ Vgl. Lodahl/Schrooten 1998, S. 3ff.

²⁰⁷ Vgl. Czepulis-Rutkowska 1996, S. 204.

der eingezahlten Beiträge und von dem Alter des Rentners abhängen. Der Anspruch auf diese Rente soll mit der Vollendung des 62 -ten Lebensjahrs entstehen. Eine Mindestrente in Höhe von 28% des Durchschnittslohnes wird dabei durch den Staat für alle Rentner garantiert, die mindestens 65 Jahre alt sind und eine Versicherungszeit von wenigstens 25 Jahren belegen können.

Die zweite Säule der geplanten Rentenversicherung soll die sogenannte Ergänzungspflichtrente sein. Sie soll in Form von privaten „*pension funds*“ organisiert und nach dem Kapitaldeckungsverfahren finanziert werden. Die Versicherten sollen eine freie Wahl bezüglich des Fonds erhalten. Die Versicherung selbst bleibt jedoch für die abhängig Beschäftigten obligatorisch. Die Höhe der Beiträge soll sich nach der Höhe des jeweiligen Einkommens orientieren.

Die angekündigte Gründung privater freiwilliger Zusatzversicherung auf der Grundlage von Betriebsrenten oder privaten Versicherungen als dritte Säule der Rentenversicherung ist in den Regierungsplänen noch wenig ausgearbeitet worden.²⁰⁹

Nach diesem Konzept soll auch ein Teil der Beiträge in die privaten Versicherungsfonds fließen und wird so dem Umlageverfahren entzogen. Damit entsteht für die Erfüllung der bestehenden Rentenansprüche, eine Finanzierungslücke. Die Sicherung der Übergangsfinanzierung für bereits bestehende Rentenansprüche ist angesichts der ohnehin überstrapazierten finanziellen Lage eine sehr schwierige Herausforderung für die polnische Sozialpolitik der Transformationszeit.²¹⁰

²⁰⁸ Zu den Einzelheiten dieses Regierungsprojektes siehe Sowada 1996, S. 11ff.

²⁰⁹ Bei der Aufspaltung der Altersvorsorge in die Basisrente als Garant des Existenzminimums und in die Ergänzungsrente als Ausdruck persönlicher Präferenzen bezüglich des Versorgungsniveaus im Alter ist allerdings unverständlich, warum die kapitalfinanzierte zweite Säule obligatorisch sein soll, wenn eine Basisversorgung gewährleistet ist. Zur Diskussion über dieses Projekt der Rentenreform siehe z.B.: Stelina 1994; Topinski/Wisniewski 1995; Czepulis/Rutkowska 1996 und Golinowska 1996, Rymysza 1997.

²¹⁰ Für die Lösung dieses Problems wird vorgeschlagen, daß in das neue, aus der umlagefinanzierten Basisrente und der kapitalfinanzierten Ergänzungsrente bestehende Rentensystem zunächst obligatorisch nur die Arbeitnehmer einbezogen werden, die bei der Einführung des Systems (nicht vor 1999) nicht älter als 30 Jahre alt sind. Versicherungspflichtige im Alter zwischen 30 und 50 Jahren werden sich entscheiden können, ob sie in das neue System wechseln oder im alten (nur umlagefina-

Das Sorgenkind Nummer zwei des polnischen Staates ist der Gesundheitssektor. Dominiert durch das staatliche Gesundheitswesen befindet sich die Gesundheitsversorgung in einem katastrophalen Zustand. Die realen Ausgaben des Staates und der Kommunen für das Gesundheitswesen sanken seit 1991 drastisch. Besonders stark wurden die ohnehin bescheidenen Investitionen gekürzt. Gerade 4,7% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) ging in den letzten Jahren in Polen in die Gesundheitsversorgung.²¹¹ Durch die Privatisierung einiger Gesundheitseinrichtungen und Kürzungen der realen Staatsausgaben kam es zu einer Verschiebung in den Finanzierungsquellen. Der realen Einschränkung der Staatsausgaben folgte eine vielfältige Erhöhung der Privatausgaben in diesem Sektor.²¹²

Die bisherigen Veränderungen im polnischen Gesundheitswesen konzentrierten sich auf organisatorische Verschiebungen der Kompetenzen, Kommerzialisierung und Privatisierung der Einrichtungen, Erhöhung der Selbstbeteiligung sowie auf Einschränkung unentgeltlicher Leistungen durch Einführung von sog. „Positivlisten“. Ein Durchbruch in der festgefahrenen Situation wird von der Einführung einer Krankenversicherung erhofft. Diese wurde bislang in dem politischen Gerangel immer wieder verschoben. Die bis 1997 regierende Koalition hinterließ praktisch ein fertiges Gesetzeswerk zur Einführung einer sozialen Krankenversicherung.²¹³

Die im Herbst 1997 gewählte Folgeregierung AWS – *Akcja Wyborcza* „Solidarnosc“ (Wahlaktion „Solidarnosc“)²¹⁴ hat jedoch dieses Gesetz ge-

zierten System) verbleiben. Für die Bürger, die bei dem Start der Reformen älter als 50 Jahre sind, soll sich nichts verändern. Vgl. dazu: Czepulis-Rutkowska 1995, S. 105ff.; auch Maret/Schwarz 1995, S. 42ff.

²¹¹ Die Angaben beziehen sich auf die Jahre 1995-1998. Zu den Einzelheiten siehe Dziubinska-Michalewicz 1996, S. 230ff.

²¹² Die direkten Ausgaben der Haushalte für medizinische Behandlungen steigen rasant. Die Selbstbeteiligung der Patienten an verschriebenen Arzneimitteln erreichte beispielsweise 1995 fast 50% (im Jahr 1991 waren es gerade 18%). Vgl. dazu: ebd. 117ff.; auch Sobczak 1996, S. 27ff.

²¹³ Dazu siehe Gesetz vom 6.02.1997 zur Einführung der sozialen Krankenversicherung, Dziennik Ustaw Nr. 28/1997, Pos. 153.

²¹⁴ Am 21. September 1997 wählten die Polen ein neues Parlament. Mit dem überraschend guten Ergebnis von 33,8 Prozent der Stimmen zog die „Wahlaktion Solidarnosc“ (*Akcja Wyborcza Solidarnosc* - AWS), nach eigenem Verständnis eine Sammlungsbewegung des rechten politischen Lagers, in den neuen Sejm ein. Gemeinsam mit der liberalen Freiheitsunion (13,3 Prozent) gelang es ihr, die bisherige Regierungskoalition aus Postkommunisten und Bauernpartei an der Macht abzulö-

stoppt. Ihr eigener Vorschlag für die soziale Krankenversicherung erinnert an die gesetzliche Krankenversicherung in Deutschland. Geplant sind u.a. arbeitseinkommensabhängige Beiträge (zur Zeit wird ein Beitragssatz von 7,5% diskutiert), eine Versicherungspflicht, ein Kassenzwang, der den Krankenkassen eine praktisch monopolistische Position zusichert, sowie staatliche Finanzierungsgarantien.²¹⁵

Die Veränderung der organisatorischen Strukturen kann bis zu einem gewissen Maße die Nutzung der vorhandenen Ressourcen verbessern. Durch die Einführung der Krankenversicherung werden aber nicht automatisch mehr Mittel für die Gesundheitsversorgung zur Verfügung stehen. Es kommt zunächst lediglich zu einem Tausch der Finanzierungsquellen. Der weit fortgeschrittene Verfall der Infrastruktur und der bestehende Nachholbedarf bei der Vergütung der Berufe im Gesundheitswesen erfordert zunächst einen bedeutsamen Mittelzufluß. Inwieweit die Einführung der Krankenversicherung in einem monopolistisch organisierten System alle Probleme des polnischen Gesundheitswesens lösen soll, muß sich erst zeigen.

5.4 Reform des Sozialhilfesystems

Die Umstellung der bisher rein staatlichen Versorgung auf individuell - solidarische Vorsorgestrukturen erfordert grundlegende Organisationsreformen. Obwohl bislang die zentrale Aufgabe der Neuregulierung des Sozialversicherungssystems und die Reform des Gesundheitswesens, insbesondere deren Herauslösung aus der Staatsabhängigkeit, nicht durchgeführt wurde, sind in den ersten Jahren der Systemtransformation jedoch einige wichtige gesetzliche Regelungen verabschiedet worden, die auf der

sen. Vgl. dazu die Analyse von Leszek Graniszewski: AWS – Sojusz Prawicy Demokratycznej (die AWS – das Bündnis der Demokratischen Rechten), In: Gebethner 1997, S. 59-85.

²¹⁵ Zu diesem Reformvorschlag siehe: Sowada 1997, S. 17ff., auch Rymysza 1997, S. 22.

organisatorischen und der institutionellen Ebene die Veränderung in Richtung auf Dezentralisierung der Verwaltungsstrukturen und auf den institutionellen Pluralismus ermöglichen.

Davon sind folgende gesetzliche Bestimmungen von besonderer Relevanz:

- Das Gesetz vom 8. März 1990 über die territoriale Selbstverwaltung ("*Ustawa o Samorządzie Terytorialnym*").²¹⁶
- Die Gesetzesergänzung vom 23. Februar 1990 zum Gesetz vom 7. April 1989 über das Vereinswesen ("*Ustawa - Prawo o Stowarzyszeniach*").²¹⁷
- Die Gesetzesergänzung vom 17. Mai 1991 zum Gesetz vom 6. April 1984 über das Stiftungswesen ("*Ustawa o Fundacjach*").²¹⁸
- Das Gesetz vom 29. November 1990 über das Sozialhilfesystem ("*Ustawa o Pomocy Społecznej*").²¹⁹

Die genannten Gesetze schaffen eine wichtige Grundlage zum Aufbau demokratischer, lokaler Selbstverwaltungsstrukturen sowie zur Bildung nicht - staatlicher, autonomer Akteure im Bereich der Sozialen Dienste.

Mit der Verabschiedung des Sozialhilfegesetzes am 29. November 1990 wurde der erste Grundstein gelegt, das System der sozialen Sicherung zu reformieren und entsprechend den neuen gesellschaftlichen Zielen zu gestalten.

²¹⁶ *Ustawa o Samorządzie Terytorialnym* 08.03.1990. In: Dziennik Ustaw Nr. 16, Pos. 95.

²¹⁷ *Ustawa-Prawo o Stowarzyszeniach* 07.04.1989. In: Dziennik Ustaw Nr. 14, Pos. 86.

²¹⁸ *Ustawa o Fundacjach* 17.05. 1991. In: Dziennik Ustaw, Nr. 46, Pos. 203.

²¹⁹ *Ustawa o Pomocy Społecznej* 29. 11. 1990. In: Dziennik Ustaw, Nr. 87, Pos. 506.

5.4.1 Das System der Sozialen Fürsorge vor 1990

Die Entwicklung des Systems der Sozialen Fürsorge wurde in der Volksrepublik Polen stark von der herrschenden Ideologie des Realsozialismus sowie der politischen Lage bestimmt.²²⁰

Die Analyse der Entwicklung der Sozialen Fürsorge der realsozialistischen Periode bildet einen eigenartigen Kommentar zur Geschichte der Volksrepublik Polen. Der polnische Sozialforscher *Jan Lopatko* stellt eine Periodisierung dieser Entwicklung dar, indem er folgende vier Etappen im sozialistischen Fürsorgesystem unterscheidet:

1. soziale Rettungsaktionen der Nachkriegszeit (1944-1947);
2. Regreß der Stalinismuszeit (1948-1956);
3. Aufbau und Deetatisierung der Zeit des politischen Tauwetters (1957-1972);
4. Professionalisierungs- und Dekonzentrationsperiode (seit 1973).²²¹

Mit der Oktroyierung der sowjetischen Staatsdoktrin wurde in der Volksrepublik Polen die Vorstellung vom geringen Stellenwert der Sozialen Fürsorge im Gesellschaftssystem des sozialistischen Staates propagiert.

1950 bezeichnete der damalige Arbeits- und Sozialminister kurz und prägnant das Ziel und den Bereich der sozialistischen Fürsorge wie folgt:

"Das sozialistische System stellt bei der Abschaffung der Krisen und der Arbeitslosigkeit als Quelle der sozialen Not zwei Hauptprinzipien auf: a) Jeder hat das Recht auf Arbeit, b) Wer nicht arbeitet, der ißt nicht."²²²

²²⁰ Der Terminus "Sozialhilfe" oder "Soziale Hilfe" (*"Pomoc Społeczna"*) wurde in der Zeit der Volksrepublik Polen kaum benutzt. Verbreitet dagegen war der Begriff "Soziale Fürsorge" (*"Opieka Społeczna"*), was auch viel treffender den Charakter der zu damaliger Zeit propagierten und realisierten Sozialpolitik ausdrückt. Bei der Analyse der Entwicklungen dieser Zeit wird hier also bewußt dieser Termin beibehalten.

²²¹ Zu unterschiedlichen Entwicklungsphasen des Sozialhilfesystems in der Volksrepublik Polen vgl. Lopatko 1987, S. 8ff.

²²² Rusinek 1950, S. 15.

So ging man von der Annahme aus, daß das Recht auf Hilfe ausschließlich den dauerhaft erwerbsunfähigen Personen zusteht. Den anderen Personengruppen wurde das Recht auf soziale Unterstützung seitens des Staates und der Gesellschaft abgesprochen. Die Konsequenz dieses stark vereinfachten Verständnisses von Ursachen der sozialen Probleme war die Einführung des zentralgesteuerten Systems der staatlichen Fürsorge, dessen Aktivität in zwei Richtungen gelenkt wurde: zum einem in den Aufbau von geschlossenen Fürsorgeanstalten für dauerhaft erwerbsunfähige Personengruppen wie chronisch Kranke, Behinderte und Greise; zum anderem in die sogenannte "Produktivisierung", was nichts anderes als eine administrative Zwangsarbeitmaßnahme für Personen ohne eine feste Einnahmequelle bedeutete.

Bei den geschlossenen Fürsorgeanstalten setzte sich zunehmend die Tendenz zur Schließung kleiner Einrichtungen und Errichtung von großen Pflegeanstalten durch. Die Bevorzugung dieser Form bedeutete aber nicht die Erhöhung der Qualität. Im Gegenteil, die personell-pflegerischen Bedingungen in diesen Anstalten waren sehr schlecht.²²³

Größeren Wert legte man auf die sogenannte "Produktivisierung" von Personen ohne eine feste Einnahmequelle. Zu diesem Personenkreis wurden u.a. Invaliden, Bettler und Prostituierte zugerechnet. Die Prostituierten wurden auch in der offiziellen Sprache als „Opfer der Unzucht“ bezeichnet. Für diese Personengruppen wurden gesonderte, kasernenartig organisierte Einrichtungen wie Schulungszentren, „Invalidenarbeitsgenossenschaften“ oder sogenannten „Häuser der freiwilligen Arbeit“ errichtet. Ein weiteres Beispiel für diese Maßnahme waren die sogenannten „Internats für arbeitende Frauen“ („*internaty dla kobiet pracujacych*“), in der die Prostituierten einer Resozialisierung unterzogen wurden.²²⁴

Die offenen Formen der Hilfe wurden sehr stark eingeschränkt. Viele Einrichtungen, wie zum Beispiel die Nachtquartiere für Obdachlose oder die Volksküchen, wurden ganz geschlossen andere, wie z.B. Beihilfen, nur

²²³ Vgl. Raczkowska 1978 sowie Gora 1989.

²²⁴ Vgl. Lopatko 1987, S. 10.

rudimentär beibehalten.²²⁵ Von dem niedrigen Stellenwert der offenen Formen der Hilfe zeugen auch die sehr geringen Mittel, die für diesen Zweck bestimmt waren. In den Jahren 1950 und 1951 betrugen sie ca. 11 Millionen Zl., während für die geschlossenen Fürsorgeanstalten 51 Millionen im Jahr 1950 und 63 Millionen im Jahr 1951 verwendet wurden.²²⁶

Die Organisationsstruktur der Sozialen Dienste wurde durch den Apparat der zentralistisch gesteuerten staatlichen Administration dominiert. Das Gesetz vom 20. März 1950 über die Vereinheitlichung der Organe der Staatsmacht ("*Ustawa o Terenowych Organach Jednolitej Wladzy Panstwowej*")²²⁷ löste endgültig die noch aus der Zwischenkriegszeit bestehenden Institutionen der kommunalen Selbstverwaltungsstrukturen auf und sanktionierte damit das bereits ausgebildete administrativ-bürokratische Modell der Sozialen Fürsorge.²²⁸

Mit der Liquidierung der kommunalen Selbstverwaltungsstrukturen wurde auch der Grundpfeiler des immer noch gültigen Gesetzes über Sozialhilfe vom 16. August 1923 ("*Ustawa o Opiece Spolecznej*" z dn.16.08.1923)²²⁹ definitiv zerstört.

Die endgültige gesetzliche Grundlage für die staatliche Organisation der sozialen Dienste wurde im Art. 60 der Verfassung der Volksrepublik Polen von 1952 verankert, wo das Prinzip des staatlichen Charakters der Sozialen Fürsorge ausdrücklich bestimmt wurde.²³⁰

²²⁵ Es wurden nur einmalig geringe Beihilfen eingeräumt. Die Höhe betrug zwischen 50-80 ZL., während zur Befriedigung der existenziellen Bedürfnisse zur damaligen Zeit mindestens 200 ZL. notwendig waren. Vgl. dazu: Czerwinski 1957, S. 9.

²²⁶ Vgl. ebda.

²²⁷ Vgl.: *Ustawa O Terenowych Organach Jednolitej Wladzy Panstwowej* In: *Dziennik Ustaw Urzedu Rady Ministrow*, Nr. 14, Poz. 130.

²²⁸ Die Tatsache, daß nach 1945 das Sozialhilfegesetz vom 16.08.1923 (Vgl. *Ustawa o Opiece Spolecznej* z dnia 16.08.1923 In: *Dziennik Ustaw Rzeczpospolitej Polskiej* Nr. 92, Poz. 726) ohne gesetzliche Veränderungen beibehalten wurde und sogar mit dem Dekret vom 22.10.1947 bestätigt wurde, in ihren Prinzipien jedoch vollständig mißachtet wurde, zeugt von einer allgemeinen Ignoranz der Gesetzgebung seitens des sozialistischen Staates. Es verdeutlicht zugleich den geringen Stellenwert, welcher den Problemen der Sozialen Fürsorge beigemessen wurde. In der Praxis wurden die Angelegenheiten der Sozialen Fürsorge durch die Beschlüsse der Regierung und die Verordnungen der entsprechenden Ressorts geregelt.

²²⁹ Vgl. Ebd.

²³⁰ Art. 60 *Konstytucji PRL* z dn. 22. 07.1952.

Erst das Ende der fünfziger Jahre brachte zusammen mit dem politischen Tauwetter erste Anzeichen der Trendwende im Verständnis der Rolle und der Aufgaben der Sozialen Fürsorge. Entscheidende Bedeutung hatten hier die zwei folgenden Prozesse:

- die seit 1959 forcierten Initiativen zum Aufbau der Kader für den sozialen Tätigkeitsbereich, insbesondere die Rekonstruktion kraft des Beschlusses des Ministerrates vom 05. März 1959, der aus der Zwischenkriegszeit stammenden Institution des sogenannten "Sozialbetreuers" ("*Opiekun Społeczny*").²³¹
- die organisatorische Vereinigung des Systems der Sozialen Fürsorge mit dem Gesundheitswesen.

Die "Sozialbetreuer", die als festangestellte Mitarbeiter in den Bezirksorganen der staatlichen Administration tätig waren, leiteten die Arbeit von ehrenamtlichen "Sozialbetreuern", die in den Bezirken direkt vor Ort arbeiteten. Seit 1964 wurden auch "Sozialbetreuer" in den Betrieben berufen. Die festangestellten und ehrenamtlichen "Sozialbetreuer", die eng kooperieren sollten, wurden mit der sehr schwierigen Aufgabe des Aufbaus des Systems der Sozialen Fürsorge in den zuständigen Bezirken betraut.²³²

In der Verordnung des Ministers für Arbeit und Soziale Fürsorge vom 27. Oktober 1959 über Aufgabenbereich und Arbeitsformen des "Sozialbetreuers" hieß es:

"Zu der Aufgabe des Sozialbetreuers gehört Organisation und Durchführung von Aktionen der Sozialen Fürsorge im Rahmen geltender Vorschriften im jeweiligen Wirkungskreis. Die Hilfe ist nicht nur als Gewährung materieller Unterstützung zu verstehen, sondern auch als Schutz der Stabilität der Familie, Bekämpfung der sozialen Pathologie, insbesondere

²³¹ Vgl. Uchwała Rady Ministrów Nr. 92 z dn. 05.03.1959 w sprawie powołania opiekunów społecznych. In: Monitor Polski, Nr. 32, Poz. 145.

²³² Zu Rolle der sog. „Sozialbetreuer“ im System der sozialistischen Fürsorge siehe ausführlich: Busch-Konopka 1985, S. 33ff., Wodz 1996, S. 45.

des Alkoholismus, der Prostitution und der erzieherischen Verwahrlosung sowie als Alten- und Behindertenhilfe."²³³

Mit diesen Anforderungen wurden dem "Sozialbetreuer" Aufgaben zuge-
teilt, die weit über das sozialistische Verständnis der Sozialen Fürsorge
hinausgingen. Sie standen auch nicht im Einklang mit Qualifikationen die-
ses Personenkreises und den dafür eingeräumten rechtlich-
organisatorischen Spielräumen. Die zu Anfang wichtige Rolle der "Sozial-
betreuer", die zum Teil großes Engagement und Eigeninitiative entwickelt
haben und ein wichtiges Bindeglied zwischen den Bedürftigen und dem
administrativen Apparat der Staates bildeten, verringerte sich im Laufe der
Zeit. Insbesondere die ehrenamtliche Tätigkeit wurde oft mißbraucht und
zur Unterstützung der politischen Karriere vorgetäuscht. So wurden oft,
auf dem Wege der inoffiziellen dienstlichen Anweisung, Staatsbeamte,
Parteifunktionäre oder Lehrer zum "Sozialbetreuer" benannt. Diese Stel-
lung wurde vermehrt zu politischen Zwecken instrumentalisiert. Sie erfüllte
auch nicht selten eine Kontrollfunktion und diente der Sicherung der politi-
schen Loyalität mit dem System.²³⁴

Trotz dieser Vorgänge bedeutete jedoch der Aufbau eines flächendecken-
den Strukturnetzes von "Sozialbetreuern" in der Geschichte der Volksre-
publik Polen einen ersten Versuch des Übergangs zur aktiven Formen der
sozialen Hilfeleistung im direkten Umfeld der Bedürftigen.

Die sechziger Jahren brachten, neben dem eingeleiteten Aufbau der eh-
renamtlichen und professionellen Kader für den Bereich der sozialen Für-
sorge, auch eine Zulassung des gesellschaftlichen Faktors im Bereich der
sozialen Fürsorge. In dieser Zeit entstanden auch die ersten Ansätze für
Formen der offenen Unterstützung und der sozialen Dienste. Sie wurden
zur Domäne der sogenannten "Sozialen Organisationen", von denen das
Polnische Rote Kreuz („*Polski Czerwony Krzyz - PCK*“) und das Polnische
Komitee für Sozialhilfe („*Polski Komitet Pomocy Społecznej- PKPS*“) zu
den größten zählten. Die sogenannten "Sozialen Organisationen", die

²³³ Wodz 1996, S. 45f.

weitgehend aus der Staatskasse finanziert waren, erfüllten vor allem die Aufgaben auf dem Gebiet der Kranken- und Behindertenbetreuung und der Altenhilfe.

Es zeichnete sich unter diesen Organisationen eine Spezialisierung in der Art der Dienstleistungen. Das Polnische Rote Kreuz („*Polski Czerwony Krzyz-PCK*“) monopolisierte die Leistungen im Bereich der häuslichen Krankenpflege.²³⁵

Das im Jahr 1958 gegründete Polnische Komitee für Sozialhilfe („*Polski Komitet Pomocy Społecznej- PKPS*“) verfügte über ein Netz der Dienste auf dem Gebiet der Altenhilfe. Von Bedeutung waren hier insbesondere die sogenannten Clubs für Senioren („*Kluby Seniora*“).²³⁶

1963 entstanden auch die ersten sogenannten "Zentren der Sozialbetreuer" ("*Centrum Opiekuna Społecznego*"). Sie wurden in den Woiwodschaftskrankenhäusern und in den Bezirkskliniken als Schulungs-, Konsultations- und Koordinationsstellen für die Arbeit der "Sozialbetreuer" eingerichtet.

Zugleich kam es auch in dieser Zeit zur Weiterentwicklung der Leistungen der spezialisierten Sozialen Dienste im Rahmen der Gesundheitsdienste. 1960 vollzog sich der Wechsel der Zuständigkeit für den Bereich der Sozialen Fürsorge vom Ministerium für Arbeit und Soziale Fürsorge zum Gesundheitsministerium, die gleichzeitig ins Ministerium für Gesundheit und Soziale Fürsorge umbenannt wurde. Dieser Schritt leitete den stufenweisen Prozeß der Integration des Bereiches der Sozialen Fürsorge in das Gesundheitswesen ein. Die enge Verbindung mit dem Gesundheitswesen verhalf zur weiteren Ausdifferenzierung der institutionellen Grundlagen des Systems der Sozialen Fürsorge sowie zur Qualifizierung des entsprechenden Personals. Durch diese Verflechtung wurde in Polen ein flächendeckendes System des medizinisch-sozialen Fürsorge geschaffen, das auch zum großen Teil ländliche Regionen umfaßte.²³⁷

²³⁴ Vgl. Lopatko 1987, S. 11.

²³⁵ Die ersten zwei Dienststellen von PCK wurden 1961 errichtet. Schon nach 10 Jahren vergrößerte sich ihre Anzahl auf 200. Sie wurden in allen polnischen Woiwodschaften und in den meisten Kreisstädten vertreten. Vgl. ebd. S. 13.

²³⁶ Ebd. S. 14.

²³⁷ Vgl. dazu: Balicka-Kozłowska 1972, Raczkowska 1978, Wodz 1995, S. 46.

Im Februar 1973 verabschiedete das Regierungspräsidium das "Programm zur Entwicklung des Gesundheitsschutzes und der Sozialen Fürsorge" („*Program rozwoju ochrony zdrowia i opieki społecznej*“), das unter anderem den Aufbau der professionellen Kader für den Bereich der Sozialen Fürsorge voraussah. Die enge Verbindung mit dem Gesundheitswesen auf der Ebene der Woiwodschaft und der Gemeinde bekräftigte die Idee von der "grundlegenden und umfassenden medizinisch-sozialen Fürsorge", die in der Zusammenarbeit des Arztes, der Gemeindeschwester und des Sozialarbeiters zu leisten war.²³⁸

In den siebziger Jahren verfestigte sich noch die Verbindung zwischen der Sozialfürsorge und dem Gesundheitswesen. Die wichtigste Zelle im System der sozialen Fürsorge bildeten seitdem die kraft der Verordnung des Ministeriums für Gesundheit und Soziale Fürsorge vom 30. Juni 1975 bei den Gesundheitszentren der Woiwodschaften oder der Gemeinden eingerichteten "Abteilungen der Sozialen Dienste" ("*Działy Sluzb Społecznych przy Zespólach Opieki Zdrowotnej ZOZ*"). In diese Abteilungen wurden zuerst auch die "Zentren der Sozialbetreuer" eingegliedert. Ende der siebziger Jahren konnte jedoch die stufenweise Ausdifferenzierung der Institution des Sozialbetreuers beobachtet werden, was mit einem Trend zur Professionalisierung der Kader zusammenhing.

Zusammenfassend kann das System der Sozialen Fürsorge der Volksrepublik Polen als stark bürokratisch und zentralistisch organisiert charakterisiert werden. Kennzeichnend war eine vorwiegend medizinisch-pflegerische Ausrichtung der sozialen Leistungen und eine weitgehende Vernachlässigung der sozialen Integration.

²³⁸ Vgl. Wodz 1995.

5.4.2 Das Sozialhilfegesetz vom 29.11.1990 und das neue Verständnis von Sozialarbeit

Die entscheidende Bedeutung für die Reform des Sozialhilfesystems und die Präzisierung seiner Aufgaben angesichts der gesellschaftlichen Transformationsprozesse hatte das am 29. November 1990 vom polnischen Parlament verabschiedete Sozialhilfegesetz.²³⁹

In dem neuen Gesetz wird der bislang benutzte Begriff "Soziale Fürsorge" durch die Bezeichnung "Soziale Hilfe" ersetzt, was bereits auf die neu gesetzte Zielrichtung der Reformen deuten lässt.

Das Gesetz vom 29. November 1990 definiert im Art. 1.1. die Soziale Hilfe als "die Institution der Gesellschaftspolitik des Staates, deren Ziel ist es, den Personen und Familien zu helfen, die alleine, mit eigenen Mitteln und Möglichkeiten nicht imstande sind, ihre schwierige Lebenssituation zu bewältigen."²⁴⁰

Die Aufgabe der Sozialen Hilfe wird im weiteren Artikel dieses Gesetzes formuliert als: "die Befriedigung der Grundbedürfnisse sowie die Gewährleistung der menschenwürdigen Lebensbedingungen von Personen und Familien. Die Soziale Hilfe sollte zur weitmöglichen Verselbständigung der Personen und Familien sowie ihrer Integration in der Umwelt führen."²⁴¹

²³⁹ Ustawa o Pomocy Społecznej z dnia 29.11.1990 In: Dziennik Ustaw Nr.87/90 Poz. 506, z późniejszymi zmianami, tekst jednolity In: Dziennik Ustaw Rzeczypospolitej Polskiej z 1993, Nr. 13. Poz.60.

²⁴⁰ Ebd., Art. 1.1.

²⁴¹ Ebd. Art. 2.1.

Der Gesetzgeber berücksichtigt elf besondere Lebenslagen, für die Gewährung der Hilfe legitimiert ist:

"Die Soziale Hilfe wird den Personen und Familien, nach den im Gesetz bestimmten Regeln, insbesondere beim Vorliegen der folgenden Gründe gewährt:

1. Armut,
2. Verwaisung,
3. Obdachlosigkeit,
4. Schutz der Mutterschaft,
5. Arbeitslosigkeit,
6. Körperliche oder geistige Behinderung,
7. Langwierige Krankheit,
8. Hilflosigkeit in betreuungs-erzieherischen Tätigkeiten sowie in Angelegenheiten der Haushaltsführung, insbesondere in den unvollständigen oder kinderreichen Familien,
9. Alkoholismus oder Drogensucht,
10. Schwierigkeiten in der Resozialisation nach der Inhaftierung,
11. Naturkatastrophe oder eine ökologische Katastrophe "²⁴².

In dem neuen Gesetz werden die mit der Systemtransformation verbundenen neue soziale Problemlagen wie Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit berücksichtigt und in das Sicherungssystem einbezogen.

Das Recht auf Geldleistungen steht nach Art. 4.1. des neuen Sozialhilfegesetzes diesen Personen zu, "die keinerlei Unterhaltsquelle haben oder das Pro-Kopf-Einkommen der Familie die Höhe der niedrigsten Rente nicht übersteigt, beim gleichzeitigen Auftreten von mindestens einem aus der im Art. 3. Pkt. 2-11 aufgezählten Faktoren."²⁴³

Bezogen auf die Landwirtschaftfamilien heißt es im Art. 4.1a. weiter: "Personen und Familien, deren Lebensunterhalt aus der Landwirtschaft stammt, haben Anrecht auf die Geldleistungen der Sozialhilfe, wenn sie keine andere

²⁴² Ebd. Art. 3.

Einnahmequellen besitzen und jedem Familienmitglied des Haushaltes umgerechnet nicht mehr als 2 ha des Ackers zuteil wird, beim gleichzeitigen Auftreten von mindestens einem aus der im Art. 3. Pkt. 2-11 aufgezählten Faktoren. Für den Gebrauch des Gesetzes wurde angenommen, daß das Einkommen aus 2 ha des Ackers dem Betrag der niedrigsten Rente entspricht."²⁴⁴

Nach dem neuen Gesetz kann die Soziale Hilfe nicht nur in Form von Einkommensunterstützung gewährt werden. Im Art. 23 Pkt. 1 heißt es: "den einzelnen Personen oder den ganzen Familien kann Hilfe in Form der Sozialarbeit, der Beratung, insbesondere der rechtlichen und psychologischen Beratung, gewährt werden "²⁴⁵

In dem neuen Gesetz wird Sozialarbeit als eine wichtige Form der sozialen Unterstützung betrachtet. Sie wird als: "berufliche Tätigkeit, die den Personen oder den Familien helfen soll, ihre Gesellschaftsfähigkeit zu stärken oder wiederzugewinnen sowie auch die Bedingungen, die dem Ziel dienen, zu gestalten" definiert.²⁴⁶

Das neue Sozialhilfesystem soll Elemente der Einkommensunterstützung mit Hilfen zur ökonomischen und sozialen Selbständigkeit verbinden.

Die Stärkung der Fähigkeiten zum selbständigen Handeln bei der Bewältigung der Probleme wird auch als eine der wichtigsten Aufgaben der beruflichen Tätigkeit von Sozialarbeiterinnen hervorgehoben. Die Auffassung von Sozialarbeit als eine Form der Leistung der Sozialen Hilfe ist in Polen neu und wurde bislang noch nicht rechtlich definiert.

Betont wird in dem neuen Gesetz auch die Notwendigkeit einer hohen beruflichen Qualifikation der Sozialarbeiterinnen. So heißt es:

"Sozialarbeiter kann die Person werden, die entsprechende berufliche Qualifikationen besitzt: Abschluß der Schule für Sozialarbeiter oder Hochschulabschluß in einer der folgenden Studienrichtungen: Sozialar-

²⁴³ Ebd. Art. 4.1.

²⁴⁴ Ebd. Art. 4.1.a

²⁴⁵ Ebd. Art. 23, Pkt.1.

²⁴⁶ Ebd. Art. 8, Pkt. 5.

beit/Sozialpädagogik, Sozialpolitik, Resozialisierung, Soziologie, Pädagogik, Psychologie oder in einem verwandten Studiengang.“²⁴⁷

Ein weiterer Punkt dieses Artikels lässt zur Ausübung des Berufes „Sozialarbeiter“ auch Personen zu, "die eine Hochschulausbildung in einer anderen, im Punkt 1. nicht erwähnten Studienrichtung absolviert haben, sobald sie eine zusätzliche Spezialisierung im Bereich der Organisation der Sozialen Hilfe oder ein anderes verwandtes Aufbaustudium abgeschlossen haben."²⁴⁸

Mit dem neuen Gesetz wurde auch allen Sozialarbeiterinnen auferlegt, ihre beruflichen Qualifikationen zu erhöhen. Die Sozialarbeiterinnen, deren berufliche Qualifikationen den im Art. 49.1. und 2. erwähnten Anforderungen nicht entsprechen, wurden gesetzlich verpflichtet, sie bis zum 1. Januar 1995 durch Weiterbildungsmaßnahmen nachzuholen.²⁴⁹

Im Zuge der Professionalisierung wurde auch mit dem neuen Gesetz die Institution des "Sozialbetreuers" abgeschafft.

Das Sozialhilfegesetz vom 29. November 1990 präsentiert in seinem programmatischen Anspruch eine neue Betrachtung der Rolle und der Aufgaben der Sozialen Hilfe. Sie sollte nicht mehr in ihrer realsozialistischen "Reparaturfunktion" wahrgenommen werden, sondern vielmehr als Hilfe zur Selbsthilfe betrachtet werden. Als ihr höchstes Ziel wurde so die volle Verselbständigung der hilfsbedürftigen Personen durch die Aktivierung der eigenen Kräfte bei der Bewältigung der bestehenden Lebensprobleme angesehen. Dabei sollte auch die materielle Unterstützung nur ein Element der so verstandenen Hilfe ausmachen.

Dieser Anspruch kontrastiert jedoch sehr stark mit der realen Lebenssituation der Mehrheit der Bevölkerung in der Transformationszeit.

Das neue Sozialhilfegesetz trat am 01. Januar 1991 in Kraft. In diesem Jahr erhöhte sich auch beträchtlich die Zahl der Bedürftigen, vor allem im

²⁴⁷ Ebd. Art. 49, Pkt. 1.

²⁴⁸ Ebd. Art. 49, Pkt. 2.

²⁴⁹ Ebd. Art. 49, Pkt. 3.

Zusammenhang mit der wachsenden Arbeitslosigkeit und dem Entzug der Arbeitslosenunterstützung aus dem sogenannten Arbeitsfond. Die Zahl der Personen, die jetzt die Geldleistungen der Sozialen Hilfe beanspruchten, ist rapide gewachsen. 1992 stieg sie bereits auf über 3 Millionen, und die Gesamtzahl von Personen, die in den Haushalten der Sozialhilfeempfänger lebten, belief sich zu diesem Zeitpunkt auf fast 7,5 Millionen. Sie umfaßte somit fast ein Fünftel der Gesamtpopulation Polens. Erst seit 1994 läßt sich ein leichtes Absinken dieser Zahlen feststellen.²⁵⁰

Die Dynamik dieses Prozesses veranschaulicht die folgende Abbildung 7:

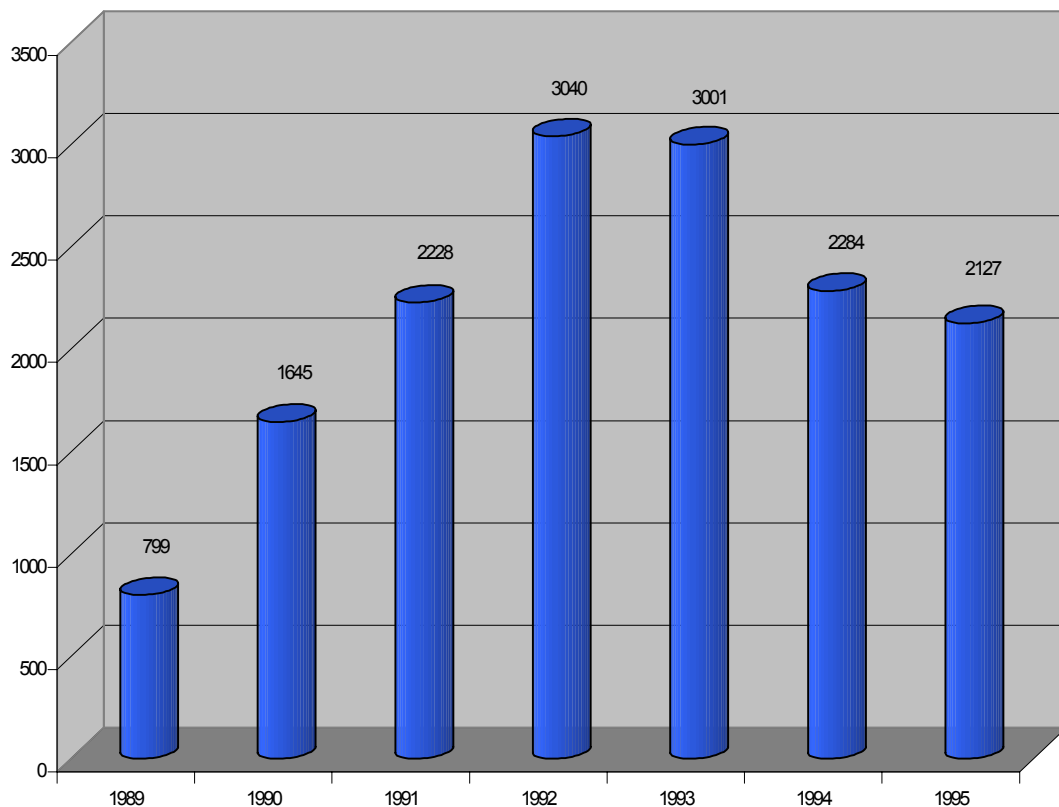


Abb. 7: Die Zahl der Personen, die in den Jahren 1989-1995 die Leistungen der Sozialen Hilfe beansprucht haben (in TSD Personen).

Quelle: Rocznik Statystyczny 1995, S. 273.

²⁵⁰ Vgl. dazu Rajkiewicz 1997b, S. 133

Angesichts dieser sozialen Realität ist die Sicherung der materiellen Existenz der in Not geratenen Teile der Bevölkerung vorrangig geworden. Die Förderung der ökonomischen und sozialen Selbständigkeit der Hilfsbedürftigen blieb zunächst eine zukunftsorientierte Zielrichtung.

Das neue Gesetz implizierte auch die Veränderung des institutionellen Rahmens und der gesamten Organisationsstruktur der Sozialen Hilfe.

Nach vielen Jahren des wenig effektiven Funktionierens in den Strukturen des Gesundheitswesens wurde die Zuständigkeit für den Bereich der Sozialen Hilfe dem Ministerium für Arbeit und Sozialpolitik zugeordnet. Aus der Initiative dieses Ministeriums entstand eine neue Organisationsstruktur der Sozialen Hilfe.

Ihre Grundelemente bilden die sogenannten "Sozialhilfezentren" ("*Osrodki Pomocy Spoecznej*") in den Gemeinden, die den kommunalen Selbstverwaltungsstrukturen unterstellt sind, sowie die sogenannten "Sozialhilfeverbände" in den Woiwodschaften ("*Wojewodzkie Zespoly Pomocy Spoecznej*"), die direkt dem Woiwoden und dem Ministerium für Arbeit und Sozialpolitik unterliegen.

Ein grundlegendes Bindeglied sollen in dem neuen System der Sozialen Hilfe das Volontariat und die vielfältigen Formen der gesellschaftlichen Selbstorganisation bilden. Als Ausdruck der gesellschaftlichen Artikulation und Partizipation haben sie eine vermittelnde Funktion zwischen den verschiedenen Organen der Sozialen Hilfe zu erfüllen.

Die Grundlagen der neuen Organisationsstruktur der Sozialen Hilfe zeigt schematisch die folgende Abbildung 8:

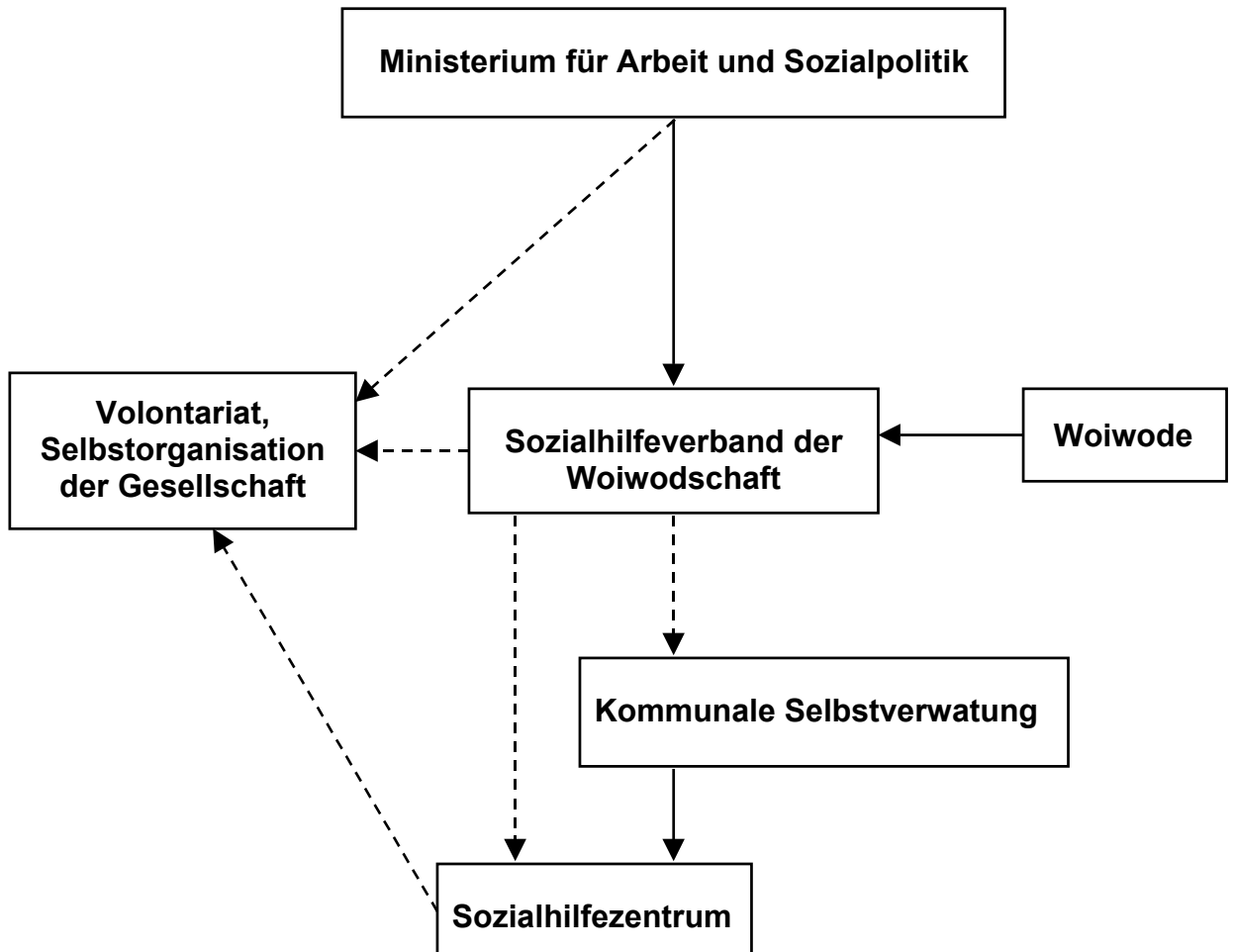


Abb. 8: Die Organisationsstruktur der Sozialen Hilfe nach 1990

Die Dezentralisierung der Organisationsstruktur der Sozialen Hilfe nach 1990 fußt auf den vorangegangenen legislativen Regelungen.

Entsprechend dem Gesetz über territoriale Selbstverwaltungsstrukturen vom 8. März 1990 haben die Kommunen einen Teil der sozialen Verpflichtungen von den Organen der staatlichen Administration übernommen. So sollten auch künftig die Aufgaben der Sozialen Hilfe in der Zusammenarbeit von Organen der staatlichen Administration mit den der

kommunalen Selbstverwaltung und mit der Nutzung der Kooperation mit anderen gesellschaftlichen Vertretungen, wie zum Beispiel Vereinigungen, Stiftungen, konfessionellen Vereinigungen sowie Privatpersonen, realisiert werden.

Die neuen gesetzlichen Regelungen haben so die Verlegung der Kompetenzen auf die Organe der kommunalen Selbstverwaltung sowie eine stufenweise Rückkehr von den zentralistischen Organisationsstrukturen zum Ziel.

Auch dieses Prinzip des neuen Gesetzes bleibt zunächst zum größten Teil auf der Ebene des programmatischen Anspruchs bestehen.

Die Probleme der strukturellen Umorganisation sowie insbesondere die schwierige finanzielle Situation der Kommunen bedingen, daß die Realisierung der vorgesehenen Aufgaben nur eingeschränkt möglich ist.

Erst die Sicherung der finanziellen Grundlagen kann die aktive Teilnahme der kommunalen Selbstverwaltung an dem neuen Vorhaben ermöglichen.²⁵¹

Trotz der Schwierigkeiten bei der Realisierung der neuen Vorgaben können bei der Darstellung der Veränderungen, die das neue Sozialhilfegesetz einleiten soll, folgende Merkmale als zukunftsweisende Zielrichtung besonders hervorgehoben werden:

- Die Ausrichtung der Hilfe auf die Unterstützung der Eigenkräfte des Menschen bei der Bewältigung der Lebensprobleme, also der **Selbsthilfecharakter der Unterstützung**.
- Erweiterung der Kompetenzen der kommunalen Selbstverwaltungsstrukturen, also **Dezentralisierung und Individualisierung der Organisationsstrukturen** der Sozialen Hilfe.

²⁵¹ Zur Diskussion über die Verteilung der finanziellen Ressourcen im Bereich der Sozialen Hilfe siehe: Beskid 1999, Deniszczuk 1995 sowie Golinowska 1996 und 1996a.

- Zulassung und Förderung von neuen institutionellen Formen im Bereich der Sozialen Hilfe, insbesondere der nicht-staatlichen Organisationen oder der privaten Träger der sozialen Dienste, also **Pluralisierung von Partnern und Individualisierung der Arbeitsformen**.
- Erweiterung der Aufgaben und der Rolle der Sozialarbeit sowie Stärkung der beruflichen Stellung der Sozialarbeiterinnen, also **Professionalisierung der Sozialarbeit**.

5.5 Sozialarbeit als ein ziviles Projekt

In den letzten Jahren hat sich in Polen der Begriff "*praca socjalna*" als Sammelbezeichnung für die Wohlfahrtspflege durchgesetzt. Dieser in Anlehnung an das englische "*social work*" geprägte Begriff hat auch die aus der Zeit des Realsozialismus stammende Bezeichnung "*opieka społeczna*", die mit "sozialer Fürsorge" zu übersetzen wäre, weitgehend verdrängt.

Der Begriff "*praca socjalna*" knüpft an die Tradition der polnischen Sozialarbeit und Sozialpädagogik²⁵² aus der Zeit vor dem 2. Weltkrieg an, die gegenwärtig angesichts des gesellschaftlichen Umbruchs große Aktualität gewinnt.

²⁵² Sozialarbeit und Sozialpädagogik ist in Polen traditionell stark miteinander verbunden. Sie haben die gleichen historischen Wurzeln und bilden eine gemeinsame Theorie aus. Die Konzeption der polnischen Sozialarbeit und Sozialpädagogik verdankt ihre theoretische Gestaltung vor allem der Arbeit und dem Engagement von Helena Radlinska (1879-1954), die als Wegbereiterin der polnischen Sozialarbeit und Sozialpädagogik bezeichnet werden kann. Zur theoretischen Grundlegung der polnischen Sozialarbeit und Sozialpädagogik vor dem 2. Weltkrieg siehe Werke von Helena Radlinska: Radlinska 1928; Radlinska 1935; Radlinska 1961; Zur Perzeption dieser Ideengeschichte vgl.: Wroczynski 1985; Kaminski 1974; Theiss 1984; Lepalczyk 1993; Szatur-Jaworska 1993; Smolinska-Theiss 1994; Marynowicz-Hetka 1996, S. 5.

Die Wurzeln der polnischen Sozialarbeit zeigen eine enge Verbindung mit den politischen Entwicklungen des Landes.²⁵³ Die Ursprünge der Sozialarbeit waren in Polen stark mit der Befreiungsbewegung und den Bestrebungen für die Wiedererlangung der staatlichen Unabhängigkeit verbunden. Die Aufteilung Polens unter den Nachbarmächten im 18. Jahrhundert (1772, 1793 und 1795) führte trotz der nationalen Aufstände zum endgültigen Verlust der staatlichen Souveränität für über hundert Jahre. Diese historische Gegebenheit prägte nicht nur die politische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung des Landes, sondern bestimmte auch die Rolle der polnischen Sozialarbeit.

Eine weitere Strömung, die sowohl die praktische Ausrichtung als auch die theoretische Basis der Sozialarbeit beeinflusst hat, war der gesellschaftliche Reformismus und die Postulate der sozialistischen Bewegung Ende des 19-ten und Anfang des 20-ten Jahrhunderts. Mit den Bestrebungen zur nationalen Freiheit wurde auch stark die Vorstellung von sozialer Gerechtigkeit verbunden.

Die zwei grundlegenden Begriffe, nationale Freiheit und soziale Gerechtigkeit, wurden nicht nur als ein politischer Imperativ, sondern auch als ein pädagogisches Ziel verstanden.

Die große Bedeutung auf dem Weg zur sozialen Gerechtigkeit und zur nationalen Unabhängigkeit wurde der Erziehung und der Bildung beigemessen.

Die unter der fremden Besatzung geheim geführten Bildungsinitiativen wurden als Form der Selbstorganisation der Gesellschaft zur Bewahrung und Weitergabe der eigenen Sprache und der kulturellen Überlieferung sowie auch als Realisierung der Postulate der sozialen Gerechtigkeit angesehen. Der Glaube an die emanzipatorische Rolle der Erziehung und Bildung hat auf die polnische Sozialarbeit eine starke Wirkung hinterlassen. Die erzieherische Funktion der polnischen Sozialarbeit als ihr funda-

²⁵³ Zu den historischen Hintergründen und ihrer Verbindung mit der Sozialarbeit und Sozialpädagogik vgl.:Theiss1992, Smolinska-Theiss 1994, Szatur-Jaworska 1993, S. 98f.

mentales Merkmal damaliger Zeit hat auch ihre enge Verbindung mit der Sozialpädagogik gebahnt. Bereits seit ihrer geschichtlichen Grundlegung hat sich die polnische Sozialarbeit als Motor der gesellschaftlichen Veränderungen verstanden, deren treibende Kraft von der Eigeninitiative der Menschen ausgeht. Die Impulse zur Aktivität sollten durch verschiedene Formen der gesellschaftlichen Selbstorganisation und Selbsthilfe geweckt und entfaltet werden.

Helena Radlinska formulierte 1925 folgendes Credo der polnischen Sozialarbeit: "Die Sozialarbeit verändert die Umwelt mit den Kräften des Menschen, im Namen der Ideale."²⁵⁴

Nach dieser Auffassung rückten weniger die sozialen Bedrohungen als vielmehr die Bewältigungspotentiale des Menschen in den Mittelpunkt der Beachtung. Die erzieherischen Bemühungen wurden so auf die Entdeckung, Unterstützung und Aktivierung der Eigenkräfte des Menschen bei der Bewältigung der Probleme gerichtet.

Helena Radlinska verstand die Sozialarbeit als eine „Soziale Arbeit“, als ein "Dienst der Gemeinschaft für die Gemeinschaft".²⁵⁵

Das wird durch die besondere Bedeutung von dem Begriff "Sozial" in der polnischen Sprache unterstrichen. Im Polnischen ist eine wesentliche Differenzierung in der Bedeutung des Begriffes "Sozial" festzustellen:

"Sozial" wird einerseits als "*Spoleczny*" ("*dla spolecznosci*") im Sinne ("für die Gemeinschaft") gedeutet. Nach diesem Verständnis ist "Sozial" ("*Spoleczny*") als ein **Ziel** zu verstehen.

"Sozial" kann andererseits aber auch als "*Socjalny*" ("*przez spolecznosc*", "*silami spolecznymi*") im Sinne ("durch die Gemeinschaft", "mit Kräften der Gemeinschaft") übersetzt werden. In diesem Sinne wird "Sozial" eher als ein **Weg**, das Ziel zu erreichen, verstanden.

²⁵⁴ Radlinska 1961, S. 354

In Anbetracht des historischen Kontexts des Kampfes um die staatliche Souveränität sowie nach 1919 des Bemühens um den Neuaufbau eines demokratischen, polnischen Staates intensivierte sich die Beachtung der Bedeutung der "Kräfte des Menschen" ("*sily ludzkie*") als ein Mechanismus der gesellschaftlichen Dynamik zur Realisierung der nationalen und sozialen Werte im besonderen Maße.

Bereits 1907 schrieb *Edward Abramowski*, ein bekannter polnischer Staatsdenker und Reformator, in seinen Schriften zur sozialen und politischen Lage:

"Demokratie verlangt insbesondere einen starken Sinn und Instinkt der gesellschaftlichen Selbsthilfe. Sie bedarf der Menschen, die nicht nur die Reformen vom Staat verlangen können, sondern vor allem solcher, welche die Reformen mit Hilfe seiner eigenen Institutionen vorantreiben und durchführen können. Sie verlangt zuletzt von Menschen ein starkes Maß an Individualismus, ein Bedürfnis nach Errichtung des eigenen Lebens nach eigener Norm sowie das Respektieren dieser Eigenständigkeit bei anderen."²⁵⁶

Auch *Radlinska* hat Demokratie in diesem partizipatorischen Sinne verstanden und sah als Weg zu ihrer Verwirklichung die schöpferische Teilnahme der Menschen am gesellschaftlichen Leben durch verschiedene Formen der sozialen Aktivität und der Mitgestaltung.

Diese Fähigkeiten müssen jedoch, so *Radlinskas* Erkenntnis, zuerst durch demokratische Erfahrung gebildet und entfaltet werden.

"Das demokratische System baut auf der Bildung und der Erfahrung, die in dem Menschen das Bewußtsein des bewirkenden Menschen erst erwecken lassen, die seine Menschenwürde ausmachen, die ihm Rechte und Pflichten verleihen, die ihn an höheren Kulturgüter und dem Gemeinwohl

²⁵⁵ Ebd., S. 328.

²⁵⁶ Abramowski, In: Kalbarczyk. 1986, S. 221.

partizipieren lassen, an denen er jedoch nur dann teilnehmen kann, wenn er selber sein persönliches Bemühen eingebracht hat."²⁵⁷

Angesicht der gegenwärtigen Systemtransformationsprozesse und des erneuten Aufbaus des demokratischen Staates gewinnen die Worte der Pioniere der polnischen Sozialarbeit und Sozialpädagogik eine besondere Aktualität.

In dem Sozialhilfegesetz vom 29. November 1990 wird, in der Tradition von *Radlinska*, das Ziel der Sozialarbeit in der Stärkung der Fähigkeit und Zuständigkeit der Bürgerinnen und Bürger, sich sozialer Angelegenheiten selbständig und gemeinschaftlich anzunehmen, gesehen.²⁵⁸

Bürgerengagement wird heute als eine umfängliche Entwicklungsaufgabe nicht nur in politischer, sondern auch in sozialer Landschaft betrachtet. In der aktuellen Diskussion der polnischen Sozialarbeit und Sozialpädagogik der Transformationszeit wird das Bürgerengagement in eigenen und fremden Angelegenheiten als ein ziviles Projekt aufgefaßt, mit dem individuell und überindividuell in der Gesellschaft Veränderungen erreicht werden sollen, welche die Demokratie stärken. Dabei wird der Begriff Zivilgesellschaft (*civil society*) als Bezugsrahmen sozialer Aktivität betrachtet und zu einem politisch-sozialen Konzept der Gestaltung des demokratischen Lebens vom Handeln der Bürger her erweitert.²⁵⁹

Die gegenwärtige Diskussion der polnischen Sozialpädagogik und Sozialarbeit stellt die Individualität und die Subjekthaftigkeit des Menschen ins Zentrum des Interesses. Demnach wird der Mensch als "das zentrale Subjekt der Umwelt, Kompetenzträger und Initiator der gesellschaftlichen Veränderungen, als Träger der Kräfte, die sowohl seine persönliche Lebensbewältigungspotentiale als auch die Mitgestaltungs- und Verände-

²⁵⁷ Radlinska 1935, S. 9

²⁵⁸ Vgl. Ustawa o pomocy społecznej In: Dziennik Ustaw 1990, Nr. 87, Poz. 506.

²⁵⁹ Zur aktuellen Diskussion der polnischen Sozialarbeit siehe z.B.: Kargulowa/Kargul 1990; Lepalczyk/Marynowicz-Hetka 1990; Pilch/Lepalczyk 1993;Przeclawska/Theiss 1995; Kargulowa 1995; Radziewicz-Winnicki 1995; Smolinska-Theiss 1998.

rungskraft des gesellschaftlichen Umfelds im Namen der Ideale bilden" verstanden.²⁶⁰

Mit diesem aktiven und offenen Menschenbild verbindet auch *Jan Szczepanski* das Verständnis von Individualität. Nach *Szczepanski* soll man die Individualität des Menschen "weniger als eine Sammlung der Charaktereigenschaften, sondern vielmehr als einen dynamischen Mechanismus und einen motorischen Faktor begreifen."²⁶¹

Die Ähnlichkeit dieser Auffassung mit dem 1925 von *Radlinska* formulierten Credo der polnischen Sozialarbeit ist augenfällig. Die polnische Sozialarbeit der Gegenwart, die jetzt ihre neue Identität bildet, reflektiert erneut die Botschaften ihrer berühmten Gründer. Insbesondere der von *Radlinska* stammende Begriff der "menschlichen Kräfte" ("*sily ludzkie*") muß angesichts der realsozialistischen Vergangenheit neu gefaßt werden.

In der verschlossenen, etatistischen Gesellschaftsstruktur entwickelten sich die "menschlichen Kräfte" entweder in der Opposition zu den Machtstrukturen des Staates oder erloschen ganz angesichts seiner paternalistischen Bevormundung.

Nach den neuen ideologischen Vorstellungen werden im demokratischen Staat die "menschlichen Kräfte" als die wichtigste Antriebskraft der neuen Gesellschaftsordnung verstanden. Die aktive Haltung und das Engagement der Bürgerinnen und Bürgern werden als Hauptbedingung der Demokratie und auch als das programmatische Ziel der Sozialarbeit angefordert. Dabei besteht die Rolle der Sozialarbeit im "Aufbau von Strategien der offenen Kontakte zwischen neuen Machtstrukturen und der Gesellschaft. Das bedeutet die Behebung der Barrieren, welche die Entstehung und Entwicklung von aktiven und kreativen Haltungen hemmen. Das bedeutet vor allem den Aufbau der Fundamente zur Veränderung der Wirklichkeit auf der kommunalen Ebene sowie die Einflußnahme auf die Entscheidungen auf der zentralen Ebene."²⁶²

²⁶⁰ Smolinska-Theiss 1998, S. 32.

²⁶¹ Szczepanski 1988, S. 57.

²⁶² Przeclawska/Theiss 1995, S. 26.

In der Praxis der Sozialarbeit bedeutet dies die Gestaltung der Bedingungen zur Belebung der Bürgeraktivitäten auf lokaler Ebene, in denen demokratische Erfahrungen gelernt und gesammelt werden können. Von besonderer Bedeutung sind hier verschiedene Formen der Vereinigungen und Interessenvertretungen, die von den konkreten Fragen der örtlichen Infrastruktur geleitet werden.

Die wichtigste Funktion von den Vereinigungen besteht, nach Worten des bekannten polnischen Sozialpädagogen *Aleksander Kaminski*, "in der Bildung von subjekthaften sozialen Mikrostrukturen". Kaminski beschreibt die Vereinigungen als "eine Nachbarschaft der Wahl" und stellt fest, daß "deren Aktivität desto intensiver verläuft, je stärker sie den Interessen und Bedürfnissen der Individuen entsprechen."²⁶³

Heute spricht man in der Diskussion der polnischen Sozialpädagogik und Sozialarbeit vom Konzept der "lokalen Umwelterziehung" ("*edukacja srodowiskowa*").²⁶⁴ Populär wurde hier die Idee der "kleinen Heimat" ("*mala ojczyzna*") oder der "privaten Heimat" ("*prywatna ojczyzna*"). Mit diesem Terminus wird "die psychophysische Sphäre des Menschen bezeichnet, die infolge seines tiefen persönlichen Engagements in dem umgebenden, direkten Umfeld entsteht. Sie verankert den Menschen in dem soziokulturellen Leben, bildet seine Identität und Werte und entscheidet über seine intellektuelle und moralische `Ausstattung`."²⁶⁵

Im so verstandenen Auftrag der "lokalen Umwelterziehung" ("*edukacja srodowiskowa*") sieht die polnische Sozialpädagogik und Sozialarbeit "die Möglichkeit, die in der Vergangenheit gebrochene Relation des Menschen mit seiner Umwelt wieder herzustellen."²⁶⁶

Die bewußte Lenkung auf die intermediäre Sphäre, die als Kategorie "Dazwischen" bezeichnet wird, soll dabei Hilfe leisten. Die Kategorie "Dazwi-

²⁶³ Kaminski 1974, S. 158.

²⁶⁴ Zur Tradition und aktuellen Forschungsstand dieses Konzeptes siehe: Smolinska-Theiss 1988; Lepalczyk/Marynowicz-Hetka 1990; Kopczynska 1993; Przclawska/Theiss 1995.

²⁶⁵ Przecławski/Theiss 1995, S. 33.

²⁶⁶ Ebd. S. 34.

schen" wird so als "ein neuer Wert und Quelle von neuen Herausforderungen für Individuen, soziale Gruppen und die gesamte Umwelt verstanden. (...) Sie verwirklicht sich in der Gestalt der verantwortungsvollen Gesellschaft, welche die Menschen durch ihre demokratische Aktivitäten vereinigt."²⁶⁷

Die hier aufgezeigte programmatische Orientierung ist für die gegenwärtige Diskussion der polnischen Sozialarbeit charakteristisch. Sie kontrastiert allerdings stark mit der tatsächlichen gesellschaftlichen Wirklichkeit der Transformationszeit. Die sozio - ökonomischen Bedingungen der Transformationsperiode stellen in Polen sehr ambivalente Voraussetzungen für die Entwicklung einer partizipationsorientierten, vom öffentlichen Engagement gestützten Zivilgesellschaft dar.

Die sozialen Kosten des wirtschaftlichen Umbruchs haben breite Teile der polnischen Bevölkerung in existentielle Notlagen getrieben.²⁶⁸ Viele Bürger sehen sich deshalb gezwungen, vorrangig ihre private ökonomische Existenz zu sichern, anstatt sich dem öffentlichen Wohl der *res publica* zu widmen.

In Anbetracht dieser gesellschaftlichen Wirklichkeit kommen die Vorstellungen der Theoretiker polnischer Sozialarbeit als eine realitätsferne Zukunftsvision vor. Angesichts der starken Polarisierung der Gesellschaft in „Transformationsgewinner“ und „Transformationsverlierer“ liegt die Vermutung nahe, daß die neuen Schlagworte von der gesellschaftlichen Selbsthilfe und der Solidargemeinschaft zuallererst die Funktion der ideologischen Rechtfertigung derer, die in der Transformationszeit tatsächlich ökonomisch erfolgreich sind, erfüllen. Es erscheint durchaus realistischer zu sein, daß der Schutz vor den harten Regeln des Marktes der primäre Antrieb für die gesellschaftliche Selbsthilfe ist. Im Hinblick auf die dem Realsozialismus entstammende antagonistische Denktradition der polnischen Gesellschaft²⁶⁹ birgt diese Entwicklung die Gefahr einer Neuauflage

²⁶⁷ Ebd., S. 35.

²⁶⁸ Im Kapitel 4 dieser Arbeit wurden einige Probleme und soziale Kosten der Transformationszeit dargestellt und diskutiert.

²⁶⁹ Die Problematik des Staat-Gesellschaft-Antagonismus als Erfahrung der etatistischen Gesellschaft des Realsozialismus wurde im Kapitel 6.2 dieser Arbeit ausführlich behandelt.

der Dichotomie. Im harten Existenzkampf der Transformationszeit wurde jetzt der Markt zum neuen Feind dieser Teile der polnischen Gesellschaft, die von den sozialen Folgen der wirtschaftlichen Umstrukturierungsprozesse am stärksten betroffenen sind. Diese feindbildorientierte Ausrichtung droht sich zu einer Kraft zu entwickeln, die gesellschaftliche Aktivitäten bündelt und mobilisiert.

Die neuaufgelegte Dichotomie erscheint in der Realität die gesellschaftlichen Spielregeln der Transformationszeit stärker zu bestimmen als der in der Programmatik allgegenwärtige Geist der Zivilgesellschaft.

6. "Kondition" der postkommunistischen Gesellschaft

Mit dem Übergang vom sozialistischen zum marktwirtschaftlichen System in der Transformationszeit ist die Notwendigkeit verbunden, die Grundsätze des gesamten gesellschaftlichen Lebens zu ändern. So sollten die zuvor von der Obrigkeit organisierten und gesteuerten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereiche jetzt Initiativen von sich selbst organisierenden Gruppen, Interessengemeinschaften sowie einer Bürgerselbsthilfe weichen. Dabei stellen sich jedoch die für den Transformationsprozeß grundlegenden Fragen, ob die polnische Gesellschaft nach der über fünfzigjährigen Erfahrung des Realsozialismus, die ihre Aktivität eingrenzte, in Selbstbestimmung und Selbstverwaltung aufblühen wird und welche die notwendigen Bedingungen sind, unter denen handlungsfähige soziale Akteure sich herauskristallisieren und ein neues soziales Gefüge aufbauen können?

Diese Fragen lösen nicht nur eine heftige theoretische Diskussion aus, sondern sind vor allem von grundlegender praktischer Relevanz für den Erfolg der polnischen Systemtransformation. "Davon, wie aktiv sich die Bürger der polnischen Gesellschaft in die Reformprozesse einschalten, sie akzeptieren, die neuen Spielregeln übernehmen und sich ihnen gemäß verhalten werden, hängt der Erfolg der Reformen ab."²⁷⁰

Der neue Kurs radikaler gesellschaftlicher Veränderungen zeigt aber im Verlauf der Transformationsprozesse immer deutlicher unerwartete Spannungen, die sich insbesondere entlang der Achse Staat-Gesellschaft bilden. Die Erwartung, daß die Öffnung der politischen Szene und die rechtliche Sicherung des sozialen Raumes automatisch zu einer Neustrukturierung des sozialen Gefüges führen würde, scheint sich nicht zu bewahrheiten. Nach einigen Jahren der Systemtransformation zeigt sich immer offensichtlicher die Schwierigkeit, die neuen demokratischen und markt-

²⁷⁰ Kolarska-Bobinska 1990, S. 285.

wirtschaftlichen Institutionen der Gesellschaft mit den real vorhandenen sozialen Ressourcen der alten Gesellschaft zu verbinden.

Das Bestehen entsprechender individueller und kollektiver Verhaltensdispositionen der gesellschaftlichen Akteure ist zur Erfüllung der neuen Transformationsanforderungen unabdingbar. In diesem tieferen Sinne "bedeutet also die Systemtransformation vor allem die Änderung der Verhaltensweisen der Menschen."²⁷¹

Im folgenden Kapitel wird der Versuch unternommen, bestimmte Merkmale des sozialen Bewußtseins der polnischen Gesellschaft aufzuzeigen und einige Mythen der polnischen Systemtransformation aufzudecken. Dabei werden einige Eckpunkte der sozialistischen Sozialisationserfahrung in Erinnerung gerufen und vor diesem Hintergrund die möglichen Folgerungen für den Transformationsprozeß und die Gestaltung der Sozialarbeit reflektiert.

6.1 Das gesellschaftliche Bewußtsein angesichts der Transformationsprozesse

Der Systemumbruch 1989, der durch einen "romantischen gesellschaftlichen Aufschwung" ausgelöst und getragen wurde, legte die Annahme vom Bestehen einer gesellschaftlichen Konsensfähigkeit bestimmter pluralistisch-liberaler Werteorientierungen und Verhaltensweisen nahe. Die Vorstellung von einer gesellschaftlichen Basis als tragender Kraft der Reformen wurde auch zur Grundlage des verfolgten Transformationskonzeptes.

In der Tat wurde der neuen nichtkommunistischen Regierung in der ersten Transformationsphase großes Vertrauen geschenkt. Die Gesellschaft vertraute der Regierung nicht nur, sondern setzte auf sie auch große Hoff-

²⁷¹ Marody 1991, S. 267.

nungen auf eine bessere Zukunft Polens. Trotz des durchschnittlichen Rückgangs der Realeinkommen im Januar 1990 um rund 25 Prozent erhielt die Regierung von *Tadeusz Mazowiecki* in den ersten Monaten ihrer Amtszeit eine überwiegende Zustimmung zu ihrer Politik. Der polnische Sozialwissenschaftler *Marek Ziolkowski* bezeichnet metaphorisch diese Periode als die "Flitterwochen polnischer Transformation" ("*miodowy miesiac polskiej transformacji*").²⁷²

Der ersten Stunde der Euphorie folgte aber schnell eine Phase der Ernüchterung. Da die postkommunistischen Institutionen nicht in der Lage waren, kurz- und mittelfristig ihre Tätigkeit durch Leistungen im sozioökonomischen Bereich zu legitimieren, zeigten sich schon bald nach dem Machtwechsel erste Symptome, die von Enttäuschung, Unsicherheit und einer wachsenden Entfremdung zwischen der Bevölkerung und den neuen politischen Eliten und Institutionen zeugten. Die niedrige Wahlbeteiligung bei den polnischen Parlamentswahlen im Oktober 1991, die lediglich 43,2 Prozent betrug, nur zwei Jahre nach der Ablösung der Regierung der kommunistischen Partei, bezeugte eine Oppositionshaltung gegenüber den Maßnahmen der Regierung und eine mangelnde Zustimmung für die Art der Veränderungen im Lande.²⁷³

Empirische Erhebungen belegen, daß die 1989/1990 für mehrere Monate zu beobachtende starke Identifizierung der Polen mit ihrem Staat und seinen Institutionen nur ein vorübergehender Ausdruck der wiedergewonnenen politischen Freiheit und der wiederhergestellten Echtheit des öffentlichen Lebens war.

In einer repräsentativen Umfrage im Juni 1992 gab nur noch jeder vierte Befragte an, daß er sich von irgendeiner gesellschaftlichen Organisation vertreten fühlte, davon 12 Prozent von einer Gewerkschaft und 3 Prozent von einer politischen Partei.²⁷⁴

²⁷² Ziolkowski 1994, S. 14.

²⁷³ Vgl. Bischof 1994, S. 12.

²⁷⁴ Angaben nach Umfrageergebnissen des polnischen Meinungsforschungsinstitutes CBOS: "Potrzeba reprezentacji interesow i poczucie jej zaspokojenia". Kominikat z badan. Warschau Juli 1992, BS/348/57/92.

Hatten im Herbst 1989 fast 90 Prozent die Tätigkeit des Parlaments gebilligt, so sank diese Zahl im Sommer 1991 auf nur 27 Prozent. Während des für die gesellschaftliche Neuordnung besonders wichtigen Zeitraumes von 1989 bis 1991 hatten neben der Volkskammer auch andere Institutionen wie Kirche, Gewerkschaften, Medien sowie auch herausragende Personen wie *Walesa* oder *Balcerowicz* einen deutlichen Akzeptanzverlust hinzunehmen. Die große Ausnahme in positiver Hinsicht bildete lediglich die veränderte Einstellung zur den ordnungsstiftenden Exekutivorganen des Staates, des Militärs und der Polizei, denen mit 78 Prozent und 70 Prozent der Zustimmungen eine steigende Befürwortung zuteil wurde.

Besonders drastisch gefallen war dafür die Zustimmung zur Tätigkeit der katholischen Kirche, der zu starke Einmischung in die politischen Bereiche vorgeworfen wurde. Die Kirche, die in vergangenen Jahrzehnten in mehreren schweren Systemkrisen ein stabilisierendes Element darstellte und in den achtziger Jahren mehr als 90 Prozent der Zustimmung der polnischen Bevölkerung fand, nahm 1992 mit 49 Prozent Zustimmung und 40 Prozent Mißbilligung nur den sechsten Rang unter den wichtigsten Institutionen und Organisationen ein.²⁷⁵

Einen wachsenden Autoritätsverlust aller politischen und gesellschaftlichen Institutionen und eine zunehmend pessimistische Sicht der Entwicklung des Landes und der eigenen Lebenschancen bestätigen auch die Ergebnisse der 1990 durchgeführten soziologischen Erhebungen über die Bewertung und Wahrnehmung der im Lande stattfindenden Veränderungen.²⁷⁶

Die durchgeführten Untersuchungen machen deutlich, daß die Ordnungsvorstellungen und Wertsysteme, denen die Forscher die Äußerungen ihrer Probanden zugeordnet hatten, zerbrachen. Die Inkonsistenz der artikulierten Haltungen wurde als "perzeptives Chaos" einer "anomischen" Ge-

²⁷⁵ Angaben des polnischen Meinungsforschungsinstitut CBOS: "Stosunek społeczeństwa do głównych instytucji politycznych i społecznych." Komunikat z badan. Warschau, September 1992, BS/378/82/92.

²⁷⁶ Vgl. dazu Beiträge in dem Sammelband: *Polacy '90*. Warschau 1991.

sellschaft und als Orientierungslosigkeit einer "mit Sorgen überlasteten" Gesellschaft ("*zakłopotane społeczeństwo*") beschrieben.²⁷⁷

Die meisten Interpretationen fassen diese "Orientierungslosigkeit" der polnischen Gesellschaft als ein Anpassungsproblem an die neue Wirklichkeit auf. So verweisen insbesondere die sozialpsychologischen Deutungen vor allem auf die Divergenz von vorgegebenen Mentalitäten und neuen Verhaltensanforderungen. Das Fehlen eines konsistenten "Weltbildes", aus dem sich eine Hierarchie von Werten und Verhaltensleitlinien ableiten ließe, wird zur Erklärung der politischen Passivität, des Vertrauensentzugs gegenüber politischen Institutionen und Persönlichkeiten und als eine der Ursachen sozialer Atomisierung gesehen. Einstellungen und Wahrnehmungsmuster gegenüber Politik und Wirtschaft werden mentalen Mustern wie einer "angelernten Passivität" und einem ausgeprägten Anspruchsdenken zugeschrieben und als sozialpsychologische Barrieren der Transformation gedeutet.²⁷⁸

Dabei muß berücksichtigt werden, daß Anfang der neunziger Jahre zwei wichtige soziale Integrationsmuster ihre Kraft verloren haben; einerseits die normativ-mythologischen Gesellschaftsbilder der Symbolik der "*Solidarnosc*", die als Sozialbewegung zum größten Teil über globale Werte, mythologische Weltbilder und das Charisma von Personen integriert worden war, andererseits auch die familiären und quasifamiliären Bindungen der informellen Beziehungsnetze. Mit dem Bedeutungszuwachs des Geldes gerieten die informellen Beziehungen unter Druck und verloren an Bedeutung, was Atomisierungs- und Vereinsamungserscheinungen verstärkte.

Der gewaltsame Zerfall der bis dahin bestehenden Ordnung und des mit ihr verbundenen Kanons der Normen und der Werte raubte den Menschen und der gesamten Gesellschaft das Sicherheitsgefühl. Die neue Wirklichkeit, die sich diametral von der Vorstellung der meisten Menschen von einem demokratischen und marktwirtschaftlichen Staat unterschied, wurde

²⁷⁷ Vgl. Krzeminski 1992; Kolarska-Bibinska 1990a.

²⁷⁸ Vgl.: Koralewicz/Ziolkowski 1990; Korzeniowski 1991; Swida-Zieba 1994; Reykowski 1994; Marody 1994; Kolarska-Bobinska 1994.

zur Quelle der Frustration und tiefer Konflikte, welche die individuellen und kollektiven Identitätsgefühle der Leute erschütterten.

Interessant erscheinen in diesem Zusammenhang Angaben hinsichtlich der Vorstellungen und Meinungen der polnischen Gesellschaft über die Marktwirtschaft und Demokratie vor der Wende und ihr Verhältnis zu den erfolgten Veränderungen. In den Meinungsumfragen, die Mitte der achtziger Jahren durchgeführt worden sind, fällt die hohe Akzeptanz der Marktwirtschaft in der polnischen Gesellschaft auf.

In der Untersuchung von *Sterniczuk* (1984) zur Meinung der Arbeitnehmer über die Wirtschaft nannten 63 bis 82 Prozent der Befragten, je nach Gruppe, unter den Merkmalen einer guten Wirtschaft an erster Stelle die Regeln von Markt und Wettbewerb ohne Einmischung von seiten der Obrigkeit als Geschäftsprinzip von Unternehmen.²⁷⁹

In der Untersuchung "Polen` 84. Die Dynamik des Konflikts und des Konsens" („*Polacy 80. Dynamika konfliktu i konsensu*“) akzeptierten 82 Prozent der Befragten die Einführung der Markt- und Wettbewerbsregeln in der Wirtschaft.²⁸⁰

Auch die von *Morawski* und *Kozek* (1987) durchgeführte Erhebung, wo mehr als 87 Prozent der befragten Industriearbeiter eine uneingeschränkte Konkurrenz als erstrebenswert bezeichnet haben, kann als Hinweis für die ökonomische Grundaffinität der Polen gelten.²⁸¹

Bei der Betrachtung dieser Ergebnisse muß jedoch berücksichtigt werden, daß der Begriff "Marktwirtschaft" für die polnischen Bürger zum Zeitpunkt der genannten Untersuchungen abstrakt und nur unscharf umrissen war, das heißt also, daß die Vorstellungen von der Marktwirtschaft und die Haltung ihr gegenüber sich nicht aufgrund einer unmittelbaren Erfahrung, sondern lediglich aufgrund einer Vorstellung von der Marktwirtschaft entwickelt haben. Die Option für die Marktwirtschaft resultierte vor allem aus der negativen Einstellung zu den in Polen geltenden Wirtschaftsregeln der

²⁷⁹ Vgl. *Sterniczuk* 1984

²⁸⁰ Vgl. *Kolarska-Bobinska* 1986

²⁸¹ *Morawski/Kozek* 1986.

sozialistischen Zentralplanung und nur wenig aus den positiven Assoziationen, die die Marktwirtschaft hervorrief. Zulässig wäre also die Feststellung, daß in einer Gesellschaft, die vierzig Jahre lang eine zentral geplante Wirtschaft hatte, sich ein Mythos des Marktes herausgebildet hat. Dieser Mythos beruhte darauf, daß Markt und Wettbewerb mit hoher wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und hohem Lebensstandard gleichgesetzt wurden, die das System der Zentralplanung nicht gewährleistete.

Der Begriff Marktwirtschaft wurde als ein Allheilmittel gegen alle Gebrechen der polnischen Wirtschaft betrachtet, mit dem vor allem die gesellschaftliche Hoffnung auf die Verbesserung des Lebensniveaus verbunden war.

Der Marktmythos veranlaßte aber auch, daß zwischen der Akzeptanz der marktwirtschaftlichen Strukturen auf der Ebene allgemeiner Parolen und der Inkaufnahme der Folgen dieses wirtschaftlichen Prinzips in Bezug auf konkrete wirtschaftliche Lösungen sich ein deutlicher Zwiespalt zeigte. Schon knapp zwei Jahre nach der Einführung der Marktregeln wurde die Marktwirtschaft von der Mehrheit der Polen weniger als Chance, sondern vielmehr als Bedrohung perzipiert.²⁸²

Eine ähnliche Inkompatibilität zwischen dem Etikett, das man dem Ordnungs- und Wertsystem zuweist, und dem Inhalt dieses Systems wurde auch im Falle des Begriffes "Demokratie" beobachtet. Die in der Zeit des Umbruchs durchgeführten Studien zum Demokratieverständnis der polnischen Bevölkerung enthüllen eine spezifische Dualität im Verständnis von Demokratie. Auf der einen Seite, auf der Ebene der generellen Schlagwörter oder Etiketten, zeigen die Befragten klare pro-demokratische Tendenzen. Auf der anderen Seite, der Ebene spezifischer Regeln und Verhaltensnormen, wird die Demokratie nur von einer weit kleineren Gruppe bejaht.²⁸³

Die von *Markowski* während der Präsidentschaftswahlen im Herbst 1990 durchgeführte Studie verdeutlicht, daß das Demokratieverständnis der

²⁸² Grabowska u.a. 1991, S. 69ff.; Wnuk-Lipinski 1991, S. 28ff.; Kolarska-Bobinska 1991, S. 37ff..

²⁸³ Vgl. die Untersuchungsergebnisse, die im Sammelband von Daab/ Korzeniowski/

Polen sehr "umfassend" und stark wertend ist. Die gängige Vorstellung von Demokratie nähert sich eher der Kategorie des wirtschaftlichen Wohlstands und der sozialen Sicherheit.²⁸⁴ Möglicherweise liegt wie im Falle der Marktwirtschaft auch hier die allgemeine Zustimmung zur Demokratie auf der Ebene der allgemeinen Schlagwörter in den positiven Assoziationen der oben angeführten Begriffe begründet.

Das differenzierte Verhältnis zu den Begriffen "Marktwirtschaft" und "Demokratie" und ihrer Folgen resultiert nicht nur aus dem abstrakten Charakter des ersteren und der Realität des zweiten. Die tiefgehenden Gründe sind in der zweideutigen Haltung gegenüber dem Staat und insbesondere in der unterschiedlichen gesellschaftlichen Haltung gegenüber der Funktion, die der Staat erfüllt, zu suchen.

Interessante Erkenntnisse liefert die von *Boski* während der Kampagne für die Präsidentschaftswahlen 1990 durchgeführte repräsentative Studie zur Verteilung sozialer Wertorientierungen. Die erhobenen Daten lassen die Folgerung zu, daß die Befragten die Wohlfahrtsfunktion des Staates den liberal-kapitalistischen Werten vorziehen. Zugleich lehnten jedoch 64 Prozent den Sozialismus als ein System ab, das nicht mit der menschlichen Natur vereinbar ist. Auf der einen Seite wird also die Idee des Sozialismus im allgemeinen abgelehnt, auf der anderen Seite aber werden spezifische Züge der sozialistischen Politik bzw. einer demokratisch-sozialstaatlichen Ordnung wie zum Beispiel das Fehlen von Arbeitslosigkeit (55 Prozent) und besonders die kostenlose medizinische Betreuung und ein kostenloses Bildungssystem von den Befragten stark bejaht (73 Prozent).²⁸⁵

Boski/Gembura-Chmielewski/Skarzynska, /Zakrzewski 1991 erfaßt wurden.

²⁸⁴ Vgl. Markowski 1991; Mokrzycki 1991; Kurczewska/Staszynska/Bojar 1993; Bereits die Studien aus den achtziger Jahre zeigten, daß soziale Werte den höchsten Rang in der polnischen Gesellschaft einnehmen. Nach Meinung der Befragten schließt der Begriff "Demokratie" auch soziale Wohlfahrtsleistungen für alle, das Recht auf Arbeit und Vollbeschäftigung mit ein. Gleichheit und Gerechtigkeit wurden als die wichtigsten Werte eines guten Gesellschaftssystems betrachtet und vor der Möglichkeit der freien Meinungsäußerung und der Einflußnahme auf die Entscheidungen der politischen Führung genannt. Vgl. dazu: Duma 1983, Koralewicz/Wnuk-Lipinski 1989, S.173ff.; auch Ergebnisse der Repräsentativumfragen des Zentralen Polnischen Meinungsforschungsinstitutes CBOS: "Nierownosci i niesprawiedliwosci społeczne w swiadomosci społeczenstwa polskiego."Komunikat z badan. Warschau, Juni 1980.

Diese differenzierte Haltung der Bevölkerung gegenüber verschiedenen staatlichen Aufgabenbereichen beruht auf der gleichzeitigen Akzeptanz der Fürsorgefunktion des Staates mit der Ablehnung der staatlichen Kontrolle über politische und ökonomische Verhaltensweisen. Der Staat wird also in seiner umfassenden Monopolstellung weitgehend abgelehnt, jedoch von vielen weiterhin als Beschützer aufgefaßt, der über das Lebensniveau der Bürger wachen soll. Diese paradoxe Situation mag daraus resultieren, daß der Staat als Sozialstaat im weitesten Sinne des Wortes verstanden wird. Das ambivalente Verhältnis zum Staat äußert sich somit in einem Oszillieren zwischen der Verbundenheit mit dem Wohlfahrtsstaat und dem Bewußtsein, daß man sich an die neue Wirklichkeit anpassen muß.

Die präsentierten empirischen Daten bestätigen ein Bild der Enttäuschung und das Gefühl der Unsicherheit in der polnischen Bevölkerung. Das Mißverständnis über die Mechanismen des Wandels führt zu einer Situation, in der die Schlagworte der Demokratie und der Marktwirtschaft zwar akzeptiert werden, gleichzeitig aber die Wirklichkeit verworfen wird, die ihre Realisierung darstellt.

Das gesellschaftliche Bewußtsein der postkommunistischen Gesellschaft Polens ist durch die Tatsache bestimmt, daß es zu einer Konfrontation von Erwartungen kommt. Auf der einen Seite stehen die überzogenen Erwartungen, die auf der Welle des revolutionären Enthusiasmus von 1989 entstanden sind; auf der anderen Seite die Verhaltensgewohnheiten, die sich aus den Erfahrungen mit dem sogenannten Realsozialismus entwickelt haben. Die Zufriedenheit mit der Demokratie und der Marktwirtschaft als ein wesentlicher Indikator für das Vertrauen zum Staat und damit auch für die Bereitschaft, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, sind in Polen einerseits von den persönlichen Erwartungen und der Erfüllung der Hoffnungen der Bürger abhängig. Andererseits sind sie durch die Gewohnheiten bedingt, die sich im paternalistischen Staat herausgebildet haben.

Der Konflikt zwischen den alten Gewohnheiten und den durch die neue Ordnung geschaffenen Möglichkeiten führt zu Effekten, die weit von der erwarteten demokratischen und marktwirtschaftlichen Ordnung entfernt sind. Es zeigt sich deutlich, daß die Vergangenheit die Gegenwart belastet. Die Staatsmacht und die Gesellschaft stehen sich oftmals wieder als antagonistische Kräfte gegenüber.

6.2 Der „Staat-Gesellschaft-Antagonismus“ als Erfahrung der etatistischen Gesellschaft des Realsozialismus

Die sozialistische Gesellschaft wird in der polnischen soziologischen Diskussion als "etatistische" Gesellschaft bezeichnet. Damit ist eine "verstaatlichte" Gesellschaft des sogenannten Realsozialismus gemeint.²⁸⁶

Der polnische Sozialwissenschaftler *Edmund Mokrzycki* definiert den Realsozialismus als "ein soziales System, das sich in der Sowjetunion und in anderen europäischen Ländern entwickelt hat (...) und das durch eigene Stabilisierungsmechanismen, eigene Entwicklungsdynamik und die Fähigkeiten, seine konstitutiven Eigenschaften zu reproduzieren (was nicht bedeutet, daß es dadurch überlebensfähig ist) gekennzeichnet ist."²⁸⁷

Die Verstaatlichung gesellschaftlicher Beziehungen in diesem System wird als eine von außen oktroyierte Form der politischen Herrschaft aufgefaßt, in welcher der autokratische Charakter der Macht und die "führende Rolle" der polymorphen Partei mit dem Mythos der Avantgarde legitimiert und sanktioniert wurde.

Neben dem politischen Anspruch der Verstaatlichung betont die polnische Soziologin *Jadwiga Staniszkis* auch seine sozialstrukturelle Konsequenz. Danach wurde auch mit dem Mythos der Avantgarde das abstrakte Interesse "der Gesellschaft" als das Interesse "des Kollektivs" an die Stelle der

²⁸⁶ Die Formulierung "etatistische" Gesellschaft stammt von dem polnischen Soziologen Winicjusz Narojek. Vgl. dazu Narojek 1986.

²⁸⁷ Mokrzycki 1991, S. 7.

realen Interessen sozialer Akteure gesetzt. So wurden auch die ökonomischen Subjekte, die mit ihren realen Akkumulationsinteressen in der Institution des Privateigentums verankert waren, mit dem Akt der Nationalisierung des Eigentums beseitigt und durch die staatlichen Strukturen resorbiert.²⁸⁸

"Unter den Bedingungen der "dreifachen Herrschaft" des Entscheidungszentrums - mit Hilfe der monopolisierten Verfügung über die Zwangsmittel, die Produktionsmittel und die Information - wurde die Bevölkerung durch die Verstaatlichung aller sozialen Beziehungen ihrer eigenen Vergesellschaftung entfremdet und zum amorphem "Volk" (lud) degradiert."²⁸⁹

Die Herausbildung der "Wunschmerkmale des sozialistischen Personenmusters", wie es sich die Führung der Volksrepublik Polen vorgestellt hatte - insbesondere die Zurückstellung von Privatinteressen hinter die Interessen der Allgemeinheit - stieß in der polnischen Gesellschaft jedoch auf eine Barriere.²⁹⁰

Auf den Versuch der "kollektiven Vereinnahmung" antworteten die Polen mit einer strikten Trennung von privater und öffentlicher Sphäre, welche durch das Kürzel "My" - "Oni", also "Wir" im Sinne von Familie und Freundeskreis versus "Sie" im Sinne von Staat (Staatsapparat) plakativ zum Ausdruck gebracht werden kann.

Diese Trennung im Bewußtsein der polnischen Gesellschaft beziehungsweise in der polnischen Mentalität kann auch als eine breite Dichotomie von Staat und Gesellschaft, von "Staat - *Wladza*" versus "Gesellschaft - *Spoleczenstwo*" aufgefaßt werden.

Das Verständnis von den polnischen Begriffen "*Wladza*" und "*Spoleczenstwo*" bedarf jedoch einer Erläuterung. Der Begriff "*Wladza*" entspricht zwar sprachlich dem deutschen Wort, das Staat, Macht, Herrschaft, Regierung bezeichnet, aber er ist im semantischen Sinne nicht übersetzbar, denn seine Bedeutung ist besonders in dem politischen Sy-

²⁸⁸ Vgl. Staniszkis 1989.

²⁸⁹ Tatur 1989, S. 75.

²⁹⁰ Dyczewski 1986, S. 141.

stem verankert, von dem die polnische Nation nach dem Zweiten Weltkrieg beherrscht wurde.

Nach *Wnuk-Lipinski* bedeutet der Begriff "*Wladza - Oni*", "diejenigen, mit denen man soziale Kontakte lediglich innerhalb des offiziell propagierten Wertsystem unterhält (und diese oft auf das unumgängliche Minimum reduzierte)".²⁹¹

Mit anderen Worten drückt der Begriff "*Wladza - Oni*" eine emotionale Distanz aus, Abneigung beziehungsweise Feindschaft zwischen "der Welt der Menschen" ("*Swiat ludzi*") und "der Welt der Institutionen" ("*Swiat instytucji*"). Hier kommt zum Ausdruck, daß die Institutionen oft als feindlich oder sogar direkt bedrohlich empfunden wurden. Der eigene Staat nach 1945 wird von seinem totalitären Anspruch aus betrachtet, mit dem möglichst alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens kontrolliert und bestimmt werden sollen, und der deshalb die Gesellschaft gezielt desintegriert und atomisiert, um sie besser beherrschen zu können.

Der Begriff "*Spoleczenstwo*" ist auch nur linguistisch in "Gesellschaft" übersetzbar. Unter dem Begriff "*Spoleczenstwo*" wird im polnischen Bewußtsein in diesem Zusammenhang etwas anderes, spezifisches verstanden. Auch hier geht es weniger um eine Begriffsdefinition, sondern viel mehr um eine Erfahrungstradition.

Für einen Polen ist der Begriff "*Spoleczenstwo*" primär kein soziologischer, sondern ein politischer Begriff. Als politischer Begriff ist er nicht in seinem vollen Bedeutungsinhalt erfaßbar, wenn man nicht die Rolle der Gesellschaft für die nationale Kontinuität und Emanzipation im gesellschaftlichen Bewußtsein verinnerlicht hat.²⁹² Somit bedeutet der Begriff "*Spoleczenstwo - My*" nach *Wnuk-Lipinski* "diejenigen, mit denen man soziale Kontakte hatte und gemeinsame Werte teilte."²⁹³

²⁹¹ Wnuk-Lipinski 1982, S. 85.

²⁹² Vgl. Holzer 1985

²⁹³ Wnuk-Lipinski 1982, S. 85.

Aus dieser Dichotomie zwischen dem Staat und der Gesellschaft resultierte eine deutliche Aufspaltung in die öffentliche und die private Sphäre. Schon Ende der siebziger Jahre machte der polnische Soziologe *Stefan Nowak* durch seine empirischen Untersuchungsergebnisse auf diese "Identifikationslücke" aufmerksam. Er kam zu dem Ergebnis, daß die Polen sich zwar in hohem Maße mit Primärgruppen wie der Familie oder Freundeskreisen sowie mit der Nation in der Gesamtheit ihrer Geschichte und Kultur identifizieren. Die zwischen Primärgruppe und Nation angesiedelte Sphäre der diese vermittelnden gesellschaftlichen Institutionen erschien den meisten jedoch als weitgehend fremd.

Nowak sprach so vom Zustand der "sozialen Leere" ("*proznia społeczna*"), der die Sozialstruktur der polnischen Gesellschaft kennzeichnet, und zog daraus den Schluß, in der Gesellschaft herrsche eine weit verbreitete Entfremdung von den vorgegebenen Strukturen, da man keine Möglichkeit sehe, auf sie entscheidenden Einfluß zu nehmen.²⁹⁴

Diese Einschätzung erscheint um so schwerwiegender, als die von polnischen Sozialwissenschaftlern in den achtziger Jahren durchgeführten Erhebungen belegen, daß es sich bei der zwischen Privatsphäre und dem Staat bestehenden Kluft um ein zeitkonstantes Phänomen handelt, das bis zum Ende der sozialistischen Herrschaft fortbestanden hat.²⁹⁵

Die dichotomische Perspektive, welche die Gemeinschaft der Kleingruppen der institutionellen Ordnung entgegenstellte, die zwischen der "Welt der Menschen" und der "Welt der Institutionen", zwischen der "Gesellschaft" als der Gemeinschaft von Menschen und dem "Staat" als abstraktem Herrschaftsapparat unterschied, wurde von *Melanie Tatur* als Ausdruck der sich seit Ende der siebziger Jahre verschärfenden Unzufriedenheit und Spannungen in der Gesellschaft interpretiert, die nicht die Distanz zu einer benennbaren sozialen Gruppe, sondern die Ablehnung der Funktionsweise der staatlichen Institutionen im Allgemeinen ausdrückt.

²⁹⁴ Vgl. Nowak 1976; Nowak 1979; Nowak 1979a.

²⁹⁵ Vgl. Nowak 1982; Nowak 1984; Koralewicz 1987; Nowak 1989; Marody 1991, S. 253.

"In einer Gesellschaft, in der alle sozialen Beziehungen durch den Staat geordnet wurden, bedeutete dies die symbolische Negation der eigenen Vergesellschaftung".²⁹⁶

Eine zunehmende Distanzierung der Gesellschaft zu staatlichen Institutionen, die sich in der Dichotomie von "Wir" und "Sie" als "Menschen" und "Institutionen" deutlich äußerte, kann so als Reaktion auf den totalitären Anspruch und die Funktionalisierung der intermediären Institutionen durch den Staat verstanden, aber zugleich auch als eine spezielle Form der Anpassung an die abgelehnte Ordnung und die von außen oktroyierte Form der politischen Herrschaft interpretiert werden.

"Zugleich war die dichotomische Entgegenstellung von privater Lebenswelt und feindlicher Sozietät als Ideologie zu begreifen, als notwendig falsches Bewußtsein, das auf die der Herrschaftsform entsprechende Form sozialer Integration verwies."²⁹⁷

Auch nach *Mirosława Marody* erzeugte das System des sogenannten Realsozialismus bei den Menschen spezifische "Überlebenstechniken" als Anpassungsformen an das System. "Gemeinsames Merkmal dieser Adaptationsprozesse war der Versuch der Ablösung der Alltagsaktivitäten der Individuen von den Funktionen des gesamten Gesellschaftssystems, anders gesagt ein Versuch der *E n t g e s e l l s c h a f t u n g* *d e r G e s e l l s c h a f t*."²⁹⁸

Diese Polarisierung als ein Anpassungsprozeß wurde stark verinnerlicht, indem sie als eine Trennung im Bewußtsein verlief. Dieser Zwiespalt wird in der polnischen Soziologie mit der sozialpsychologischen Begrifflichkeit als "soziale Schizophrenie" ("*schizofrenia społeczna*") charakterisiert.²⁹⁹ Sie bezeichnete einen Zustand, der die eigene gesellschaftliche Rolle im Rahmen der offiziellen Institutionen als "Nicht-Realität", aber die Identifikation mit privaten Gruppen als "Realität" erlebte.

²⁹⁶ Tatur 1989, S. 92.

²⁹⁷ Ebd., S. 94.

²⁹⁸ Marody 1991, S. 262.

Die gespaltene Realitätswahrnehmung ermöglichte es dem Einzelnen, sich mit den privaten Normen und Werten und den interpersonalen Beziehungen zu identifizieren und gleichzeitig im moralisch abgelehnten System staatlicher Institutionen pragmatisch angepaßt zu funktionieren. Verknüpft wurde die "soziale Schizophrenie" mit der "Dissoziation der Werte" ("*dyformizm wartości*").³⁰⁰ Der Zusammenprall von gesellschaftlich breit akzeptierten Werten mit dem politischen und gesellschaftlichen Gitterwerk des Systems, welches die Verwirklichung dieser Werte behinderte, verursachte es, daß die anerkannten und durchgesetzten Wertevorstellungen von der Welt des öffentlichen Lebens abgelöst wurden und "eine Welt der privaten Werte" bildeten.

Der starke Dualismus von privater und öffentlicher Sphäre, von "Menschen" und "Institutionen", äußerte und intensivierte sich in einem Mechanismus, der von dem polnischen Soziologen *Jan Lutynski* Ende der siebziger Jahre als "soziales Scheinhandeln" ("*społeczne działania pozorne*") bezeichnet wurde.³⁰¹

Gemeint ist damit ein Handeln, das offiziell bestimmten, sozial akzeptierten Zielen galt, wobei aber alle Beteiligten - Handelnde wie Zuschauer - um die Fiktivität dieser Ziele und die Unangemessenheit des eigenen Handelns zu ihrer Erreichung wußten.

Die Institutionen in den verschiedenen Sphären des gesellschaftlichen Lebens funktionierten dabei als bloße Fassaden, die vorgeblich sozialen Zwecken dienten. Spezifisch für dieses "Scheinhandeln" war aber nicht das Auseinanderfallen von Selbstverständnis und Funktion der Organisation, sondern der Umstand, daß diese Diskrepanz allen Beteiligten bewußt war. Somit war das "Scheinhandeln" Ausdruck einer fiktiven, nur fassadenhaften Institutionalisierung. Nach *Lutynski* führte der Umstand, daß soziale Ziele und Werte nur als fiktive kennengelernt werden, zu einer Entinstitutionalisierung gesellschaftlicher Beziehungen und zufolge dessen

²⁹⁹ Vgl. Wnuk-Lipinski 1982.

³⁰⁰ Wnuk-Lipinski 1991a, S. 53ff.

³⁰¹ Lutynski 1977.

zu einer Devaluierung und Zerstörung der sozialen Normen, der sozialen Identitäten und Werte.

Tatur bezeichnet diesen Mechanismus als "Fiktivisierung des sozialen Handelns " und weist auf die daraus folgenden Desintegrationspotentiale für das Sozialsystem hin.³⁰² "Die Integration des Sozialsystems über die staatlichen Institutionen beruht", so *Tatur*, "auf einer nur äußerlichen Verhaltenskontrolle und scheinhafter Loyalität. Eine Verinnerlichung gesellschaftlicher Normen und Ziele läßt der fiktive Charakter der Institutionalisierung nicht zu. Die herrschaftstechnische Leistung des Scheinhandelns besteht so in einer Art negativer Integration: eben der Zerstörung sozialer Normen und Loyalitäten, sozialkognitiver Fähigkeiten und einer konsensfähigen politischen Sprache."³⁰³

Zusammenfassend kann das beschriebene Phänomen durch zwei Hauptmerkmale gekennzeichnet werden:

- die Ablehnung des gesellschaftlich-politischen Systems in der symbolischen Sphäre, das heißt auf der Ebene von Einstellungen und Meinungen, und
- die aktive oder passive Akzeptanz des Systems in der Sphäre der Handlungen.

Nach dem polnischen Soziologen *Andrzej Rychard* kann dieser Widerspruch zwischen gleichzeitiger Ablehnung und Billigung des Systems analytisch-konzeptionell nur dann überwunden werden, wenn man zwei Ebenen der gesellschaftlichen Akzeptanz des Systems in Polen unterscheidet: die der allgemeinen Wertüberzeugungen und die der pragmatischen "Alltagsinteressen".³⁰⁴

³⁰² *Tatur* 1991a, S. 294

³⁰³ *Tatur* 1989, S. 96.

³⁰⁴ *Rychard* 1989, S. 290.

Marody interpretiert diese spezifische Antinomie zwischen der gleichzeitigen Ablehnung und der Akzeptanz als eine "Strategie des Durchstehens" und Ausdruck des Adaptationsprozesses an die gegebene gesellschaftliche Ordnung.³⁰⁵

Die so entstandene Dynamik von Konflikt- und Anpassungsprozessen steigerte die gesellschaftlichen Desintegrationspotentiale. Über die äußerliche Anpassung an die staatliche Organisation und das "Scheinhandeln" wurde die anomische Ordnung der realsozialistischen Gesellschaft reproduziert. Zugleich war die "soziale Schizophrenie" durch die Pathologie ihrer Entstehung eine weitere Quelle des Konfliktpotentials.

Bei der dichotomischen Entgegenstellung von "Wir" und "Sie" handelte es sich im Wesentlichen um eine moralische Perspektive, die nicht in soziale Kategorien übertragbar war. Mit den wachsenden sozialen und politischen Spannungen der achtziger Jahre spitzte sich die moralische Kategorisierung in der Trennung zwischen "Wir" im Sinne "Wir da unten", "Wir Unterdrückten" und "Sie" im Sinne "Sie da oben", "Sie Unterdrücker" zu und bildete so ein spezifisches, feindbildorientiertes Wir-Gefühl als "Solidarität der Unterdrückten".

Die in den Protestaktionen der siebziger und achtziger Jahre gewonnene Selbsterfahrung radikalisierte nach dem Kriterium der Haltung zum Streik und zur Würde und Wahrhaftigkeit der Streikenden die Trennung von "Wir" und "Sie" durch die Kategorien "Gut" und "Böse".³⁰⁶

Die Wahrnehmung des Grundkonflikts in moralischen Kategorien von "Gut" und "Böse" war auch deutlich im Programm der "*Solidarnosc*" vom Oktober 1981 enthalten: "Wirtschaftlicher Protest mußte zugleich gesellschaftlicher Protest sein: gesellschaftlicher Protest mußte zugleich moralischer Protest sein."³⁰⁷

Die Strategie der "Gegengesellschaft", die die Bindung der demokratischen Opposition in Polen sicherte, hob die primäre gesellschaftliche und

³⁰⁵ Vgl. Marody 1989, S. 280.

³⁰⁶ Vgl. Staniszkis 1983, S. 331ff.

³⁰⁷ Pasierb 1990, S. 99

politische Artikulationsblockade auf, indem sie in den Streikaktionen die Erfahrung der Gemeinsamkeit des Schicksals und damit die Herausbildung einer kollektiven Identität möglich machte.

"Als Mythos - als ganzheitliche, nicht hinterfragbare und nicht operationalisierbare Wahrheit - ermöglichte diese Perspektive aber keine differenzierte - Wahrhaftigkeit der Expression, Richtigkeit von Normen und Wirksamkeit von Veränderungsstrategien unterscheidende - Realitätswahrnehmung. Die wahrhaftige Artikulation wurde im Bewußtsein gleichgesetzt mit der Veränderung wirklicher Abhängigkeiten, die Benennung des moralisch schlechten mit seiner Beseitigung. Als fundamentalistische Mentalität wird diese - auf den Mythos als Erkenntniskategorie zurückgehende Haltung - zum Motiv der symbolischen Radikalisierung"³⁰⁸

Die neue gemeinschaftliche, moralisch-kulturelle Gruppenidentität wurde in den Streikaktionen positiv artikuliert und machte einen großen Teil der symbolisch-moralischen Integrität von *Solidarnosc* aus. *Tatur* deutet somit die Entstehung der *Solidarnosc* als eine "Politisierung des familienzentrierten Lebensstiles" der polnischen Gesellschaft der siebziger und achtziger Jahre.³⁰⁹

In diesem Sinne sieht *Tatur* auch in der integrierenden Strategie der Gegengesellschaft nicht die rudimentäre Form einer neuen Gesellschaftsorganisation, sondern eine Art der Anpassung an die Anarchisierung der etatistischen Gesellschaft. In Polen, "wo die Bürgerbewegungen zu Volksbewegungen werden konnten, wurden sie zur sozialen Basis des Konfliktes der ganzen Gesellschaft als Gemeinschaft gegen den Staat - als Symbol der negativen atomisierenden Vergesellschaftung - und damit zur inneren Kraft des politischen Durchbruchs. Diese gemeinschaftlichen Sozialbewegungen übersprangen das gesellschaftliche Vakuum, konnten aber bislang nur das Ziel formulieren, die Leere zwischen Volk und Staat zu füllen."³¹⁰

³⁰⁸ Tatur 1989, 122.

³⁰⁹ Tatur 1991, S. 236.

³¹⁰ Tatur 1991a, S. 299.

Zusammenfassend kann mit den Worten der polnischen Soziologin *Mirosława Marody* konstatiert werden:

"Die Strukturen des Systems des sogenannten Realsozialismus führten in der Konfrontation mit den menschlichen Aspirationen und Bedürfnissen zur Herauskristallisierung von zwei sozialen Grundhaltungen, die das soziale Gefüge der polnischen Gesellschaft spalteten. Die erste entsprang den Adaptationsprozessen und reproduzierte die familiäre Matrix als Grundmuster der Interaktion der Individuen auf allen Ebenen der sozialen Wirklichkeit. Die zweite entsprang den sozialen Protestaktionen und bildete als eine Antwort auf äußere Gefährdungen das Gefühl der Gemeinschaft und der Solidarität. Die eine war die `alltägliche` die andere sozusagen die `festliche`."³¹¹

6.3 Dilemma der Zivilgesellschaft in Polen

Der Begriff Zivilgesellschaft stand am Anfang der demokratischen Umbrüche in Polen als eine wichtige Orientierungs- und Legitimationsgrundlage für den Reformprozeß. Schon in den siebziger und achtziger Jahren hat das Konzept der Zivilgesellschaft unter Oppositionellen als Gegenbegriff zur offiziellen Auffassung von einer omnipräsenten Staatsmacht Karriere gemacht. Mit dem Entstehen der Gewerkschaft "*Solidarnosc*" 1980/81 und erst recht mit ihrem Triumph 1989 schien das am polnischen Beispiel entwickelte Konzept der "*civil society*" erfolgreich verwirklicht worden zu sein.

Schon kurz nach der Wende erwies sich jedoch das spezifisch polnische Verständnis von Zivilgesellschaft als eine schwerwiegende Barriere im Aufbau neuer demokratisch-marktwirtschaftlicher Strukturen. Der für das zivilgesellschaftliche Denken der polnischen Demokraten konstitutive Antagonismus von Staat und Gesellschaft und der daraus folgende Gegen-

³¹¹ Marody 1991, S. 264.

satz in der Wertung von privater und öffentlicher Sphäre wird gegenwärtig als "Erbe der Solidarnosc" bezeichnet und als eine wichtige Ursache für die momentane Schwäche der zivilgesellschaftlichen Strukturen und die "*civil incompetence*" der polnischen Gesellschaft der Transformationszeit gedeutet.³¹²

Das zur Analyse der Umbrüche in Polen angewandte Konzept der Zivilgesellschaft bedarf einer Abgrenzung zu der Etymologie des Begriffes und seinen geschichtlichen Deutungen, die in der sozialwissenschaftlichen und der sozialphilosophischen Debatte vorzufinden sind.³¹³

Der Begriff Zivilgesellschaft hat in Polen vor allem einem wichtigen politischen Zweck gedient, der sich sowohl aus seiner politischen Funktion, als auch aus seinen normativen Ansprüchen ergab. Das spezifisch polnische Verständnis von Zivilgesellschaft als einer antagonistischen Kraft gegen die staatliche Omnipotenz unterlag im Verlauf der Transformationsprozesse einem Wandel, der sich in einer Verschiebung der Auffassung der Zivilgesellschaft widerspiegelt.

Wenn es zu Anfang primär um das Einklagen formaler Freiheitsrechte zum Schutz der Selbstorganisation der Gesellschaft gegenüber dem Staat ging, wird gegenwärtig die Zivilgesellschaft in Polen unter dem Aspekt ihres Beitrags zur realen Konstituierung politischer und ökonomischer Subjekte betrachtet.

In diesem Sinne bedeutet die *Autonomie* der Zivilgesellschaft vom Staat keine *Antinomie* zum Staat. Vielmehr bedarf es längerfristig eines effektiven Rechtsstaates, um die Zivilgesellschaft zu schützen und jene grundlegenden rechtlichen und sozialen Bedingungen zu schaffen, auf welche die Zivilgesellschaft für ihre anhaltende Entfaltung und gesicherte Existenz angewiesen ist. Unter den neuen Rahmenbedingungen der Transformationsgesellschaft und den Problemen mit der Entwicklung der Zivilgesell-

³¹² Vgl. Mokrzycki 1991; Ogrodzinski 1991; Sztompka 1993; Kurczewska/ Staszynska/Bojar 1993; Ziolkowski 1993; Reykowski 1994, Staniszki 1994; Szacki 1994; Szacki 1997.

³¹³ Im Kapitel 3.2 dieser Arbeit wurden die Etymologie des Begriffes und die wichtigsten Ansätze der Debatte um die Zivilgesellschaft skizzenhaft dargestellt.

schaft sei es paradoxerweise der Staat, der der Zivilgesellschaft die Freiräume für ihre Entfaltung bereitstelle. Der polnische Soziologe Jerzy Szacki brachte dies wie folgt auf den Punkt: „Die *civil society* wird hier gewissermaßen zu einem staatlichen Projekt, zu etwas, das der Staat verwirklicht und dessen Verwirklichung bis zu einem gewissen Grad vom Willen derer abhängt, die die Macht ausüben.“³¹⁴

Diese Neuformulierung des Staat-Bürger-Verhältnisses setzt die aktive und am gesellschaftlichen Leben partizipierende Haltung der Bürger voraus. Eine ideelle Wurzel für dieses Verständnis wird in der Denktradition von *Montesquieu* gesucht. Eine vitale Zivilgesellschaft und ihre partizipatorische Legitimierung werden als grundlegend für die Fundierung des neuen Gesellschaftssystems angesehen.

Nach den Worten von *Jerzy Szacki* "verbindet sich die gegenwärtige Idee der Zivilgesellschaft in Polen im größeren oder geringeren Ausmaß vor allem mit dem Postulat der freiwilligen Partizipation an verschiedenen Formen des gesellschaftlichen Lebens. (...) Sie bedeutet die Ablehnung der Dichotomie vom Privaten und Staatlichen und den Ansporn zur aktiven Teilnahme im öffentlichen Leben, die nicht unbedingt den politischen Charakter annehmen muß. Das konstitutive Element dieser Idee ist die Überzeugung von der Möglichkeit und der Notwendigkeit des Bestehens einer Mittelzone zwischen den privaten und staatlichen Lebensbereichen, also eben einer öffentlichen Zone, in welche die Individuen als Privatpersonen eintreten, jedoch nicht um ihre Abgrenzung offen zu bestätigen, aber gerade um sie zu bewältigen, ohne ein Rädchen im Getriebe der Staatsmaschienerie zu werden."³¹⁵

So ist nach *Szacki* die Zivilgesellschaft sehr deutlich sowohl von der politischen als auch von der ökonomischen Gesellschaft zu trennen:

"*Weder Fürst, noch Kaufmann, sondern: Bürger!*"³¹⁶

³¹⁴ Szacki 1990, S. 127f.

³¹⁵ Szacki 1997, S. 56.

³¹⁶ Ebd. S. 28.

Mit dieser Metapher zeichnet *Szacki* die angestrebte Zielrichtung für die polnische Gesellschaft der Transformationszeit.

Die Erreichung dieses Zieles bedarf jedoch eines langen Lernprozesses, der von der Gesellschaft geleistet werden muß.

Die Systemtransformation bedeutet den Übergang von den normativ-symbolischen, gemeinschaftlichen Integrationsformen, auf denen das spezifisch polnische "ethische Modell der Zivilgesellschaft" baute, zu den regelgestützten, interessenvermittelnden und offenen Formen sozialer Integration in den neuen gesellschaftlichen Institutionen.³¹⁷

Unter den Bedingungen eines demokratischen Staates, zu dessen Wesen die Konkurrenz verschiedener gesellschaftlicher Gruppierungen gehört, erweist sich heute der alte Anspruch nach Einigkeit der Gesellschaft gegen den Staat nicht mehr als legitim. Vielmehr zeigt er sich als größtes Hindernis bei der Bildung zivilgesellschaftlicher Strukturen sowie neuer Handlungs- und Mobilisierungsmuster der gesellschaftlichen Akteure. Die soziale Differenzierung sowie Herausbildung einer vielfältigen Struktur der Gruppeninteressen und daraus folgende Interessenkonflikte sind die wichtigste Voraussetzung für die Schaffung einer Zivilgesellschaft.

Aber genau hier wird gegenwärtig die größte Schwäche der polnischen Zivilgesellschaft konstatiert.

Das Fehlen authentischer ökonomischer Artikulationsinteressen in der postkommunistischen Gesellschaft Polens sieht die polnische Politologin *Jadwiga Staniszkis* als die schwerwiegendste Erblast der etatistischen Gesellschaft und als das Schlüsselproblem der polnischen Transformation. Nach *Staniszkis* fehlt gegenwärtig in Polen die ökonomische Basis und ein sozialstrukturelles Rückgrat für die Herausbildung der Zivilgesellschaft. Die Grundlage für die Form der Vergesellschaftung, die für die Zivilgesellschaft typisch ist, kann aber, so *Staniszkis*, "erst nach der Abschaffung

³¹⁷ Die Bezeichnung "das ethische Modell der Zivilgesellschaft" stammt von dem polnischen Philosophen und Politikwissenschaftlern Piotr Ogrodzinski. Vgl. dazu Ogrodzinski 1991, S. 70ff. Eine sehr gute Charakteristik der Idee der Zivilgesellschaft in Polen stellt auch Bronislaw Geremek in seinem Essay: "Die Civil society

des Staatseigentums entstehen. Die Existenz einer politischen Sphäre ist offensichtlich nicht hinreichend.³¹⁸

Das größte Dilemma in der Phase des gesellschaftlichen Durchbruchs in Polen besteht, nach Worten von *Staniszkis*, darin, "daß solange die ökonomischen Grundlagen für eine echte Zivilgesellschaft nicht existieren, die massive politische Mobilisierung der Bevölkerung nur auf nationalistischem oder fundamentalistischem Wege möglich ist."³¹⁹

Die aus der Vergangenheit resultierende Unfähigkeit zur unmittelbaren Artikulation und Vermittlung sozialer Interessen wird heute durch die spezifischen Schwierigkeiten der Übergangszeit noch zusätzlich erschwert. Aufgrund der Turbulenzen des Zusammenbruchs beziehungsweise des Neuaufbaus wird die Bevölkerung der postkommunistischen Gesellschaft mit der Schwierigkeit konfrontiert, ihre soziale Position, zentrale Lebensinteressen und Lebenschancen zu identifizieren und die gesellschaftlichen Interessengegensätze wahrzunehmen. Die Aggregation von Interessen, die unter sozialistischen Bedingungen durch die zentrale Redistribution blockiert wurde, wird unter den Bedingungen der Transformation dadurch bedingt, daß in einer flüssigen Sozialstruktur die jeweilige soziale Lage nur vorläufig sein kann. Unter solchen Umständen kann sich aber nur erschwert ein evidentes Muster der Selbstkodierung, das zunächst den Aufbau von Kollektivakteuren und dann den produktiven Konflikt zwischen ihnen erlauben würde, entwickeln.³²⁰

Gegenwärtig lassen sich jedoch aus der Sicht polnischer Sozialwissenschaftlerinnen Grundzüge einer "neuen", im demokratischen Polen entstehenden Zivilgesellschaft erkennen. Insbesondere auf lokaler Ebene, wo es um konkrete Fragen der örtlichen Infrastruktur geht, entstehen heute "von

gegen den Kommunismus: Polens Botschaft". Vgl. dazu: Geremek 1991, S. 264-273 sowie auch umfangreiche Darstellung von Jerzy Szacki, vgl. Szacki 1997, S. 5-62.

³¹⁸ Staniszkis 1991, S. 334.

³¹⁹ Ebd., S. 326.

³²⁰ Diese objektiven Schwierigkeiten der Selbstkodierung erinnern, wenn auch aus ganz anderen Gründen, an die postmodernen Zügen der Sozialstrukturen westlicher Gesellschaften. Vgl. beispielsweise Ulrich Beck 1986.

unten" inspirierte Selbstorganisationsformen der Bürgerinnen und Bürger. Nach dem polnischen Sozialforscher *Piotr Glinski* führt der Weg "zur Bildung von reifen gesellschaftlichen Strukturen, politischer Identitäten sowie einem gesellschaftlichen Bürgerengagements in Polen eben vor allem über die Entwicklung eines Netzes der außer-staatlichen Organisationen, sozialen Bewegungen sowie reifen Gemeinschaften auf lokaler Ebene."³²¹ Einige von diesen, bereits in Polen bestehenden Initiativen und sozialen Vereinigungen bilden nach Glinski "interessante Enklaven ziviler Gesellschaft". Sie werden als "relativ reife Interessengruppen mit ausgebildeter positiver Identität (während in der kommunistischen Periode eher die negative Identität in der Opposition zum bestehenden System dominierte) und mit erheblichem Grad der Unabhängigkeit von staatlichen und politischen Strukturen" charakterisiert. Sie sind "von unten", nach dem Prinzip der freiwilligen Teilnahme entstanden, weisen einen gewissen differenzierten Institutionalisierungsgrad sowie die Fähigkeit der Selbstorganisation und der Interessenwahrung auf, sind also durch einen hohen Grad sozialer Aktivität gekennzeichnet."³²²

Diese Merkmale sind nicht nur besonders wertvoll unter dem Gesichtspunkt der Bildung von zivilgesellschaftlichen Kompetenzen und Handlungsmustern, sondern auch als Sicherung wirkungsvoller autonomer Handlungsräume gegenüber dem Staat.

Erst die Organisierung der sozialen und wirtschaftlichen Interessen einer Gesellschaft befähigt diese zum kollektiven Handeln gegenüber konkurrierenden Interessen und gegenüber dem Staat und kann somit als der letzte Abschied vom autokratischen Staatsverständnis gedeutet werden.

Mit dem Verlauf der Transformationsprozesse zeichnet sich in Polen ein bemerkbarer Wandel der zivilgesellschaftlichen Strukturen ab. Neue zivilgesellschaftliche Akteure, wie beispielsweise ein beträchtlicher Sektor von intermediären Nicht-Regierungsorganisationen, gewinnen an gesellschaftlicher Relevanz. Die Akteure, die zu Beginn der Transformationsprozesse

³²¹ Glinski 1993, S. 107.

³²² Ebd., S. 105f. Im weiteren Kapitel dieser Arbeit werden die Probleme und die Rolle der intermediären Organisationen im neuen gesellschaftlichen Gefüge ausführlicher

eine wesentliche Rolle gespielt hatten, verlieren dagegen an Bedeutung. Dabei variiert die Stärke und die Form des zivilen Engagements der Akteure in signifikantem Maße mit den geschichtlichen Erfahrungen und Kulturtraditionen der Gesellschaft. Deutlich wird in Polen dieser Bedeutungswandel am Beispiel der katholischen Kirche. Die katholische Kirche war in der Volksrepublik Polen die wichtigste Organisation, mit deren Hilfe die Gesellschaft sich gegen den Partei-Staat behaupten konnte.³²³ Sie war ein wichtiger Vermittler und Initiator der Gespräche zwischen der *Solidarnosc* und der kommunistischen Partei. Dadurch und durch die frühere Unterstützung des Widerstandes hat die katholische Kirche Polens eine quasi-politische Rolle inne, die allerdings jetzt in einer Demokratie ihre passive Akzeptanz der Trennung von Staat und Kirche sehr erschwert. Die katholische Kirche Polens erfüllte in den achtziger Jahren zweifellos eine wichtige Demokratisierungsfunktion als Teil der Zivilgesellschaft, in dem sie das von ihr in der Geschichte akkumulierte national-katholische Kapital zur Mobilisierung gegen das spätkommunistische Regime einsetzte. Unter den demokratischen Bedingungen der neunziger Jahre droht jedoch dieses zivile Kapital in dem Maße unzivile Verhaltensweise hervorzubringen, in dem die Kirche intransigent ihre dogmatischen Glaubenssätze auch für die politische Zwecke verbindlich machen wollte.³²⁴ Es zeigte sich auch sehr rasch, daß die Kirchenführung Schwierigkeiten hat, sich in den neuen soziopolitischen Rahmenbedingungen zurechtzufinden. Sie hat die Emanzipation großer Teile der Gläubigen nicht nur gegenüber staatlichen, sondern auch gegenüber kirchlichen Instanzen unterschätzt und zeigt ihnen gegenüber weiterhin ein paternalistisches Verhältnis.³²⁵ Die interne Zersplitterung sowie die oft vertretene fundamentalistische und national-klerikale Haltung der katholischen Kirchen während der Transformation-

thematisiert.

³²³ Vgl. Luks 1993.

³²⁴ Vgl. Croissant/Lauth/Merkel 2000, S. 25.

³²⁵ Problemfelder, in denen Konflikte zwischen der Kirche sowie Staat und/oder Gesellschaft aufbrachen, waren beispielsweise die Wiedereinführung des Religionsunterrichts an den Schulen, die gesetzlichen Regelungen der Abtreibung, die Ratifizierung des von der Regierung Suchocka 1993 verabschiedeten Konkordats u.a.

speriode polarisieren die polnische Öffentlichkeit und sorgen für das sinkende Ansehen der katholischen Kirche in Polen.³²⁶

Einen deutlichen Bedeutungsverlust als gesellschaftliche Akteure mußten auch mit dem Verlauf der Transformationsprozesse die Gewerkschaften hinnehmen. Die Gewerkschaften zählen neben den politischen Parteien als Scharniere zwischen Gesellschaft und Staat zu den Schlüsselgrößen für das Gelingen der Konsolidierung der Demokratie. Beide großen Gewerkschaftsverbände – *OPZZ* und *Solidarnosc* – haben während der Transformationszeit mit großen Problemen zu kämpfen. Die aktive Gewerkschaftsbewegung ist gegenwärtig sehr gespalten. Die Gewerkschaften können nur in geringem Umfang im neu entstehenden Privatsektor Fuß fassen und zeigen dadurch – entgegen der üblichen Rhetorik – nur ein begrenztes Interesse an einer zügigen Privatisierung auch der defizitären Staatsbetriebe. Auch der Organisationsgrad der Gewerkschaften insgesamt liegt weit niedriger als zu realsozialistischen Zeiten. Dies trifft vor allem für die *Solidarnosc* zu, die 1999 nur gut eine Million Mitglieder hatte, während es in den heroischen Zeiten von 1981 noch fast 10 Millionen gewesen waren.³²⁷

Noch schwächer als die Gewerkschaften sind in der Praxis die Arbeitgeberverbände. Ihre Effizienz – und damit auch die trilateralen Strukturen gemeinsam mit Gewerkschaften und Regierung – wird behindert vor allem durch inkonsistente gesetzliche Bestimmungen, geringen Organisationsgrad sowie Verhaltensweisen, die durch die Erfahrung einer etatistischen Gesellschaft des Realsozialismus geprägt wurden.³²⁸

Die Bedeutung von neuen Akteuren, die auf der gesellschaftlichen Arena bemerkbar werden, wird in dem folgenden Kapitel einer genaueren Betrachtung unterzogen.

³²⁶ Zur Entwicklung der katholischen Kirche in den neunziger Jahren siehe das grundlegende Werk von Jaroslaw Gowin: „Die Kirche nach dem Kommunismus“. Krakow/Warszawa 1995; deutsche Kurzfassung dieses Buches: „Kirche, Staat, Gesellschaft. Polen in den neunziger Jahren, Center for International Relations at the Institute of Public Affairs Warszawa 1996.

³²⁷ Vgl. dazu Juchler 2000, S. 196.

7. Intermediäre Organisationen als neue Akteure der Sozialarbeit im Transformationsprozeß

Die politischen und wirtschaftlichen Veränderungen nach 1989 räumten neben der Institution des Staates und des Marktes auch den freien, staats- und marktunabhängigen Formen der gesellschaftlichen Artikulation den berechtigten Platz in der Gesellschaft ein. Die rechtliche Grundlage für diesen Prozeß wurde zum Teil schon vor 1989 mit dem Gesetz über das Stiftungswesen (*Ustawa o fundacjach*) vom 06. April 1984 geschaffen und in seiner neuen Fassung von 1991 bestätigt.³²⁹

Am 07. April 1989 wurde auch das Gesetz über das Vereinswesen (*Ustawa o stowarzyszeniach*) verabschiedet, das eine weitere Form des Zusammenschlusses der Bürger ermöglichte.³³⁰

Die Förderung verschiedener Formen der gesellschaftlichen Vertretung, insbesondere der intermediären Organisationen, findet auch in dem neuen Sozialhilfegesetz vom 29. November 1990 (*Ustawa o pomocy społecznej*) eine besondere Beachtung.³³¹

Intermediäre Organisationen werden hier als wichtige Akteure der Sozialarbeit in der neuen sozialen Landschaft angesehen. Als Form der gesellschaftlichen Selbstorganisation sollen sie zur Verwirklichung der Ziele der Systemtransformation beitragen und die neue Gestalt der Sozialpolitik kreieren.

Im folgenden Kapitel soll die Situation der intermediären Organisationen der Sozialarbeit in Polen vor dem Hintergrund der Schwerpunkte der internationalen Forschung zu diesem Bereich dargestellt werden. Aufgezeigt werden einige Tendenzen in der Entwicklung dieser Organisationen in

³²⁸ Vgl. Jasiocki 1997, S. 197.

³²⁹ Vgl. Ustawa o Fundacjach z dnia 6 kwietnia 1984. In: Dziennik Ustaw Nr. 46 Poz. 203, 1991.

³³⁰ Vgl. Ustawa o Stowarzyszeniach z dnia 7 kwietnia 1989. In: Dziennik Ustaw Nr. 46 Poz. 203, 1991.

³³¹ Vgl. Ustawa o Pomocy Społecznej z dnia 29 listopada 1990. In: Dziennik Ustaw

dem Zeitraum von 1989 – 1995. Die präsentierten Ergebnisse basieren überwiegend auf den Daten, die in einer landesweit angelegten Umfrageuntersuchung an polnischen Organisationen des intermediären Bereichs gewonnen wurden. Die Umfrage wurde in dem Zeitraum vom Mai 1994 bis Mai 1995 von der Forschungsgruppe KLON/JAWOR durchgeführt.³³²

Im Rahmen der Untersuchung wurden 12000 Organisationen des intermediären Bereichs angefragt und schließlich insgesamt 4238 Fragebögen gesammelt und ausgewertet. Diese Studie stellt die erste und bislang einzige Untersuchung in diesem Umfang über die intermediäre Organisationen in Polen dar.

Die in der Datenbank KLON/JAWOR in Warschau archivierten Daten wurden von der Autorin gesichtet und werden unter ausgewählten Aspekten in der vorliegenden Arbeit präsentiert. Sie sollen als Orientierungsgrößen betrachtet werden, die der Illustration der in der Zeit der Systemtransformation initiierten gesellschaftlichen Prozesse dienen. Um die Organisationen der Sozialarbeit vor dem Hintergrund der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung des intermediären Bereichs darstellen zu können, werden die Angaben immer in Verbindung zu den anderen gesellschaftlichen Aktivitätsfeldern in diesem Bereich beleuchtet.

1990, Nr. 87, Poz 506.

³³² KLON/JAWOR (*Bank informacji o organizacjach pozarządowych KLON/JAWOR*) ist eine Forschungsgruppe und eine Datenbank über die Nicht-Regierungsorganisationen in Polen. KLON/JAWOR entstand 1990 im Kreis der Soziologen der Warschauer Universität. Sie ist eine unabhängige, apolitische Institution ohne Erwerbszweck, die sich zum Ziel die Erweiterung und Verbreitung des Informationsstandes über die Nicht-Regierungsorganisationen in Polen gesetzt hat. Seit 1991 ist sie ein Teil der Stiftung „*Bez Wzgledu na Niepogode*“ („Trotz des Unwetters“) und gegenwärtig eine der größten Datenbanken dieser Art in Europa. Die Datenbank KLON/JAWOR führt bereits seit 1992 zum größten Teil mit der finanziellen Unterstützung des Programms PHARE der Europäischen Union Untersuchungen zur Entwicklung der intermediären Organisationen in Polen durch. Die Untersuchung, die zwischen Mai 1994 und Mai 1995 durchgeführt wurde, ist das größte Vorhaben dieser Art in Polen. Die Ergebnisse dieser Untersuchung wurden bei der Datenbank KLON/JAWOR in Warschau archiviert und zu weiteren Forschungszwecken und dem Informationsaustausch zur Verfügung gestellt.

7.1 Internationale Forschung zum intermediären Bereich

Die Begriffe "Intermediäre Organisationen" (*Intermediate Organizations*), "Nonprofit-Organisationen" (*Non-Profit Organizations*), "Nicht-Regierungsorganisationen" (*Non-Governmental Organization - NGO*), "Freiwillige Organisationen" (*Voluntary Organizations*) oder "Dritter Sektor" (*Third-Sector*) werden in der sozialwissenschaftlichen Literatur sehr unterschiedlich verwendet. Zum Teil werden sie synonym, teilweise aber auch zur Kennzeichnung sehr heterogener Organisationsformen benutzt. In allgemeiner Form aber umfassen sie all solche Organisationen "jenseits von Markt und Staat", die weder dem Bereich "Markt", noch dem Bereich "Staat" in einem engeren Sinne zugeordnet werden können. Exemplarisch werden also mit diesen Begriffen so heterogene Gebilde wie Vereine, Verbände, Stiftungen, Wohlfahrtsorganisationen, Interessengemeinschaften, gemeinnützige Unternehmensformen, Nichterwerbsbetriebe, aber auch kleine Selbsthilfegruppen und Bürgerinitiativen erfaßt. Salamon und Anheier sprechen in diesem Zusammenhang von einer gewissen Freizügigkeit in der Begriffsverwendung und einem terminologischen Gewirr, welches in diesem Bereich vorherrscht.³³³

Im Kontext der sozialwissenschaftlichen Forschung wurde in den letzten Jahren den Organisationen "jenseits von Markt und Staat" eine wachsende Aufmerksamkeit gewidmet. Die Debatte wird international und interdisziplinär und je nach Tradition des Landes mit unterschiedlicher politisch-ideologischer Ausrichtung geführt.

³³³ Anheier/Salamon 1993, S. 1.

In Bezug auf diesen Forschungsgegenstand lassen sich zwei zentrale Ansätze beziehungsweise Traditionen unterscheiden:

- Die US-amerikanische Forschung über den "*Third-Sector*" beziehungsweise "*Non-Profit-Organizations*"³³⁴ sowie
- die im Rahmen vergleichender Untersuchungen im europäischen Kontext entwickelte Perspektive des "*Welfare-Mix*".³³⁵

Die amerikanische Sozialwissenschaft führte in den siebziger Jahren den Begriff "*Third-Sector*" (Dritter Sektor) ein als eine im wesentlichen residuale Kategorie zur überwiegenden Negativ-Abgrenzung der unterschiedlichen Organisationsformen, deren Handlungslogiken sich nicht eindeutig den Bereichen Markt und Staat zuordnen lassen.³³⁶ Das "Dritte" soll hier eine Alternative zum privatwirtschaftlichen und zum öffentlichen Sektor bilden, die die erkannten Nachteile der dort anzutreffenden Organisationsformen, insbesondere das Profitstreben privater Unternehmen und die Bürokratisierungserscheinungen öffentlicher Behörden, zu vermeiden versucht. Insbesondere die US-amerikanische mikroökonomische Schule versuchte im Rahmen des sogenannten "*Institutional choice*" Ansatzes die Existenz von Nonprofit Organisationen durch die Hypothesen von Markt- und Staatsversagen zu erklären.³³⁷

³³⁴ Der US-amerikanischen Tradition entstammen wichtige Anstöße für wissenschaftliche Arbeiten in diesem Bereich. Erste Anknüpfungspunkte bildete hier das im Jahre 1977 gegründete "*Program on Non-Profit-Organizations (PONPO)*" des *Institute for Social Policy Studies* an der *Yale University*. Eine empirisch untermauerte Betrachtung dieses Bereiches leisteten die Arbeiten im Rahmen des *Johns Hopkins Projekts*, das von Helmut K. Anheier und Lester M. Salamon am *Institute for Policy Studies der Johns Hopkins University in Baltimore* geleitet wurden. Die Arbeiten wurden Anfang der 90er Jahre in zwölf Ländern (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Ungarn, Vereinigte Staaten, Japan, Brasilien, Ghana, Ägypten, Indien und Thailand) durchgeführt, die insgesamt wesentliche sozial- und wirtschaftspolitischen Modelle und Entwicklungsstufen westlicher und nicht westlicher Gesellschaften umfassen. Sie leisteten einen wichtigen Schritt zur Erweiterung der kompartiven Perspektive der internationalen Forschung zum Nonprofit Sektor. Vgl. Anheier/Salamon/Rudney 1992 sowie Salamon/Anheier 1992a; Salamon/Anheier 1992b.

³³⁵ Die Bezeichnung "*Welfare-Mix*" oder "*Welfare Pluralism*" entstammt der englischen Debatte, in der die Bereiche Staat, Markt und der "*informal networks*" in ihrer wechselseitigen Beziehung thematisiert werden. Vgl. dazu Evers 1990 und Evers 1992.

³³⁶ Vgl. Etzioni 1973.

³³⁷ Zu den Theorien des Staatsversagens von Weisbrod und des Marktversagens von

Ausgangspunkt dieser Betrachtungen ist dabei die Annahme, daß bestimmte Kollektivgüter weder vom Markt noch vom Staat in ausreichender Quantität und Qualität angeboten werden. Für *Weisbrod* sind Nonprofit-Organisationen eine Kompensationsform von Staatsversagen. Für *Hansman* dagegen antworten sie auf eine spezifische Form des Marktversagens. Das zusätzliche Angebot öffentlicher Güter durch Nonprofit - Organisationen resultiert laut Weisbrod und Hansman daher aus einer Unterversorgung der Bevölkerung, die weder über den Staat noch über den Markt kompensiert werden kann und somit als ein Ausgleich der beschränkten Leistungsfähigkeit der beiden Sektoren zu interpretieren ist.

Seit den späten siebziger Jahren entstand auch in Westeuropa verstärktes wissenschaftliches Interesse für den intermediären Bereich, als ideologische, politische und wirtschaftliche Veränderungen in vielen europäischen Ländern zu einem Überdenken des privaten und des öffentlichen Bereiches führten.

Der Nonprofit Sektor wurde im Kontext alternativer Mechanismen und institutioneller Möglichkeiten, zum Beispiel der Dezentralisierung und der Erweiterung des Bürgerengagements, diskutiert. Man begann ihn als Alternative oder zusätzliche Lösungsmöglichkeit für die Krisen und Probleme des Wohlfahrtsstaates zu erachten. Mit Blick auf die Grenzen von Konzepten, welche die soziale Wohlfahrt allein als Wohlfahrts-Staatlichkeit verstanden, entstand in der sozialpolitischen Diskussion Westeuropas das Konzept des "Wohlfahrtsmix" ("*Welfare-Mix*").

Im Gegensatz zu der aus der US-amerikanischen Tradition stammenden Forschung zum Dritten Sektor ("*Third-Sector*") stehen im Mittelpunkt des Interesses dieser Forschungsperspektive nicht große, formal-organisierte und etablierte Nonprofit-Organisationen, sondern vor allem eine breite Palette von Formen gesellschaftlicher Selbstorganisation, die vielfältige Projekte und Initiativen umfassen. Das System sozialer Wohlfahrt wird

Hansman vgl. Überblicke bei Badelt 1985 und 1990; Anheier/Seibel 1990; Seibel 1990.

dabei als ein pluralistisches System verstanden, als Produkt des Zusammenspiels von Märkten, staatlichen Strukturen und informellen Selbstorganisationsformen der Gesellschaft. Der "*Welfare-Mix*" Ansatz konzentriert sich dabei weniger auf die Abgrenzungskriterien zwischen den gesellschaftlichen Sektoren, sondern vielmehr auf die Spannungsfelder zwischen den Polen: Markt, Staat und informeller Bereich. Zwischen diesen drei Polen entsteht auch eine "Zwischenzone" oder ein "intermediärer Bereich", innerhalb dessen sich die hier zu verortenden intermediären Organisationen bilden.³³⁸

Bezogen auf die Ebene der Organisationsbildung bedeutet das, daß weniger nach konsistenten strukturellen Merkmalen und Funktionen der Organisationen dieses Bereiches gesucht wird, wie das in der Tradition des "*Third-Sector*" Ansatzes versucht wurde, sondern die intermediären Organisationen werden als komplexe Vermittlungsformen begriffen, die im Hinblick auf Organisationsziele und Handlungslogiken durch eine unterschiedliche "Mixtur" von Einflußgrößen aus den drei übrigen gesellschaftlichen Bereichen geprägt und von unterschiedlichen Regulationsprinzipien bestimmt werden.

³³⁸ In der vorliegenden Arbeit wird der Terminus "intermediärer Bereich" dem aus der amerikanischen Diskussion stammenden Begriffen "Dritter Sektor" oder "Nonprofit-Sektor" vorgezogen. Diese Bezeichnung grenzt sich von diesem eher statischen Verständnis eines selbständigen, separaten Sektors ab und läßt die im intermediären Bereich vorfindlichen Organisationen vielmehr als instabile und dynamische Entwicklungszusammenhänge und komplexe Vermittlungsformen begreifen. Die Kennzeichnung "intermediär" wird dabei einerseits strukturell verstanden, um eine besondere Sphäre innerhalb von Sozialsystemen zu verorten, andererseits werden damit vermittelnde Funktionen von Organisationen gekennzeichnet.

Diese theoretische Vorstellung veranschaulicht Abbildung 9:

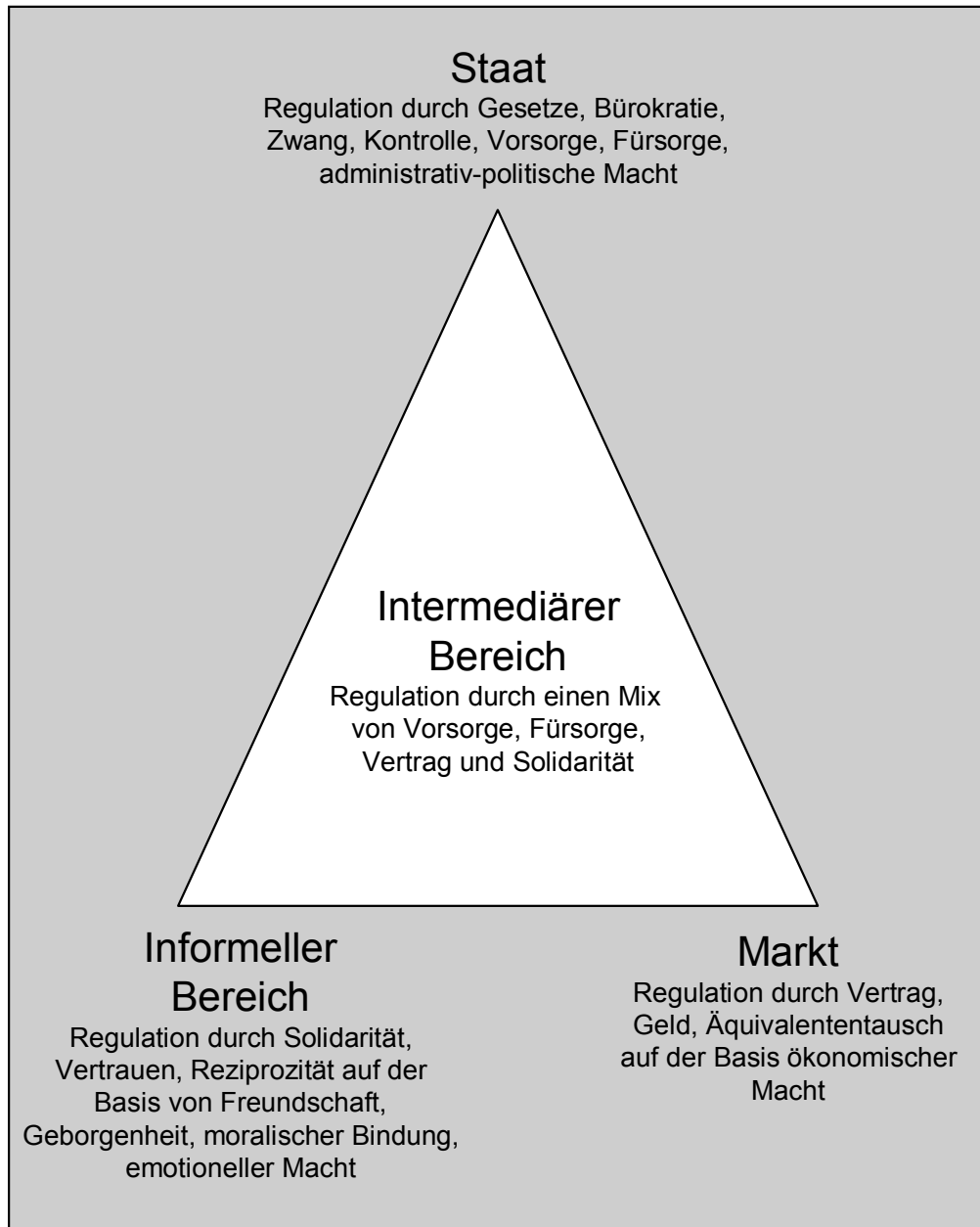


Abb. 9: Gesellschaftliche Bereiche und ihre Regulationsprinzipien³³⁹

³³⁹ Vgl. Effinger 1993, S. 23 auch Evers 1990, S. 196.

Angesichts der bestehenden Vielfalt an Formen und Aktivitäten in dem intermediären Bereich und des herrschenden terminologischen Dschungels verwundert es nicht, daß bislang kein klares und eindeutiges Konzept für die zwischen Markt und Staat angesiedelten intermediären Organisationen entstanden ist.

In der Literatur gibt es mehrere Definitionsversuche und Klassifikationssysteme, die ihre konzeptionelle Bestimmung bilden. Sie basieren allerdings auf verschiedenen Vergleichsgrundlagen, heben unterschiedliche Aspekte der Organisationen hervor, sind stark national, historisch und kulturell geprägt, was ihre Stringenz deutlich einschränkt. Wie Anheier und Salamon darstellen, finden sich in der Literatur die vier folgenden Definitionstypen:³⁴⁰

- **Rechtliche Definition:** Bei dieser Definitionsart ist eine intermediäre Nonprofit - Organisation das, was gemäß dem Steuer- oder Gesellschaftsrecht eines Landes als solche angesehen wird. In den USA werden zum Beispiel intermediäre Organisationen juristisch als eingetragene Körperschaften definiert, die eine Einkommensteuerbefreiung nach dem *Internal Revenue Code* in Anspruch nehmen können. In der Bundesrepublik Deutschland kann auf die rechtlichen Bestimmungen zur Gemeinnützigkeit verwiesen werden.³⁴¹
- **Ökonomische Definition:** Diese Art der Definition betont die Einkommensstruktur einer Organisation. Die ökonomische Definition, wie sie in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung verwendet wird, schreibt den Organisationen ohne Erwerbzweck eine bestimmte Einkommensstruktur zu, welche sie vom Staat (Einkommen durch Steuer) und der Erwerbswirtschaft (Einkommen durch Markt) abgrenzt. Als Haupt-

³⁴⁰ Die im Folgenden präsentierten Definitionen und Klassifikationssysteme entstanden im Rahmen der Forschungsarbeiten des John Hopkins Projekts an der Baltimore University, USA. Vgl. dazu Anheier/Salamon 1993, S. 2ff.

³⁴¹ Als offensichtliche Schwierigkeit stellt sich dabei, daß rechtliche Bestimmungen von Land zu Land unterschiedlich sind. Zum anderem bildet in manchen Ländern, wie z.B. in Italien und Großbritannien, die Gesetzgebung ein so komplexes Bild, daß eine genaue rechtliche Fassung des Dritten Sektors unmöglich ist. Vgl. dazu Seibel 1990.

merkmal für den intermediären Bereich gilt hier, daß die ihn konstituierenden Institutionen den größten Teil ihres Einkommens nicht aus dem Verkauf von Gütern und Dienstleistungen auf dem Markt beziehen, sondern durch freiwillige Beiträge oder Spenden.

- **Funktionale Definition:** Diese Definitionsart betont die Funktionen oder Zwecke, die von intermediären Nonprofit-Organisationen erfüllt werden. Diese Bestimmung rechnet dem Dritten Sektor private Organisationen zu, die zur Lösung sozialer Probleme oder einem Gemeinwohl bzw. weitverstandenen Gemeinnutz beitragen.³⁴²
- **Strukturell-operationale Definition:** Diese Definitionsart bezieht sich auf die Grundstruktur von intermediären Nonprofit Organisationen. Wie Salamon und Anheier vorschlagen, geht diese Definition von fünf Grundelementen aus, die wesentliche Strukturmerkmale der Organisationen umschreiben. Dabei werden zum Dritten Sektor Organisationen gerechnet, die formal organisiert sind, das heißt institutionalisiert sind, selbstverwaltet sind, das heißt ihre eigenen internen Verfahrensregeln haben, nicht gewinnorientiert arbeiten, im Sinne des Umverteilungsverbots, wonach Erträge nicht als Gewinn an Eigner, Teilhaber oder Mitglieder verteilt werden dürfen, privat sind, das heißt, daß die Organisation nicht formal-rechtlich Teil der staatlichen Hoheitsverwaltung und der öffentlichen Hand bilden und freiwillig sind, das heißt, in deren organisatorischen Verhalten und Mitgliedschaft dem Prinzip der Freiwilligkeit eine entscheidene Rolle zugewiesen ist.

³⁴² Diese Definitionsart setzt eine Bestimmung von dem, was als Gemeinwohl und was als gemeinnützig anzusehen ist, voraus. Da jedoch Gemeinwohl weder historisch noch im internationalen Vergleich als relativ konstant angesehen werden kann, muß dieses Definitionskriterium als problematisch und unspezifisch betrachtet werden.

Zur Differenzierung des intermediären Bereiches stehen auf der internationalen Ebene mehrere Klassifikationsysteme zur Verfügung.³⁴³

Anheier und *Salamon* schlagen als ein Systematisierungsmuster die folgende Internationale Systematik der Nonprofit-Organisationen (*International Classification of Nonprofit Organizations ICNPO*) vor:

Obergruppe	Untergruppe
GRUPPE 1:	Kulturelles, Sport , Freizeit 1 100 Kultur und Künste 1 200 Sport, Erholung, Freizeit 1 300 Service-Klubs
GRUPPE 2:	Bildung und Forschung 2 100 Allgemeinbildende Schulen 2 200 Universitäts- und Hochschulbildung 2 300 Berufsbildung und sonstige Bildungseinrichtungen 2 400 Forschung
GRUPPE 3:	Gesundheit 3 100 Krankenhäuser und Rehabilitation 3 200 Pflegeheime 3 300 Psychiatrische Einrichtungen und Dienste 3 400 Sonstige Einrichtungen des Gesundheitswesens
GRUPPE 4:	Soziale Dienste 4 100 Soziale Dienste und Wohlfahrt 4 200 Katastrophenschutz und -hilfe 4 300 Finanzielle Unterstützung und Hilfen
GRUPPE 5:	Umwelt 5 100 Umwelt-, Natur- und Artenschutz 5 200 Tierschutz- und pflege
GRUPPE 6:	Lokale Entwicklung und Wohnungswesen 6 100 Lokale Entwicklungsmaßnahmen 6 200 Wohnungswesen 6 300 Beschäftigungsmaßnahmen
GRUPPE 7:	Rechtswesen, Interessenvertretung und Politik 7 100 Interessenvertretung, Bürgerinitiativen 7 200 Rechtswesen, Rechtsberatung- und vertretung 7 300 Politische Organisationen
GRUPPE 8:	Stiftungs- und Spendenwesen, Freiwilligenarbeit
GRUPPE 9:	Internationale Aktivitäten
GRUPPE 10:	Religion
GRUPPE 11:	Wirtschafts- und Berufsverbände, Gewerkschaften
GRUPPE 12:	Sonstiges

Tab. 4: Internationale Klassifikation der intermediären Organisationen:³⁴⁴

³⁴³ Zu den bekanntesten der internationalen Klassifikationssysteme zählen: die *International Standard Industrial Classification (ISIC)* der Vereinten Nationen (*United Nations 1990*); die *Systematik der Wirtschaftszweige (NACE)* der *Europäischen Gemeinschaft (Eurostat 1985)*; sowie die *National Taxonomy of Exempt Entities (NTEE)* in den USA.

Nach dieser Klassifikation wird der gesamte intermediäre Bereich in zwölf Obergruppen und 24 Untergruppen unterteilt. Die gesellschaftlichen Aktivitätsfelder werden nach den von ihnen angebotenen Dienstleistungen und Gütern (zum Beispiel Bildung und Forschung, Gesundheit, Soziale Dienste usw.) unterschieden.

Auch diese vorgestellte Systematik läßt aber im Hinblick auf die Bestimmung aller nationalen Besonderheiten Einwände zu, „da sie das Ausmaß von Nonprofit-Aktivitäten in bestimmten nationalen Zusammenhängen nicht so genau bestimmen kann, wie es eine rein nationale Klassifikation vermöchte. Sie bildet beispielsweise nicht die deutsche Unterscheidung zwischen Freien Wohlfahrtsverbänden und anderen Nonprofit-Organisationen im selben Aktivitätsfeld ab. Allerdings stellt die ICNPO einen akzeptablen Kompromiß dar zwischen dem Detailniveau, das auf nationaler Ebene erforderlich ist, und dem Niveau, das für vergleichende Arbeiten sinnvoll ist.“³⁴⁵

7.2 Zur Definition der intermediären Organisationen in Polen

Der Versuch der Definition der Organisationen des intermediären Bereichs stößt in Polen auf ähnliche Probleme, wie sie auch für die internationale Forschung charakteristisch sind. Das terminologische Gewirr, die Vieldeutigkeit und die unpräzise Begriffsverwendung sind auch für die polnische Diskussion kennzeichnend.³⁴⁶

In Polen werden beinahe alle fremdsprachlichen Begriffe verwendet, die in der internationalen Debatte vorzufinden sind. *Wyganski* spricht so von einer "vielsprachigen Mischung" oder einem "terminologischen Chaos", welche die polnische Fachdiskussion beherrscht. Es existiert bislang auch

³⁴⁴ Internationale Klassifikation von Nonprofit Organisationen nach Anheier/Salamon 1993, S. 12f.

³⁴⁵ Ebd., S. 10f..

keine entsprechende, der polnischen Sprachtradition entstammende Terminologie.

Der einzige polnische Begriff "*organizacja społeczna*" („gesellschaftliche Organisation“), der vor 1989 in Polen verbreitet war, wurde aufgrund seiner negativen Konnotation, welche die damalige strukturelle Abhängigkeit dieser Organisationen vom Staat symbolisiert, weitgehend abgelehnt.³⁴⁷

Von den zahlreichen der fremdsprachlichen Terminologie entnommenen Bezeichnungen, die in Polen ihre Verwendung finden, werden in der Fachliteratur insbesondere zwei Begriffe: "*Organizacje nonprofit*" („Non-profit-Organisationen“) und "*Organizacje pozarządowe*" („Nicht-Regierungsorganisationen“) präferiert.

Für die vorliegende Analyse der im intermediären Bereich angesiedelten Organisationen wird der Terminus "*Organizacje Pozarządowe*" (Nicht-Regierungsorganisationen) gewählt. Diese Bezeichnung wird auch oft in der polnischen Literatur durch die englischsprachige Abkürzung NGO ("Non-Governmental Organizations") ersetzt.³⁴⁸

Der Begriff "*Organizacje pozarządowe*" (Nicht-Regierungsorganisationen) wird in Polen relativ breit verstanden. Er umfaßt alle "organisierten Gruppen oder gesellschaftlichen Institutionen, die nicht direkt politisch aktiv

³⁴⁶ Vgl. Wygnanski 1996, S. 51.

³⁴⁷ Der Begriff "*organizacja społeczna*", was wortwörtlich als "gesellschaftliche Organisation" übersetzt werden kann, wurde in der Zeit der Volksrepublik Polen mißbraucht und zur Bezeichnung der Organisationsformen, die weitgehend den staatlichen Strukturen untergeordnet waren, benutzt. Die Autonomie dieser Organisationen war stark eingeschränkt. Sie fungierten in der Tat eher als ein verlängerter Arm des Staates und nicht als freie Artikulationsformen der gesellschaftlichen Bedürfnisse.

³⁴⁸ Die polnische Bezeichnung "*Organizacje Pozarządowe*" (Nicht-Regierungsorganisationen) entstammt dem amerikanischen Begriff "Non-Governmental-Organization NGO". Seine Attraktivität in Polen verdankt diese Bezeichnung mit Sicherheit der sprachlichen Abgrenzung zum Begriff "staatlich", was auf die jahrzehntelange Herrschaft des staatlichen Monopols in Polen zurückgeführt werden kann. Das polnische Äquivalent des amerikanischen NGO ist jedoch linguistisch nicht seine wortwörtliche Übersetzung. Der Präfix "*poza*" müßte eigentlich als "außer" übersetzt werden. Die korrekte Übersetzung als "Außer-Staatlicheorganisationen" drückt weniger als die Bezeichnung "Nicht-Staatlicheorganisationen" oder „Nicht-Regierungsorganisationen“ die negative Abgrenzung dieses Bereiches zum Staat und läßt trotz der Bewahrung der strukturellen und funktionalen Unabhängigkeit mehr Offenheit für die Plattform der Zusammenarbeit mit staatlichen Partner. Um jedoch die sprachliche Stimmigkeit mit der in dem deutschsprachigen Raum verbreiteter Bezeichnung "Nicht-

sind, in denen eine wesentliche Rolle - zumindest in einer Phase deren Aktivität - freiwillige, ehrenamtliche und spontane Bürgerbeteiligung spielt. Darüber hinaus werden mit diesem Begriff Organisationen bezeichnet, die durch Selbstverwaltung, weitgehende Unabhängigkeit von staatlichen und wirtschaftlichen Strukturen, sogenannte "Gemeinnützigkeit", also Verzicht auf Gewinnmaximierung (non-profit), und meist auch durch ein aktives Verhältnis zu den `öffentlichen Angelegenheiten` (public policy oriented organizations) charakterisiert werden können. "³⁴⁹

Eine besondere Beachtung gewinnt in Polen ein Aspekt dieser Organisationsformen, nämlich die Orientierung an der Verhaltens- und Mentalitätsänderung der Bürger: „Es geht darum, daß die Nicht- Regierungsorganisationen etwas wesentlich anderes tun als das, womit Firmen und Regierungsorgane befaßt sind. Die Nicht-Regierungsorganisation liefert weder dem Markt die Waren, noch regiert sie über jemanden. Das Ergebnis dieser Organisation ist eine Veränderung, die sich in dem Menschen infolge seiner Tätigkeit vollzieht. Diese Organisationen sind also sozusagen Agenten der Veränderungen in den Menschen."³⁵⁰

In diesem Sinne werden den Nicht-Regierungsorganisationen in Polen außer der Aufgabe der Realisierung der sozialen Dienste auch noch solche Funktionen, wie beispielsweise die soziale Aktivierung, die Fürsprache der sozialen Bedürfnisse und der Bürgerrechte zugeschrieben.

Regierungsorganisationen" zu bewahren, wird in der vorliegenden Arbeit bewußt diese Übersetzung verwendet.

³⁴⁹ Glinski/Palska 1997, S. 374.

7.3 Tradition der intermediären Organisationen in Polen

Die Renaissance der Nicht-Regierungsorganisationen in Polen nach 1989 hängt zweifellos mit der demokratischen Gesellschaftsordnung und den neuen rechtlichen Bedingungen zusammen, welche die Gründung und Entwicklung von Vereinigungen und Stiftungen fördern. Sie hat aber auch ihre Wurzeln in der langen Tradition von Vereinigungen und Stiftungen in der polnischen Geschichte.

Als Polen 1772 seine staatliche Souveränität für fast 150 Jahre verlor, übernahmen die verschiedenen Formen der gesellschaftlichen Selbstorganisation die Aufgaben der nicht bestehenden öffentlichen Institutionen. Durch diese meist im Untergrund geführten Aktivitäten trugen sie wesentlich zur Erhaltung der kulturellen Identität und zur Propagierung der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung des Landes bei. Auch nach der Wiedergewinnung der staatlichen Unabhängigkeit 1918, in der Zeit der sogenannten Zweiten Republik, bildeten die Vereinigungen und Stiftungen ein wichtiges Element der sozialen Infrastruktur des neuen polnischen Staates. Insbesondere auf dem Gebiet der Bildung, des Gesundheitswesens und der karitativen Wohltätigkeit ergänzten sie die Tätigkeiten der kommunalen Verwaltungen. 1937 führten beispielsweise die sogenannten Vereinigungen für die Fürsorge ("*stowarzyszenia opiekuńcze*") weit über 50 Prozent aller Hilfseinrichtungen für Kinder; ausgeschlossen wurden dabei Initiativen, die von den Orden, konfessionellen Vereinigungen sowie Stiftungen geführt waren. Laut des statistischen Jahrbuches von 1939 betrug allein die Zahl von Vereinigungen, die sich der Fürsorgetätigkeit für Kinder, Jugendliche und Familie widmeten, weit über 1.000, und der Stiftungen, die ausschließlich den Heil- und Fürsorgezwecken dienten, 1.545.³⁵¹

³⁵⁰ Ebd., S. 375.

³⁵¹ Vgl. Les 1996, S. 21.

In die Zeit der Zweiten Republik, zwischen dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg, reicht auch die Tradition von solchen großen Vereinigungen wie zum Beispiel die Gesellschaft der Freunde des Kindes ("*Towarzystwo Przyjaciół Dzieci TPD*"), das Polnische Rote Kreuz ("*Polski Czerwony Krzyż PCK*") sowie die Landeszentrale Caritas ("*Krajowe Centrum Caritas*"). Die genannten Organisationen konnten auch noch nach dem Zweiten Weltkrieg, in den ersten Jahren der Volksrepublik Polen, ihre Unabhängigkeit bewahren und ihre Aktivitäten auf dem Gebiet der sozialen Dienste fortsetzen. Ende der vierziger Jahre wurden jedoch ihre Einrichtungen und das Vermögen vom Staat vereinnahmt. Trotz des durch die polnische Verfassung von 1952 garantierten Rechts auf Freiheit des Wortes und der Vereinigungen schränkten die kommunistischen Machthaber entschieden die Tätigkeit aller Formen der gesellschaftlichen Selbstorganisation ein. Kraft des Erlasses von 1952 wurde allen in Polen existierende Stiftungen ihre rechtliche Existenzgrundlage entzogen.³⁵² Auch die Vereinigungen wurden einer strengen Reglementierung unterzogen, was Anfang der fünfziger Jahre zur drastischen Reduzierung der Zahl dieser Organisationen geführt hat. Die noch bestehenden Organisationen wurden entweder nationalisiert oder in das System der staatlichen Infrastruktur eingegliedert.

Ab 1956 wurde die staatliche Politik in Bezug auf die Vereinigungen weniger restriktiv betrieben als in der stalinistischen Ära. Am 7. Mai 1958 wurde das Polnische Komitee der Sozialen Hilfe ("*Polski Komitet Pomocy Społecznej - PKPS*") ins Leben gerufen. Es zählte neben dem Polnischen Roten Kreuz ("*Polski Czerwony Krzyż*"), der Gesellschaft der Freude des Kindes ("*Towarzystwo Przyjaciół Dzieci*"), dem Frauenbund ("*Liga Kobiet*") und der Vereinigung der Katholiken-Caritas ("*Zrzeszenie Katolików Caritas*") zu den größten sogenannten "sozialen Organisationen" ("*organizacji społecznych*") der Volksrepublik Polen.

³⁵² Vgl. Ebd., S. 22. In den Jahren 1952-1984 waren Vereinigungen allein die einzige Rechtsform für die Existenz der gesellschaftlichen Organisationen in Polen. Nach dem Verständnis der kommunistischen Machthaber wurden jedoch auch sie als Teil des staatlichen Machtapparates betrachtet.

Trotz einer Bezeichnung, die freie soziale Willensbildung suggerierte, waren diese Organisationen in ihrer Autonomie stark eingeschränkt und immer noch strikt von der kommunistischen Partei und den staatlichen Machthabern kontrolliert.

So kann man den Worten von Les zustimmen, daß "die in der Zeit der Volksrepublik Polen existierenden sogenannten soziale Organisationen als para-staatliche Agenda zu betrachten sind, die ihrer größten Kraft, der Bestimmung und Erfüllung der sozialen Bedürfnisse unabhängig von der Staatsmacht, beraubt wurden. Sie waren auch keine selbständigen Subjekte der gesellschaftlichen Initiative, sondern erfüllten eher die Rolle der "Transmissionsriemen" für die Politik des kommunistischen Staates."³⁵³

Günstigere Bedingungen für die Formierung freier Vereinigungen ergaben sich in Polen erst nach 1980/1981. Dies hing einerseits mit dem politischen Durchbruch, andererseits mit den immer deutlicher spürbaren Folgen der Krise der sozialistischen Version des Wohlfahrtsstaates zusammen. In den durch eine wesentliche Verschlechterung der materiellen Lebensbedingungen gekennzeichneten frühen achtziger Jahren kam es zur verstärkten Gründung verschiedener Formen der Selbst- und Fremdhilfe, welche die Mängel des staatlichen Gesundheitswesens und der Sozialfürsorge abzuschwächen und die sozialen Probleme ohne die staatliche Kontrolle zu artikulieren versuchten. In dieser Zeit sind zahlreiche Selbsthilfeinitiativen, die sich mit den Problemen von Kranken und Behinderten befaßten, registriert worden. Ein Beispiel davon ist das 1983 gegründete Polnische Komitee der Hilfe für Personen mit geistiger Behinderung ("*Polski Komitet Pomocy Osobom z Uposledzeniem Umysłowym*").³⁵⁴

Auch viele andere, heute noch bestehende Organisationen in dem sozialpolitischen Bereich, wie zum Beispiel "*Monar*", eine Bewegung junger Leute für die Bekämpfung des Drogenmißbrauchs, "*Hospicjum*", die Ge-

³⁵³ Les 1996, S. 23f.

³⁵⁴ Zur Geschichte dieser größten polnischen Organisation der Hilfe für Menschen mit geistiger Behinderung vgl. Mrugalska 1995, S. 80ff.

sellschaft der Freunde der Todkranken, "*Ruch im. Brata Alberta*", eine Hilfe-Bewegung für Obdachlose, nahmen in dieser Zeit ihren Anfang.

Vor allem die Kirchen dienten dabei als Foren für Selbstorganisation. Unter dem Dach der Kirchen wurden zum Beispiel sogenannte Komitees für Armenhilfe ("*Komitety Pomocy Ubogim*"), die Bewegung "Glauben und Leben" ("*Wiara i Zycie*"), die Behinderten und ihren Familien half, während des Kriegsrechts Gruppen zur Hilfe der Familien der politischen Gefangenen, aber auch politische Diskussionszirkel - sogenannte "Clubs der Katholischen Intelligenz KIK" ("*Klub Inteligencji Katolickiej KIK*") - ins Leben gerufen.

Bei der Entstehung der unabhängigen Organisationen in den achtziger Jahren spielte neben unbefriedigter sozialer und ökonomischer Bedürfnisse auch der starke Wille der Bevölkerung, sich frei in vom Staat nicht kontrollierten "Nischen" zu organisieren, eine besondere Rolle. Die meisten der Organisationen entstanden aus der Protesthaltung gegenüber der bestehenden gesellschaftlichen Realität in Polen. Ähnlich wie vor der Wiedererlangung der staatlichen Souveränität Polens 1918, als die Selbstorganisation der Gesellschaft die Rolle des Trägers politischer, wirtschaftlicher und sozialer Reformen erfüllte, so bildeten auch die Bürgerinitiativen vor 1989 einen wesentlichen Mechanismus gegen die gesellschaftliche Apathie, indem sie die moralische und institutionelle Grundlage für den friedlichen Prozeß der Demokratisierung des politischen Systems in Polen geschaffen haben.

7.4 Entwicklung der intermediären Nicht-Regierungs-Organisationen der Sozialarbeit unter besonderer Berücksichtigung des Zeitraumes zwischen 1989 und 1995

Nach der bestehenden rechtlichen Regelung können die Nicht-Regierungsorganisationen in Polen die Formen einer Stiftung oder einer Vereinigung annehmen.³⁵⁵

Diese rechtliche Festlegung schränkt das in der Fachliteratur vorgestellte Verständnis vom intermediären Bereich, das sowohl ein breites Spektrum von formalisierten als auch von nichtformalisierten Organisationsformen umfaßt, ein. Da jedoch die nichtformalisierten Organisationsformen keine rechtliche Gestalt vorweisen und dadurch auch empirisch schwer faßbar sind, werden sie in der vorliegenden Analyse der Nicht-Regierungsorganisationen des intermediären Bereichs in Polen außer Acht gelassen.

Der Begriff Nicht-Regierungsorganisationen umfaßt hier also lediglich Vereinigungen und Stiftungen mit den jeweiligen örtlichen Abteilungen.

Nach Angaben der polnischen Amtsgerichte wurden bis 1994 in Polen 29.580 Vereinigungen und 12.216 örtliche Abteilungen mit eigenständiger Rechtsfähigkeit registriert. Darüber hinaus wurden bis 1994 am Bezirksgericht der Stadt Warschau 4.465 Stiftungen und an den zuständigen Woiwodschaftsgerichten 775 Stiftungen mit dem örtlichen Aktionsbereich registriert. Insgesamt sind es 47.036 Organisationen, die bis zu diesem Zeitpunkt eine Rechtsform als Vereinigungen oder Stiftungen angenommen haben.³⁵⁶

Diese Zahl kann jedoch nur eingeschränkt als realistisch betrachtet werden. Da die Organisationsgründer zu ihrer gerichtlichen Auflösung in Falle der Tätigkeitsaufgabe vom Gesetzgeber nicht verpflichtet sind, ist die Vermutung von der Existenz einer breiten Dunkelziffer registrierter, aber

³⁵⁵ Bemerkenswert ist, daß in der polnischen Gesetzgebung der Terminus „Nicht-Regierungsorganisationen“ nicht existent ist. Es wird weiterhin von „gesellschaftlichen Organisationen“ (*organizacje społeczne*) gesprochen, die erst in den konkreten Gesetzen als Vereinigungen oder Stiftungen bezeichnet werden.

³⁵⁶ Vgl. Krasnodebska/Pucek/Kowalczyk/Wygnanski 1996, S. 70.

tatsächlich nicht bestehender Organisationen eine berechtigte Annahme.³⁵⁷

Die amtlichen Angaben weichen auch stark von den in den Untersuchungen der Forschungsgruppe KLON/JAWOR ermittelten Daten über 4.238 Organisationen und 6.058 örtliche Abteilungen ab, die man als die untere Grenze der Gesamtzahl der aktiven Organisationen betrachten kann. Wenn man dazu die 6500 Organisationen rechnet³⁵⁸, die auf die Umfragen der Untersuchung nicht geantwortet haben, deren aktive Existenz aber vermutet wird, ergibt sich die Zahl von lediglich ca. 17.000 Organisationen. Diese Zahl kann als eine realistische Schätzung angesehen werden.

Der gesellschaftliche Wandel brachte einen rapiden Anstieg der Nicht-Regierungsorganisationen mit sich. Insbesondere in den ersten Jahren der Systemtransformation erfuhren diese Organisationen einen Boom. Einen Höhepunkt erreichte diese Entwicklung im Jahr 1992, das als Jahr der meisten Neugründungen datiert wurde. Seit 1993 fällt die Zahl der neu registrierten Organisationen jedoch deutlich ab.

³⁵⁷ Hier ist anzumerken, daß der intermediäre Bereich zur Zeit noch einer starken Fluktuation unterliegt. Zwar werden nach Schätzungen allein im Großraum Warschau jede Woche durchschnittlich etwa 20 intermediäre Gruppen registriert, hiervon haben jedoch einige nur 10-20 Mitglieder und die Zahl der Auflösungen bzw. die Zahl der Gruppen, die bereits in der „Anlaufphase stecken bleiben“, ist kaum zu überschauen. Dies mag den Aussagegehalt der hier dargestellten Daten relativieren.

³⁵⁸ Die 6.500 Organisationen wurden mit den Namen und Adressenangaben in dem „Adreßbuch der polnischen Nicht-Regierungsorganisationen“ (*„Informator o polskich organizacjach pozarządowych“*), das von JAWOR 1995 herausgegeben wurde, aufgeführt. Vgl. *Informator o Organizacjach Pozarządowych w Polsce*. JAWOR 94/95, 1995.

Die Entstehungsdynamik dieser Organisationen in den letzten elf Jahren verdeutlicht die Abbildung 10 am Beispiel der in den Jahren 1984 - 1995 registrierten Stiftungen:

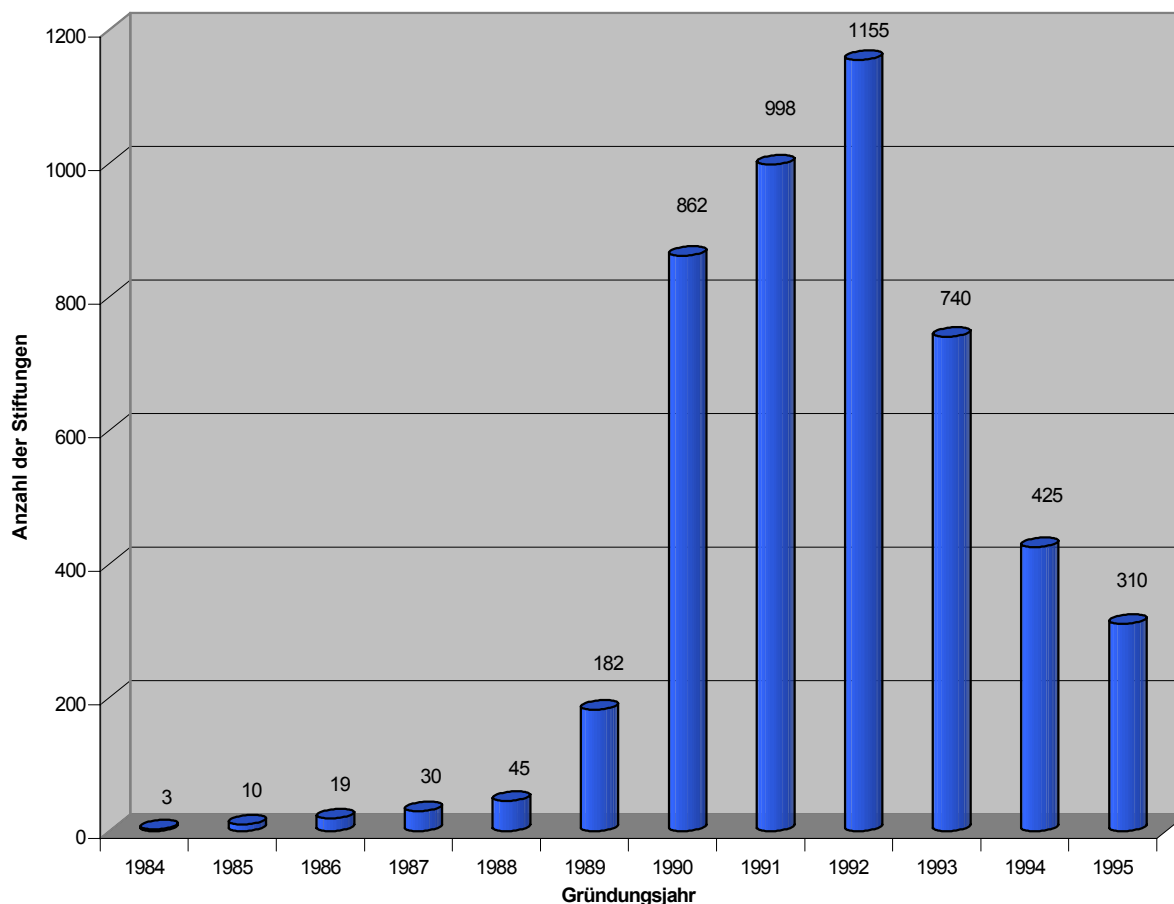


Abb. 10: Anzahl der in den Jahren 1984-1995 registrierten Stiftungen

Quelle: Archiv der Datenbank KLON/JAWOR 1994/95.

Die Gründe für die nach 1992 fallende Zahl der Nicht-Regierungsorganisationen werden einerseits in dem seit dieser Zeit verschärften amtlichen Registrierungsverfahren insbesondere im Hinblick auf die Gründung von Stiftungen gesucht. Andererseits werden auch von einigen Forschern die Ursachen für diese Entwicklung im Sinken des bisher "hohen Niveaus der gesellschaftlichen Energie"³⁵⁹ vermutet.

³⁵⁹ Krasnodebska/Pucek/Kowalczyk/Wygnanski 1996, S. 73f.

Demnach kam es in der Liberalisierungsphase der Systemtransformation zunächst zur Entfaltung der lange angestauten gesellschaftlichen Energie. Der Wille der Bevölkerung, sich frei in den vom Staat nicht kontrollierten „Nischen“ zu organisieren, spiegelte sich in der verstärkten Bildung der intermediären Organisationen wider. Dieser ersten Phase, die einige Autoren als „Euphorie der Neugründung“ bezeichneten, folgte dann die Phase „der Ermüdung“, die durch die Alltagsstrapazen der Transformationszeit bedingt wurde.

Ähnliche Tendenzen, allerdings in wesentlich geringerem Ausmaß, konnten bereits in den früheren Jahren der Volksrepublik Polen beobachtet werden. Nach dem gesellschaftlichen Umbruch 1956 sowie in den späten siebziger und frühen achtziger Jahren sind solche Organisationen nicht nur aufgrund unbefriedigter sozialer und ökonomischer Bedürfnisse entstanden. Entscheidend für ihre Entstehung war auch damals ein politisches Motiv.

Die Übereinstimmung zwischen dem angegebenen Gründungszeitpunkt der Organisationen und den Perioden des sogenannten „politischen Tauwetters“ und den darauffolgenden gesellschaftlichen Protestbewegungen verdeutlicht die folgende Abbildung 11.

Sie präsentiert die Anzahl der von KLON/JAWOR ermittelten Organisationen (ohne örtliche Abteilungen) unter Berücksichtigung des Gründungsjahres. Dabei wird aber nicht die Zahl der zum jeweiligen Zeitpunkt tätigen Organisationen dargestellt, sondern die Zahl der Organisationen, die gegenwärtig existieren und auf die einzelnen Jahre als Beginn ihrer Aktivität hinweisen.

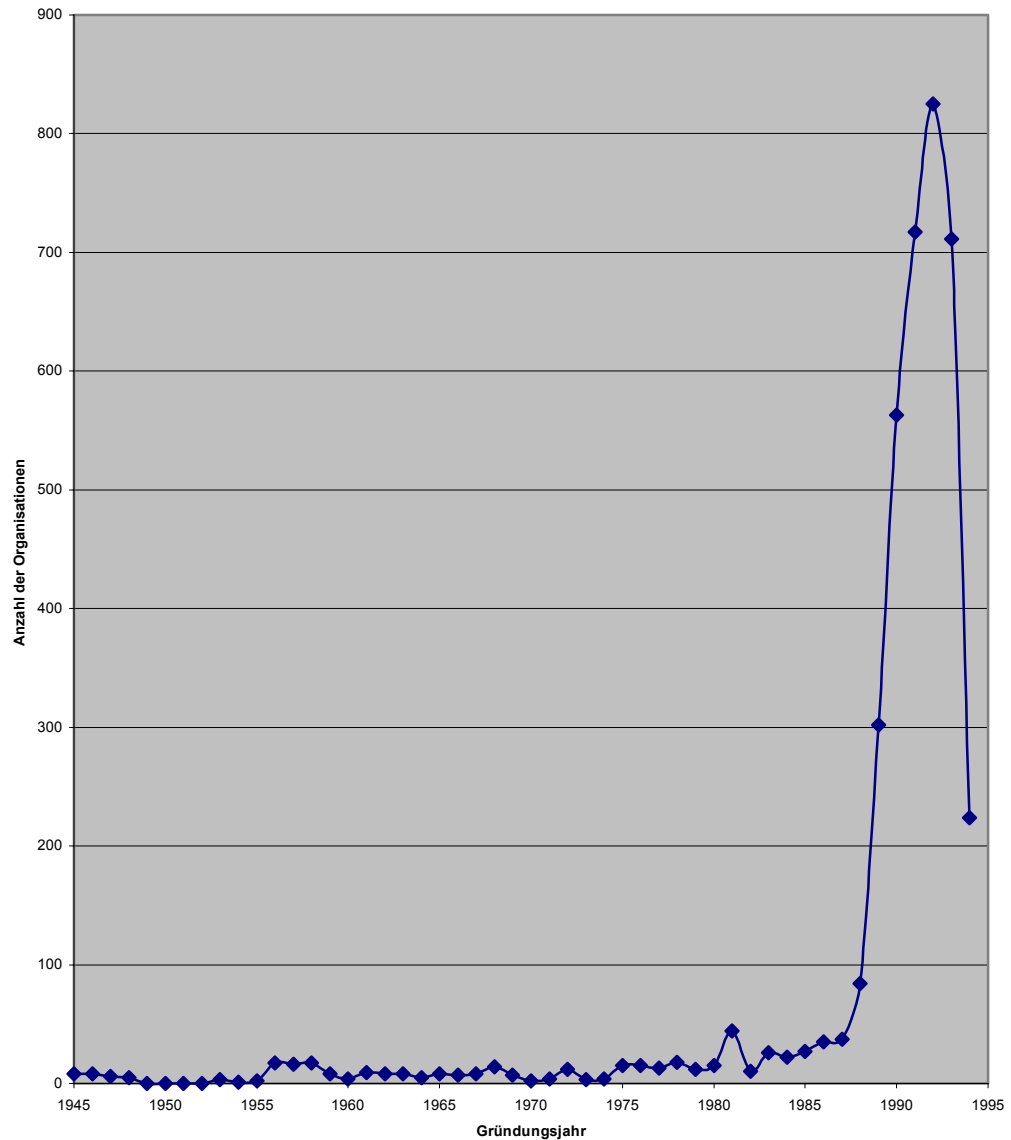


Abb. 11: Anzahl der Organisationen unter Berücksichtigung des Gründungsjahres

Quelle: Archiv der Datenbank KLON/JAWOR 1994/95.

Aus der oben dargestellten Zusammenstellung wird ersichtlich, daß die Geschichte einiger Organisationen schon lange vor dem Jahr 1989 begonnen hat. Dies spricht auch gegen die weit verbreitete, populäre Vorstellung von der „Geburt der Bürgeraktivitäten“ im Jahr 1989.

Im Zusammenhang mit der seit 1993 stark fallenden Zahl der Neugründungen von Nicht-Regierungsorganisationen sprechen einige Experten von der Stagnation in der Entwicklung des intermediären Sektors in Polen. Andere optimistischere Autoren bezeichnen diese Phase als Stabilisierung oder „Reifung“ dieses Bereiches.³⁶⁰

In der Tat konnte nach 1992 eine weitere Differenzierung der Organisations- und Kommunikationsstrukturen festgestellt werden. Immer mehr Organisationen bilden neue, den lokalen Raum übergreifende Verbindungsstrukturen und Netzwerke.

Nach Angaben von KLON/JAWOR gehörten Ende 1994 bereits circa 27 Prozent der Organisationen den verschiedenen inländischen beziehungsweise internationalen Zusammenschlüssen an.³⁶¹ Man kann so von einer sich bildenden neuen Infrastruktur dieses Sektors sprechen, die auch auf eine weitere derartige Entwicklung hoffen läßt.

Bei der Betrachtung des Ausmaßes der Nicht-Regierungsorganisationen in Polen ist eine große Disproportion in ihrer territorialen Verteilung augenfällig.

Der Tätigkeitsbereich der meisten Organisationen konzentriert sich vor allem in großen städtischen Agglomerationen, die gleichzeitig auch große Kultur-, Wirtschafts- und Administrationszentren sind. Allein in Warszawa (Warschau) befinden sich Zentren von circa 20 Prozent derartigen Organisationen.

An zweiter Stelle liegt die Woiwodschaft Gdansk (Danzig), gefolgt von der Woiwodschaft Krakow (Krakau), Katowice (Katowitz), Poznan (Posen), Lodz (Lodz) und Wroclaw (Breslau). In den ländlichen Gebieten sowie in den Woiwodschaften des Nordostens und des Südostens Polen kann eine deutlich geringere Aktivität der Nicht-Regierungsorganisationen festgestellt werden.

Eine der zentralen Fragen in der von der Forschungsgruppe KLON /JAWOR durchgeführten Untersuchung richtete sich auf die Erkundung

³⁶⁰ Les 1996, S. 143; Glinski/Palska 1997, S. 385f.

³⁶¹ Ebd., S. 74.

der wichtigsten Betätigungsbereiche der polnischen Nicht-Regierungsorganisationen.

Für die Umfrage wurde eine an den Arbeitsfeldern orientierte Klassifizierung der polnischen NGOs vorbereitet. Sie unterschied die 20 folgenden Arbeitsfelder:

- Bildung/Erziehung
- Soziale Dienste
- Gesundheit/Rehabilitation
- Kultur/Kunst
- Familie/Kinder/Jugend
- Umweltschutz
- lokale und regionale Entwicklung
- Sport
- Wissenschaft
- Menschenrechte
- Wirtschaft
- Probleme der Berufsgruppen
- Massenmedien
- Hobby
- Religion/Konfession
- Staat/ Recht/Politik
- Landwirtschaft/Probleme des Dorfes
- Bauwesen
- Verkehr/Transport
- öffentliche Sicherheit.³⁶²

In der Umfrage wurden auf der Grundlage der Eigeneinschätzung der untersuchten Gruppen insgesamt 4.053 Angaben zu den Arbeitsfeldern der

³⁶² Die zum Zweck der Umfrage vorgenommene Klassifikation ist nicht einwandfrei. Zum einen ist sie undifferenziert, da sie in einer Gruppe vielfältige und eigenständige Arbeitsfelder vereinbart. Zum anderem schließt sie als separate Kategorien die Altersgruppen ein. Diese Vereinfachung ist durch die Einschränkungen des Umfrageverfahrens bedingt.

Organisationen (das sind Antworten von 96 Prozent aller von KLON/JAWOR erfaßten Organisationen) gesammelt.³⁶³

Die ermittelten Ergebnisse dieser Untersuchung stellt die Abbildung 12 dar:³⁶⁴

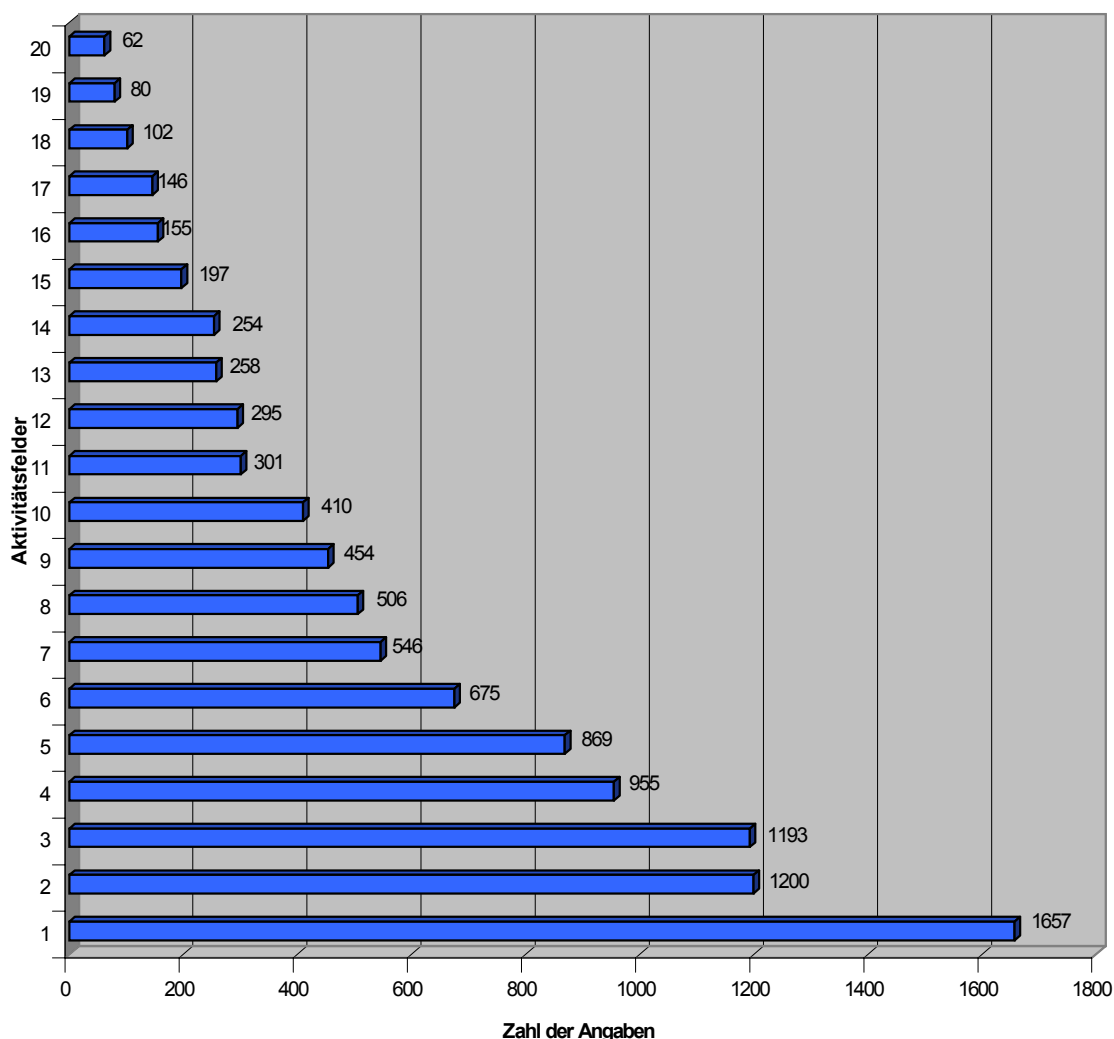


Abb.12: Die wichtigsten Betätigungsbereiche der polnischen Nicht-Regierungsorganisationen.

Quelle: Archiv der Datenbank KLON/JAWOR 1994/95.

³⁶³ Da die Befragten als Spezialisierung für ihre Aktivität mehr als ein Feld, aber nicht mehr als drei Arbeitsfelder angeben konnten, ergaben sich Doppelzählungen. Lediglich 7 Prozent der Organisationen gaben nur ein Hauptaktivitätsfeld für ihre Tätigkeit an. Die Zahl der Durchschnittsangaben betrug 2,4.

³⁶⁴ Auf der Graphik wird sowohl die absolute Zahl der angegebenen Arbeitsfelder als auch deren Prozentsatz von allen untersuchten Organisationen aufgeführt.

Legende zu Abbildung 12:

Aktivitätsfelder	Bezeichnung
1	Bildung / Erziehung
2	Soziale Dienste
3	Gesundheit / Rehabilitation
4	Kultur / Kunst
5	Familie / Kinder / Jugend
6	Umweltschutz
7	Regionaler Infrastrukturaufbau
8	Sport
9	Wissenschaft
10	Menschenrechte
11	Wirtschaft
12	Berufsgruppen bezogene Angelegenheiten
13	Massenmedien
14	Hobby
15	Religion / Konfession
16	Staat / Recht / Politik
17	Landwirtschaftliche Strukturprobleme
18	Bauwesen
19	Verkehr / Transport
20	Öffentliche Sicherheit

Nach den Ergebnissen der Untersuchung der Forschungsgruppe KLON/JAWOR gehören "Soziale Dienste" neben "Bildung/Erziehung" und "Gesundheit" zu den wichtigsten Arbeitsfeldern der polnischen Nicht-Regierungsorganisationen.

Dieses Ergebnis wird noch durch die Häufigkeit der Angaben in der Kategorie Gesundheit/Rehabilitation sowie Familie/Kinder/Jugend verstärkt. Diese Bereiche stehen in einer engen Verbindung mit dem Tätigkeitsfeld der „Sozialen Dienste“ und sind oft schwer voneinander zu trennen.

Interessant erscheint auch die Dynamik der Veränderungen der Tätigkeitsfelder der Organisationen in den Jahren 1993 und 1994.

Diese Entwicklung zeigt anhand zweier Vergleichsuntersuchungen aus den Jahren 1993 und 1994 die folgende Abbildung 13 auf.

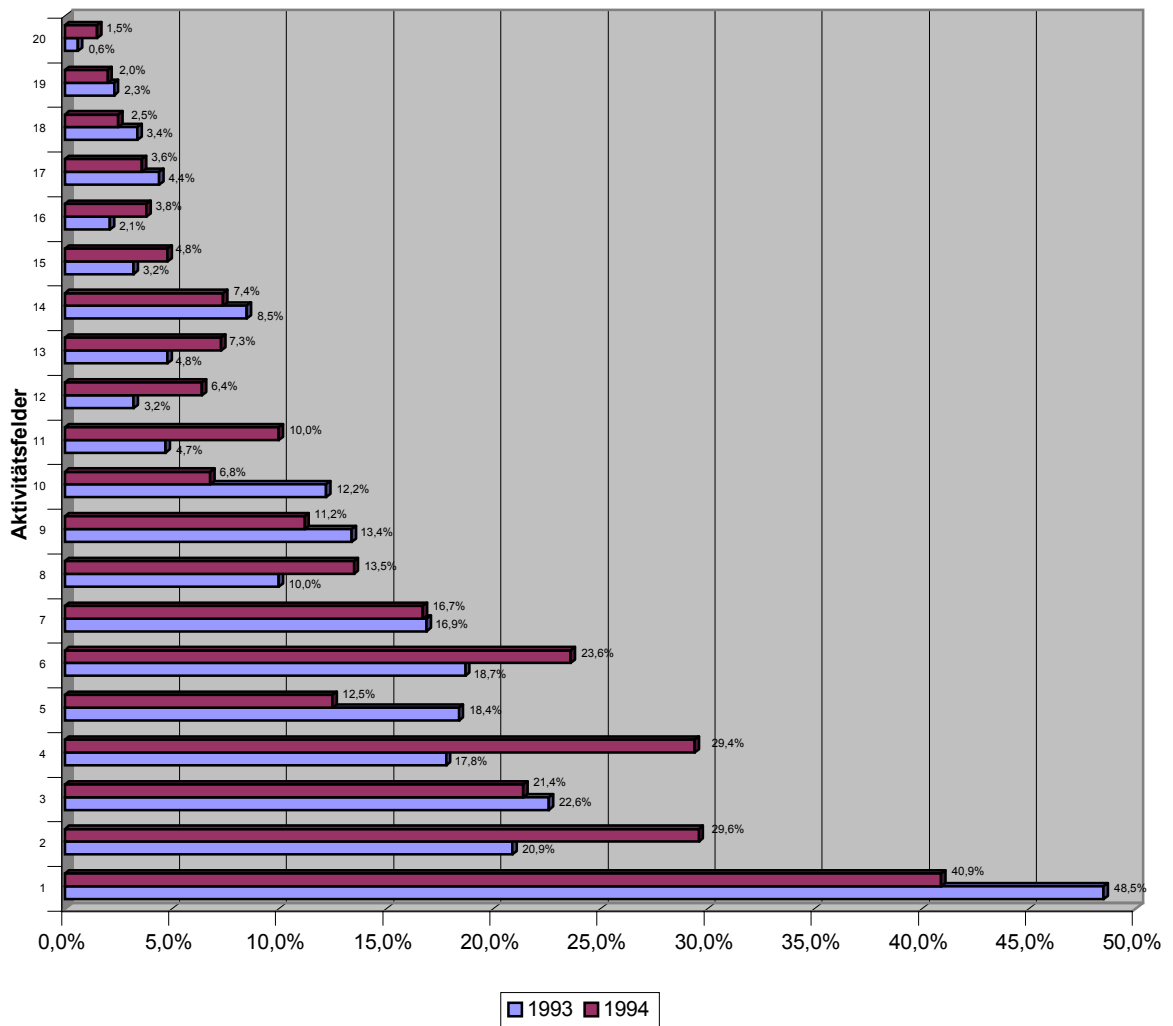


Abb.13: Dynamik der Veränderungen der Tätigkeitsfelder der Organisationen in den Jahren 1993 und 1994.

Quelle: Archiv der Datenbank KOLO/JAWOR 1994/95.

Legende zu Abbildung 13:

Aktivitätsfelder	Bezeichnung
1	Bildung / Erziehung
2	Soziale Dienste
3	Gesundheit / Rehabilitation
4	Kultur / Kunst
5	Familie / Kinder / Jugend
6	Umweltschutz
7	Regionaler Infrastrukturaufbau
8	Sport
9	Wissenschaft
10	Menschenrechte
11	Wirtschaft
12	Berufsgruppen bezogene Angelegenheiten
13	Massenmedien
14	Hobby
15	Religion / Konfession
16	Staat / Recht / Politik
17	Landwirtschaftliche Strukturprobleme
18	Bauwesen
19	Verkehr / Transport
20	Öffentliche Sicherheit

Bemerkenswert ist hier insbesondere der Anstieg der Aktivitäten auf dem Feld "Soziale Dienste" (20,9 Prozent 1993 und 29,6 Prozent 1994) und "Gesundheit" (17,8 Prozent 1993 und 29,4 Prozent 1994). Dagegen deutlich gesunken sind in diesem Zeitraum die Aktivitäten auf dem Gebiet "Bildung/Erziehung" (48,5 Prozent 1993 und 40,9 Prozent 1994) und "Hobby" (12,2 Prozent 1993 und 6,3 Prozent 1994).

Der Zuwachs der Aktivitäten auf dem Gebiet "Soziale Dienste" und "Gesundheit" kann auf die gestiegenen sozialen Nöte der Transformationszeit zurückgeführt werden. Er kann aber auch als ein Hinweis auf das wachsende Problembewußtsein und die gestiegene Sensibilität der Bevölkerung im Hinblick auf die sozialen Belange interpretiert werden.

Zur Darstellung des Bildes der polnischen Nicht-Regierungsorganisationen ist die Frage nach ihren Akteuren von entscheidender Bedeutung.

Sie wird in der vorliegenden Betrachtung einerseits aus der Perspektive der Zielgruppen, an die sich die Aktivität der Organisationen richtet, andererseits aber auch aus der Sicht der Personengruppen, die in die Arbeit der Organisationen engagiert sind, betrachtet.

In dem "Adreßbuch der Nicht-Regierungsorganisationen auf dem Gebiet der Sozialen Dienste", die 1994 von der Forschungsgruppe KLON/JAWOR veröffentlicht wurde, sind die unter der Kategorie "Soziale Dienste" subsumierten Organisationen nach 27 Zielgruppen aufgeschlüsselt worden.³⁶⁵

Diese lassen sich unter dem Aspekt der Häufigkeit der angesprochenen Gruppen in fünf Kernzielgruppen zusammenfassen:

- I Gruppe: Kranke, Behinderte;
- II Gruppe: Kinderreiche Familien, unvollständige Familien, Waisen, Alte und Gebrechliche;
- III Gruppe: Arme, Obdachlose, Arbeitslose;
- IV Gruppe: Suchtkranke;
- V Gruppe: Sozial Stigmatisierte, Häftlinge und Ex-Häftlinge, HIV-Infizierte, Immigranten, Flüchtlinge, ethnische Minderheiten.

³⁶⁵ Vgl. Informator o organizacjach Pozarządowych w Polsce JAWOR 94/9. 1995.

Die Tabelle 5 verdeutlicht in Zahlen die Spezialisierung der Nicht-Regierungsorganisationen auf dem Gebiet der Sozialen Dienste auf bestimmte Zielgruppen:

Zielgruppen	Zahl der Organisationen
Familien von Kranken, Behinderten	598
Behinderte, kranke Kinder	532
Körperbehinderte Personen	489
Arme	451
Familie allgemein	441
Kinder allgemein	437
Jugend allgemein	436
Geistigbehinderte Kinder	403
Kinder und Jugendliche aus vernachlässigten Familien	400
Kinderreiche Familien	397
Unterschiedliche Gruppen der Kranken	366
Alleinstehende Eltern	353
Alte, gebrechliche Menschen	293
Arbeitslosen	290
Obdachlose	283
Personen mit psych. und soz. Integrationschwierigkeiten	282
Geistigbehinderte Erwachsene	208
Alkoholiker	207
Verhaftete und ehem. Verhaftete	181
Todkranke	156
Drogenabhängige	148
Opfern von Naturkatastrophen, Kriegsopfern	141
Kombattanten	87
Immigranten, Flüchtlinge, ethnische Minderheiten	66
HIV-Infizierte	59
Andere	244

Tab. 5: Zielgruppen der Nicht-Regierungsorganisationen der Sozialen- Dienste

Quelle: „Informator o organizacjach pozarządowych w Polsce“,1994.

(„Adreßbuch der Nicht-Regierungsorganisationen auf dem Gebiet der Sozialen Dienste in Polen“)

Zu der größten "Klientel" der polnischen Nicht-Regierungsorganisationen auf dem Gebiet der Sozialen Dienste zählen Familien von Kranken und Behinderten (598 Angaben) sowie Behinderte und kranke Kinder (532 Angaben).

Mit den wenigsten Nennungen sind folgende Gruppen vorzufinden: HIV-Infizierte (59 Angaben) sowie Immigranten, Flüchtlinge und ethnische Minderheiten (66 Angaben).

Diese Anordnung deutet auf ein Modell des sozialen Engagements in Polen hin, dessen Hauptmotiv vor allem die Hilfe für den nächsten Perso-

nenkreis ist. Anders gesagt, je größer die soziale Distanz zwischen denen, welche die Hilfe organisieren, und deren Empfänger ist, desto seltener finden Aktivitäten dieser Art statt.

Die Formen der Hilfe für die jeweiligen Zielgruppen sind vielfältig, wobei sich meist die Selbst- und Fremdhilfeelemente durchmischen. Es konnten insbesondere folgende Arten der Hilfeleistung unterschieden werden:

- finanzielle Hilfe, wie zum Beispiel: Beihilfen, Darlehen, Stipendien, Zuschüsse und Unterstützungszahlungen für Hilfsbedürftige,
- sachliche Hilfe, wie zum Beispiel: Nahrungsmittel, Kleidung, Möbel, Arzneimittel, Rehabilitationsgeräte usw.,
- medizinische Leistungen, wie zum Beispiel: ärztliche, psychotherapeutische und rehabilitierende Behandlungen,
- Pflegeleistungen, wie zum Beispiel: Betreuung und Pflege von Kindern, Alten- und Krankenpflege oder auch Seelsorge,
- Beratung, Vermittlungs- und Vertretungstätigkeit, Animation des sozialen Umfelds,
- Leistungen für andere Gruppen oder Organisationen, wie zum Beispiel: Beratung und Vermittlung von Kontakten zwischen einzelnen Personen und Organisationen (Aufbau von Netzwerken), Organisation und Betreuung der Forschungsvorhaben im Zusammenhang mit dem Tätigkeitsbereich der Nicht-Regierungsorganisationen,
- Bildungsleistungen, wie zum Beispiel: selbstorganisierte Bildungseinrichtungen, Organisation von Schulungen, Kursen und Praktika.

Ein großer Teil der Aktivitäten der polnischen Nicht-Regierungsorganisationen auf dem Gebiet der Sozialen Dienste wird dem

Problem der „neuen“, transformationsbedingten Armut gewidmet. Im Jahr 1998 wurden beispielsweise alle 97 Essenausgabestellen für Obdachlose in Polen von Nicht-Regierungsorganisationen geführt.³⁶⁶ Die Nicht-Regierungsorganisationen sind in Polen fast alleiniger Anbieter der Sozialen Dienste in Form von stationären Einrichtungen für Obdachlose. Sie führten 1998 243 Obdachlosenheime mit 9998 Plätzen, was beinahe 100 Prozent der gesamten Unterkünfte für Obdachlose in Polen ausmachte.³⁶⁷

Auch 60 Prozent der Häuser für Schwangere und alleinerziehende Frauen in Notsituationen werden in Polen von Nicht-Regierungsorganisationen geleitet, 40 Prozent sind staatliche Einrichtungen.³⁶⁸

Die polnischen Nicht-Regierungsorganisationen sind auch auf dem Gebiet der Behindertenarbeit besonders aktiv. Unter den Einrichtungen für geistigbehinderte Menschen werden 52 Prozent von Nicht-Regierungsorganisationen geführt, von staatlicher Seite werden dabei 48 Prozent geleitet.³⁶⁹

Wie den Untersuchungsergebnissen über den Anteil der nicht-staatlichen Organisationen im gesamten System der Sozialen Dienste in der Woiwodschaft Warschau zu entnehmen ist, führten 1997 die nicht konfessionellen und konfessionellen nicht-staatlichen Organisationen insgesamt 51 Prozent der Einrichtungen, der Rest von 49 Prozent blieb in staatlicher Hand.³⁷⁰

Augenfällig ist dabei der städtische Charakter dieser Aktivitäten. Die meisten Initiativen und Einrichtungen (90 Prozent) sind in den großen städtischen Agglomerationen entstanden, lediglich 10 Prozent in den Kleinstädten oder auf dem Lande.³⁷¹

³⁶⁶ Vgl. dazu: Wykaz placówek stacjonarnych oraz jadłodalni prowadzonych przez organizacje pozarządowe na rzecz osób bezdomnych. Warszawa 1998.

³⁶⁷ Vgl. ebd., S. 14.

³⁶⁸ Vgl. Raport z realizacji Projektu 022. Organizacje Pozarządowe-Swiadczenie Usług Socjalnych (1993-1996), Ministerstwo Prac i Polityki Socjalnej, Warszawa 1997, S. 16ff.

³⁶⁹ Vgl. ebd., S.18.

³⁷⁰ Wygnanski 1998, S. 3

³⁷¹ Vgl. Les 2000, S. 215.

Für das Bild der polnischen Nicht-Regierungsorganisationen nach 1989 ist die Frage nach den Mitarbeiterinnen dieser Organisationen von Interesse. Sie kann, basierend auf den Angaben der Datenbank KLON/JAWOR, unter den drei folgenden Aspekten analysiert werden:

- Gesamtzahl der Mitglieder der Organisation,
- Zahl der angestellten Mitarbeiterinnen,
- Zahl der ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen.

Die Angaben zu diesen drei Kategorien stellt die folgende Tabelle 6 dar:

Gesamtzahl der Mitglieder	Verteilung der Organisationen nach Mitgliederanzahl *	Verteilung der Organisationen nach angestellten Mitgliedern	Verteilung der Organisationen nach ehrenamtlichen Mitgliedern
Bis 5	2%	69%	37%
Bis 15	11%	18%	30%
Bis 50	36%	9%	21%
Bis 150	24%	3%	5%
Bis 500	14%	1%	2%
Bis 1500	6%	0%	4%
Bis 5000	4%	0%	1%
Über 5000	3%	0%	0%

* Diese Angaben betreffen lediglich die Vereinigungen, da in den Stiftungen kein Mitgliederstatus existiert.

Tab. 6: Beteiligung der Mitarbeiterinnen an der Aktivität der Organisationen

Quelle: Archiv der Datenbank KLON/JAWOR 1994/95

Wie den aufgeführten Angaben zu entnehmen ist, überwiegt im Bild der polnischen Nicht-Regierungsorganisationen das Modell der "mittleren" Organisationen mit einer durchschnittlichen Mitgliederzahl zwischen 15 und 150.

Bemerkenswert ist auch das Verhältnis zwischen den "bezahlten" und den ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen. Die Anzahl der "bezahlten" Mitarbeiterinnen ist meist gering und pendelt zwischen 1 bis 5 (69 Prozent). Viele die-

ser Mitarbeiterinnen sind als Verwaltungskräfte beschäftigt und verfolgen in ihrer Tätigkeit nicht die direkten Ziele der Organisation. In den meisten Organisationen sind dagegen durchschnittlich zwischen 1 bis 50 ehrenamtliche Mitarbeiterinnen tätig.

Aus der Zusammenstellung der Differenzen zwischen den vorliegenden Zahlen der aufgeführten Kategorien kann man folgern, daß sich viele Organisationen auf eine ehrenamtliche Mitarbeit stützen. Diese Feststellung muß jedoch um einige weitere Angaben differenziert werden. Den Daten von KLON/JAWOR folgend, gaben 18,6 Prozent der befragten Organisationen an, daß an ihrer Arbeit noch nie ehrenamtliche Mitarbeiterinnen beteiligt waren. Dagegen teilten 40,4 Prozent mit, daß sie nur ab und zu beteiligt sind, 25 Prozent, daß sie sehr oft beteiligt sind und 16 Prozent, daß sie immer beteiligt sind.³⁷²

Die Beteiligung der ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen ist insbesondere von dem jeweiligen Aktivitätsfeld der Organisation abhängig. Nach den Angaben der Forschungsgruppe KLON/JAWOR ist der Anteil des Ehrenamtes an der Arbeit der Organisationen auf dem Gebiet der Sozialen Dienste größer als auf den anderen Aktivitätsfeldern der polnischen Nicht-Regierungsorganisationen.

Trotz der dynamischen Entwicklung der Nicht-Regierungsorganisationen nach 1989 stößt die Zusammenarbeit mit anderen gesellschaftlichen Akteuren des privatwirtschaftlichen und insbesondere des staatlichen Sektors auf große Barrieren.

Eine Ende 1990 von *Boczon* unter den Mitarbeiterinnen der staatlichen Zentren für Sozialhilfe (*Osrodki Pomocy Społecznej*) der Woiwodschaft Gdansk (Danzig) durchgeführte Befragung zeigte Mißtrauen und Unsicherheit gegenüber den neuen Partnern. Die meisten der Mitarbeiterinnen der staatlichen Zentren für Sozialhilfe haben zwar die Aktivitäten der Nicht-Regierungsorganisationen begrüßt, waren jedoch der Meinung, daß

³⁷² Vgl. Krasnodebska/Pucek/Kowalczyk/Wygnanski 1996, S. 94.

ihre Rolle nur auf bestimmte Tätigkeitsfelder, wie Hilfe für Familien, Behindertenarbeit und Arbeitslosenarbeit, beschränkt werden sollte.³⁷³

Die vier Jahre später von KLON/JAWOR durchgeführte Befragung unter den Mitarbeiterinnen der Nicht-Regierungsorganisationen aus dem Bereich der Sozialen Dienste ergab eine ebenso große Distanz den öffentlichen Stellen gegenüber. Nur 9 Prozent der Befragten gab an, eine konstante Beziehung zu staatlichen Stellen zu pflegen.³⁷⁴

Auch die Befragung von Vertreterinnen der Nicht-Regierungsorganisationen anderer Aktivitätsfelder zeigte eine ähnliche Relation. Diese Tendenz scheint also für polnische Nicht-Regierungsorganisationen aller Bereiche charakteristisch zu sein.

Die Tabelle 7 stellt die Ergebnisse dar, die aus der von KLON/JAWOR durchgeführten Befragung an Vertreterinnen der Nicht-Regierungsorganisationen unterschiedlicher Betätigungsbereiche bezüglich ihrer Kontakte zu anderen Partnern des öffentlichen Lebens gewonnen wurden.

³⁷³ Vgl. Boczon 1996, S. 107.

³⁷⁴ Vgl. Krasnodebska/Pucek/Kowalczyk/Wygnanski 1996, S. 106.

	Kein Kontakt	Kontaktbereitschaft	Kontakt-Ablehnung	Sporadischer Kontakt	Hilfe	Zusammenarbeit	Summe der Angaben*
Regierung / Ministerien	998 30%	677 21%	62 2%	744 23%	311 9%	497 15%	3289 100%
Bezirksregierungen	240 13%	336 18%	12 1%	542 29%	314 17%	403 22%	1847 100%
Selbstverwaltung	80 5%	195 12%	8 0%	330 21%	429 27%	562 35%	1604 100%
Parteien / Polit. Org.	477 41%	48 4%	400 35%	138 12%	33 3%	56 5%	1152 100%
Kirchen	98 14%	41 6%	33 5%	177 26%	101 15%	234 34%	684 100%
Massenmedien	26 3%	179 17%	4 0%	364 35%	195 19%	269 26%	1037 100%
Hochschul-Kreise	54 8%	87 12%	2 0%	96 14%	116 17%	346 49%	701 100%
Wirtschaft	39 6%	230 34%	4 1%	90 13%	261 38%	59 9%	683 100%
Örtliche Gemeinschaft	34 9%	54 14%	4 1%	63 16%	108 28%	119 31%	382 100%

* In der Spalte wird die Gesamtzahl der Angaben für die jeweilige Kategorie angegeben

Tab. 7: Relation der polnischen Nicht-Regierungsorganisationen zu anderen Akteuren der Gesellschaft.

Quelle: Archiv der Datenbank KLON/JAWOR 1994/95.

Die Befragten dieser Untersuchung machten die meisten Angaben zur Beziehung mit den staatlichen Partnern („Regierung/Ministerien“).

Als eine dominante Relation kann hier entweder ein Mangel an Kontakten oder sporadische Kontakte festgestellt werden. Augenfällig ist auch der Unterschied in der Relation zu den zentralen Stellen der staatlichen Administration und den staatlichen Organen auf der kommunalen Ebene. Je dezentraler die Strukturen, desto häufiger ist die Zusammenarbeit und die Hilfsangebote und desto seltener sind auch die Angaben zum Kontaktmangel und zur Kontaktablehnung.

So weisen auf die Zusammenarbeit mit den Organen der Zentralregierung nur 15 Prozent, mit der Bezirksregierung 22 Prozent und mit der Selbstverwaltung auf der kommunalen Ebene bereits 35 Prozent der Befragten hin.

Da das Hauptanliegen der Nicht-Regierungsorganisationen nicht die Profitorientierung, sondern die Verfolgung der Satzungsziele ist, hängt die Möglichkeit der Realisierung ihrer Ziele zum großen Teil von der finanziellen Unterstützung aus fremden Quellen ab. Vor 1989 waren die Subventionen der staatlichen Administration Hauptträger der Aktivitäten von sogenannten "sozialen Organisationen" ("*organizacje społeczne*").

Wie den Angaben der Datenbank KLON/JAWOR zur Haushaltsstruktur der polnischen Nicht-Regierungsorganisationen zu entnehmen ist, stammten 1994 die meisten Mittel zur Finanzierung der Aktivitäten dieser Organisationen aus Spenden von Firmen oder Privatpersonen. Der Staatshaushalt wurde erst zur zweitgrößten Finanzierungsquelle der Organisationen.

Auch im Tätigkeitsfeld der Sozialen Hilfe bilden, entsprechend den von KLON/JAWOR ermittelten Daten, Spenden und Mitgliedsbeiträge (63 Prozent) die Hauptfinanzierungsquellen der Organisationen. Die staatlichen Subventionen vom Staatshaushalt und Gemeindehaushalt wurden lediglich von 23 Prozent der Organisationen auf dem Gebiet der Sozialen Hilfe als Finanzierungsquelle angegeben. Auf Erlöse aus eigener wirtschaftlichen Tätigkeit wiesen 14 Prozent der Organisationen hin.³⁷⁵

Diese Entwicklung zeugt einerseits von der wachsenden Unabhängigkeit der Organisationen von staatlichen Strukturen. Andererseits deutet sie angesichts des noch sehr schwachen Privatsektors in Polen auf die sehr instabilen Finanzierungsgrundlagen dieser Organisationen hin.

Der Anteil der öffentlichen Mittel an der Einkommensstruktur (Haushaltsstruktur) der polnischen Nicht-Regierungsorganisationen ist in Polen er-

³⁷⁵ Vgl. dazu: Miejsce dla kazdego. BORDO. 1996, S. 99. (Daten des

heblich geringer in Vergleich zur Bedeutung dieser Finanzierungsquelle bei entsprechenden Organisationen beispielsweise in Frankreich, Deutschland oder Großbritannien. In diesen Länder wird die Tätigkeit der Organisationen entsprechend zu 58 Prozent, 64 Prozent und 47 Prozent aus den öffentlichen Mittel finanziert. Das ist auch die Hauptfinanzierungsquelle der Organisationen, die auf dem Gebiet der Sozialen Dienste, Gesundheit und Bildung tätig sind.³⁷⁶

Nach Angaben des Bevollmächtigten des Ministerpräsidenten zu Angelegenheiten der Zusammenarbeit mit den Nicht-Regierungsorganisationen in Polen stammten 1995 ca. 30 Prozent der Einnahmen der polnischen Nicht-Regierungsorganisationen aus öffentlichen Mitteln.³⁷⁷ Dabei war der Großteil der staatlichen Zuwendungen vor allem an die Organisationen auf dem Gebieten Sport/Freizeit und Kunst/Kultur und im weit kleinerem Ausmaß an die Organisationen auf dem Gebiet der Sozialen Dienste, Gesundheit und Bildung gerichtet. Nach 1994 wurden auch diese Zuwendungen stark eingeschränkt, was mit dem generellen Defizit in der Staatskasse zusammenhängt.³⁷⁸

Nach Umfrageergebnissen des polnischen Institutes für Meinungsforschung sind aber die meisten Polen (93 Prozent der Befragten) der Meinung, daß die Nicht-Regierungsorganisationen, die dem öffentlichen Wohl dienen, stärker vom Staat unterstützt werden sollen. Aus dieser Umfrage geht auch hervor, daß die Nicht-Regierungsorganisationen als ein wichtiger Akteur auf dem Gebiet der Sozialen Dienste angesehen werden, dem mehr Beachtung und Zuwendung seitens der staatlichen Stellen zusteht.

Die mangelnden finanziellen Mittel und das unregelmäßige Verhältnis zwischen den Nicht-Regierungsorganisationen und den staatlichen Strukturen wird auch von den meisten Organisationen als das größte Hindernis erkannt. 47 Prozent der von KLON/JAWOR untersuchten Organisationen gaben bei der Frage nach den größten Barrieren, die ihre Arbeit behindern, die fehlenden finanziellen Mittel an; 9 Prozent wiesen auf die man-

Informationszentrums über die Nicht-Regierungsorganisationen BORDO).

³⁷⁶ Vgl. Salomon 1995, S. 8f., auch Les 1998a, S. 61f..

³⁷⁷ Vgl. Wspolpraca administracji rzadowej z organizacjami pozarządowymi 1998, S. 48.

gelnde Zusammenarbeit und Kooperationsbereitschaft seitens der staatlichen Administration im Allgemeinen hin. Enge und ungünstige rechtliche Regelungen wurden von 7 Prozent der Organisationen als großes Erschwernis erkannt, neben den Problemen mit der Infrastruktur (7 Prozent) und den personellen Schwierigkeiten wie mangelndes Engagement, fehlende Erfahrung und niedriger Professionalisierungsgrad der Mitarbeiterinnen (6,7 Prozent).³⁷⁹

Trotz zahlreicher Probleme, welche die Entwicklung der Nicht-Regierungsorganisationen in Polen behindern, wurden die intermediären Organisationen der Sozialarbeit im Zuge der Systemtransformation zu einem erkennbaren Akteur auf dem Gebiet der Sozialen Dienste. Die neuen Formen der sozialen Unterstützung, die ihren Schwerpunkt auf die Stärkung der Selbständigkeit der Menschen bei der Bewältigung der sozialen Probleme sowie auf die Animation der sozialen Umwelt legen, setzen erste Akzente für die Umsetzung neuer Ziele der Sozialpolitik.

Auch der hohe Formalisierungsgrad der Organisationsstrukturen sowie ein erhebliches Maß der Unabhängigkeit von staatlichen und politischen Instanzen zeugen von der Herausbildung einer "positiven Identität" der polnischen Nicht-Regierungsorganisationen, die auch als "Enklave der neuen bürgerlichen Haltungsmuster" betrachtet werden können.³⁸⁰

Die Phase der verstärkten Entwicklung der polnischen Nicht-Regierungsorganisationen, die auf den Zeitraum 1989 -1992 datiert werden kann, ist bereits vergangen. Die gegenwärtige Situation des intermediären Bereichs ist sehr instabil und spiegelt Probleme, die für die Konsolidierungsphase des neuen Gesellschaftssystems charakteristisch sind, wider.

Trotz des merkbaren Anstiegs der Aktivitäten im intermediären Bereich seit Beginn der Transformationsprozesse werden die Nicht-Regierungsorganisationen nicht als vollberechtigtes Subjekt der Sozialpo-

³⁷⁸ Vgl. ebd., S. 50.

³⁷⁹ Angaben nach Krasnodebska/Pucek/Kowalczyk/Wygnanski 1996, S. 108f.

³⁸⁰ Ebd., S. 383.

litik betrachtet. Der Aufbau der gesellschaftlichen Selbstorganisation ist in Polen den wirklichen Reformen im sozialen Bereich vorausgegangen. Den politischen und wirtschaftlichen Veränderungen zu Anfang der 90er Jahre folgte keine grundlegende Reform der sozialen Sicherungssysteme.³⁸¹

Die erste Etappe der sozialpolitischen Entwicklungen in der Transformationszeit, die den Zeitraum 1989-1995 umfaßt, wird auch in der Literatur als Phase der „erhaltenden“ und „reaktivierenden“ Maßnahmen bezeichnet.³⁸²

Den Nicht-Regierungsorganisationen wurde zu dieser Zeit auf der Ebene der politischen Deklarationen eine wichtige Rolle als Träger der gesellschaftlichen Reformen und als ein unerlässliches Element des demokratischen Systems zugesprochen. Diese Erklärungen fanden jedoch bislang keine entsprechende Widerspiegelung in den gesetzlichen Regelungen, die diesen Organisationen auch tatsächlich einen berechtigten Platz in dem neuen Gesellschaftssystem sichern würden.

Als ein wichtiges Gestaltungsprinzip des neuen sozialen Sicherungssystems wird in Polen das Subsidiaritätsprinzip betrachtet.³⁸³

In der Präambel der neuen polnischen Verfassung vom 02. April 1997 wird das Subsidiaritätsprinzip als Grundlage des neuen sozialen Paradigmas und als Direktive für die Modifizierung der sozialen Sphäre angesehen.³⁸⁴

³⁸¹ Die Beibehaltung der Grundfunktionen der bestehenden Sicherungssysteme sollte nach der Strategie der polnischen Regierung in der ersten Phase der Transformation eine Pufferrolle spielen und den größten Teil der Lasten der Arbeitslosigkeit sowie der sich schnell verbreitenden Armut auf sich nehmen. Zu diesen Problemen siehe auch Kapitel 5.3 dieser Arbeit. Eine ähnliche Strategie wurde auch von der Regierung der Tschechei und Ungarn verfolgt, Vgl. dazu: Les 1998, auch Rys 1995 und Kuti 1997.

³⁸² Zur Periodisierung der Entwicklungen in der polnischen Sozialpolitik siehe: Les 1998a, S. 125 und Les 2000, S. 197. Nach der von Les vorgestellten Aufteilung folgt der ersten Etappe seit 1996 die zweite Phase der sozialpolitischen Entwicklungen, für die Umstrukturierungen und der Aufbau von neuen Regeln und sozialpolitischen Institutionen kennzeichnet ist.

³⁸³ Das Subsidiaritätsprinzip als ein Regulierungsmodus im sozialen Sicherungssystem wird in Polen zwar rege diskutiert und seine rechtliche Fixierung angedacht, bislang existieren jedoch in der polnischen Gesetzgebung keine klaren juristischen Bestimmungen, die das Verhältnis zwischen dem Staat und den Nicht-Regierungsorganisationen im Einzelnen regeln. Zur Diskussion des Subsidiaritätsprinzips angesichts der Transformationsprozesse in Polen siehe: Dylus 1993, S. 4ff; Gliniski 1998, S. 51ff.; Golinowska 1993, S. 19; Golinowska 1994a, S. 198ff.; Ksiezopolski 1993, S. 30; Les 1991, S. 215f.; Les 2000, S. 193ff.; Toczyski 1996, S. 15f..

³⁸⁴ Vgl. Konstytucja Rzeczypospolitej Polskiej uchwalona w dniu 2 kwietnia 1997 (Verfassung der Republik Polen von 2.04.1997) In: Dziennik Ustaw, Nr. 78, Poz. 487.

In den geltenden gesetzlichen Regelungen wird jedoch dieses Prinzip nicht berücksichtigt. Es fehlt somit die gesetzliche Basis, welche die Umsetzung dieses Prinzips garantiert. Generell gibt es in Polen kein kohärentes System, das die Zusammenarbeit zwischen der staatlichen Administration und dem intermediären Bereich regelt.³⁸⁵ Die gegenseitigen Kontakte finden meist auf informellen Wegen statt und werden oft von Zufallsaktionen eingeleitet und bestimmt.³⁸⁶

Dringender Klärung bedarf insbesondere das Problem der Verteilung und des Zugangs zu den öffentlichen Mittel für die Realisierung der sozialen Aufgaben. Der Transfer der Mittel für bestimmte Aktivitäten der Nicht-Regierungsorganisationen hat bislang einen fakultativen Charakter.³⁸⁷

Lückenhaft sind auch die Regelungen bezüglich der Steuervergünstigungen für die Nicht-Regierungsorganisationen. Die Bestimmung der Gemeinnützigkeit aus dem breiten Spektrum der Ziele, welche diese Organisationen verfolgen, wurde bislang nicht präzise formuliert. Daraus folgt, daß die steuerlichen Vorteile von allen Organisationen in Anspruch genommen werden können, ungeachtet des Charakters ihrer Aktivitäten.³⁸⁸

Die instabile rechtlich-finanzielle Situation dieser Organisationen birgt die Gefahr der Marginalisierung der Nicht-Regierungsorganisationen als Anbieter der Sozialen Dienste.

Die Unstimmigkeit zwischen den offiziell deklarierten Prinzipien und den bestehenden gesetzlichen Regelungen bezeichnet die polnische Sozialwissenschaftlerin Ewa Les als eine „aksiologische Asymmetrie“ („*aksjologiczna asymetria*“).³⁸⁹ Andere Autoren sprechen in diesem Zusammenhang vom „neuen transformatorischen Gerede“ („*transformacyjna nowo-*

³⁸⁵ Vgl. Wygnanski 1998a, S. 128; Glosz/Strzeminska 1999, S. 54.

³⁸⁶ Vgl. Glinski 1998, S. 70.

³⁸⁷ Die Möglichkeit der Zuwendungen aus dem staatlichen Etat für die nichtstaatlichen Subjekte bestimmt das Art. 20 des Haushaltsrecht vom 1991. Die Höhe der möglichen Zuwendungen wird jährlich im Haushaltsgesetz bestimmt. Vgl. Beschluß des Ministerrates vom 9.07.1992, MP Nr. 23 von 1992, Poz. 169.; auch Angaben über Zuwendungen in den Jahren 1992-1997. In: Wspolpraca Administracji rządowej z Organizacjami Pozarządowymi 1998. S. 52ff..

³⁸⁸ Vgl. Izdebski 1997, S. 106; auch Les 2000, S. 206.

³⁸⁹ Les 2000, S. 200.

mowa“), welches mit solchen Worten wie „Subsidiarität“ oder „Zivilgesellschaft“ gefüllt ist, ohne in Bezug zur sozialen Realität zu stehen.

Dagegen wird in der Wirklichkeit den Nicht-Regierungsorganisationen hauptsächlich eine kompensatorisch - ausgleichende Funktion zugesprochen.³⁹⁰

Nach Einschätzung der polnischen Experten nimmt die Ausrichtung der sozialpolitischen Entwicklungen in Polen eher einen neoliberalen Charakter an. Die Kommerzialisierung der Sozialen Dienste gewinnt die Oberhand und droht zunehmend die Initiativen der gesellschaftlichen Selbstverwaltung im sozialen Bereich zu verdrängen.³⁹¹

Das sich abzeichnende Profil der gegenwärtigen sozialpolitischen Entwicklungen charakterisieren einige polnische Autoren als ein neoliberal-etatistisches Modell („*model neoliberalno – etatystyczny*“). Es wird durch die beibehaltenen Strukturen des alten sozialistischen Systems und die neuen Tendenzen zur Kommerzialisierung der Sozialen Dienste geprägt.³⁹²

Zusammenfassend kann konstatiert werden, daß die politischen und wirtschaftlichen Veränderungen nach 1989 den Nicht-Regierungsorganisationen das „Gründungsrecht“ in dem neuen Gesellschaftssystem geschaffen haben. Diese Organisationen stoßen jedoch bei dem Versuch der Realisierung ihrer Aufgaben und der Plazierung im neuen System der sozialen Institutionen als ein eigenständiger Akteur an erhebliche Grenzen.

Wenn die polnischen Nicht-Regierungsorganisationen eine eigenständige Ressource sozialpolitischer Problembewältigung und nicht nur ein "Lückenbüßer" für die staatliche Ineffizienz sein sollen, bedarf es entsprechender Rahmenbedingungen, die eine Implementierung solcher Organisationen fördern. Neben der Garantie von Vereinigungsrecht und Koalitions-

³⁹⁰ Vgl. Les 2000, S. 202.

³⁹¹ Als Beispiel für diese Tendenz können hier die neusten Vorschläge zur Reform des Renten- und Krankenversicherung genannt werden. Zu dieser Problematik vgl. Kapitel 5.3 dieser Arbeit.

³⁹² Zu diesen Überlegungen vgl.: Boni 1998, S. 113f.; Glinski 1998, S. 53; Rymsza 1998, S. 117ff.; Les 2000, S. 202.

freiheit muß als ordnungspolitische Grundvoraussetzung das Verhältnis zwischen den Nicht-Regierungsorganisationen und den staatlichen und privatwirtschaftlichen Partnern durch gesetzlich fundierte Regelungen fest bestimmt werden. Die volle Entfaltung des Potentials der bürgerlichen Initiative benötigt eine breite Unterstützung seitens der öffentlichen Hand. Mit der Unterstützung sind nicht nur die direkten finanziellen Zuschüsse gemeint, sondern in erster Linie die gesetzliche Neuregulierung im Hinblick auf Mittel- und Aufgabenverteilung im Bereich der Realisierung sozialer Dienste im Sinne des Subsidiaritätsprinzips sowie die Förderung des Infrastrukturausbaus der Organisationen. Diesbezüglich vollzieht sich jedoch die Etablierung der polnischen Nicht-Regierungsorganisationen zur Zeit noch in einem "Graubereich". Eine juristische Flankierung dieses Prozesses erscheint dringend geboten.

Neben der legislativen Regelung erfordert die Neuformulierung des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses auch einen Bewußtseinswandel. Dieser Wandel muß sich auf der Erfahrungsebene der Bürgerinnen und Bürger vollziehen. Die Wahrnehmung der verschiedenen Formen der gesellschaftlichen Selbstorganisation als einen gleichberechtigten und mündigen Akteur auf der Gesellschaftsszene ist nach den Jahrzehnten der Fremdbestimmung durch den kommunistischen Staat nicht selbstverständlich. Erst die Überzeugung von der Notwendigkeit der Eigeninitiative als ein Weg zur Lösung sozialer Problemlagen sowie die daraus folgende Anerkennung der gesellschaftlichen Selbstorganisation können den Aktivitäten im intermediären Bereich eine tragende innere Kraft spenden.

8. Transformation in der Sozialarbeiterausbildung

Die Rolle des Bildungssystems ist in Polen von entscheidender Bedeutung während der Umwandlungsprozesse von dem früheren sozio-politischen System zur Demokratie und Marktwirtschaft.

Für eine effektive Gestaltung des Übergangs ist es unumgänglich, die Bildung neu zu strukturieren: von einer begrenzten instrumentellen Rolle, die sie im früheren System spielte, zu einer Rolle, die berufliche sowie soziale, politische und kulturelle Fähigkeiten fördern soll.

Die Anerkennung der Bildung und der Qualifikationen der Menschen als ein Weg zur Lösung individueller und gesellschaftlicher Probleme hat tiefe Wurzeln in der Tradition der polnischen Sozialarbeit.

„Die Sozialarbeit verändert die Umwelt mit den Kräften der Menschen im Namen der Ideale“³⁹³, schrieb bereits 1925 *Helena Radlinska*, die Pionierin der polnischen Sozialarbeit, und hatte dabei ein Bild von einem kreativen, dynamischen, verantwortungsbewußten und gebildeten Menschen vor Augen.

Der Professionalisierung der Sozialarbeit wird auch gegenwärtig die höchste Priorität in den Reformplänen eingeräumt. Angesichts der neuen gesellschaftlichen Realität werden an die Sozialarbeiterinnen Erwartungen gerichtet, die mit hohen professionellen Kompetenzen verbunden sind. Neben der Förderung der Fähigkeit zum kritischen und kreativen Denken sollen berufliche Fertigkeiten erworben werden, die zur Realisierung der neuen Ziele der Sozialpolitik beitragen.

Diesen Erwartungen steht jedoch eine Realität gegenüber, die von einem sehr niedrigen Ausbildungsniveau der Sozialarbeiterinnen gekennzeichnet ist. Die Qualifikation als Sozialarbeiter oder Sozialarbeiterin auf dem Niveau der mittleren beruflichen Bildung besaßen 1991 lediglich 45 Prozent

³⁹³ Radlinska 1961, S. 354.

der auf dem Gebiet der Sozialarbeit tätigen Mitarbeiterinnen, nur 1,5 Prozent konnten eine Hochschulausbildung vorweisen.³⁹⁴

Mit dem neuen Sozialhilfegesetz vom 29. November 1990 wird die Anhebung des Ausbildungsniveaus in der Sozialarbeit angestrebt.³⁹⁵

Dieser Forderung muß aber eine Bildungsstrategie folgen, die auf den neuen konzeptionellen Grundsätzen basiert. Diese Aufgabe stößt jedoch gegenwärtig auf vielfältige Probleme, die sowohl aus der schweren finanziellen Krise des Landes als auch aus seiner kommunistischen Vergangenheit resultieren.

Im folgenden Kapitel sollen zuerst die wichtigsten Schritte der neueren Bildungsgeschichte Polens sowie die wesentlichen Reformziele nach dem gesellschaftlichen Umbruch 1989 nachgezeichnet werden.

Vor diesem Hintergrund werden die Entwicklungen in der Ausbildung der Sozialarbeit sowie die angestrebten Reformbemühungen thematisiert.

Ein besonderes Augenmerk wird dabei auf die mittleren Berufsschulen der Sozialarbeit, die sogenannten Postlyzealen Schulen der Sozialen Dienste (*Postlicealne Szkoły Służb Społecznych*) gerichtet.

Am Beispiel des neuen Ausbildungsprogramms für diese Schulen werden die Grundsätze der künftigen Ausbildungsstrategie der polnischen Sozialarbeit dargestellt.³⁹⁶

Die Sozialarbeiterausbildung an Hochschulen wird nur aus der historischen Perspektive beleuchtet. Auf die aktuelle Problematik der Ausbildung der Sozialarbeiter an Hochschulen wird hier nicht näher eingegangen.³⁹⁷

³⁹⁴ Vgl. Les 1991, S. 103.

³⁹⁵ Vgl. Ustawa o Pomocy Społecznej z dnia 29.11.1990. In: Dziennik Ustaw, Nr. 87/90 Poz. 506, Pkt. 3, Art. 49, S. 29.

³⁹⁶ Im Februar 1993 wurde vom Minister für Arbeit und Sozialpolitik eine Lehrplankommission für den Beruf des Sozialarbeiters ins Leben gerufen, die mit der Aufgabe der Vorbereitung einer neuen „Lehrplandokumentation für den Beruf des Sozialarbeiters“ (*„Dokumentacja programowa dla zawodu pracownik socjalny“*) beauftragt wurde. Das von der Kommission erarbeitete Ausbildungsprogramm wird seit dem 1. September 1993 in den Postlyzealen Schulen der Sozialen Dienste (*Policealne Szkoły Służb Społecznych*) eingeführt. Vgl. dazu: Dokumentacja programowa dla zawodu pracownik socjalny. Załącznik do decyzji Nr. 7 Ministra Pracy i Polityki Socjalnej z dnia 4 października 1995. In: Dziennik Urzedu MpiPS, Nr. 6(44), Poz. 7.

³⁹⁷ Die Ausbildung von Sozialarbeitern an Hochschulen kann gegenwärtig als sehr heterogen bezeichnet werden. Die Heterogenität äußert sich sowohl dadurch, daß

8.1 Das polnische Bildungssystem und die Herausforderung der Systemtransformation

In der Geschichte des polnischen Bildungswesens nach dem Zweiten Weltkrieg lassen sich verschiedene Etappen verfolgen.³⁹⁸

Sie waren weniger von strukturellen Änderungen des Bildungssystems als von Bestrebungen und Auseinandersetzungen allgemeiner politischer und weltanschaulicher Art sowie den ökonomischen Konjunkturschwankungen bestimmt.

In den ersten Nachkriegsjahren ging es angesichts der Kriegszerstörungen vor allem um den Wiederaufbau des stark in Mitleidenschaft gezogenen Schul- und Hochschulwesens. Allgemeine Schulpflicht, unentgeltlicher Schulbesuch für alle Schulformen sowie der Kampf gegen das Analphabetentum waren die Hauptrichtungen der Bestrebungen.

Die zweite Phase trat mit der 1948 vollzogenen Machtübernahme durch die Kommunisten ein und wird durch die Tendenz der Anpassung der Schule an das sowjetische Muster charakterisiert. In der Zeit des Stalinismus (1949-1956) erfaßte die absolute, monopolistische Kontrolle des bürokratischen Staatsapparates alle gesellschaftlichen Bereiche und hier zuerst das Bildungswesen. Es begann eine Periode der massiven Umgestaltung der Schule in ein Instrument der ideologischen Indoktrination. Zu diesem Zweck wurde nach dem sowjetischen Vorbild eine integrierte elfjährige Gesamtschule eingeführt. Sie gliederte sich in die auf sieben Jahre verkürzte Grundschule als Pflichtschule und ein vierjähriges Lyzeum.

es unterschiedliche Ausbildungsstätten mit sehr verschiedenen Lehrprogrammen und Studiendauer gibt, als auch dadurch, daß sich inzwischen auch private Träger neben dem Staat an der Finanzierung der Ausbildung von Sozialarbeitern beteiligen und eigene Ausbildungsstätten gründen. Es gibt gegenwärtig in Polen keinen einheitlichen Kanon für die Sozialarbeiterausbildung auf der Hochschulebene, was die Vergleichbarkeit der akademischen Abschlüsse sowie das Akkreditieren der Sozialarbeiterausbildung im internationalen Kontext erheblich erschwert.

³⁹⁸ Zur Entwicklung des Bildungswesens in der Volksrepublik Polen siehe: Baske 1987, kurzer Überblick auch Hörner/Wompel 1994, S. 1 - 6; Muszynski 1991, S.118ff.

Im Jahre 1951 wurden Berufsgrundschulen, Technika und berufliche Anlerneschulen ins Leben gerufen, die mit einer drei- bzw. fünfjährigen Schulzeit auf der siebenjährigen Grundschule aufbauten. Die Lehrpläne wurden ebenfalls nach sowjetischen Muster geändert. Diese später als „Sowjetisierung“ bezeichnete radikale Umformung des Bildungswesens wurde 1956 von der „Entstalinisierung“ abgelöst.

Das politische Tauwetter nach 1956 führte zu den Überlegungen über eine Bildungsreform und deutete erste Veränderungen an.

Das am 15. Juli 1961 verabschiedete „Gesetz über die Entwicklung des Bildungs – und Erziehungswesens“ (*„Ustawa o rozwoju systemu ksztalcenia i wychowania“*)³⁹⁹ ist für die nächsten 30 Jahre des polnischen Schulwesens grundlegend geworden.

Es regelte das allgemeinbildende und berufliche Schulwesen und bestätigte den Status der polnischen Schule als staatliche, unentgeltliche, öffentliche und laizistische Schule. Es bekräftigte auch den sozialistischen Charakter von Bildung und Erziehung in der Volksrepublik Polen und betonte als oberstes Erziehungsziel die „Vorbereitung von bewußten Erbauern des Sozialismus“ (Präambel) und die „Erziehung zum bewußten und schöpferischen Bürger der Volksrepublik Polen“.⁴⁰⁰

Die schon 1945 geforderte achtjährige Grundschule (*szkola podstawowa*) wurde zur Pflichtschule erklärt. Sie bildete nun ein einheitliches Fundament des polnischen Schulsystems, auf dem die weiterführenden Schulen, die vierjährigen allgemeinbildenden Lyzeen, die vier- bis fünfjährigen Technika und die zweijährigen Berufsgrundschulen aufbauten.

Mit der Verschärfung der wirtschaftlichen und politischen Krise der siebziger Jahre wurde immer klarer, daß das Bildungssystem in einer widersprüchlichen Gesellschaftsordnung des sogenannten „realen Sozialismus“ nicht funktionieren kann. In den 35 Jahren der Volksrepublik Polen konnte man zwei parallel laufende Prozesse verfolgen.

³⁹⁹ Deutsche Übersetzung in Baske 1987, S. 412-420.

⁴⁰⁰ Zitiert nach Baske 1987, S. 412.

Einerseits gab es permanente Bemühungen der Pädagogen, das polnische Schulwesen umzubauen und zu reformieren. Erwähnenswert ist hier beispielsweise der von einem unabhängigen Expertenkomitee erarbeitete „Bericht über den Stand des Bildungswesens in der Volksrepublik Polen“ („*Raport o stanie oswiaty w PRL*“) vom Mai 1973, in dem viele bildungspolitische Reformvorschläge formuliert wurden.⁴⁰¹

Diese Bemühungen blieben aber im wesentlichen nur eine Proklamation. Keine der geplanten Reformen wurde konsequent verwirklicht.

Andererseits verstärkten sich im genannten Zeitraum die Prozesse, die zu einer weitgehenden Entfremdung von Schule und Gesellschaft führten. Der indoktrinierende Charakter des Unterrichts und eine drastische Verarmung des Schulwesens und der Lehrerschaft hatten einen weitgehenden Zerfall des polnischen Schulwesens zur Folge.

Unter den Bildungssystemen der sozialistischen Länder wies Polen jedoch gewisse Besonderheiten auf, die zu einem erheblichen Teil auf die spezifischen historischen Voraussetzungen des Landes zurückzuführen sind. Hervorzuheben ist hier vor allem die bedeutende Rolle der römisch-katholischen Kirche. Als geistige Opposition gegenüber dem ideologischen Universalanspruch des Marxismus verkörperte sie auch in Bildungsfragen die überlieferten nationalen Werte.

Die geschichtliche Erfahrung der „gesellschaftlichen Selbstorganisation“ aus der Teilungszeit und der Okkupation begründeten ein zweites eigenständiges Element der politischen und kulturellen Bildung neben dem staatlichen Monopol im Bildungswesen.

Ein wichtiger Faktor des pädagogischen Lebens war schließlich auch die trotz aller Restriktionen bestehen gebliebene Verbindung zu den geistigen Strömungen im Westen. „Einem „monistischen“ Bildungssystem auf kommunistischer Grundlage stand in Polen somit eine „pluralistische“ Wirklichkeit gegenüber.“⁴⁰²

⁴⁰¹ Vgl. Komitet Expertow 1973.

⁴⁰² Anweiler 1996, S. 145.

Der politische und wirtschaftliche Umbruch Ende der achtziger Jahre brachte eine neue Perspektive für die pädagogischen Fragestellungen.

Bei den Verhandlungen am „Runden Tisch“ im Frühjahr 1989 fanden auch die Fragen der Bildung und Erziehung Interesse.⁴⁰³

Bedeutsam für den Wandel der Bildungspolitik waren zum einen die Verhandlungen der „Untergruppe für Volksbildung, Hochschulwesen und Wissenschaft“ (Dokument 1) und der „Untergruppe für Angelegenheiten der Jugend“ (Dokument 2), die sich vornehmlich darum bemühten, Übereinkünfte zur Lösung von Erziehungs-, Bildungs- und Jugendproblemen zu erzielen.⁴⁰⁴

So verständigten sich die hier mitwirkenden Seiten darauf, daß die bildungspolitischen Veränderungen „in Übereinstimmung mit der Richtung des Wandels im gesellschaftlich-politischen und wirtschaftlichen Leben, insbesondere mit der Demokratisierung und dem Pluralismus,“ vorgenommen werden. Sie sollen auch nicht mehr von sozialistischen Perspektiven, sondern von „den Bedingungen der sich gestaltenden bürgerlichen Gesellschaft“ bestimmt werden. An die Stelle der aus dem Marxismus-Leninismus hergeleiteten Normen sollten die „Prinzipien der Verfassung und der allgemeinen Deklaration der Menschenrechte (...) die auf souveränen und demokratischen polnischen Traditionen und Erfahrungen basieren“⁴⁰⁵, treten.

Nach dem Vollzug des politischen Umbruchs mündeten die in den Vereinbarungen enthaltenen konzeptionellen Vorstellungen im Entwurf eines neuen Bildungsgesetzes, das Anfang April 1990 vorgestellt wurde.

Das Gesetz über das Bildungssystem („*Ustawa o systemie edukacji*“) vom 7. September 1991 ist heute die Grundlage des polnischen Bildungssystems.⁴⁰⁶

⁴⁰³ Zur Anfangsphase des bildungspolitischen Wandels in Polen vgl. Baske 1991, S. 17-33.

⁴⁰⁴ Auszugsweise deutsche Übersetzung der Abschlusssdokumente der Verhandlungsgruppen In: Osteuropa 40 (1990) 11/12, S. A 642-645.

⁴⁰⁵ Zitiert nach Baske 1991, S. 19.

⁴⁰⁶ Ustawa o Systemie Oswiaty z dnia 7 wrzesnia 1991. In: Dziennik Ustaw

Entgegen der Bezeichnung regelt dieses Gesetz aber nur, genau wie das Gesetz von 1961,⁴⁰⁷ das allgemeine und berufliche Schulwesen sowie außerschulische Bildungs- und Erziehungseinrichtungen unterhalb des Hochschulsektors.⁴⁰⁸

In der Präambel des Schulgesetzes kommen die ideellen Grundsätze, die Bildung und Erziehung im demokratischen Polen bestimmen sollen, klar zum Ausdruck. So richtet sich das neue Gesetz „nach den Prinzipien des Grundgesetzes der Republik Polen, der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, der internationalen Vereinbarung über die Bürgerrechte sowie nach der internationalen Konvention über die Rechte des Kindes. Lehre und Erziehung haben als Basis die allgemeinen Grundlagen der Ethik unter Berücksichtigung des christlichen Wertsystems.“⁴⁰⁹

Das Bildungsgesetz markiert damit die Abkehr von sozialistischen Erziehungszielen und Bildungsinhalten. Einen Bruch mit der kommunistischen Vergangenheit stellt die Zulassung nichtstaatlicher Schulformen dar, die gleichberechtigt neben den öffentlich-staatlichen Bildungseinrichtungen existieren können.⁴¹⁰

Mit Zulassung der Gründung von nichtöffentlichen Schulen (*szkoly niepubliczne*), die sich in unterschiedlicher, privater, territorialer, gesellschaftlicher (*szkoly społeczne*) oder konfessioneller Trägerschaft befinden können, kommt die wichtigste Intention des neuen Bildungsgesetzes, die „Vergesellschaftung“ des Bildungswesens, deutlich zum Ausdruck.

Unter der „Vergesellschaftung“ der Schule wird ihre Rückführung in die Hand der Gesellschaft nach der jahrelangen Entfremdung durch den tota-

Rzeczpospolitej Polskiej, 95/25.10.1991, S. 1277-1295. Deutsche Übersetzung des polnischen Bildungsgesetzes vom 7. September 1991 siehe: Hörner/Wompel 1994, S. 32-72.

⁴⁰⁷ Vgl. das Gesetz vom 15. Juli 1961, deutsche Übersetzung in: Baske 1987, S. 412-420.

⁴⁰⁸ In Polen existiert kein eigenes Berufsbildungsgesetz, wie es seit 1969 in Deutschland besteht, obwohl gerade angesichts der schwierigen Lage der beruflichen Bildung zunehmend Forderungen nach einem eigenständigen Berufsbildungsgesetz erhoben werden. Vgl. beispielsweise: Glowne kierunki doskonalenia systemu edukacji w Polsce (Die Hauptrichtungen der Vervollkommnung des Bildungssystems in Polen) 1994, S. 70-80 und S. 206-211.

⁴⁰⁹ Präambel des Bildungsgesetzes vom 7. September 1991. In: Hörner/Wompel 1994, S. 32.

⁴¹⁰ Vgl. ebd., Art. 5 Abs. 1, S. 34; Kapitel 8, S. 64-68.

litären Staat verstanden.⁴¹¹ Zum Prinzip der „Vergesellschaftung“ der Bildung gehört auch die Unterstellung der Vorschuleinrichtungen und Grundschulen unter die Verwaltung der Kommunen (statt wie bisher unter die des Zentralstaates) sowie die Stärkung der Autonomie und der Selbstverwaltung der einzelnen Bildungssubjekte.

Das Bildungsgesetz von 1991 hat den organisatorischen Aufbau des bisherigen Schulsystems weitgehend bestätigt, auch wenn durch die Zulassung neuer nichtstaatlicher Bildungseinrichtungen eine stärkere Differenzierung eingetreten ist. Infolgedessen blieb die Organisationsstruktur erhalten, wie sie insbesondere durch das „Gesetz vom 15 Juli 1961 über die Entwicklung des Bildungs- und Erziehungssystems“ („*Ustawa o rozwoju systemu kształcenia i wychowania z dnia 15. lipca 1961*“) festgelegt worden war.⁴¹²

Demnach gliedert sich das polnische Schulwesen in eine gemeinsame achtjährige Grundschule (*szkola podstawowa*)⁴¹³ und verschiedene Typen der weiterführenden Schulen (*szkoly ponadpodstawowe*), die auf der Grundschule aufbauen. Diese Schulen teilen sich in Berufsgrundschulen und allgemein- und berufsbildende Schulen auf. Die allgemeinbildenden Lyzeen (*szkoly ogólnokształcące*) und die mittleren Berufsschulen (*szkoly średnie zawodowe*) werden gemäß der österreichisch-osteuropäischen

⁴¹¹ Mit dem Begriff „Vergesellschaftung“ der Schule ist im Unterschied zum geläufigen deutschen Sprachgebrauch nicht eine „Verstaatlichung“ der Schule gemeint, sondern gerade das Gegenteil. In dem für das soziologische Denken Polens spezifischen antagonistischen Verständnis des Staates und der Gesellschaft (Vgl. dazu beispielsweise: Marody 1991, 259ff; Meyer/Ryszka 1989, S.10; Mokrzycki 1991, S. 7ff; Nowak 1989; Wnuk-Lipinski 1982, S. 85 und ders. 1991, S. 53ff) wird Staat als Synonym mit den kommunistischen Inhabern der Staatsmacht angesehen. Somit ist mit dem Begriff „Vergesellschaftung“ die Einschränkung des Einflusses des Staates zugunsten einer breiteren Beteiligung der gesellschaftlichen Gruppen gemeint.

⁴¹² Die Grundstruktur des polnischen Bildungswesens ist in deutschsprachigen Publikationen bereits mehrfach dargestellt worden. Deswegen wird in der vorliegenden Arbeit nur eine skizzenhafte Schilderung vorgenommen, die dem besseren Verständnis der Veränderungen im gesamten polnischen Bildungssystem und somit der Entwicklungen in der Ausbildung der Sozialarbeit dienen soll. Ausführlicher zu Aufbau und Organisation des polnischen Bildungswesens und zu den aktuellen Reformansätzen siehe beispielsweise: Hörner/Wompel 1994, S. 7-31; Hörner/Huck 1995; Steiner-Jordan 1995.

⁴¹³ In einigen deutschen Übersetzungen wird sie auch Pflichtschule oder Basischule genannt (Anm. der Verfasserin).

Terminologie unter dem Begriff der „Mittelschule“ (*szkola srednia*) zusammengefaßt.

Den quantitativ größten Sektor des Bildungswesens nach der Pflichtschule stellen die verschiedenen beruflichen Schulen dar. Das berufliche Schulwesen wird grundsätzlich in zwei Stufen eingeteilt. Die untere bilden die Berufsgrundschulen (*zasadnicza szkola zawodowa*), die die Qualifikationen eines Facharbeiters beziehungsweise angelernten Arbeiters vermitteln. Auf der zweiten Stufe befinden sich mittlere Berufsschulen (*srednie szkoly zawodowe*). Zu der Gruppe der mittleren Berufsschulen (*srednie szkoly zawodowe*) werden drei Grundtypen gezählt: das Berufslyceum (*liceum zawodowe*), das Technikum und das gleichrangige berufsbildende Lyzeum (*technikum i rownorzedne liceum zawodowe*) sowie die Postlyzealen Schulen, auch Postabiturschulen genannt (*szkoly policealne, szkoly pomaturalne*). Die beiden erstgenannten Typen offerieren doppeltqualifizierende Bildungsgänge (berufliche Qualifikation und Hochschulreife). Die Postlyzealen Schulen oder Postabiturschulen geben den Abiturienten, die kein Hochschulstudium aufnehmen wollen, oder den Absolventen des allgemeinbildenden Lyzeums ohne Abitur die Möglichkeit einer beruflichen Qualifizierung.

Das Hochschulwesen in Polen umfaßt die klassischen Universitäten mit herkömmlichem breiten Fächerprofil, Technische und Pädagogische Hochschulen und eine Vielzahl spezialisierter Hochschultypen.

Die Reformbemühungen in der Folge des politischen Umbruchs in Polen betrafen nicht nur ein neues Schulgesetz, sondern auch Berufsbildung und Hochschulen. Infolge der unmittelbaren Beziehung zum Wirtschaftssystem gehört die berufliche Bildung zu dem von der allgemeinen gesellschaftspolitischen Transformation am stärksten betroffenen Teil des Bildungswesens.

Die Diskussion um die Reform dieses Bildungsbereichs ist in Polen nicht neu. Die Reformvorschläge zur Berufsbildung wurden bereits im Rahmen

allgemeiner Bemühungen um die Reform des gesamten Bildungssystems formuliert.⁴¹⁴

Im August 1990 wurde vom polnischen Ministerium für nationale Bildung eine Sachverständigengruppe berufen und beauftragt, eine Konzeption der Berufsbildungsreform auszuarbeiten. Der Entwurf des Reformkonzeptes wurde im Februar 1991 unter der Bezeichnung „Die einführende Konzeption zur Entwicklung des Berufsschulwesens“ („*Wstepna koncepcja rozwoju szkolnictwa zawodowego*“) der breiten Öffentlichkeit zur Diskussion vorgelegt.⁴¹⁵

Die Reformbestrebungen zielen auf die Anhebung des Ausbildungsniveaus bei gleichzeitiger curricularer Modernisierung ab.⁴¹⁶ Die Aufwertung der beruflichen Bildung soll durch den Ausbau der Berufsmittelschulen vollzogen werden. Geplant ist beispielsweise die Etablierung einer neuen berufsbildenden Schulform wie das Technische Lyzeum (*liceum techniczne*),⁴¹⁷ das mit Abitur (*matura*) absolviert werden kann und auf das die

⁴¹⁴ Nennenswert sind hier insbesondere Vorhaben, die in den Berichten der Expertenkomitees von 1973 und von 1989 zusammengetragen wurden. Vgl. dazu: Komitet Ekspertow 1973, auch Baske 1987, 536ff.; Komitet Ekspertow 1989, zusammenfassend Kupisiewicz 1991, S. 39ff.

⁴¹⁵ Vgl. *Wstepna koncepcja rozwoju szkolnictwa zawodowego*. In: *Nowa Szkoła*, 1991, S. 523-533.

⁴¹⁶ Die Expansion der mittleren und höheren Bildung wird gegenwärtig in Polen als ein vorrangiges Ziel der Gesellschaftspolitik anerkannt. In der „Strategie für Polen“ („*Strategia dla Polski*“), einer programmatischen Schrift der polnischen Regierung, wird das menschliche Kapital und das Qualifikationspotential als die Hauptantriebskraft der angestrebten gesellschaftlichen Veränderungen angesehen; dazu vgl. Kolodko 1995. Im Vergleich mit westeuropäischen Ländern ist in Polen ein geringer Anteil der jungen Leute für eine höhere allgemeine Bildung zugelassen. Nach den Vorstellungen der polnischen Bildungsplanung soll jedoch bis zum Jahr 2005 zwischen 70 - 80 Prozent eines Altersjahrgangs den mittleren Abschluß erreichen und circa 30 Prozent des Jahrgangs der 19jährigen an der Hochschulbildung partizipieren. Vgl. dazu: *Zalozenia dlugofalowej polityki edukacyjnej panstwa 1996*. (Grundsätze der langfristigen Bildungspolitik).

⁴¹⁷ Das Technische Lyzeum (*liceum techniczne*) soll als ein neuer einheitlicher Typ einer Berufsmittelschule an die Stelle der bisherigen fünfjährigen Technika und der vierjährigen Berufslyzeen treten. Das Ziel dieses vierjährigen Ausbildungsgangs ist vor allem eine allgemein-technische Berufsvorbereitung. Damit soll die berufliche Spezialisierung für die Absolventen des technischen Lyzeums in die Hochschule, eine Postabiturschule oder in außerschulische Formen der beruflichen Schulung verlegt werden. Vgl.: *Zalozenia programowo-organizacyjne liceum technicznego 1995* (Programmatisch-organisatorische Grundsätze des Technischen Lyzeums); Dazu auch Moos 1996.

Postabiturschule aufbaut. Die Postlyzealen Schulen sollen erhalten bleiben und gleichzeitig aufgewertet werden.⁴¹⁸

Das Hauptziel der Veränderungen in der Struktur des Bildungssystems ist es, die höhere allgemeine Bildung zu erweitern und eine frühzeitige Spezialisierung zu vermeiden.⁴¹⁹ Favorisiert wird somit die Ausbildung mit breiterem Profil, was der gegenwärtigen Forderung nach größerer Flexibilität am Arbeitsmarkt Rechnung tragen soll.⁴²⁰

Dementsprechend werden auch die Lerninhalte modifiziert. Lehrpläne und Programme, die an allen Schultypen neu erstellt werden, sollen demokratische Ideale und Anforderungen des freien Marktes reflektieren.⁴²¹ Auch der Förderung von Fähigkeiten aus solchen Bereichen, wie westliche Fremdsprachen, Informatik, Teamarbeit und Kommunikation, soll mehr Platz eingeräumt werden.

⁴¹⁸ Geplant ist unter anderem die Verlängerung der Ausbildungsdauer von einer ein- bzw. zweijährigen Ausbildung auf zweieinhalb oder sogar drei Jahre bei gleichzeitiger didaktisch-methodischer Reform.

⁴¹⁹ Vgl. Glowne kierunki doskonalenia systemu edukacji w Polsce 1994. (Die Hauptrichtungen der Verbesserung des Bildungssystems in Polen).

⁴²⁰ Dieser Trend wird verdeutlicht durch die Veränderungen in der Berufsklassifikation. Die 1993 erlassene Neuordnung der Ausbildungsberufe verringert die Anzahl der bisher 527 Berufe und Spezialisierungen der letzten Berufsklassifikation (1988) auf 138 Berufe ohne Spezialisierungen. Mit der Hinwendung zur breitprofiligen und allgemeinberuflichen Ausbildung wird die fachberufliche Spezialisierung auf das letzte Ausbildungsjahr verlegt. Vgl. Rozporządzenie Ministra Edukacji Narodowej z dnia 23 lutego 1993 w sprawie klasyfikacji zawodów szkolnictwa zawodowego (Verordnung des Bildungsministers vom 23. Februar 1993 zur Berufsklassifikation im beruflichen Schulwesen). In: Dziennik Urzędowy Ministra Edukacji, 19/1993, S. 446-451.

⁴²¹ Mit der Aufgabe der Modernisierung der Bildungsinhalte wurden die neu gegründeten Lehrplankommissionen betraut. Bereits im Schuljahr 1991/92 begann man mit der sukzessiven experimentellen Implementation der ersten von den Kommissionen erarbeiteten Ausbildungspläne („*Dokumentacja programowa dla zawodu*“) für die revidierten Berufe in polnischen Berufsschulen. Nach den neuen Regeln soll lediglich ein „Grundlehrplan“ („*Program ramowy*“) festgelegt werden. Die Gestaltung der ausführlichen Lehrpläne wurde den jeweiligen Ausbildungsstätten überlassen. Dieser Schritt der Dezentralisierung soll die Aktualisierung und die flexible Gestaltung der Lehrpläne ermöglichen. Die Einführung der neuen Ausbildungspläne vollzieht sich jedoch sehr langsam, so daß weiterhin die alten Modelle in der pädagogischen Praxis präsent sind. Vgl.: Komunikat Ministra Edukacji Narodowej z 15 lipca 1996 w sprawie wykazu dokumentacji programowych dopuszczonych do użytku szkolnego w publicznych szkołach zasadniczych i średnich zawodowych. In: Dziennik Urzędowy MEN z 1996, Nr. 6, Poz. 34.

In curriculumtheoretischer Hinsicht ist die Einführung sogenannter Module (Bausteine) vorgesehen, die es ermöglicht, verschiedene Ausbildungsgänge flexibel miteinander zu verbinden. Mehr Flexibilität soll auch durch ein zumindest für das erste Ausbildungsjahr allen Schultypen gemeinsames allgemeinbildendes Curriculum gewährleistet werden, das als sogenanntes „Lehrplanminimum“ („*Minimum programowe*“) im Rahmen der großen Reform der Allgemeinbildung im gesamten polnischen Schulwesen diskutiert wird.⁴²²

Generell verfolgen die neuen Schulstrukturen das Ziel, je nach der individuellen Leistung des Schülers stärker als bislang sowohl eine horizontale als auch eine vertikale Durchlässigkeit der Ausbildung zu garantieren sowie mehr Flexibilität und Bildungsangebote zu sichern.

Im Tertiärbereich ist eine Tendenz zur Diversifikation sowie zur stärkeren beruflichen Ausrichtung festzustellen. Die Zunahme der Ausbildungsinstitutionen betrifft vor allem die Universitäten, die dank ihrer akademischen Autonomie in der Lage sind, selbständig darüber zu entscheiden, welche Studiengänge mit welchen Programmen und Abschlüssen sie anbieten wollen. Durch ein eigenes Hochschulgesetz vom 12. September 1990 (*Ustawa o szkolnictwie wyższym*)⁴²³ erhielten die Hochschulen eine neue rechtliche Basis, wodurch auch die Freiheit von Forschung und Lehre sowie größere institutionelle Demokratisierung zugesichert wurde. Mit der Freiheit von Forschung und Lehre fördert das neue Hochschulgesetz eine pluralistische Entwicklung der Forschungsdisziplinen und damit zugleich eine vielfältige Gestaltung der Studiengänge. Es kommt hinzu, daß ebenso wie die Lehrpläne der Schulen auch die Studienordnungen nur ein Minimum der verbindlichen Anforderungen festlegen dürfen, so daß den Studenten – wie es ausdrücklich im Gesetz festgelegt ist – Möglichkeiten zur einer individuellen Studienplanung bleiben.

Zur Zeit gibt es zwei Hauptformen der Hochschulbildung, ein Tagesstudium mit dem Lizentiat- bzw. Magisterabschluß oder das Fernstudium (bzw.

⁴²² Zur Reform der Allgemeinbildung vgl. Stawinski 1994.

⁴²³ Vgl. Ustawa o Szkolnictwie Wyższym z dn. 12.10.1990. In: Dziennik Ustaw Rzeczypospolitej 1990, S. 893-915; deutsche Übersetzung in: Wompel 1991.

Ergänzungsstudium) für Absolventen der Postlyzealen Schulen, die berufstätig sind.

Eine Folge der politischen Veränderungen ist die rasche Gründung nicht-staatlicher Hochschulen, die, oft in Partnerschaft mit ausländischen Trägern, für besonders benötigte Fachkräfte entstanden sind.

In den neusten Reformplänen wird auch die Einführung des dreijährigen beruflichen Hochschulstudiums in Polen favorisiert. Gedacht ist an ein der deutschen Fachhochschule ähnliches Modell als zweite Säule des Hochschulsystems. Dieses Reformprojekt bedarf sowohl in struktureller als auch in konzeptioneller Hinsicht noch einer Konkretisierung.⁴²⁴

Beim Übergang zu Demokratie und Marktwirtschaft muß das ganze Bildungssystem des früher kommunistischen Landes völlig neu strukturiert werden. Dies ist weder einfach noch in einer kurzen Zeitspanne realisierbar, da viele Faktoren, wie die in der Zeit des Realsozialismus entwickelten Einstellungen und Verhaltensgewohnheiten, sowie auch der Mangel an Finanzen, die für die Bildung zur Verfügung stehen, dies behindern.⁴²⁵

So verfolgen die Reformer eher die Strategie der „kleinen Schritte“, durch die das Bildungswesen nach Maßgabe der verfügbaren Mittel Stück um Stück reformiert werden sollte.

In der Grundtendenz deuten die neuen gesetzlichen Regelungen auf eine allmähliche Dezentralisierung und Demokratisierung des polnischen Bildungswesens hin. Die ersten Marksteine auf dem mühsamen Weg zu diesem Ziel sind bereits zu erkennen.

Die hier dargestellten Schritte der neueren Bildungsgeschichte Polens bilden die Rahmenbedingungen für die Entwicklungen der Sozialarbeiter-

⁴²⁴ In der von der Untersuchung umfaßten Zeitspanne ist diese Entwicklung noch nicht gesetzlich normiert. Die Entstehung dieses neuen Sektors des Hochschulwesens stützt sich lediglich auf einzelne Verordnungen und verläuft zur Zeit noch sehr unkoordiniert. Ein Gesetzentwurf über die Berufshochschulen wurde bereits vorgestellt. Vgl. dazu: Projekt ustawy o wyższych szkołach zawodowych 1996 (Gesetzentwurf über die Berufshochschulen).

⁴²⁵ 1991 lagen die Staatsausgaben für Bildung und Erziehung sowie für das Hochschulwesen bei 14,38% des gesamten Staatshaushalts. 1992 waren es nur noch 13,15% und 1993 bereits nur 12,38%. Angaben aus: Maly Rocznik Statystyczny GUS 1994, S. 167.

ausbildung. Vor diesem Hintergrund sollen im folgenden Kapitel die Grundzüge der Ausbildung in der Sozialarbeit aufgezeigt werden und im Hinblick auf die Ausrichtung der Reformziele diskutiert werden.

8.2 Entwicklung der Sozialarbeiterausbildung in Polen

In der Geschichte der polnischen Sozialarbeiterausbildung lassen sich verschiedene Perioden unterscheiden:

Bereits vor dem Ersten Weltkrieg, während der Aufteilung Polens unter die Nachbarmächte, wurden 1907 im sogenannten Kongreßpolen (*Królestwo Polskie*) die katholischen „Soziale Kurse“ („*Kursy Socjalne*“) organisiert.

1916 wurde die „Abteilung der Sozialen Arbeit“ („*Wydział Pracy Społecznej*“) bei den „Höheren Kursen für Frauen“ („*Wyzsze Kursy dla Kobiet*“) in Krakow (Krakau) gegründet.

Die ersten dauerhaften institutionellen Formen der Sozialarbeiterbildung wurden in der Zeit der sogenannten Zweiten Republik Polen (*II Rzeczpospolitej*) eingerichtet. 1925 entstand die erste „Schule der Sozialen Arbeit“ („*Szkola Pracy Społecznej*“) in Krakow (Krakau) und die „Katholische Soziale Schule“ („*Katolicka Szkoła Społeczna*“) in Poznan (Posen). Im selben Jahr wurde durch die Initiative von Helena Radlinska das „Studium der Sozial- und Bildungsarbeit der pädagogischen Fakultät der Freien Universität Warschau“ („*Studium Pracy Społeczno-Oswiatowej Wolnej Wszechnicy Polskiej w Warszawie*“) gegründet, die als erste Hochschule in Polen die Sozialarbeiterausbildung angeboten hat.⁴²⁶

Besonders bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang der akademische Ursprung der Sozialarbeiterbildung in Polen. Die Ausbildung an dieser Hochschule hatte den Charakter eines Magisterstudiums, das in vier

⁴²⁶ Zur Geschichte dieser Hochschule vgl.: Theiss 1984; Wyrobkova-Pawlowska 1991, S.14-21; Lepalczyk/Wasilewska 1994.

Spezialgebieten auf die erzieherische, organisatorische und forschungswissenschaftliche Tätigkeit vorbereitete.

Die Sozialarbeiterausbildung wurde in dieser Hochschule im Rahmen der pädagogischen Fakultät eingerichtet, was auch ihre enge Bindung mit der Pädagogik in der polnischen Tradition bedingte.

Nach dem Zweiten Weltkrieg durchschritt die polnische Sozialarbeiterausbildung sehr verschiedene Entwicklungsetappen, die mit jeweils unterschiedlichem politischem Klima und differierenden Reformbestrebungen verbunden waren.⁴²⁷

Die erste Periode umfaßt den Zeitraum von 1945 bis 1952. Nach dem Krieg wurde als erstes die akademische Bildung reaktiviert.

Bereits 1945 wurde an der Universität Lodz der Lehrstuhl für Sozialpädagogik gegründet, der die Tradition des „Studiums der Sozial- und Bildungsarbeit der pädagogischen Fakultät der Freien Universität Warschau“ („*Studium Pracy Społeczno-Oświatowej Wolnej Wszechnicy Polskiej w Warszawie*“) aus der Zeit der sogenannten Zweiten Republik Polen (*II Rzeczypospolitej Polskiej*) fortsetzte.⁴²⁸

Auch an der pädagogischen Fakultät der Universität Poznan (Posen) sowie an der Universität Krakow (Krakau) wurde in den ersten Nachkriegsjahren für eine kurze Zeit das Sozialpädagogikstudium initiiert. Nach dem Entschluß der politischen Führung wurde jedoch 1952 die Tätigkeit dieser Studiengänge eingestellt.

Eine neue Periode in der Geschichte der polnischen Sozialarbeiterbildung begann erst 1962 mit der Reaktivierung der Arbeit des Lehrstuhls für Sozialpädagogik an der Universität Lodz und an der Universität Warschau.

Auf das Jahr 1966 wird der Beginn der Berufsbildung in der Sozialarbeit datiert. Zu diesem Zeitpunkt wurden in Warschau und in Posen die ersten „Staatlichen Schulen für Sozialarbeit“ („*Panstwowe Szkoły Pracowników*

⁴²⁷ Kurzer Überblick dazu vgl.: Lepalczyk/Marynowicz-Hetka 1990a; Wodz 1996, S.43-52 sowie Beiträge in: Les/Rosner 1991a.

⁴²⁸ In der polnischen Tradition wird die Sozialpädagogik als eine die Sozialarbeit konsti-

Socjalnych“) errichtet. Sie konnten jedoch nur wenige Jahre eine gewisse Autonomie in organisatorischer und inhaltlicher Gestaltung genießen. Anfang der siebziger Jahre wurden die „Staatlichen Schulen für Sozialarbeit“ einer Umstrukturierung unterzogen, die den Verlust ihrer Unabhängigkeit zur Folge hatte. Umbenannt als „Medizinische Berufsschulen mit der Abteilung der Sozialarbeiter“ („*Medyczne Studia Zawodowe – Wydziały Pracowników Socjalnych*“) wurden sie in die Organisationsstrukturen des Gesundheitswesens eingegliedert und dem Ministerium für Gesundheit und Soziale Fürsorge (*Ministerstwo Pracy i Opieki Społecznej*) unterstellt.⁴²⁹

Im Rahmen der „Medizinisierung“ der Sozialarbeit wurde auch 1973 ein neues Lehrprogramm eingeführt, das eine überwiegend medizinische Ausrichtung der Ausbildung bevorzugte und die Schulung des Personals für das System des sozialistischen Gesundheitswesens und der „Sozialen Fürsorge“ zum Ziel hatte.

Dem im Februar 1973 von der Regierung verabschiedeten „Programm zur Entwicklung des Gesundheitsschutzes und der Sozialen Fürsorge“ („*Program rozwoju ochrony zdrowotnej i opieki społecznej*“), das unter anderem den Aufbau der professionellen Kader für den Bereich der „sozialen Fürsorge“ voraussah, folgte zwar der quantitative Ausbau der Berufsschulen für Sozialarbeit, das niedrige Qualifikationsniveau in diesem Bereich konnte jedoch dadurch nicht behoben werden.⁴³⁰

Mit der wachsenden Krise des sozialistischen Wohlfahrtsstaates fand die Bedeutung des qualifizierten Personals im Bereich der sozialen Dienste immer mehr Anerkennung bei den politischen Kadern, was auch Ende der siebziger Jahre die Liberalisierung der Bedingungen für die weitere Entwicklung der Sozialarbeiterausbildung zur Folge hatte.

tuerende Disziplin angesehen. Das Sozialpädagogikstudium wird somit als gleichbedeutend zum Studium der Sozialarbeit betrachtet. Vgl.: Smolinska-Theiss 1998; Marynowicz-Hetka 1996.

⁴²⁹ Genauer zur dieser Entwicklung siehe: Adamowicz, 1991, S. 23-30; Hibel 1991, S. 31- 42.

⁴³⁰ Vgl. Hibel 1991.

Im Jahr 1977 wurde am Institut der Sozialpolitik der Universität Warschau das Fernstudium für die Mitarbeiter der Sozialen Dienste (*Zaoczne Studium Pracownikow Sluzb Socjalnych*) ins Leben gerufen.

Ende der achtziger Jahre folgten auch andere polnische Universitäten dieser Entwicklung.⁴³¹

Gegenwärtig erfolgt die Sozialarbeiterausbildung in Polen auf drei Ebenen:

1. in den Berufsmittelschulen der Sozialarbeit, den sogenannten Postlyzealen Schulen der Sozialen Dienste (*Policealne Szkoly Sluzb Spolecznej*),
2. an den Universitäten als ein Tagesstudium mit dem Magisterabschluß im Rahmen solcher Studiengänge wie Pädagogik, Soziologie, Psychologie, Sozialpolitik und Resozialisierung,
3. an den nichtstaatlichen Fachhochschulen als ein Tagesstudium mit dem Lizentiat.⁴³²

Die grundlegende Form der Ausbildung in der polnischen Sozialarbeit bilden die sogenannten Postlyzealen Schulen der Sozialen Dienste (*Policealne Szkoly Sluzb Spolecznych*). Als mittlere Berufsschulen geben sie den Absolventen des allgemeinbildenden Lyzeums mit oder ohne Abitur die Möglichkeit der beruflichen Qualifizierung.

Angesichts der Systemtransformation unterliegt diese Ausbildungsform einem erkennbaren Reformprozeß, der die Modifizierung des bisherigen Ausbildungskonzeptes und insbesondere die Erarbeitung von neuen Lehrplänen zum Ziel hat.

⁴³¹ Vgl. Slupinska 1991, S. 43-58. Überall fand aber die Ausbildung lediglich nur als Spezialisierung im Rahmen der Studiengänge der Pädagogik, Soziologie oder der Sozialpolitik und nicht als eigenständiges Studium der Sozialarbeit mit dem Magister oder Diplomabschluß statt.

⁴³² Das Studium an diesen Hochschulen dauert drei Jahre und erfolgt gegen Entgelt. Auch an den neu entstehenden nichtstaatlichen Hochschulen werden Sozialarbeiter lediglich im Rahmen der zwei Studiengänge Pädagogik oder Politologie/ Sozialwissenschaften ausgebildet. Von den 80 nichtstaatlichen Fachhochschulen, die Anfang 1996 in das Register des polnischen Bildungsministeriums eingetragen

8.3 Reformansätze zur Sozialarbeiterausbildung am Beispiel der Postlyzealen Schulen der Sozialen Dienste

Der Ablösung der bislang als Medizinische Berufsschulen - Abteilung der Sozialarbeiter („*Medyczne Szkoły Zawodowe – Oddział Pracy Socjalnej*“) genannten Schulen aus dem Kompetenzbereich des Gesundheitsministeriums folgte die Übernahme von deren Trägerschaft durch das Arbeits- und Sozialministerium.⁴³³

Als Symbol der Autonomiegewinnung und der neuen ideellen Ausrichtung erhielten die Schulen im Dezember 1992 einen neuen Namen, „die Postlyzealen Schulen der Sozialen Diensten“ („*Policealne Szkoły Sluzb Społecznych*“).⁴³⁴

Die veränderte gesellschaftliche Realität und die neuen Ziele der Sozialpolitik stellen an die Sozialarbeiterinnen hohe professionelle Anforderungen, was die Modifizierung des bisherigen Ausbildungsmodells der Sozialarbeit zur Folge haben muß.

So soll die neue Ausbildungsstrategie insbesondere folgende Faktoren berücksichtigen:

- Neue Subjekte der Sozialpolitik, wie kommunale Selbstverwaltung und intermediäre Organisationen,
- neue Problemfelder der Sozialarbeit wie zum Beispiel Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit,

wurden, haben 18 Hochschulen das Studium der Pädagogik oder Politologie angeboten. Vgl. Wykaz 1996.

⁴³³ Vgl. dazu Rozporządzenie Ministerstwa Pracy i Spraw Socjalnych z dn. 18.09.1992 In: Dziennik Ustaw Nr. 71, Poz. 353.

⁴³⁴ Die Auffassung von der Sozialarbeit als einer Form der sozialen Dienste symbolisiert auch das gewandelte Verständnis ihrer Rolle in dem neuen Gesellschaftssystem.

- neue Arbeitsziele, wie beispielsweise das Stimulieren der Eigeninitiative und der Selbständigkeit der Klienten der Sozialarbeit, das Initiieren von neuen Formen der sozialen Hilfe, insbesondere verschiedene Formen der Selbsthilfe sowie die Vervollkommnung der bereits bestehenden Aktivitäten,
- neue Berufsrollen, wie die Rolle des Fürsprechers, des Vermittlers, des Managers, des Erziehers, des Beraters oder des Mitgestalters der lokalen Umwelt.

Mit dem Beschluß des Ministers für Arbeit und Sozialpolitik vom 4. Oktober 1995 wurde endgültig die neue „Lehrplandokumentation für den Beruf Sozialarbeiter“ (*„Dokumentacja programowa dla zawodu pracownik socjalny“*) bestimmt.⁴³⁵

Sie beinhaltet neben der Berufsbeschreibung und den programmatisch - organisatorischen Bestimmungen der Ausbildung auch die Rahmenstundentafel der Postlyzealen Schulen der Sozialen Dienste (*„ramowy plan nauczania“*) sowie das Lehrplanminimum der Pflichtfächer (*„minimum programowe obowiazkowych przedmiotow zawodowych“*).

In dem neuen Lehrprogramm werden die Berufsziele der Sozialarbeiter, die gleichzeitig auch die Ausbildungsziele bestimmen, wie folgt beschrieben:

„1. Die Unterstützung der Einzelpersonen und der Familien bei der Stärkung bzw. Wiedergewinnung möglichst voller Lebensfähigkeit und der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben, was folgendes umfaßt:

- a) Die Gewährleistung der grundlegenden Lebensbedingungen für diejenigen, die sie entbehren.

⁴³⁵ Dokumentacja programowa dla zawodu pracownik socjalny. Załącznik do decyzji Nr. 7 Ministra Pracy i Polityki Socjalnej z dnia 4 października 1995. In: Dziennik Urzędowy MPiPS, Nr 6 (44), Poz.7.

- b) Die Befriedigung dieser Bedürfnisse, die selbständig oder im Rahmen der anderen Institutionen nicht befriedigt werden können.
 - c) Die Minimalisierung des negativen Einflusses dieser Faktoren, die nicht vermieden werden können.
 - d) Das Erlangen befriedigender Lebensqualität durch Unterstützung bei der Problemlösung und Bewältigung der Schwierigkeiten.
2. Die Bekräftigung der Fähigkeiten von Gruppen und lokalen Gemeinschaften zur Weiterentwicklung und zur selbständigen Lösung eigener Probleme.
3. Die wirksame Gestaltung von verschiedenen Formen der Hilfe sowie die Entwicklung der angemessenen Infrastruktur entsprechend der sich ändernden sozialen Bedürfnisse.⁴³⁶

Um den gesetzten Zielen gerecht zu werden und die oben aufgezählten Fähigkeiten zu erwerben, soll der Absolvent der Postlyzealen Schulen der Sozialen Dienste (*Policealne Szkoły Sluzb Społecznych*) ein umfassendes Wissen aus Disziplinen wie Sozialpolitik, Psychologie, Soziologie, Sozialpädagogik, Ethik, Recht, Methodik der Sozialarbeit, Gerontologie, Sozialmedizin und Rehabilitation erwerben.

Darüber hinaus soll er das Interesse an den sozialen Problemen weiterentwickeln, seine persönliche Kultur und die Berufsethik entsprechend gestalten sowie über die Bereitschaft zur beruflichen Weiterbildung verfügen.⁴³⁷

⁴³⁶ Ebd., S. 2.

⁴³⁷ Vgl. Ebd., S. 3.

In der neuen Lehrplandokumentation werden die angestrebten Fähigkeiten der zukünftigen Sozialarbeiterinnen wie folgt differenziert:

I. Im Bereich der Methodik:

- *Kenntnisse in der Beratung und Anwendung der Grundlagen der Psychotherapie*
- *Beobachtungsgabe, Fähigkeit zur Analyse und Folgerung*
- *Fähigkeit zur Formulierung der sozialen Diagnose und zur Erstellung des Hilfeplans (Aktionsentwurf)*
- *Die Fähigkeit zur praktischen Anwendung der Methoden und Techniken der sozialen Intervention und der Betreuungsarbeit*
- *Fähigkeit zur Anwendung der Methoden und Techniken der Evaluation (periodische Bewertungen, Analysen)*

II. Im Bereich der sozialen Kompetenz:

- *Kommunikationsfähigkeiten*
 - *Fähigkeiten der Kontaktaufnahme*
 - *Fähigkeit zum Verständnis der Lebenslagen anderer Menschen*
 - *Fähigkeit zur Empathie*
 - *Fähigkeit im Umgang mit den Klienten und Personen aus deren Umfeld*
- *Fähigkeit zur Zusammenarbeit mit Vertretern anderer Berufsgruppen, Institutionen oder Volontären*
- *Vermittlungs- und Verhandlungsfähigkeit*
- *Organisations- und Führungsfähigkeit*
- *Fähigkeit zum Auftreten in der Öffentlichkeit*
- *Fähigkeit zur Aktivierung der Lokalgemeinschaft*

III. *Im Bereich der Rechtskenntnisse:*

- *Fähigkeit zur praktischen Anwendung der geltenden Gesetze*
- *Fähigkeit zur Analyse der Dokumente sowie der Auslegung der entsprechenden rechtlichen Bestimmungen*
- *Fähigkeit zur Aufklärung bezüglich der Berechtigungen*

IV. *Die Fähigkeit zur Anweisung von kompetenten Hilfsinstitutionen.*

V. *Im Bereich des Managements:*

- *Fähigkeit zum Voraussehen der sozialen Bedürfnisse und entsprechender Allokation der Ressourcen,*
- *Fähigkeit zur kreativen Lösung der sozialen Probleme,*
- *Fähigkeit der Arbeitsorganisation und Führungskompetenz,*
- *Fähigkeit zur Aufsichtsführung,*
- *Fähigkeit zum Initiieren und zur Mitgestaltung sozialer Projekte, Stärkung der Aktivität, Gestaltung der Haltung und der zwischenmenschlichen Beziehungen,*
- *Verhandlungsfähigkeit,*
- *Fähigkeit zur Gewinnung neuer Kooperationspartner, wie z.B. Intermediäre Nicht-Regierungsorganisationen,*
- *Fähigkeit zur Beschaffung finanzieller Mittel für die Realisierung der Ziele der Sozialarbeit.*

VI. *Fähigkeit, eine Entscheidung zu treffen und entsprechende soziale Interventionen einzuleiten.*

VII. *Fähigkeit zur Anwendung des wissenschaftlichen Wissens in der beruflichen Praxis.*

VIII. *Fähigkeit, die Errungenschaften der Technik in der beruflichen Praxis anzuwenden.*

IX. *Fähigkeit zur Benutzung der fremdsprachigen Fachliteratur in der beruflichen Tätigkeit und Weiterbildung.*⁴³⁸

Das neue Ausbildungskonzept entwirft ein Berufsbild von einem aktiven, kritischen und kreativen Menschen. Die Unabhängigkeit im Denken, die Fähigkeit zum Analysieren und zum Synthetisieren sowie die individuelle Herangehensweise bei der Problemlösung werden als die Grundlagen der beruflichen Qualifikation betrachtet.

Der Entwurf des neuen Lehrplankonzeptes geht von der Prämisse aus, daß das Tempo der Veränderungen in der Transformationsgesellschaft und die sich daraus ergebenden sozialen Probleme mit großer Ungewißheit verbunden sind. Die Notwendigkeit, sich immer wieder neuen Situationen zu stellen und sie professionell zu bewältigen, macht ein breites berufliches Profil der Ausbildung erforderlich. Der Erwerb von soliden Basisqualifikationen soll ein Gerüst schaffen, das weiter durch berufliche Fortbildung ausgebaut werden kann.

⁴³⁸ Vgl. Ebd., S.3.

Um die angesetzten Ziele zu realisieren, soll zuerst die Dauer der Ausbildung in den Postlyzealen Schulen der Sozialen Dienste (*Policealne Szkoły Sluzb Spolecznych*) von 2 auf 2,5 Jahre verlängert werden.⁴³⁹

Der polyvalente Charakter der Ausbildung erfordert eine Struktur der Ausbildungscurricula, die vom getrennten Fächerunterricht Abschied nimmt. Statt dessen werden die Lehrinhalte in sieben zentrale Themenbereiche gruppiert, die miteinander vernetzt sind und eine komplexe Ganzheit bilden.

Die Struktur des neuen Lehrplans veranschaulicht die folgende Abbildung 14:

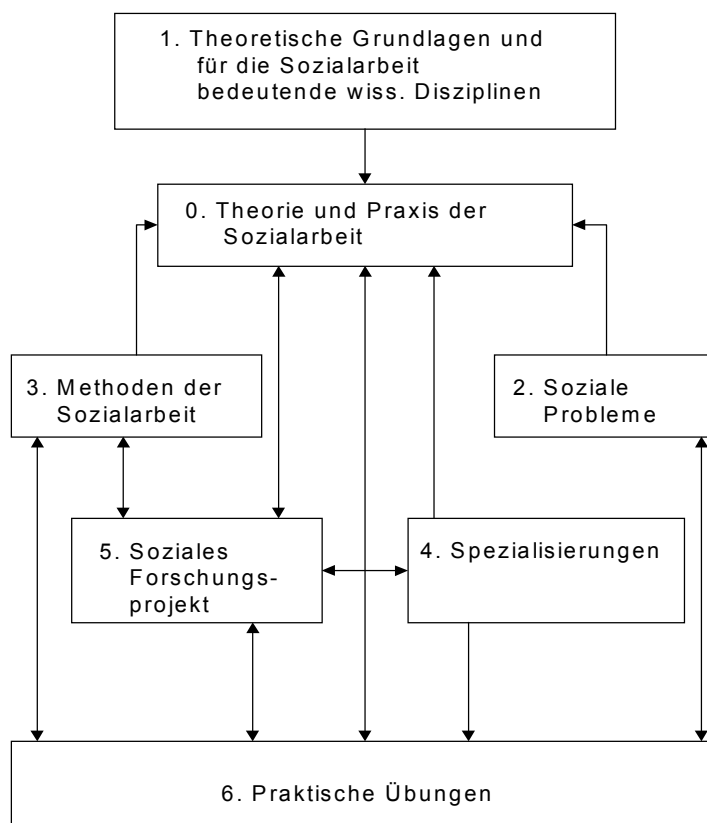


Abb. 14: Die Struktur des Lehrplans für die Postlyzealen Schulen der Sozialen Dienste

⁴³⁹ Vgl: Raport, Szkoły Policealne: 1995

Die sieben zentralen Themenbereiche der neuen Lehrplankonzeption umfassen jeweils folgende Fächer:

0. Theorie und Praxis der Sozialarbeit:

- Geschichte der Sozialarbeit
- Methodik der Sozialarbeit
- Axiologie der Sozialarbeit

1. Theoretische Grundlagen und für die Sozialarbeit bedeutende wissenschaftliche Disziplinen:

- Einführung in die Soziologie
- Einführung in die Sozialpädagogik
- Einführung in die Sozialpolitik
- Grundlagen der Sozialmedizin
- Ausgewählte Probleme der Psychologie
- Grundlagen des Rechts
- Elemente der Arbeitsorganisation- und Verwaltungslehre
- Wissensgrundlagen über die Zivilgesellschaft

2. Soziale Probleme (in der interdisziplinären Auffassung):

- Lebensphasen des Menschen
- Struktur und Dynamik der sozialen Prozesse sowie soziale Folgen des wirtschaftlichen Wandels
- Ausgewählte soziale Fragen
- Institutionen angesichts der sozialen Probleme

3. Methoden der Sozialarbeit:

- Aspekte der zwischenmenschlichen Kommunikation
- Elemente der Psychotherapie
- Elemente der Psychopathologie
- Trainingseinheit
 - Training der Fähigkeiten in der zwischenmenschlichen Kommunikation
 - Managementtraining
- Verwaltung und Bürowesen
- Workshop

4. Spezialisierungen:

- Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit
- Behinderung und Rehabilitation
- Sozialhilfe

5. Soziales Forschungsprojekt

6. Praktische Übungen

In Anlehnung an die methodisch - theoretische Konzeption dieser Untersuchung und die Annahme von einem Funktionszusammenhang der gesellschaftlichen Systeme kann die neue Lehrplanstruktur sowohl als ein Teilsystem der Sozialarbeit als auch als Ergebnis der gesamtgesellschaftlichen Prozesse verstanden werden, die einem ständigen Anpassungsprozeß an die sich ändernden Rahmenbedingungen unterworfen ist.

In diesem Sinne werden einerseits die Lerninhalte entsprechend der gesellschaftlichen Entwicklung modifiziert, andererseits haben die erreichten Lernergebnisse auch eine Impulswirkung auf das Geflecht des gesellschaftlichen Gesamtsystems.

So kann das künftige Lehrangebot als eine Antwort auf die gewandelte gesellschaftliche Wirklichkeit gedeutet werden. Solche Lehrangebote wie: „Wissensgrundlagen über die Zivilgesellschaft“ oder „Struktur und Dynamik der sozialen Prozesse sowie soziale Folgen des wirtschaftlichen Wandels“ sind unmittelbar auf die neue moderne und pluralistische Gesellschaftskonzeption bezogen. Als Lerninhalte des ersten Semesters schaffen sie somit das Grundlagenwissen für das weitere Verständnis der gesellschaftlichen Zusammenhänge.

Der besseren Vorbereitung auf die neuen beruflichen Anforderungen sollen auch solche Lehrangebote wie beispielsweise: „Aspekte der zwischenmenschlichen Kommunikation“ oder „Grundlagen der Organisation und der Verwaltung“ dienen. Sie haben primär die Stärkung von kommunikativen und organisatorischen Fähigkeiten zum Ziel.

Der Erwerb von Kenntnissen über die Arbeitsmethoden der Sozialarbeit wird zum wichtigen Ziel in dem neuen Ausbildungskonzept. Die entsprechenden Inhalte sollen in mehrere Themenbereiche des neuen Lehrplans integriert werden. Der besonderen Vertiefung der Fähigkeiten aus dem Bereich der Methodik der Sozialarbeit sowie ihrer praktischen Anwendung dient die Lerneinheit „soziales Forschungsprojekt“. Individuell oder im Team soll hier ein Projekt geplant, konzeptionell vorbereitet, im ausgewählten sozialen Umfeld durchgeführt und im Anschluß ausgewertet werden. Begleitet wird es durch ein Kolloquium, in dem die methodologischen Grundlagen vermittelt und spezielle Fragen diskutiert werden sollen. Dieses selbständige Forschungsprojekt kann auch zum Bestandteil der Examensarbeit werden.

Man darf sich jedoch durch die imposanten Überschriften und Schlagworte der neuen Lehrplandokumentation nicht allzu sehr beeindrucken lassen. Sie weisen eher den Charakter einer semantischen Modernisierung auf

als dass sie Ausdruck der wirklichen Ausbildungspraxis sind. Trotz der positiven Entwicklungstendenzen sind generell die Lehrer und die Schüler mit der Situation der Ausbildungspraxis eher unzufrieden.⁴⁴⁰ Kritisiert wird beispielsweise die starke Betonung der axiologischen Prämissen und die zu geringe Beachtung der Methodik des im Prozeß der Ausbildung führenden Lehrfaches der Sozialarbeit. In struktureller Hinsicht wird auch mehr Elastizität und Offenheit im Hinblick auf die Integration von Allgemeinbildung und Berufsbildung gefordert. Auf Umsetzungsprobleme stößt auch die Anwendung bestimmter Formen didaktischer Veranstaltungen, wie praxisorientierte Trainingseinheiten und Workshops. Hier werden insbesondere die unzureichenden didaktischen Kompetenzen des Lehrpersonals und die fehlenden didaktischen Mittel bemängelt.⁴⁴¹

Demzufolge werden beispielsweise folgende Anforderungen an Inhalt und Art der Ausbildung formuliert:

- Die Notwendigkeit eines ganzheitlichen Herangehens und eines auf die Aufgabe bezogenen Handelns;
- Die Gestaltung der Diagnosestrukturen, um das Sammeln und Systematisieren neuer Informationen sowie die Einbringung detaillierter Lösungen zu ermöglichen. Hierbei geht es nicht nur um die Aneignung von Kenntnissen aus verschiedenen Bereichen, sondern um die Herausformung der Fähigkeiten, diese zu verarbeiten. Wichtig ist hier die Fähigkeit zum Selbststudium und zur Suche nach neuen Informationsquellen im Verlauf der Berufsarbeit.
- Stärkung der methodischen Kompetenzen, um sich verändernde Strukturen in den Arbeitsfeldern zu erarbeiten, anzueignen und zu entwickeln.⁴⁴²

⁴⁴⁰ Vgl. dazu Beiträge in Les/Rosner 1991a.

⁴⁴¹ In diesem Zusammenhang machen vor allem Vertreterinnen der Ausbildungspraxis auf den dringenden Bedarf an Weiter- und Fortbildungsmaßnahmen für die Lehrkräfte, als wichtige Bedingung für die Realisierung der Ziele des neuen Lehrkonzeptes aufmerksam. Dazu vgl: Piekut-Brodzka 1998, S. 39.

⁴⁴² Vgl.: ebd.

Die neue Lehrplandokumentation bestimmt auch die Rahmenstundentafel für den Studiengang Sozialarbeit an den Postlyzealen Schulen der Sozialen Dienste, die in der folgenden Tabelle 8 dargestellt wird:

Nr.	Unterrichtsfächer	Semester					Anzahl der Wochenstunden im Lehrgang in Summe
		I	II	III	IV	V	
		Anzahl der Ausbildungswochen					
		18	15	19	14	19	
		Anzahl der Wochenstunden					
1	Geschichte und Methodik der Sozialarbeit	1	5	4			5,0
2	Axiologie der Sozialarbeit					2	1,0
3	Einführung in die Soziologie	2					1,0
4	Einführung in die Sozialpädagogik	1	1				1,0
5	Einführung in die Sozialpolitik	1	1				1,0
6	Grundlagen der Sozialmedizin			1			0,5
7	Ausgewählte Probleme der Psychologie	2					1,0
8	Grundlagen des Rechts	2	2				2,0
9	Elemente der Arbeitsorganisation und Verwaltungslehre	1					0,5
10	Wissensgrundlagen der Zivilgesellschaft	3					1,5
11	Lebensphasen des Menschen	1	2	1			2,0
12	Struktur und Dynamik der sozialen Prozesse sowie soziale Folgen des wirtschaftlichen Wandels	3					1,5
13	Soziale Probleme		3	6	2		5,5
14	Institutionen angesichts der sozialen Probleme			2			1,0
15	Aspekte der zwischenmenschlichen Kommunikation		3				1,5
16	Elemente der Psychotherapie			2	2		2,0
17	Elemente der Psychopathologie			1	2	1	2,0
18	Verwaltung und Bürowesen				4		2,0
19	Soziales Forschungsprojekt				7		3,5
20	Spezialisierung: - Sozialhilfe oder - Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit oder - Behinderung und Rehabilitation					7	3,5
21	Fremdsprache	2	2	2	2	2	5,0
22	Elemente der Selbstverteidigung	2	2	2	2	2	5,0
23	Praktische Übungen	7	7	2	3		9,0
24	Berufspraktikum			5	4	14	12,0
	Summe	28	28	28	28	28	70,0

Tab. 8: Rahmenstundentafel für die Postlyzealen Schulen der Sozialen Dienste

Quelle: Dokumentacja programowa dla zawodu pracownik socjalny (Lehrplandokumentation)

Im Vergleich zum alten Lehrplan der Medizinischen Berufsschulen – Abteilung der Sozialarbeiter („*Medyczne Szkoły Zawodowe – Oddział Pracy Socjalnej*“), der stark von den ideologischen Grundsätzen des realsozialistischen Wohlfahrtsstaates geprägt war⁴⁴³, legt die modernisierte jetzige Fassung Wert auf anwendbares Wissen und Kompetenzen. Lehrfächer des alten Lehrplans, wie beispielsweise „Wehrrertüchtigung“, „Sozialpolitik des Realsozialismus“ oder „Sport und Körperkultur“⁴⁴⁴ wurden zugunsten der Fremdsprachen oder der Lehrangebote, die auf diagnostische, interpersonale, administrative oder managerähnliche Fähigkeiten gerichtet sind, abgeschafft.

Die Rahmenstundentafel der Postlyzealen Schule der Sozialen Dienste sieht einen hohen Anteil berufspraktischer Lerninhalte vor.

Die sogenannten praktischen Übungen (*zajecia praktyczne*) werden entsprechend der neuen Rahmenstundentafel durch eine bemerkenswert hohe Anzahl der Wochenstunden (9,0 Wochenstunden im Lehrgang) vertreten. Sie sind ein Teil der zentralen Themenbereiche und ein tragendes Fundament der neuen Ausbildungskonzeption.

Zu einem wichtigen Bestandteil der berufspraktischen Ausbildung gehören auch Berufspraktika (*praktyka zawodowa*). Nach der neuen Lehrplankonzeption werden sie in drei verschiedenen Formen realisiert:

- als ein Blockpraktikum (*praktyka zblokowana*), das in vier aufeinanderfolgenden Wochen im zweiten und im vierten Semester durchgeführt wird.
- als ein stationäres Praktikum (*praktyka stacjonarna*), das im zweiten Schuljahr einmal in der Woche durchgeführt wird.

⁴⁴³ Vgl. dazu: Plan nauczania Medycznego Studium Zawodowego z lat 1981-1992, Archiwum Ministerstwa Zdrowia Warszawa 1981. (Rahmenstundentafel der Medizinischen Berufsschulen – Abteilung der Sozialarbeiter, vom 1981 bis 1992, Archiv des Gesundheitsministeriums Warschau 1981)

⁴⁴⁴ Vgl. ebd.

- als Diplompraktikum (*praktyka dyplomowa*), das im fünften Semester in der Form des sozialen Projektes realisiert wird.

Der neue Lehrplan sieht drei berufliche Spezialisierungen vor:

- Sozialhilfe
- Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit
- Behinderung und Rehabilitation

Sie werden an das Ende der Ausbildungszeit (5 Semester) verlegt, was dem generellen Postulat der „Entspezialisierung“ der Berufsbildung folgt. Dies läßt auch das neue Ausbildungssystem ein offenes System sein, in das neue, der gesellschaftlichen Entwicklung entsprechende Spezialisierungen integrierbar sind.

Neu und gleichzeitig bezeichnend für die gesamte gegenwärtige bildungspolitische Situation Polens ist schließlich die Behandlung der Fremdsprachenfrage. Bislang in den Berufsschulen der Sozialarbeit lediglich fakultativ angebotene Fremdsprachen wurden jetzt zum obligatorischen, in den Bildungszielen mit hoher Priorität behandelten Lerninhalt.

Die freie Wahl der Fremdsprache wird allerdings in der Praxis für die nächste Zeit eingeschränkt bleiben. Durch den Mangel an Lehrern für westliche Sprachen bleibt die freie Wahl an den meisten Schulen faktisch an das verfügbare Lehrerangebot gebunden. Ähnliche Probleme stellen sich auch bei der Realisierung des auf die Entwicklung von administrativen, managementbezogenen oder technischen Fähigkeiten ausgerichteten Lehrangebotes.⁴⁴⁵

Das Ziel der neuen Ausbildungskonzeption ist, den stoffzentrierten Fächerunterricht durch einen auf Wecken der Interessen des Lernenden ausgerichteten didaktischen Ansatz abzulösen. So soll der herkömmliche

⁴⁴⁵ Diese Bemerkung stützt sich auf die Aussagen der interviewten Lehrerinnen der Postlyzealen Schulen der Sozialen Dienste in Warschau. Vgl. dazu Beiträge in: Les/Rosner 1991.

Unterricht durch Vorlesungen und Seminare ersetzt und durch Einführung von Formen wie Workshops und Trainingseinheiten ergänzt werden.

Das neue Ausbildungsmodell der Postlyzealen Studien der Sozialen Dienste stellt in inhaltlich - programmatischer Hinsicht ein Konzept dar, das sich an den gesellschaftlichen Entwicklungen der Transformationszeit orientiert.

Problematisch und auf Dauer nicht tragbar bleibt jedoch die Positionierung dieser Schulen im Gesamtsystem der Sozialarbeiterbildung in Polen. Der Status der Postlyzealen Schulen ist unklar. Da sie keine Hochschulen sind, werden ihr gesellschaftliches Prestige eher als gering und ihre Qualifikationen auf dem Arbeitsmarkt eher als niedrig eingestuft, und das, obwohl ihre Absolventen eine fünfsemestrige Ausbildung nach dem Abitur genossen haben. Das Zeugnis der Postlyzealen Schule der Sozialen Dienste berechtigt die Absolventen nicht zur Aufnahme des Studiums an Hochschulen. Auch wenn sie die Absicht haben, im Studiengang zu studieren, welcher der Fachrichtung ihrer Ausbildung an den Postlyzealen Schulen entspricht, gelten für sie die gleichen Bedingungen wie für Studienanfänger. Entgegen den gesetzten Zielen der Berufsbildung bringt der Abschluß der Postlyzealen Schule zwar eine berufliche Qualifizierung, ohne jedoch das formale Ausbildungsniveau der Absolventen anzuheben.⁴⁴⁶

Das Problem der Durchlässigkeit zwischen den Postlyzealen Schulen der Sozialen Dienste und den Hochschulen ist ein brisantes Diskussionsthema der polnischen Sozialarbeit. Dringender Klärung bedarf für die Zukunft beispielsweise das Verhältnis dieser Schulen zu den neu entstehenden Fachhochschulen, die im dreijährigen Studiengang die Sozialarbeiterausbildung mit dem Lizentiatabschluß anzubieten beabsichtigen.⁴⁴⁷

⁴⁴⁶ Zu diesen Problemen vgl. beispielsweise Smolinska-Theiss 1998a, S. 293-301.

⁴⁴⁷ Vgl. beispielsweise: Marynowicz-Hetka 1990, S. 52f.; Les 1991b, S. 103ff.; Slupinska 1991, S. 43ff; Modzelewska 1994, S. 42ff. Smolinska-Theiss 1998a, S.293-300.

Einen interessanten Lösungsvorschlag zu diesen Fragen bietet zum Beispiel das Ausbildungsmodell der Sozialarbeit, das unter den Namen „*Model Poznanski: 3+ 2*“ in der gegenwärtigen Debatte der polnischen Sozialarbeit bekannt ist. Die erste Ausbildungsstufe bildet hier die dreijährige Schule der Sozialarbeit (*Szkola Pracy Socjalnej*), die sowohl auf die berufliche Tätigkeit auf dem Gebiet der Sozialarbeit als auch zur Fortsetzung der Ausbildung an der Hochschule vorbereitet. Zweite Stufe ist die zweijährige Fachhochschule der Sozialarbeit (*Wyzsza Szkola Pracy Socjalnej*), die den Magisterabschluß ermöglicht. Dieses Modell kann auch noch durch die dritte Stufe des Doktorantenstudiums erweitert werden.⁴⁴⁸

Generell herrscht in der Diskussion über das zukünftige Ausbildungsmodell der Sozialarbeit Einigkeit darüber, daß der Erweiterung der Sozialarbeiterausbildung auf dem Niveau der Hochschulbildung und der Konvergenz der Ausbildungsformen im Hinblick auf die Internationalisierung Priorität gesetzt werden soll.

Die Sozialarbeiterausbildung soll künftig auf allen Ebenen durch das enge Verhältnis zwischen Lehre, Forschung und Praxis gekennzeichnet werden. Das Postulat der Erhöhung der Forschungskompetenz der zukünftigen Sozialarbeiter muß durch entsprechende Einbindung der empirischen Forschung im Ausbildungsprozeß realisiert werden.

Bei dieser sowie bei anderen Fragen der Gestaltung des neuen Ausbildungsszenarios kann die polnische Sozialarbeit auf die Erfahrungen anderer Länder blicken und die Chance nutzen, daraus Anregungen zu gewinnen.

Es ist heute noch schwer zu sagen, welche Entwicklungsrichtung die Sozialarbeiterausbildung in Polen annimmt. Wird Sozialarbeit eine selbständige wissenschaftliche Disziplin mit eigenständigem Studium und der Möglichkeit des Erwerbs aller akademischen Grade werden oder bleibt sie ein wichtiges und beliebtes Gebiet der interdisziplinären Praxis, in das man mit vielfältigen Qualifikationen „eintreten“ kann?

⁴⁴⁸ Vgl. Modzelewska 1991, S. 77ff.

Die den neuen Ausbildungsplänen zugrundeliegenden theoretischen Leitgedanken, nämlich der Grundsatz der breitprofiligen Ausbildung sowie einer gleichzeitig zu erwerbenden Allgemeinbildung, eine Ausrichtung auf die berufliche Mobilität und auf die lebenslange Bildung und Qualifikation, lassen auf eine flexible, dynamische und offene Orientierung des neuen Ausbildungsprofils der Sozialarbeit schließen.

Die bereits eingeleitete Reform der Sozialarbeiterbildung in Polen bedeutet allerdings zur Zeit in erster Linie eine ideelle Neuorientierung. Die erste Korrektur der gesetzten Ziele wird die gesellschaftliche Realität setzen. Die in dem neuen Ausbildungsszenario enthaltenen Bedingungen und Möglichkeiten für einen grundlegenden und umfassenden Wandel deuten bereits auf erste Schwierigkeiten einer praktischen Realisierung. Eine steigende Pluralisierung und die ersten Konfliktansätze zwischen den unterschiedlichen Ausbildungsstätten der Sozialarbeit, ein Mangel an qualifiziertem Lehrpersonal und an didaktischen Mitteln sind nur einige Beispiele. Zu den elementaren Hindernissen gehört auch nicht zuletzt die nach wie vor unzureichende finanzielle Ausstattung des Bildungsbereichs. Infolgedessen stehen für die Schulen und Universitäten längst nicht die Mittel zur Verfügung, die in dem Reformkonzept als notwendig angesehen wurden.

Die erst noch zu überwindende Diskrepanz zwischen Idee und Wirklichkeit, zwischen normativen Akten und der Realisierung betrifft schließlich die Gesamtheit der bildungspolitischen Initiativen. Insofern sind die durchaus beachtlichen Aktivitäten einer freiheitlich - demokratisch orientierten Bildungspolitik zunächst als erste Schritte eines langfristigen Wandlungsprozesses anzusehen.

9. Resümee

Die vorliegende Arbeit verfolgte das Ziel, die wesentlichen Entwicklungen in der polnischen Sozialarbeit im Bedingungs-zusammenhang der System-transformationsprozesse aufzuzeigen.

Die Ausrichtung des Erkenntnisinteresses auf Erfassung der Interdependenzen und der Wechselwirkungen der Transformationsprozesse impliziert eine breite Betrachtung der Probleme, die sowohl historische Vorbedingungen als auch Zukunftsperspektiven der untersuchten Prozesse berücksichtigt.

Die Diskussion über die Gestalt der polnischen Sozialarbeit wurde einerseits auf der nationalen Ebene unter Anbetracht der Besonderheiten und Zwänge, die aus den gesellschaftlichen Umgestaltungsprozessen resultieren, geführt. Andererseits aber wurden die Probleme in einer grenzüberschreitenden Diskussion und unter Einbeziehung der Erfahrungen anderer Länder und ihrer liberal-demokratischen Systeme reflektiert.

Um die landesspezifischen Funktionszusammenhänge der Prozesse und zugleich die internationale Dimension der Problembetrachtung zu berücksichtigen, wurde als methodisches Instrumentarium die begriffliche Operationalisierung der Systemtheorie und die Untersuchungsperspektive der Mehr-Ebenen-Analyse gewählt.

Den analytischen Rahmen bildeten die konzeptionellen und theoretischen Annahmen der Zivilgesellschaftsdebatte. Es wurde auch der Versuch unternommen, die Zivilgesellschaftsdebatte in die Transformationstheorie zu integrieren und in dem kulturell-historischen Kontext der Transformationsprozesse in Polen zu analysieren.

Unabhängig von der Tatsache, daß die polnischen Transformationsprozesse als ein internationales Phänomen zu verstehen sind, verfolgt diese Arbeit primär das Ziel einer differenzierten Länderstudie mit einer vorwie-

gend idiographischen Funktion. Die Bedeutung kultureller Unterschiede, ohne dadurch die länderübergreifende Vermittlungsfunktion aufzugeben, war für die methodologische Fundierung dieser Arbeit wesentlich. Dabei wurde die tiefere „europäische Dimension“ gerade in der Wahrnehmung der Unterschiedlichkeit der Denk- und Wissenschaftskultur erkannt und als Voraussetzung zur Gewinnung weiterer grenzüberschreitender Einsichten betrachtet.

Dieser Erklärungsintention folgend, wurden im ersten Schritt der Arbeit auf der Makro- oder Kontext-Ebene die Prozesse der Systemtransformation als Rahmenbedingungen für die Entwicklungen in der Sozialarbeit in Polen untersucht.

Auf der Meso- oder Organisationsebene, wurden am Beispiel der intermediären Nicht-Regierungsorganisationen neue Organisationsformen und Institutionalisierungsmuster der Sozialarbeit analysiert und Erkenntnisse über die Rolle dieser Organisationen in der gewandelten gesellschaftlichen Realität gewonnen.

Abschließend wurden auf der Mikro- oder Interaktionsebene die Reformziele des neuen Ausbildungskonzeptes der Sozialarbeit aufgezeigt und in ihrer Funktion, individuelle Lernprozesse zu initiieren und gesamtgesellschaftliche Implikationen zu intendieren, einer kritischen Würdigung unterzogen.

Auf der Ebene der Untersuchung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen wurde als Hauptmerkmal der polnischen Systemtransformation der intendierte, gleichzeitige Aufbau demokratischer, marktwirtschaftlicher und entsprechender sozio-kultureller Strukturen erachtet. Dieses Phänomen wurde auch durch eine weitere Gleichzeitigkeit der zerstörerischen Effekte des Systemzusammenbruchs und des schöpferischen Neuaufbaus intensiviert. Eine besondere Herausforderung der Systemtransformation 1989 stellt auch die Tatsache dar, daß die drei gleichzeitig zu vollziehenden Aufgaben unter hohem Zeitdruck gelöst werden müssen.

Die Synchronisierung der politischen, ökonomischen und sozio-kulturellen Umwandlungsprozesse wurde als größtes Dilemma und Schwierigkeit der polnischen Systemtransformation erkannt.

Die Vernachlässigung sozialer Belange im gesamten Reformprozeß kann als weiteres markantes Merkmal der polnischen Systemtransformation festgehalten werden. Der Wirtschaftspolitik folgte keine adäquate Sozialpolitik. Die Stabilisierungsmaßnahmen der Wirtschaftsreformen sowie die zerstörerischen Effekte des Systemszusammenbruchs bewirkten die tiefgehenden Verarmungserscheinungen breiter Teile der polnischen Gesellschaft. Insbesondere die hohe Arbeitslosigkeit sowie der Zerfall der alten Sicherungssysteme trieben einen Großteil der polnischen Bevölkerung in die Existenzkrise.

Die polnische Sozialpolitik der ersten Jahre der Systemtransformation ergriff in dem Dilemma der Gleichzeitigkeit von der akuten Dringlichkeit der Problemlösung und dem langfristigen grundlegenden Strukturwandel vor allem kurzfristige soziale Notstandsmaßnahmen.

Die Strukturreformen im Gesundheitswesen, im Versicherungswesen und im Bildungswesen blieben bislang zum größten Teil auf der Ebene der Zielvorstellungen und Zukunftsvisionen und fanden in der Praxis noch keine Umsetzung.

Diese Strategie verursachte nach mehreren Jahren der polnischen Systemtransformation die Entstehung eines Vakuums im sozialen Sicherungssystem Polens. Die Institutionen und das Regelwerk des alten Systems existieren überwiegend nicht mehr und die neuen Akteure und Institutionen sind erst in der Aufbauphase und nur begrenzt leistungsfähig.

Die Folge dieser Situation ist die Frustration der sozialen Bedürfnisse der polnischen Bevölkerung sowie die herrschende Willkür sozialpolitischer Maßnahmen.

Im Zuge der polnischen Transformationsprozesse zeigt sich auch immer offensichtlicher, daß zwischen der Ebene konzeptioneller Vorstellungen über den Transformationsverlauf und der sozialen Realität eine tiefe Kluft besteht.

Für die Verwirklichung der angestrebten Ziele des paradigmatischen Wechsels vom „sozialistischen Paternalismus“ zur „unterstützenden Sozialpolitik“ im Sinne der Hilfe für Selbsthilfe und der Implementierung des Subsidiaritätsprinzips als ein Gestaltungsmodus der gesellschaftlichen Verhältnisse fehlen bislang sowohl die gesetzlichen Grundlagen als auch die notwendige gesellschaftliche Basis.

Die Differenz zwischen Idee und Wirklichkeit, zwischen Vision und Realität der polnischen Transformation kann als ein wichtiges Charakteristikum der Systemtransformationsprozesse in Polen nach 1989 festgestellt werden.

In diesem Spannungsverhältnis bewegen sich auch die Vorstellungen über die polnische Zivilgesellschaft. Die Vision von dem Aufblühen der zivilgesellschaftlichen Aktivitäten nach dem Fallen der ideologischen und politischen Schranken erwies sich nur kurzfristig als real.

Die neue soziale Wirklichkeit der Übergangszeit wurde für die Mehrheit der polnischen Bevölkerung zur Quelle der Frustration und tiefer Konflikte, welche die individuellen und kollektiven Identitätsgefühle der Menschen erschütterten. Angesichts der sozialen Folgen der Umstrukturierungsprozesse der Transformationsgesellschaft rangiert die persönliche Existenzsicherung vor dem Engagement für das öffentliche Wohl.

Der mit „Sorgen überlasteten Gesellschaft“ fehlen auch die konstanten Orientierungsmuster für das Handeln in der neuen sozialen Wirklichkeit. So liegt es nahe, daß die in der etatistischen Gesellschaft des Realsozialismus erfahrenen dichotomischen Denk- und Handlungsmuster, die sich in ihrer moralischen Kategorisierung in der Trennung zwischen „Wir“ und „Sie“ zuspitzten, wieder wirksam werden.

Die feindbildorientierten, normativ-symbolischen Strukturen, auf denen das spezifisch polnische „ethische Modell der Zivilgesellschaft“ baute, kommen in der neuen gesellschaftlichen Realität als Neuauflage der Dichotomie wieder zum Vorschein. Nur der Feind hat jetzt ein neues Gesicht bekommen und wird überwiegend in den Regeln des Marktes angesehen, welche die Existenzsicherung breiter Teile der polnischen Bevölkerung zu bedrohen scheinen.

Die Idee von der Zivilgesellschaft, die sich in der Ablehnung der Dichotomie vom Privaten und Staatlichen und dem Ansporn zur aktiven Teilnahme im öffentlichen Leben äußert, bleibt so lediglich nur als ein Mythos der polnischen Transformation bestehen.

Die mehrjährige Bilanz der polnischen Systemtransformation bestätigte, daß die Beschwörung der Formel, daß „Markt“ und „Demokratie“ eine automatische Kompatibilität bedeuten, eine folgenreiche Fehleinschätzung ist. Die Erwartung, daß die Öffnung der politischen Szene und die rechtliche Sicherung des sozialen Raumes automatisch zu einer Neustrukturierung des sozialen Gefüges führen würde, scheint sich nicht zu bewahrheiten.

Eine Konsequenz marktwirtschaftlicher Reformen ist die Differenzierung der Interessen und die Änderung sozialer Strukturen. Die im Systemwechsel einsetzende Differenzierung und Pluralisierung der Gesellschaft löste aber keineswegs automatisch das demokratische und funktionale Problem der Vermittlung sozialer Interessen innerhalb der Gesellschaft und gegenüber dem Staat. Die notwendige Neuregulierung des Staat-Bürger-Verhältnisses, was vor allem eine Wendung von einem Feinbild zu einem positiven Verständnis des Staates und dessen Institutionen bedeutet, ist ein langwieriger Lernprozeß, der sowohl auf der Ebene der Institutionenbildung als auch vor allem auf der Erfahrungsebene der Menschen in komplexen Vermittlungsschritten der staatlichen und nichtstaatlichen Akteure erst vollzogen werden muß.

Die Spannung zwischen Idee und Wirklichkeit bestimmt auch die polnische Sozialarbeit der Transformationszeit. Der Prozeß der Neugestaltung polnischer Sozialarbeit vollzieht sich im Gesamtzusammenhang der gesellschaftlichen Umwandlungen. Er kann als ein schwieriger Such- und Lernprozeß charakterisiert werden, der sich im Spannungsfeld zahlreicher Widersprüche bewegt und die vielfältigen Aspekte der „schöpferischen Zerstörung“ der Systemtransformation widerspiegelt.

Das größte Spannungsverhältnis bildet auch hier die Konfrontation der neuen ideologischen Ziele der Sozialarbeit mit der sozialen Wirklichkeit der Transformationsgesellschaft.

Die in dieser Arbeit vorgenommene Analyse einiger Entwicklungen in der polnischen Sozialarbeit der Transformationszeit ließ zwei Ebenen der sich vollziehenden Prozesse erkennen.

Zum einen kann die Ebene der gesetzten Ideale und Ziele unterschieden werden, die als eine **programmatische Ebene** bezeichnet werden kann, zum anderen die Ebene der sozialen Wirklichkeit, die als eine **pragmatische Ebene** benannt werden kann.

Das Verhältnis zwischen den beiden Ebenen ist diskrepant.

Die Gegebenheiten der polnischen Transformationsprozesse verleihen der spezifischen Dichotomie zwischen **Programmatik** und **Pragmatik** der Sozialarbeit eine besondere gesellschaftliche Brisanz.

Ein Beispiel für diese Dichotomie ist die Spannung zwischen Theorie und Praxis polnischer Sozialarbeit. In der theoretischen Diskussion wird die Sozialarbeit als ein ziviles Projekt aufgefaßt. Das Konzept der Zivilgesellschaft wird als Bezugsrahmen sozialer Aktivität und als ein politisch-sozialer Wegweiser für die gegenwärtigen Umwandlungsprozesse aufgestellt.

Diese Auffassung von Sozialarbeit basiert auf zwei Hauptwurzeln: einer nationalen und einer internationalen. Die nationale Wurzel bezieht sich auf die Tradition der polnischen Sozialarbeit des 19-ten und Anfang des 20-ten Jahrhunderts. Die internationale Wurzel knüpft an das Gedankengut und die Modelle der bestehenden demokratisch-marktwirtschaftlichen Systeme anderer Länder an.

Beide in der Theorie vorzufindende Ansätze berücksichtigen nur wenig die spezifischen Gegebenheiten und die sozialen Probleme, welche sich aus den gegenwärtig in Polen vollziehenden Transformationsprozessen ergeben.

Die Zielvorstellungen, welche der Theorie der Sozialarbeit zu entnehmen sind, stellen hohe Erwartungen an die polnische Gesellschaft. Diesen Er-

wartungen steht eine Gesellschaft gegenüber, die zuallererst bemüht ist, die Alltagsstrapazen der Transformationszeit und die Anpassungsprobleme an die neue Wirklichkeit zu bewältigen. Dabei sind aber ihre Verhaltensgewohnheiten und Handlungsdispositionen noch stark von der kommunistischen Vergangenheit geprägt. Mit den tief verankerten Verhaltensgewohnheiten kontrastieren auch überzogene Erwartungen der Menschen an die Systemtransformation, die auf der Welle des revolutionären Enthusiasmus von 1989 entstanden sind.

Die Spannung zwischen Idee und Wirklichkeit, die sich hier vor allem in der Konfrontation der hohen Erwartungen an die polnische Gesellschaft und seitens dieser Gesellschaft mit den begrenzten Möglichkeiten äußert, markiert ein wichtiges Problemfeld der polnischen Transformation.

Ein Ausdruck dieser Spannung ist auch die Ambivalenz der Einstellungen, die das Verhalten und die Reaktionen der Gesellschaft des Übergangs charakterisiert. Sie drückt sich beispielsweise in einem Oszillieren zwischen der Verbundenheit mit dem Wohlfahrtsstaat und dem Bewußtsein, daß man sich an die neue Wirklichkeit anpassen muß, aus.

Der Konflikt zwischen den alten Gewohnheiten und den durch die neue Ordnung geschaffenen Möglichkeiten führt zu Effekten, die vor allem durch Frustrationen und Verunsicherung geprägt sind. Dabei ist das Verhalten der Ellenbogengesellschaft das erste, das nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Zuteilungsgesellschaft im „do-it-yourself“ Verfahren gelernt wurde.

Eine weitere Spannung zwischen Idee und Wirklichkeit ist auf der organisatorischen Ebene der Institutionenbildung zu finden. Die im Zuge der Systemtransformation intendierten institutionellen Neuregelungen stoßen auf der Ebene der sozialen Wirklichkeit auf Umsetzungsprobleme.

Somit bleibt oft die angestrebte Zielsetzung nur auf der ideellen Ebene bestehen, ohne in der Praxis Anwendung zu finden.

Die Analyse einiger Aspekte in der Entwicklung polnischer Nicht-Regierungsorganisationen nach 1989 bestätigt dies.

Die politischen und wirtschaftlichen Veränderungen nach 1989 haben den Nicht-Regierungsorganisationen das „Gründungsrecht“ in dem neuen Gesellschaftssystem geschaffen. Trotz des bemerkbaren Anstiegs der Aktivitäten im intermediären Bereich seit Beginn der Transformationsprozesse werden die Nicht-Regierungsorganisationen jedoch nicht als vollberechtigtes Subjekt der Sozialpolitik betrachtet. Die instabile rechtlich-finanzielle Situation dieser Organisationen, insbesondere das unregelmäßige Verhältnis zwischen den Nicht-Regierungsorganisationen und den staatlichen Strukturen, sowie die mangelnde Zusammenarbeit mit anderen Partnern, bergen die Gefahr der Marginalisierung der Nicht-Regierungsorganisationen als Anbieter der Sozialen Dienste.

Die proklamierten Ziele und die ideologischen Deklarationen, die mit den Nicht-Regierungsorganisationen und ihrem Beitrag zur Entwicklung der Demokratie in Verbindung gebracht werden, stehen im Gegensatz zur gesellschaftlichen Praxis, in der diesen Organisationen die Möglichkeit der weiteren Entwicklung weitgehend verweigert wird. Anstatt ein eigenständiges Subjekt der Sozialpolitik zu werden, erfüllen die polnischen Nicht-Regierungsorganisationen gegenwärtig meist eine kompensatorisch-ausgleichende Funktion im polnischen System der sozialen Sicherung.

Die erst noch zu überwindende Diskrepanz zwischen Idee und Wirklichkeit, zwischen normativen Akten und der Realisierung, betrifft auch die bildungspolitischen Maßnahmen. Die fehlende Übereinstimmung und die mangelnde Integration der gesellschaftlichen Teilsysteme im gesamtgesellschaftlichen Zusammenspiel charakterisiert auch die Entwicklungen in der Ausbildung der Sozialarbeit.

Die Reformbestrebungen im Bereich der Sozialarbeiterausbildung haben oft nur den Charakter einer semantischen Modernisierung. Die auf der konzeptionellen Ebene ausgearbeiteten Reformpläne werden auf der Ebene der sozialen Realität mit zahlreichen Ungereimtheiten konfrontiert. Neben den finanziell-organisatorischen Hindernissen behindern auch strukturelle Probleme das Gelingen der Reformen.

In der Ausbildung der Sozialarbeit konnte eine starke Diversifikation und mangelnde Transparenz festgestellt werden.

Das Beispiel der Postlyzealen Schulen der Sozialen Dienste zeigte auch eine unzureichende Durchlässigkeit und Stringenz der eingeleiteten Reformmaßnahmen im Gesamtsystem der Sozialarbeiterausbildung in Polen.

Der spannungsreiche Weg, auf dem sich die polnische Sozialarbeit der Transformationszeit befindet, birgt neben den Chancen des Neuanfangs auch viele Bedrohungen des Übergangs. Obwohl die Grundrichtung des Wandels schon festgelegt worden ist, sind die Regeln und Kriterien, nach denen gehandelt wird, noch wenig transparent.

Offensichtlich ist dagegen, daß die Vorstellungen von der schnellen und erfolgreichen Umsetzung des polnischen Transformationskonzeptes von den sozialen Kosten der Transformation überholt wurden. Die soziale Legitimierung des neuen Systems ist gefährdet.

Die polnische Gesellschaft steht gegenwärtig vor der Gefahr der neuen Spaltung zwischen Gewinnern und Verlierern der Transformation.

Solch eine Spaltung zwischen Idee und Wirklichkeit der Transformation, die sich auf der Ebene des sozialen Bewußtseins vollzieht, kann die größte Barriere der polnischen Systemtransformation bilden.

Die Revolution 1989/1990 in Polen war der Beginn eines turbulenten Lernprozesses.

Die Gesellschaft braucht Zeit, sowohl für die Bildung einer neuen Architektur der demokratischen Institutionen, wie auch für die Bildung neuer Einstellungen und Verhaltensweisen. Die für die Verwirklichung der Reformen erforderliche Eile ist für die Reifung neuer bürgerlicher Einstellungen nicht günstig. Auch die in der Anfangsphase der Revolution notwendige Weckung von Illusionen, um die Mobilisierung der Gesellschaft zu erreichen, wirkt sich in weiteren Phasen der Transformation negativ auf die Einstellungen der Gesellschaft aus, indem sie Frustrationen hervorruft.

Wenn die Zivilgesellschaft als Mischung aus liberaler Demokratie, Kollektivbewußtsein und Gemeinschaftsgeist definiert wird, muß die polnische Transformationsgesellschaft die Solidarität der Individuen und das „Wir-Gefühl“, was bislang an die Unterdrückung gebunden war, erst neu lernen.

Die Legitimationsideologie der Zivilgesellschaft, die am Anfang zu den notwendigen Illusionen der polnischen Systemtransformation gehörte und ihr als Idee der Transformation den Weg aufgezeigt hat, muß jetzt angesichts der nüchternen sozialen Wirklichkeit der Übergangszeit ihre Alltagstauglichkeit beweisen.

Die Umsetzung der Ideale der polnischen Systemtransformation in die soziale Wirklichkeit ist nur auf dem Weg der kleinen Schritte, unter Berücksichtigung der Spezifika des Landes und mit der Korrektur des Transformationsalltags, möglich.

Bei der Gestaltung des neuen Gesellschaftssystems muß Polen seinen eigenen Weg finden und seine nationale Identität neu entwickeln.

Dabei kann durchaus aus dem Spannungsverhältnis zwischen Idee und Wirklichkeit der polnischen Transformation, in der intermediären Sphäre „Dazwischen“, eine neue eigene Qualität entstehen. Die Erfahrungen durch Aktivitäten in vielfältigen Formen der gesellschaftlichen Selbstorganisation im intermediären Bereich können hier im Sinne von *Tocqueville* als „Schule der Demokratie“ (*Tocqueville* 1985) auf polnischem Boden mit Sicherheit ihre Gültigkeit finden und als Beitrag zur Neugestaltung des Gesellschaftssystems betrachtet werden.

Dabei kann auch die Sozialarbeit im Transformationsprozeß nicht nur mit einer Linse verglichen werden, welche die Dilemmata der Transformationszeit fokussiert. Die Sozialarbeit kann auch die Funktion eines Katalysators bei der Gestaltung der Demokratisierungsprozesse erfüllen, indem sie durch das Initiieren verschiedener Formen sozialer Selbstorganisation und durch Stärkung der Eigeninitiative zur Bewältigung sozialer Probleme die schöpferische Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ermöglicht.

LITERATURVERZEICHNIS

ABRAMOWSKI, E.: Rzeczpospolita przyjaciół. Wybor pism społecznych i politycznych. Opracowanie: Kalbarczyk, Dorota, Warszawa 1986.

ABSCHLUSSDOKUMENTE der Verhandlungen der Untergruppen der Verhandlungen am „Runden Tisch“. In: Osteuropa 40 (1990) 11/12, S. A 642-645.

ADAMOWICZ, K.: Aktualny stan szkolnictwa socjalnego na poziomie podstawowym. In: LES, E./ROSNER, J. (Hrsg.): Kształcenie Pracowników Socjalnych w Polsce. Warszawa 1991, S. 23-30.

ALMOND, G., VERBA, S.: The Civic Culture. Princeton 1963.

ALMOND, G., VERBA, S. (Hrsg.): The Civic Culture Revisited. Boston 1980.

AKTYWNOŚĆ EKONOMICZNA LUDNOŚCI POLSKI. Doświadczenia i wnioski. Zakład Badań Statystyczno-Ekonomicznych GUS i PAN. Warszawa 1993.

ANHEIER, H., SEIBEL, W. (Hrsg.): The Third Sector. Comparative Studies of Nonprofit Organizations. Berlin/New York 1990.

ANHEIER, H., SALAMON, L. M., RUDNEY, G.: The United Nations System of National Accounts and the Nonprofit Sector. Definition, Treatment and Practice. Baltimore 1992 (Working Papers of the Johns Hopkins Comparative Nonprofit Sector Project, The Johns Hopkins Institute for Policy Studies).

ANHEIER, H., SALAMON, L. M.: Die Internationale Systematik der Nonprofit-Organisationen: Zur Definition und Klassifikation des "Dritten Sektors" intermediärer Organisationen. In: BAUER, R.: (Hrsg.): Intermediäre Nonprofit-Organisationen in einem neuen Europa. Rheinfelden und Berlin 1993, S. 1-16.

ANWEILER, O.: Vergleichende Erziehungswissenschaft. In: Lexikon der Pädagogik. Bd. 4., Freiburg i.B. u.a. 1971.

ANWEILER, O.: Konzeption der Vergleichenden Pädagogik. In: BUSCH, A. u.a. (Hrsg.): Vergleichende Erziehungswissenschaft. Texte zur Methodologie-Diskussion. Pullach 1974, S. 19-26.

ANWEILER, O.: Systemvergleich und Bildungsforschung. In: GUTMANN, G./BADEL, M.: Politische Ökonomie der Freiwilligenarbeit. Theoretische Grundlegung und Anwendungen in der Sozialpolitik. Frankfurt a.M./New York 1985.

ANWEILER, O.: Die internationale Dimension der Pädagogik. In: ders.: Wissenschaftliches Interesse und politische Verantwortung: Dimensionen vergleichender Bildungsforschung. Opladen 1990, S. 225-235.

ANWEILER, O., HÖRNER, W.: Kriterien- und Methodenprobleme. In: ANWEILER, O. u.a. (Hrsg.): Vergleich von Bildung und Erziehung in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR. Köln 1990, S. 677-685.

ANWEILER, O.: Polen. In: ANWEILER, O. u.a.: Bildungssysteme in Europa. Entwicklung und Struktur des Bildungswesens in zehn Ländern. Deutschland, England, Frankreich, Italien, Niederlande, Polen, Rußland, Schweden, Spanien, Türkei. Weinheim 1996, S. 143-164.

ARATO, A.: Revolution, civil society und Demokratie. In: Transit 1 (1990) 1, S. 110-126.

BADEL, Ch.: "Institutional Choice and the Nonprofit Sector". In: ANWEILER, H.K./SEIBEL, W. (Hrsg.): The Third Sector: Comparative Studies of Nonprofit Organizations. Berlin/New York 1990, S. 53-63.

BAK, H./PYSZ, P./SCHARFF, R.: Das Balcerowicz-Programm: Konzept, Realisierungsschritte, Zwischenergebnisse. Erlangen 1991.

BALCEROWICZ, L.: 800 Dni-Szok kontrolowany. Warszawa 1992.

BALCK, H./KREIBICH, R. (Hrsg.): Evolutionäre Wege in die Zukunft. Wie lassen sich komplexe Systeme managen? Weinheim/Basel 1991.

BALICKA-KOZŁOWSKA, H.: rozważania o opiece i pomocy społecznej w Polsce Ludowej. In: Kultura i Społeczeństwo 1972, Nr. 1.

BANDYK, Ch.: Privatisierung in Polen 1990/1991. In: Osteuropa 5 (1992), S. 431-440.

BASKE, S. (Hrsg.): Bildungspolitik in der Volksrepublik Polen 1944-1986. Osteuropa Institut der Freien Universität Berlin, Erziehungswissenschaftliche Veröffentlichungen, 18. Wiesbaden 1987.

BASKE, S./BENES, M./RIEDEL, R.: Der Übergang von der marxistisch-leninistischen zu einer freiheitlich-demokratischen Bildungspolitik in Polen, in der Tschechoslowakei und in Ungarn. Darstellung und Dokumentation. Bd. 20, Berlin 1991.

BAUER, R./THRÄNHARDT, A.-M. (Hrsg.): Verbandliche Wohlfahrtspflege im internationalen Vergleich. Opladen 1987.

BAUER, R. (Hrsg.): Lexikon des Sozial- und Gesundheitswesens. München/Wien 1992.

BAUER, R. (Hrsg.): Intermediäre Nonprofit-Organisationen in einem Neuen Europa. Berlin 1993.

BAUMANN, U.: Historik und Komparatistik-Parallelen zwischen einer historischen und einer komparativen Sozialwissenschaft. In: BAUMANN, U. u.a. (Hrsg.): Vergleichende Erziehungswissenschaft. Festschrift für Hermann Röhrs zum 65. Geburtstag, Wiesbaden 1981, S. 3-12.

BECK, U.: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt a.M. 1986.

BEIER, R.: Zur Untersuchung der Fachsprache aus text- und pragmalinguistischer Sicht. In: Fachsprachenforschung 1982, S. 15-27.

BERNSDORF, W. (Hrsg.): Wörterbuch der Soziologie, Bd. 2, 2. Aufl. Stuttgart 1972.

BERSTECHER, D.: Zur Theorie und Technik des internationalen Vergleichs. Das Beispiel der Bildungsforschung. Stuttgart 1970.

BERSTECHER, D.: Bemerkungen zur Logik Vergleichender Forschung. In: Internationale Zeitschrift für Erziehungswissenschaft. 18 (1972) 3, S. 286-296.

BESCHÄFTIGUNGSOBSERVATORIUM, Maßnahmen, Infor MISEP 1993, 42, S. 31.

BESKID, L.: Percepcja społeczna sytuacji materialnej i jej zroźnicowanie. PAN Warszawa 1995.

BESKID, L.: Zmiany sytuacji materialnej w dorosłym zyciu Polakow. In: Praca i zabezpieczenia społeczne. 37 (1995) 8-9, S.: 18-28.

BESKID, L.: Oblicze ubostwa w Polsce. In: ders. (Hrsg.): Zmiany w zyciu Polakow w gospodarce rynkowej. Warszawa 1999, S. 38-49.

BEYME, K. von: Systemwechsel in Osteuropa. Frankfurt a.M. 1994.

BEYME, K. von: Auf dem Weg zur Wettbewerbsdemokratie? Der Aufbau politischer Konfliktstrukturen in Osteuropa. In: KOHLER-KOCH, B. (Hrsg.): Staat und Demokratie. Opladen 1992, S. 149-167.

BEYME, K. von/NOHLEN, D.: Systemwechsel. In: NOHLEN, D. (Hrsg.): Wörterbuch Staat und Politik. München 1991, S. 690-700.

BEYME, K. von/NOHLEN, D.: Systemwechsel. In: NOHLEN, D. (Hrsg.): Lexikon der Politik, Bd. 1: Politische Theorien, München 1995, S. 636-649.

BEYME, K. von/OFFE C.: Politische Theorien in der Ära der Transformation. Opladen 1996.

BEYME, K. von: Osteuropaforschung nach dem Systemwechsel. Der Paradigmawandel der „Transitologie“. In: Osteuropa 49 (1999) 3, S. 285-304.

BISCHOF, H.: Polen auf dem Weg zur Demokratie. Am Vorabend der ersten freien Wahlen. Schriftenreihe der Friedrich Ebert Stiftung (Hrsg.) Bonn 1991.

BISCHOF, H.: Trendwende in Ostmitteleuropa? - Wahlen in Polen und Ungarn. Schriftenreihe der Friedrich Ebert Stiftung, Arbeitsbericht Nr. 59, Bonn 1994.

BOCZON, J.: Możliwości współpracy sektora pozarządowego z sektorem publicznym. In: BOCZON, J./ZALUSKA, M. (Hrsg.): Organizacje pozarządowe w społeczeństwie obywatelskim. Warszawa 1996, S. 103-124.

BOGUCKA, T.: Polak po komunizmie. Warszawa/Krakow 1997.

BOLLNOW, O. F.: Zur Frage nach der Objektivität der Geisteswissenschaft. In: OPPOLZER, S. (Hrsg.): Denkformen und Forschungsmethoden der Erziehungswissenschaften, Bd. 1, Hermeneutik, Phänomenologie, Dialektik, Methodenkritik. München 1966, S.53-79.

BONI, M.: Polityka społeczna-decentralizacja państwa-partnerzy społeczeństwa. In: SKAPSKA, G. (Hrsg.): Opiekunczość czy solidarność? Krakow 1998. S. 113-129.

BOS, E.: Die Rolle von Eliten und kollektiven Akteuren in Transformationsprozessen. In: MERKEL, W. (Hrsg.): Systemwechsel 1. Opladen 1994, S. 81-110.

BOSKI, P.: Jakie wartości społeczno-polityczne dzieliły elektoraty prezydentów do Belwederu w wyborach prezydenckich 1990. In: DAAB, W. Z. u.a. (Hrsg.) 1991.

BRINK, B. van den/REIJEN, W. van (Hrsg.). Bürgergesellschaft; Recht und Demokratie. Frankfurt a.M. 1995.

BRINKMANN, W./RENNER, K. (Hrsg.): Die Pädagogik und ihre Bereiche. Paderborn 1982.

BRUMLIK, M./BRUNKHORST, H. (Hrsg.): Gemeinschaft und Gerechtigkeit. Frankfurt a.M. 1995

BUNSCH-KONOPKA, H.: Historia pomocy społecznej w Polsce. In: STAREGA-PIASEK, J. (Hrsg.): Pomoc społeczna w Polsce, cz. II, Centrum Medyczne Kształcenia Podyplomowego, Warszawa 1985.

BUSCH, F. W.: Vergleichende Bildungsforschung vor neuen Aufgaben. In: Z. Bildung und Erziehung, 44 (1991) 1.

CAPRA, F.: Wendezeit. Bausteine für ein neues Weltbild. Bern 1982.

CBOS (Centrum Badania Opinii Społecznej): „Nierówności i niesprawiedliwości społeczne w świadomości społeczeństwa polskiego." Komunikat z badań. Warszawa Juni 1980.

CBOS (Centrum Badania Opinii społecznej): "Potrzeba reprezentacji interesów i poczucie jej zaspokojenia". Komunikat z badań. Warszawa Juli 1992a, BS/348/57/92.

CBOS (Centrum Badania Opinii społecznej): „Stosunek społeczeństwa do głównych instytucji politycznych i społecznych." Komunikat z badań. Warszawa, September 1992b, BS/378/82/92.

CBOS (Centrum Badania Opinii społecznej) Serwis Informacyjny (Survey Reports), Nr. 2, Warszawa 1993, S. 72ff.

CBOS (Centrum Badania Opinii społecznej) Serwis Informacyjny (Survey Reports), Nr. 6, Warszawa 1995, S. 53.

COHEN, J. L./ARATO, A.: Civil Society and Political Theory. MIT Press, Cambridge 1992.

CROISSANT, A./LAUTH, H.-J./MERKEL, W.: Zivilgesellschaft und Transformation: ein internationaler Vergleich. In: MERKEL, W. (Hrsg.): Systemwechsel 5. Zivilgesellschaft und Transformation. Opladen 2000.

CZEKAJ, J. (Hrsg.): Polityka i gospodarka - Polska w latach 80. Państwowe Wydawnictwo Ekonomiczne. Warszawa 1991.

CZEPULIS-RUTKOWSKA, Z.: Zmiany w systemie emerytalno-rentowym. In: GOLINOWSKA, S. (Hrsg.): Polityka społeczna w latach 1994-1996. Procesy regulacyjne i ich potencjalne skutki. IPISS Warszawa 1996, S. 192-207.

CZERWINSKI, J.: Uwagi o pomocy społecznej w latach ubiegłych. In: Przegląd Zagadnień Socjalnych 1957, Nr. 4.

CZYSZKIEWICZ, R.: Bezrobocie wśród pracowników PGR. In: Polityka Społeczna 1993.

- DAAB, W. Z./KORZENIOWSKI, K./BOSKI, P./GEMBURA-CHMIELEWSKI, K./SKARZYNSKA, K./ZAKRZEWSKI, M. (Hrsg.). Polski Wyborca '90. Psychologiczne studia nad wyborami prezydenckimi. Instytut Psychologii PAN. Warszawa 1991.
- DAHRENDORF, R.: Betrachtungen über die Revolution in Europa. Stuttgart 1990.
- DANECKI, J.: Wybrane kwestie społeczne 1989 - 1994. In: AULEYTNER, J. (Hrsg.): Polityka społeczna. Stan i perspektywy. Warszawa 1995, S. 106-132.
- DENISZCZUK, L.: Rozmiary i struktura ubóstwa w Polsce. In: Praca i Zabezpieczenia społeczne. 37 (1995) 12, S. 13-22.
- DELHAES K. von: Privatisierung in Polen: Konzeption und Realität. In LEIPOLD, H. (Hrsg.): Privatisierungskonzepte im Systemwandel, Arbeitsberichte zum Systemvergleich Nr. 16, Marburg 1992, S. 39-75.
- DEPPE, R./DUBIEL, H./RÖDEL, U. (Hrsg.): Demokratischer Umbruch in Osteuropa. Frankfurt a. M. 1991.
- DIAMOND, L.: Toward Democratic Consolidation. In: Journal of Democracy 5 (1994) 3, S. 4-17.
- DOKUMENTACJA PROGRAMOWA dla zawodu pracownik socjalny. Załącznik do decyzji Nr. 7 Ministra Pracy i Polityki Socjalnej z dnia 4 października 1995. In: Dziennik Urzędowy Ministerstwa Pracy i Polityki Socjalnej MpiPS, Nr. 6 (44), Poz. 7.
- DOMANSKI, H./RYCHARD, A. (Hrsg.): Elementy nowego ładu. Wydawnictwo IFiS PAN. Warszawa 1997.
- DRUCKER, P.: Zarządzanie organizacja pozarządowa. Teoria i praktyka. Fundusz współpracy, Program PHARE Dialog Społeczny NGOs. Warszawa 1995.
- DUMA, A.: Świadomość demokracji w społeczeństwie polskim, Warszawa 1983.
- DURKHEIM, E.: Die Regeln der soziologischen Methode. In der deutschen Übersetzung herausgegeben und eingeleitet von Rene KÖNIG. Neuwied 1961.
- DYCZEWSKI, L.: Vereinheitlichung oder Differenzierung der Personentypen in der polnischen Gesellschaft. In: ZAPOTOCZNY, K. (Hrsg.): Zivilisatorische Ursachen von Konflikten. Linz 1986, S. 139-150.
- DYLUS, A.: Zasada pomocniczości a procesy transformacji. In: Polityka Społeczna 20 (1993), 9. S. 4-7.

DZIUBINSKA-MICHALEWICZ, M.: Polityka w dziedzinie opieki zdrowotnej. In: GOLINOWSKA, S. (Hrsg.): Polityka społeczna w latach 1994-1996. Procesy regulacyjne i ich potencjalne skutki. IPiSS Warszawa 1996, S. 229-262.

EBBINGHAUS, B.: Spiegelwelten: Vergleich und Mehrebenenanalyse in der Europaforschung. In: KÖNIG, T./RIEGER, E./SCHMITT, H. (Hrsg.): Das europäische Mehrebenensystem. Mannheimer Jahrbuch für Europäische Sozialforschung Bd.1, Frankfurt a.M./New York 1996.

ECKHARD, D.: Bürgergesellschaft und Probleme ökonomischer Transformation in Ost- und Südosteuropa. In: HEIDENREICH, M. (Hrsg.): Krisen, Kader, Kombinate. Berlin 1992, S. 313-326.

EFFINGER, H.: Neue Soziale Bewegungen und personenbezogene Dienstleistungen in der Risikogesellschaft: Partizipativ strukturierte Kooperativen als intermediäre Organisationen. In: BAUER, R. (Hrsg.): Intermediäre Nonprofit-Organisationen in einem neuen Europa. Rheinfelden; Berlin 1993, S. 17-35.

ENGELHARDT; H. D.: Organisationsmodelle. Alling 1995.

ERHARD, L.: Wohlstand für alle. Gütersloh 1961.

ETTRICH, F.: Von der Erfolgswissenschaft zur Krisenwissenschaft. Die gesellschaftlichen Transformationsprozesse in Osteuropa und Ostdeutschland als Herausforderung der deutschen Soziologie. In: Soziologen-Tag Leipzig 1991: Soziologie in Deutschland und die Transformation großer gesellschaftlicher Systeme. Berlin 1991, S. 122-145.

ETZIONNI, A.: The Third Sector and Domestic Missions. In: Public Administration Review 33 (1973), S. 314-323.

EVERS, A.: Im intermediären Bereich-Soziale Träger und Projekte zwischen Haushalt, Staat und Markt. In: Journal für Sozialforschung 2 (1990), S. 189-210.

EVERS, A.: Soziale Bewegung und soziale Ordnung im Konzept des Wohlfahrtsmix. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 4 (1992), S. 49-58.

EVERS, A. /WINTERSBERGER, H.: Shifts in the Welfare Mix, their Impact on work, Social services and welfare Policies. Frankfurt a.M. and Westview Press 1990.

EXPERTYZY-INFORMACJE: Dyskusja wokół rządowego programu ubezpieczeń społecznych: IPiSS, H. 5, Warszawa 1995.

FAZ-Länderanalysen, Polen, Oktober 1992, Frankfurt a.M., S. 3.

FAZ-Länderanalysen, Polen, Oktober 1993, Frankfurt a.M., S. 3.

FEHR, H.: Solidarnosc und die Bürgerkomitees im neuen politischen Kräftefeld Polens. In: DEPPE, R./DUBIEL, H./RÖDEL, U. (Hrsg.): Demokratischer Umbruch in Osteuropa. Frankfurt a.M. 1991, S. 256-280.

FIRLIT-FESNAK, G.: Rodziny wymagajace szczególnej pomocy panstwa. In: Kurzynowski, A, (Hrsg.): Rodzina w okresie transformacji systemowej. Warszawa 1995, S. 203-213.

GEREMEK, B.: Die civil society gegen den Kommunismus: Polens Botschaft. In: Michalski, K. (Hrsg.): Europa und die Civil Society. Castelgandolfo-Gespräche 1989. Stuttgart 1991.

GLABICKA, K.: Migracja jako nowa kwestia spoleczna. In: AULEYTNER, J. (Hrsg.): Polityka spoleczna, stan i perspektywy. Warszawa 1996, S.189-206.

GLAEßNER, G. J.: Demokratie nach dem Ende des Kommunismus. Opladen 1994.

GLINSKI, P.: Aktywnosc aktorow spolecznych w transformacji. In: RYCHARD, A./FEDEROWICZ, M. (Hrsg.): Spoleczenstwo w transformacji. Ekspertyzy i studia. IFiS PAN, Warszawa 1993.

GLINSKI, P./PALSKA, H.: Cztery wymiary spolecznej aktywnosci obywatelskiej. In: DOMANSKI, H./RYCHARD, A. (Hrsg.): Elementy nowego ladu. IFiS PAN, Warszawa 1997, S. 365-392.

GLINSKI, P.: Wspolpraca organizacji pozarzadowych z innymi sektorami. In: SKAPSKA, G.: Opiekunczosc czy solidarnosc? Karkow 1998, S. 51-89.

GLOGOSZ, D./STRZEMINSKA, H.: Wspoldzialanie pozarzadowych organizacji non-profit z administracja publiczna. Raport z badan. Instytut Pracy i Spraw socjalnych. Warszawa 1999.

GLOWNE KIERUNKI DOSKONALENIA SYSTEMU EDUKACJI W POLSCE (Die Hauptrichtungen der Vervollkommnung des Bildungssystems in Polen). MEN. Warszawa 1994.

GOLINOWSKA, S.: Rola centrum w ksztaltowaniu struktury spozycia. Warszawa 1990.

GOLINOWSKA, S.: Polityka Spoleczna a przebudowa systemu gospodarczego. In: Polityka Spoleczna 1991, Nr. 10.

GOLINOWSKA, S.: O wartosciach, modelach i strategicznych wyborach w polityce społecznej w Polsce lat dziewiędziesiątych. In: GOLINOWSKA, S. (Hrsg.): O nowy model polityki społecznej w Polsce. Studia i materiały. IPISS. Warszawa 1993, S. 3-21.

GOLINOWSKA, S.: Nowa struktura instytucji sfery społecznej. Warszawa 1994.

GOLINOWSKA, S.: Polityka społeczna państwa w gospodarce rynkowej. PWN, Warszawa 1994a.

GOLINOWSKA, S.: Public Social Expenditure. In: BELKA, M. und PETERSEN, H.-G. (Hrsg.): Economic Transformation in Poland. Reforms of Institutional Settings and Macroeconomic Performance. Frankfurt/M./New York 1995, S. 143-163.

GOLINOWSKA, S. (Hrsg.): Polska bieda. Kryteria, oceny, przeciwdziałanie. IPISS Warszawa 1996.

GOLINOWSKA, S.: Publiczne wydatki społeczne. In: dies. (Hrsg.): Polityka społeczna w latach 1994-1996. Procesy regulacyjne i ich potencjalne skutki. IPISS Warszawa 1996a, S. 25-45.

GOLINOWSKA, S./TYMOWSKA, K./WŁODARCZYK, C.: Projekt reformy opieki zdrowotnej w Polsce, T.1u. 2. In: Gospodarka narodowa, Nr. 3, S. 22-27 und Nr. 4, S. 26-31, Warszawa 1991a.

GORA, W.: Tradycje opieki i pomocy społecznej w Polsce. In: Praca Socjalna 1989, Nr. 4.

GOWIN, J.: Kościół po komunizmie. Kraków/Warszawa 1995.

GRABOWSKA, M./KORALEWICZ, J./MACH, B./PANKOW, J./WNUK-LIPINSKI, E./ZIOLKOWSKI, M.: Społeczeństwo polskie i jego instytucje w okresie zmiany. In: WNUK-LIPINSKI, E. (Hrsg.): Świat postkomunistyczny: Diagnoza i prognozy. ISP, PAN. Warszawa 1991, S. 69-90.

GRABOWSKI, M.: Ziemia dla zuchwałych. In: Wprost vom 08.01.1995, S. 53-54.

GRANISZEWSKI, L.: AWS - Sojusz prawicy demokratycznej. In: GEBETHNER, S. (Hrsg.): Wybory '97. Partie i programy wyborcze. Warszawa 1997, S. 59-85.

GRANSOW, V.: Zivilgesellschaft und demokratische Frage. Ein Literaturbericht. In: Das Argument (1990), Nr. 180, S. 249-254.

GRZEGORCZYK, A.: Okragły stol kontra krasnoludki. In: Polityka, (1989) Nr. 9, S. 3.

GUS (Główny Urząd Statystyczny): Informacja o sytuacji społeczno-ekonomicznej kraju - I półrocze 1993 r., Warszawa 1993.

GUS (Główny Urząd Statystyczny): Aktywność ekonomiczna ludności Polski. Warszawa, maj 1994, S. 31.

GUS (Główny Urząd Statystyczny): Informacja o sytuacji społeczno-gospodarczej kraju, 1. półrocze 1994, Warszawa 1994, S. 55 und Warszawa 1995, S. 144.

HABERMAS, J.: Theorie des kommunikativen Handelns. Frankfurt a.M. 1981.

HABERMAS, J.: Die nachholende Revolution. Frankfurt a.M. 1990.

HABERMAS, J.: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaates. Frankfurt a.M. 1992.

HABERMAS, J.: Zur Rolle von Zivilgesellschaft und politischer Öffentlichkeit. In: ders.: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Frankfurt a.M. 1992a, S. 399-467.

HAMBURGER, F.: Vergleichende Sozialpädagogik. In: BAUER, R.: Lexikon des Sozial- und Gesundheitswesens. München/Wien 1992. S.: 2087-2089.

HAMBURGER, F.: "Das Ausland als Argument". In: Sozial Extra. 5 (1996), S. 4-5.

HASL, R.: Normative und instrumentelle Aspekte polnischer Sozialpolitik. Frankfurt a.M. 1985.

HAUFF, M./PFISTER-GASPARY, B. (Hrsg.): Internationale Sozialpolitik. Stuttgart 1982.

HAUSNER, J./OWSIK, S.: Kryzys finansowy państwa w procesie systemowej transformacji na przykładzie Polski. Polityka ekonomiczna i społeczna. Zeszyt 26, Friedrich Ebert Stiftung (Hrsg.), Warszawa 1992.

HEGEL, G. W. F.: Grundlinien der Philosophie des Rechts. Frankfurt a.M. 1986.

HEINTZ, P.: Interkultureller Vergleich. In: KÖNIG, R.: (Hrsg.): Handbuch der empirischen Sozialforschung, 3. Aufl., Bd. 4, Stuttgart 1974.

HELD, D.: Political Theory and the Modern State. Cambridge 1989.

HIBEL, C.: Kształcenie pracowników socjalnych na poziomie podstawowym w ramach Wydziałów Pracowników Socjalnych przy Medycznych Studiach zawodowych. In: LES, E./ROSNER, J. (Hrsg.): Kształcenie pracowników socjalnych. Warszawa 1991, S. 31-42.

HILKER, F.: Vergleichende Pädagogik. Eine Einführung in ihre Geschichte, Theorie und Praxis. München 1962.

HIRSCH, H.: Der zweite Frühling für die Linke. In: Die Zeit vom 17.09.1993

HIRSCHMANN, A.: Engagement und Enttäuschung. Frankfurt a.M. 1984.

HOLZER, J.: "Solidarität". Geschichte einer freien Gewerkschaft in Polen. München 1985.

HONNETH, A. (Hrsg.): Kommunitarismus. Eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften. Frankfurt a.M. 1993.

HÖNIG, H./KUßMAUL, P.: Strategie der Übersetzung. Ein Lehr- und Arbeitsbuch. Tübingen 1982.

HÖRNER, W.: Zum Problem der "relativen Autonomie" des allgemeinbildenden Schulsystems in der Sowjetunion und in der DDR - das Beispiel der polytechnischen Bildung. In: ANWEILER, O. (Hrsg.): Staatliche Steuerung und Eigendynamik im Bildungs- und Erziehungswesen osteuropäischer Staaten. Berlin 1986, S. 274-291.

HÖRNER, W.: Der Bericht des Expertenkomitees und die Schulreformpläne in Polen. In: BACHMEIER, P. (Hrsg.): Bildungspolitik in Osteuropa. Systemwandel und Perspektiven. Wien 1991. S. 138-147.

HÖRNER, W.: Technische Bildung und Schule. Eine Problemanalyse im internationalen Vergleich. Köln 1993.

HÖRNER, W./WOMPEL, I. R.: Die polnische Schule im Umbruch. Das neue polnische Bildungsgesetz im Kontext der gesellschaftlichen Veränderung. Wiesbaden 1994.

HÖRNER, W./HUCK, W.: Polen. In: Internationales Handbuch der Berufsbildung. LAUTERBACH, U. (Hrsg.): Carl Duisberg Gesellschaft e.V., Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung. Baden-Baden 1995. S. 1-69.

HÖRNER, W.: Einführung. Bildungssysteme in Europa. Überlegungen zu einer vergleichenden Betrachtung. In: ANWEILER, O. (Hrsg.): Bildungssysteme in Europa: Entwicklungen und Struktur des Bildungswesens in zehn Ländern: Deutschland, England, Frankreich, Italien, Niederlande, Polen; Russland, Schweden, Spanien, Türkei. Weinheim, Basel 1996. S. 13-29.

HRADIL, S.: Sozialstruktur und gesellschaftlicher Wandel. In: GABRIEL, O. (Hrsg.): Die EG-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalt. Bonn 1992. S. 50-94.

HRYNKIEWICZ, J./KRYNICKA, T.: Ubezpieczenia społeczne w Polsce. Generalne problemy i zakres koniecznych reform. Kancelaria Sejmu, BSE, Raport 25, Forschungsbericht. Warszawa 1992.

HUNTINGTON, S. P.: The Third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century. Oklahoma 1991.

HURRELMANN, K.: Erziehungssystem und Gesellschaft. Reinbek 1975.

INDRASZKIEWICZ, J.: Świadomość ekonomiczna społeczeństwa. In: CZEKAJ, J. u.a. (Hrsg.): Polityka i gospodarka-Polska w latach 80. Warszawa 1991. S. 96-126.

INFORMATOR o Organizacjach Pozarządowych w Polsce działających na polu pomocy społecznej. KLON` 94. Bank Informacji o Organizacjach Pozarządowych Klon/Jawor. Wydanie 3, Warszawa 1995.

INFORMATOR o Organizacjach Pozarządowych w Polsce JAWOR 94/95. Tom I u.II, Bank Informacji o Organizacjach Pozarządowych Klon/Jawor, Warszawa 1995a.

INFORMATOR, ZUS (Zakład Ubezpieczeń Społecznych) Warszawa 1993

INSTYTUT Gospodarki Światowej (Hrsg.): Gospodarka światowa i gospodarka polska. SGPiS Warszawa 1990.

IZDEBSKI, H.: Fundacje i Stowarzyszenia z Komentarzem i Skorowidzem. Warszawa 1997.

JAROSZ, M. (Hrsg.): Prywatyzacja - Szansa i Zagrożenia. Instytut Studiów Politycznych PAN, Warszawa 1992.

JASIECKI, K.: Organizacje pracodawców i przedsiębiorców w Polsce. In: WASILEWSKI, J. (Hrsg.): Zbiorowi aktorzy polskiej polityki, Warszawa 1997, S. 167-202.

JUCHLER, J.: Sozialistische Gesellschaftsformation-Allgemeine Theorie und Fallstudie (Polen 1945-1984). Frankfurt a.M. 1986.

JUCHLER, J.: Der bisherige Reformprozeß in Polen. Zum Wechselspiel von Politik und Wirtschaft. In: Osteuropa 43 (1992) 12, S. 1153-1166.

JUCHLER, J.: Ende des Sozialismus-Triumph des Kapitalismus? Eine vergleichende Studie moderner Gesellschaftssysteme. Zürich 1992a.

JUCHLER, J.: Osteuropa im Umbruch. Politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen 1989 -1993. Zürich 1994.

JUCHLER, J.: Kontinuität oder Wende? Polen seit dem Wahlsieg der "Postkommunisten". In: Osteuropa 45 (1995) 1, S. 65-76.

JUCHLER, J.: Zehn Jahre Transformationsprozeß in Polen. Wirtschaftliche Erfolge trotz politischer und sozialer Schwierigkeiten. In: Osteuropa 50 (2000) 2, S. 189-200.

KABAJ, M.: Elementy programu przeciwdziałania bezrobociu. In: Auleytner, J. (Hrsg.): Polityka Społeczna. Warszawa 1995, S. 155-183.

KABAJ, M.: Aktywna polityka rynku pracy i rola rad zatrudnienia. In: Polityka Społeczna 1995a, Nr. 10, S. 8-14.

KAMINSKI, A.: Funkcje pedagogiki społecznej. Warszawa 1974, S. 158.

KARGULOWA, A./KARGUL, J.: W poszukiwaniu paradygmatu pedagogiki społecznej. In: Forum Oświatowe 1990, Nr. 3.

KARGULOWA, A.: Pedagogika społeczna a demokratyzacja życia społecznego. In: Problemy Opiekunczo Wychowawcze, 1995, Nr. 9, S. 4-9.

KEBIR, S.: Gramsci's Zivilgesellschaft, VSA, Hamburg 1991.

KERKHOFF, E. (Hrsg.): Handbuch Praxis der Sozialarbeit und Sozialpädagogik, Bd. 1. Düsseldorf 1981.

KISS, G.: Grundzüge und Entwicklungen der Luhmannschen Systemtheorie. 2. Aufl. Stuttgart 1990.

KLEIN, A.: Das Projekt der Zivilgesellschaft - Anmerkungen zur Renaissance der demokratischen Frage. In: FJVS, 1 (1991), S. 70-80.

KLEIN, D.: Doppelte Modernisierung im Osten, Illusion oder Option der Geschichte? In: BRIE, M./KLEIN, D. (Hrsg.): Umbruch zur Moderne? Hamburg 1991a, S. 9-34.

KOLARSKA-BOBINSKA, L.: Pozadany ład społeczny i polityczny w gospodarce. In: Polacy 84. Dynamika konfliktu i konsensu. JASIEWICZ, K./RYCHARD, A./ADAMSKI, W. (Hrsg.). Uniwersytet Warszawski, Warszawa 1986, S. 37-56.

KOLARSKA-BOBINSKA, L.: Die marktwirtschaftlichen Reformen im gesellschaftlichen Bewußtsein und in der Wirtschaft Polens in den Jahren 1980-1990. In: Journal für Sozialforschung, 3 (1990) S. 279-293.

KOLARSKA-BOBINSKA, L.: Civil Society and Social Anomy in Poland. In: Acta Sociologica, Vol. 33 (1990a) 4, S. 277-288.

KOLARSKA-BOBINSKA, L.: Poczucie krzywdy społecznej a oczekiwanie opiekunczej roli państwa. W: Polacy `90. Konflikty i zmiana. Raport z badań empirycznych. Warszawa 1991. S. 37-43.

KOLARSKA-BOBINSKA, L.: Zmieniający się świat znaczeń i tożsamości politycznych, In: Krytyka 36 (1991a), S. 48-60.

KOLARSKA-BOBINSKA, L.: Podziały i konflikty w okresie przemian. W: Polityka społeczna-efekty czy siła sprawcza rozwoju kraju. Warszawa 1994, S. 41-50.

KOLODKO, G.: Strategia dla Polski. Warszawa 1995.

KOMITET EXPERTOW dla opracowania raportu o stanie oświaty w PRL. Raport o stanie oświaty w PRL. Warszawa 1973.

KOMITET EXPERTOW do spraw Edukacji narodowej: Edukacja narodowym priorytetem. Raport o stanie i kierunkach rozwoju edukacji narodowej w Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej. Warszawa 1989.

KOMUNIKAT Ministra Edukacji Narodowej z 15 lipca 1996 w sprawie wykazu dokumentacji programowych dopuszczonych do użytku szkolnego w publicznych szkołach zasadniczych i średnich zawodowych. In: Dziennik Urzędowy MEN z 1996, Nr. 6, Poz. 34 Warszawa 1996.

KOPCZYNSKA, M.: Animacja społeczno-kulturalna. Centrum Animacji i Kultury, Warszawa 1993.

KORALEWICZ, J.: Autorytaryzm, lek, konformizm. Ossolineum, Wrocław 1987.

KORALEWICZ, J./WNUK-LIPINSKI, E.: Gesellschaftsbild, Bürgerrechte und soziale Ungleichheiten im öffentlichen Bewußtsein der Polen. In: MEYER, G./RYSZKA, F.: (Hrsg.): Die politische Kultur Polens. Tübingen 1989. S. 172-188.

KORALEWICZ; J./ZIOLKOWSKI, M.: Mentalność Polaków. Poznań, 1990.

KORZENIOWSKI, K.: Poczucie podmiotowości - alienacji politycznej. Uwarunkowania psychospołeczne. Poznań 1991.

KÖNIG, R.: Interkultureller Vergleich. In: BERNSDORF, W. (Hrsg.): Wörterbuch der Soziologie, Bd. 2: Stuttgart 1972.

KÖNIG, T./RIEGER, E./SCMITT, H. (Hrsg.): Das europäische Mehrebenensystem. Mannheimer Jahrbuch für Europäische Sozialforschung, Bd. 1. Frankfurt a.M./New York 1996.

KOWALAK, T./ LES, E.: Kwestia ubostwa. In: RAJKIEWICZ, A./SUPINSKA, J./KSIEZOPOLSKI, M. (Hrsg.): Polityka Społeczna. Warszawa 1996, S. 139-149.

KRAMER, J.: Internationale Sozialpolitik. In: WOYKE, R. (Hrsg.): Handwörterbuch Internationale Politik. Opladen 1986. S. 244-249.

KRASNODEBSKA, U./PUCEK, J./KOWALCZYK, G./WYGNANSKI, J. J.: Sektor pozarządowy '95. In: Miejsce dla każdego. Szkice i opracowania o sektorze pozarządowym w Polsce. Program PHARE Dialog Społeczny. Warszawa 1996, S. 65-113.

KRASUCKA, J.: Niektóre cechy bezrobocia w Polsce. In: Auleytner, J. (Hrsg.): Polityka społeczna, 1995, S. 184-188.

KRESS, G./SENGHAAS, D. (Hrsg.): Politikwissenschaft. Eine Einführung in ihre Probleme. Frankfurt a.M. 1973.

KRZEMINSKI, I.: Świadomość zakłopotana. Ideal społeczny i interes. In: Społeczeństwo otwarte, 1992, Nr. 2, S. 16-28.

KRZEMINSKI, A.: Polen im 20. Jahrhundert. Ein politisches Essay. München 1993.

KSIEZOPOLSKI, M.: Polityka społeczna w okresie transformacji ustrojowej w Polsce. In: Polityka Społeczna 1990, Nr. 11-12.

KSIEZOPOLSKI, M.: Perspektywy rozwoju polityki społecznej w Polsce w okresie transformacji. In: Golinowska, S. (Hrsg.): O nowy model polityki społecznej w Polsce. Studia i materiały, Warszawa 1993, S. 22- 33.

KSIEZOPOLSKI, M.: Kryzys systemu socjalistycznych gwarancji w polityce społecznej. In: KSIEZOPOLSKI, M./SUPINSKA, J. (Hrsg.): Zagrożenia i szanse polityki społecznej w Polsce w okresie transformacji. Friedrich Ebert Stiftung. Warszawa 1993a, S. 7-17.

KUPISIEWICZ, Cz.: Die Expertenberichte von 1973 und 1989 zum Stand des Bildungswesens in Polen – Entstehung, Inhalt und Funktion. In: Berufsbildung und Erziehung, 44 (1991) 1, S. 39-52.

KURCZEWSKA, J./STASZYNSKA, K./BOJAR, H.: Blokady społeczeństwa obywatelskiego: czyli słabe społeczeństwo obywatelskie i słabe państwo. In: RYCHARD, A./FEDEROWICZ, M. (Hrsg.): Społeczeństwo w transformacji. Ekspertyzy i studia. IFiS PAN, Warszawa 1993, S. 84-96.

KURCZEWSKI, J.: Die Solidarnosc von innen. In: Journal für Sozialforschung. (1982) 1-2, S. 115-135.

KURON, J.: Polityka i odpowiedzialność. London 1984.

KURON, J.: Moja Zupa. Warszawa 1991.

KURZYNOWSKI, A.: Polityka społeczna i jej przemiany w latach 1990-1994-ogólny przegląd. In: GRZELONSKA, U. (Hrsg.): Polityka społeczna w Polsce w okresie transformacji. SGH, Warszawa 1994.

LAMPERT, H.: Die Bedeutung der Gerechtigkeit im Konzept der Sozialen Marktwirtschaft. In: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. 35 (1990) S. 75-91.

LANDWEHR, R./BARON, R. (Hrsg.): Geschichte der Sozialarbeit. Hauptlinien ihrer Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert. Weinheim/Basel 1983.

LAPINSKA-TYSZKA, K.: Bezrobocie w gminie wiejskiej. In: BORKOWSKI, T./MARCINKOWSKI, A. (Hrsg.): Socjologia bezrobocia. Warszawa 1996, S. 201-218.

LAUTH, H.-J./MERKEL, W. : Zivilgesellschaft und Transformation. In: ders (Hrsg.): Zivilgesellschaft im Transformationsprozeß. Länderstudien zu Mittelost- und Südeuropa, Asien, Afrika, Lateinamerika und Nahost. Mainz 1997, S. 1-15.

LEPALCZYK, I./MARYNOWICZ-HETKA, E. (Hrsg.): Przekształcanie środowiska społecznego. dorobek i kierunki dalszych badań. Sesja naukowa, TWWP, Łódź 1990.

LEPALCZYK, I./MARYNOWICZ-HETKA, E.: Tradycje i sytuacja aktualna w kształceniu pracowników socjalnych w Polsce, In: Praca społeczna 1990a, S. 6-17.

LEPALCZYK, I.: Geneza i rozwój pedagogiki społecznej. In: LEPALCZYK, I./PILCH, T.: (Hrsg.): Pedagogika społeczna. Człowiek w zmieniającym się świecie. Warszawa 1993, S. 5-29.

LEPALCZYK, I./WASILEWSKA, B., (Hrsg.): Helena Radlińska-portret pedagoga (rozprawy, wspomnienia, materiały). Łódź 1994.

LENZEN, D. (Hrsg.): Enzyklopädie der Erziehungswissenschaft, Bd. 1. Theorien und Grundbegriffe der Erziehung und Bildung. Stuttgart 1983.

LES, E.: Niepaństwowe podmioty polityki społecznej i siły postępotwórcze w mikroskali. In: CENTRALNY PROGRAM BADAN PODSTAWOWYCH 09.09.: Polityka Społeczna w Polsce. Warszawa 1991, S. 163 - 227.

LES, E./ROSNER, J. (Hrsg.): Kształcenie pracowników socjalnych. Warszawa 1991a.

LES, E.: Kierunki reformy polskiego systemu kształcenia w dziedzinie pracy socjalnej. W: LES, E./ROSNER, J. (Hrsg.): Kształcenie pracowników socjalnych. Warszawa 1991b, S. 103-115.

LES, E.: Organizacje pozarządowe w Polsce. Manuskrypt. Uniwersytet Warszawski, Zakład Polityki Społecznej. Warszawa, ohne Erscheinungsjahr.

LES, E.: Kilka słów o historii organizacji pozarządowych. In: Miejsce dla każdego. Szkice i opracowania o sektorze pozarządowym w Polsce. Centrum Informacji dla Organizacji Pozarządowych BORDO. Warszawa 1996, S. 20-26.

LES, E.: Organizacje obywatelskie w Europie środkowo-wschodniej. Washington/Warszawa 1996a.

LES, E.: Organizacje niezależne w Polsce i na świecie. In: Organizacje pozarządowe w społeczeństwie obywatelskim. ZALUSKA, M./ TOCZYSKI, W./ LES, E./ BOCZON, J. (Hrsg.). Warszawa 1996b, S.:135-144.

LES, E.: Zasada subsydiarności a pomoc społeczna w Polsce. In: SKAPSKA, G. (Hrsg.): Opiekunczość czy solidarność? Kraków 1998, S. 97-113.

LES, E.: Organizacje społeczne. Studium porównawcze, Fundusz Współpracy Program Phare-Dialog Społeczny. Warszawa 1998a.

LES, E.: Od filantropii do pomocniczości. Studium porównawcze rozwoju i działalności organizacji społecznych. Warszawa 2000.

LESNIEWSKI, B.: Pomoc społeczna. In: Wprost vom 25.09.1994, S. 23-24.

LOHDAL, M./SCHROOTEN, M.: Renten im Transformationsprozeß: Zur Lage in Polen, Ungarn, Tschechien und der Slowakei. In: DIW Diskussionspapiere, Nr. 158, DIW Berlin 1998.

LOHMANN, D.: Dialektisches Lernen. Die Rolle des Vergleichs im Lernprozeß. Stuttgart 1973

LUHMANN, N.: Zweckbegriff und Systemrationalität. Tübingen 1968.

LUHMANN, N.: Soziologische Aufklärung. Aufsätze zur Theorie sozialer Systeme. Köln 1970

LUHMANN, N.: Formen des Helfens im Wandel gesellschaftlicher Bedingungen. In: OTTO, H.-U./SCHNEIDER, S. (Hrsg.): Gesellschaftliche Perspektiven der Sozialarbeit. 3. Aufl. Neuwied/Darmstadt 1975.

LUHMANN, N.: Funktionen und Folgen formaler Organisation. 3. Aufl. Berlin 1976.

LUHMANN, N.: Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat. München/Wien 1981

LUHMANN, N.: Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie. Frankfurt a.M. 1984.

LUHMANN, N.: Die Wirtschaft der Gesellschaft als autopoietisches System. In: Zeitschrift für Soziologie 13 (1984b) 4, S. 308-327.

LUHMANN, N.: Ökologische Kommunikation. Opladen 1986

LUHMANN, N.: Soziologische Aufklärung 4. Beiträge zur funktionalen Differenzierung der Gesellschaft. Opladen 1987.

LUHMANN, N./SCHORR; K. E.: Reflexionsprobleme im Erziehungssystem. Stuttgart 1979.

LUKASIEWICZ, P./ZABOROWSKI, W. (Hrsg.): Szanse i zagrożenia polskich przemian, IFiS PAN, Warszawa 1992, S. 30-39.

LUKS, L.: Katholizismus und politische Macht in kommunistischen Polen 1945-1989. Die Anatomie einer Befreiung. Köln/Weimar/Wien 1993.

LUTYNSKI, J.: Działanie pozorne. In: Kultura i Społeczeństwo. 1977, Nr.2.

LOPATKO, J.: Zarys rozwoju pomocy społeczeńj w Polsce Ludowej. In: Polityka Społeczna 1987, Nr. 10, S. 8-13.

MACKIEWICZ-GOLNIK, L.: Obciążenia socjalne przedsiębiorstw. Łódź 1992.

MALY ROCZNIK STATYSTYCZNY GUS (Główny Urząd Statystyczny), Warszawa 1990.

MALY ROCZNIK STATYSTYCZNY GUS (Główny Urząd Statystyczny), Warszawa 1993.

MALY ROCZNIK STATYSTYCZNY GUS (Główny Urząd Statystyczny), Warszawa 1994.

MAMPEL, S. (Hrsg.): Probleme systemvergleichender Betrachtung. Berlin 1986, S. 229-234.

MARET, X./SCHWARZ, G.: System emerytalno-rentowy w Polsce. Stan obecny. In: FOUGEROLLES, J./GOLINOWSKA, S. (Hrsg.): Tworzenie prywatnych funduszy emerytalnych w Polsce. Studia i Materiały, IPISS, H. 1, Warszawa 1995, S. 37-76.

MARKOWSKI, R.: O psychologicznych "profilach" elektoratów. In: GRABOWSKA, M./KRZEMINSKI, I. (Hrsg.): Bitwa o Belweder. Warszawa 1991, S.: 3-16.

MARODY, M.: Gemeinschaftssinn, Stabilität und Wandel der Gesellschaftsordnung. In: MEYER, G./RYSZKA, F. (Hrsg.): Die politische Kultur Polens. Tübingen 1989, S. 271-286.

MARODY, M. (Hrsg.): Co nam zostało z tamtych lat...Społeczeństwo polskie u progu zmiany systemowej. Londyn 1991.

MARODY, M.: Bezradność a poczucie kontroli nad własnym życiem jako czynniki warunkujące działania społeczne. W: Polityka społeczna, efekty czy siła sprawcza rozwoju kraju. Warszawa 1994, S. 57-65.

MARX, K.: Kritik des Gothaer Programms. In: Karl Marx, Friedrich Engels Werke, Band 19. Berlin 1962, S. 11-32.

MARYNOWICZ-HETKA, E.: Profil kształcenia pracowników socjalnych na poziomie wyższym. W: Praca Socjalna. 1990, Nr. 5, S. 48-54.

MARYNOWICZ-HETKA, E.: Z aktualnych problemów kształcenia pracowników socjalnych w Polsce. In: Praca socjalna, 1996, Nr. 4, S. 3-14.

MASSING, O.: Vergleichende politische Analyse. Zur Konvergenz von Soziologie und Politikwissenschaft. In: KRESS, G./SENGHAAS, D. 1973, S. 245-275.

MATTHES, J.: The Operation Colled "Vergleichen". In: ders. (Hrsg.): Zwischen den Kulturen? Soziale Welt, Sonderband 8. Göttingen 1992.

MATURANA, H./VARELA, F.: Erkennen. Die Organisation und Verkörperung von Wirklichkeit, 2. Aufl. Braunschweig/Wiesbaden 1985.

MAUERSBERGER, V.: Das sanfte Harakiri. Ein Modell für die Reformer im Osten: Wie Spanien den gefährvollen Übergang von vierzigjähriger Diktatur zur Demokratie bewältigte. In: Die Zeit Nr. 52, 22.12.1989, S. 33-34.

MENZEMER, U./MOREAU, A. (Hrsg.): Soziale Arbeit im Vergleich. Deutsche und französische Perspektiven zur Jugend- und Sozialarbeit. Neuwied/Darmstadt 1984.

MERKEL, W.: Struktur und Akteur, System und Handlung: Gibt es einen Königsweg in der sozialwissenschaftlichen Transformationsforschung. In: ders. (Hrsg.): Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzepte der Transformationsforschung. Opladen 1994, S. 303-332.

MERKEL, W.: Systemwechsel: Probleme der demokratischen Konsolidierung in Ostmitteleuropa. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 18-19, 1994a. S. 3-11.

MERKEL, W.: Transformationsstrategien. Probleme, Erfahrungen und Grenzen. In: Z. Internationale Politik. 50 (1995) 6, S. 3-8.

MERKEL, W.: Theorien der Transformation: Die demokratische Konsolidierung postautoritärer Gesellschaften. In: BEYME, K. v./OFFE, C. (Hrsg.): Politische Theorien in der Ära der Transformation, PVS Sonderheft 26, Opladen 1996, S. 30-58.

MERKEL, W.: Institutionalisierung und Konsolidierung der Demokratien in Ostmitteleuropa. In: MERKEL, W./SANDSCHNEIDER, E./SEGERT, D. (Hrsg.): Systemwechsel 2. Die Institutionalisierung der Demokratie. Opladen 1996a, S. 73-112.

MERKEL, W./LAUTH, H.-J.: Systemwechsel und Zivilgesellschaft: Welche Zivilgesellschaft braucht die Demokratie? In: Aus Politik und Zeitgeschichte (1998) B 6-7, S. 3-9.

MERKEL, W.: Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. Opladen 1999.

MERKEL, W. (Hrsg.): Systemwechsel 5. Zivilgesellschaft und Transformation. Opladen 2000.

MEYER, G./RYSZKA, F. (Hrsg.): Die politische Kultur Polens. Tübingen 1989.

MEYERS ENZYKLOPÄDISCHES LEXIKON, Bd. 23. Mannheim 1981

MICHNA, W.: Kwestia rolna w Polsce w latach 1989-1994. In: AULEYTNER, J. (Hrsg.): Polityka społeczna. Warszawa 1995, S. 207-218.

MICHALSKI, K. (Hrsg.): Europa und die Civil Society: Castelgandorfo-Gespräche 1989. Stuttgart 1991.

MICHNIK, A.: Der Schwanz will mit dem Hund wedeln. der Vertrag zwischen Staat und Solidarnosc in Polen. In: Der Spiegel Nr. 16 v. 17.04.1989.

MIEJSCE DLA KAZDEGO. O sektorze pozarządowym w Polsce. Centrum Informacji dla organizacji pozarządowych BORDO. Warszawa 1996.

MITTER, W.: Komparative Forschung in der Erziehungswissenschaft. In: International Review of Edukation 22 (1976) 3, S. 317-337.

MODZELEWSKA, M.: Roboczy głos w dyskusji nad modelem kształcenia pracowników socjalnych-proponycja programu. W: Praca Socjalna 3-4 (1991). S. 77-82.

MODZELEWSKA, M.: Praca socjalna: Profesja, teoria, programy kształcenia. W: Praca Socjalna. 2 (1994). S. 42-52.

MOKRZYCKI, E.: Dziedzictwo realnego socjalizmu, interesy grupowe i poszukiwanie nowej utopii. W: Kultura i Społeczeństwo. 1991, Nr. 1, S. 7-16.

MORAWSKI, W./KOZEK, W.: Społeczeństwo polskie wobec problemów reformy i gospodarki. In: Morawski, W. (Hrsg.): Gospodarka i społeczeństwo-Wartości i interesy załóg przemysłowych. Warszawa 1986.

MOOS, J.: (Hrsg.): Liceum techniczne. Radom 1996.

MOZDZENSKA-MROZEK, D./SZYLKO-SKOCZNY, M.: Kwestia bezrobocia. In: Rajkiewicz, A. (Hrsg.): Polityka społeczna. Warszawa 1996, S. 171-181.

MRUGALSKA, K.: Rola organizacji pozarządowej o charakterze samopomocowym na przykładzie Polskiego Stowarzyszenia na Rzecz Osób z Upośledzeniem Umysłowym. In: Praca Socjalna, 10 (1995), S. 80-85.

MUSZALSKI, W./PLAWUCKA, H./SZURGACZ, H.: Problemy reformy ubezpieczenia społecznego. In: Praca i Zabezpieczenia Społeczne, Nr. 7, S. 1-10 und Nr. 8, S. 1-10, Warszawa 1994.

MUSZYNSKI, H.: Konzepte zur Reform der polnischen Schule und deren Realisierung. In: BACHMEIER, P.: (Hrsg.): Bildungspolitik in Osteuropa. Systemwandel und Perspektiven. Wien 1991, 116-125.

MÜHLUM, A.: Sozialpädagogik und Sozialarbeit. Eine vergleichende Darstellung zur Bestimmung ihres Verhältnisses in historischer, berufspraktischer und theoretischer Perspektive. Frankfurt a.M. 1982.

MÜLLER, K.: "Nachholende Modernisierung?" In: Leviathan, 2 (1991), S. 261-291.

MÜLLER, O./OTTO, H.-U. (Hrsg.): Verstehen oder kolonialisieren? Grundprobleme sozialpädagogischen Handelns und Forschens. Bielefeld 1984.

MÜNCHMEIER, R.: Zugänge zur Geschichte der Sozialarbeit. München 1981.

MULCAHY, D. G.: Auf der Suche nach dem Europäischen im Bildungswesen. In: Pädagogik und Schule in Ost und West 40 (1992) S. 43-52.

MURSWIECK, A.: Vergleichende Sozialpolitikforschung. In: BAUER, R.: Lexikon des Sozial- und Gesundheitswesens. München/Wien 1992. S. 2089-2091.

NAROJEK, W.: Perspektywy pluralizmu w upanastwowionym społeczeństwie. Ocena sytuacji na podstawie polskich kryzysów. Londyn 1986.

NAROJEK, W.: Socjalistyczne "Welfare State". Studium z psychologii społecznej Polski Ludowej. PWN Warszawa 1991.

NOAH, H. J.: Zum Begriff des erziehungswissenschaftlichen Vergleichs. In: Bildung und Erziehung 24 (1971) 6, S. 503-509.

NOSOWSKI, Z.: Triumf i niepewność: polski katolicyzm lat osiemdziesiątych. In: Wiek 7-8 (1991) S. 53-65.

NOWAK, S.: Ciągłość i zmiana tradycji kulturowej. Bd. 2, ISUW, Warszawa 1976.

NOWAK, S.: System wartości społeczeństwa polskiego. In: Studia socjologiczne. 1979, Nr. 4, S. 155- 173.

NOWAK, S.: Polaków portret własny. Kraków 1979a.

NOWAK, S.: Wertvorstellungen der Polen. In: Journal für Sozialforschung. 29 (1982), 1-2, S. 71-92.

NOWAK, S.: Postawy, wartości i aspiracje społeczeństwa polskiego-Przesłanki do prognozy na tle przemian dotychczasowych. In: ders. (Hrsg.): Społeczeństwo polskie czasu kryzysu-Przeobrażenia świadomości i warianty zachowań. Warszawa 1984, S. 403-464.

NOWAK, S.: Die polnische Gesellschaft in den 80er Jahren-Versuch einer Diagnose des gesellschaftlichen Bewusstseins. In: MEYER, G./RYSZKA, F. (Hrsg.): Die politische Kultur Polens. Tübingen 1989, S. 70-104.

O'DONNELL, G./SCHMITTER, Ph./WHITEHEAD, L. (Hrsg.): Transitions from Authoritarian Rule. Baltimore 1986.

OELKERS, J./TENORTH, H.-E. (Hrsg.): Pädagogik, Erziehungswissenschaft und Systemtheorie. Weinheim/Basel 1987, S. 76-101.

OELKERS, J./TENORTH, H.-E. (Hrsg.): Pädagogik, Erziehungswissenschaft und Systemtheorie. Weinheim/Basel 1987.

OFFE, C.: Das Dilemma der Gleichzeitigkeit. Demokratisierung und Marktwirtschaft in Osteuropa. In: Merkur 45 (1991) 4, S. 279-292.

OFFE, C.: Der Tunnel am Ende des Lichts. Erkundungen der politischen Transformation Im Neuen Osten. Frankfurt a.M./New York 1994.

OGRODZINSKI, P.: Piec tekstow o spoleczenstwie obywatelskim. Instytut Studiow Politycznych PAN. Warszawa 1991.

OKOLSKI, M.: Migracje. Biuletyn Nr. 1-2. Warszawa 1993.

OLK, Th.: Abschied von Experten. Sozialarbeit auf dem Weg zu einer alternativen Professionalität. Weinheim/München 1986.

OLK, T./OTTO, H.-U. (Hrsg.): Der Wohlfahrtsstaat in der Wende. Umriss einer künftigen Sozialarbeit. Weinheim/München 1985.

OPPENLÄNDER, K./QUEISSER, M. (Hrsg.): Von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft, Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung. München 1990.

ORGANIZACJE POZARZADOWE dzialajace na polu pomocy spolecznej. Biuro Studiow i Analiz Kancelarii Senatu. OT-157, czerwiec 1995.

OTTO, H.-U./SCHNEIDER, S. (Hrsg.): Gesellschaftliche Perspektiven der Sozialarbeit. 3. Aufl., Neuwied/Darmstadt 1975.

PACHOCINSKI, R.: Wandlungen der Bildung in Polen. In: Pädagogik und Schule in Ost und West. (1992) 4, S. 32-43.

PARSONS, T.: Evolutionäre Universalien der Gesellschaft. In: ZAPF, W. (Hrsg.): Theorien des sozialen Wandels. Köln/Berlin 1969, S. 53-83.

PASIERB, B. (Hrsg.): NSZZ "Solidarnosc" 1980-1981. Podstawowe dokumenty. Kronika dzialalnosci. Bibliografia. Wroclaw 1990.

PETERHOFF, R.: Zum Verständnis der Sozialpolitik in Polen. In: Sozialismus zwischen Restauration und Erneuerung. Hrsg. von J.G. Herder-Institut. Marburg 1983.

PETERHOFF, R.: Sozialpolitik und Lebensstandard. In: WÖHLKE, W. (Hrsg.): Länderbericht Polen. Bonn 1991. Bundeszentrale für politische Bildung. S. 355-363.

PFAFFENBERGER, H.: Grundfragen und Basisthesen einer sozialpädagogischen Komparistik. In: Studienreformkommission NW (Hrsg.): Studienreform und Handlungskompetenz im außerschulischen Erziehungs- und Sozialwesen. Neuwied 1981. S. 131-135.

PIEKUT-BRODZKA, D.: Problemy ksztalcenia pracownikow socjalnych. In: Socius, Warszawa 1998, S. 36 - 42.

PILCH, T./LEPALCZYK, I. (Hrsg.): Pedagogika spoleczna. Czlowiek w zmieniajacym sie swiecie. Warszawa 1993.

PIVEN, F.F./CLOWARD, R.A.: Regulierung der Armut. Die Politik der öffentlichen Wohlfahrt. Frankfurt a.M. 1977.

PLAN NAUCZANIA Medyczne Studium Zawodowe obowiązujący od 1981 do 1992, Archiwum Ministerstwa Zdrowia, Warszawa 1981.

POLACY `90 Konflikt i Zmiana, Raport z badań empirycznych, IFiS PAN, Warszawa 1991.

POLITYKA, dodatek Prywatyzacja, Styczeń 1993.

POLITYKA, dodatek Nr. 32, Warszawa 1994.

POLLACK, D.: Das Ende einer Organisationsgesellschaft. systemtheoretische Überlegungen zum gesellschaftlichen Umbruch in der DDR. In: Zeitschrift für Soziologie 19 (1991), S. 292-307.

POROZUMIENIA "OKRAGLEGO STOLU". In: „Rzeczpospolita“ vom 07.04.1989.

PRADETTO, A.: Politik und Ökonomie im postkommunistischen Polen: In: Osteuropa 41 (1991) 10, S. 40-52.

PROJEKT USTAWY O WYZSZYCH SZKOLACH ZAWODOWYCH. Ministerstwo Edukacji Narodowej MEN, Warszawa 1996, Materiały powielane.

PRZECLAWSKA, A./THEISS, W.: Pedagogika społeczna: Nowe zadania i szanse. In: Forum Oświatowe. Polskie Towarzystwo Oświatowe (Hrsg.) Warszawa-Torun, 1-2/1995, S. 17-35.

PRZEGLAD RZADOWY Nr. 6, Warszawa 1994, S. 47-69.

PRZEWORSKI, A.: Spiel mit Einsatz. Demokratisierungsprozesse in Lateinamerika, Osteuropa und anderswo. In: Transit 1 (1990), S. 190-211.

PRZEWORSKI, A.: Democracy and the Market. Political and Economic Reforms in Eastern Europe and Latin America. Cambridge 1991.

PRZEWORSKI, A.: "Eastern Europe: the Most Significant Event in Our Life Time?" In: Sisyphus, Vol.VII, (Polish Academy of Sciences), Challenges to Pluralism in Eastern Europe, IFiS PAN Publishers, Warsaw 1991, S. 9-18.

PRZYMENSKI, A.: Bezdomni i społeczne podłoże bezdomności, na przykładzie Poznania. Materiały Konferencji: "Socjologia wobec zmian społecznych". Czerniewo k./Poznań 28-29 kwiecień 1994, Uniwersytet Adama Mickiewicza, Poznań 1994.

PUBLIC POLICY and Social Conditions. Central and Eastern Europe, Unicef, Regional Monitoring Report, No. 1/1993.

PUHL, R./MAAS, U. (Hrsg.): Soziale Arbeit in Europa. Organisationsstrukturen, Arbeitsfelder und Methoden im Vergleich. Weinheim und München 1997.

PYSZ, P.: Soziale Sicherheit in der Zeit der Systemtransformation. Der Fall Polen. In: LOTTES, Günther (Hrsg.): Soziale Sicherheit in Europa. Bd. 2. Heidelberg 1993, S. 221-233.

PYSZ, P./QUAISSER, W.: Polens Wirtschaft zwischen Krise und Reform. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitschrift das Parlament, (1988) 11/12, S. 49-61.

QUAISSER, W./VENOHR, B.: Privatisierung in Polen. In: Breidenbach, S. (Hrsg.): Handbuch Wirtschaft und Recht in Osteuropa, München 1993, S. 1-22.

QUAISSER, W.: Reformpolitik in Osteuropa: Reißt das soziale Netz? In: Ifo-Schnelldienst, (1992) 10, S. 13-21.

RACZKOWSKA, J.: Początki rozwoju zakładów opieki całkowitej w Polsce i uwarunkowania ich działalności. In: Problemy Opiekunco-Wychowawcze. 1978, Nr. 2.

RADLINSKA, H.: Szkoły pracy społecznej w Polsce. Warszawa 1928.

RADLINSKA, H.: Stosunek wychowawcy do środowiska społecznego. Warszawa 1935.

RADLINSKA, H.: Pedagogika Społeczna. Wrocław 1961

RADZIEWICZ-WINNICKI, A.: Pedagogika społeczna. Głos w dyskusji. In: Problemy Opiekunco Wychowawcze, 1995, Nr. 11, S. 3-7.

RAJKIEWICZ, A.: Dochody i wydatki ludności. Minimum socjalne. In: ders (Hrsg.): Społeczeństwo polskie w latach 1989-1995/96. Zagadnienia polityki społecznej. Warszawa 1997, S. 83-97.

RAJKIEWICZ, A.: Zatrudnienie i rynek pracy. In: ders (Hrsg.): Społeczeństwo polskie w latach 1989-1995/96. Zagadnienia polityki społecznej. Warszawa 1997a, S. 39-62.

RAJKIEWICZ, A.: Pomoc społeczna. In: ders (Hrsg.): Społeczeństwo polskie w latach 1989-1995/96. Zagadnienia polityki społecznej. Warszawa 1997b, S. 131-140.

RAKOWSKI, M.: Jak to się stało? BGW Warszawa 1991.

RAPORT Szkoły Policealne. MEN, Warszawa 1995.

RAPORT z realizacji projektu 022. Organizacje pozarządowe – świadczenie usług społecznych 81993-1996), ministerstwo Pracy i Polityki Socjalnej, Warszawa 1997.

RAWLS, J.: Ethics in the Public Domain. Essays in the Morality of Law and Politics. Clarendon Press. Oxford 1994.

REGIERUNGSERKLÄRUNG des polnischen Premierministers Tadeusz Mazowiecki vor dem Sejm am 12. September 1989. In: Trybuna Ludu vom 13.09.1989, Warszawa, ins Deutsche übersetzt von Schade Wulf, In: Blätter für deutsche und internationale Politik. 34 (1989) 11, S. 1388-1460.

REESE-SCHÄFER, W.: Was ist Kommunitarismus? Frankfurt a. M. 1994.

REFORMA Kształcenia zawodowego. MEN. Warszawa 1992.

REYKOWSKI, J.: Zmiany systemowe a mentalność polskiego społeczeństwa. Komitet Prognoz "Polska w XXI wieku. PAN, Warszawa 1994.

RIEDEL, M.: Gesellschaft, bürgerliche. In: BRUNNER, W./KOSELLECK, R. (Hrsg.): Geschichtliche Grundbegriffe, Bd. 2., Stuttgart 1975, S. 719 - 800.

RIESCHER, G./GABRIEL, R.: Die Politikwissenschaft und der Systemwandel in Osteuropa. München 1993.

RHODE, B.: Sozialpädagogische Hochschulausbildung. Eine vergleichende Untersuchung von Studiengängen an Fachhochschulen und wissenschaftlichen Hochschulen. Frankfurt a.M./New York/Paris 1989.

ROBINSOHN, S. B.: Vergleichende Erziehungswissenschaft. In: ROBINSOHN, S.: Erziehung als Wissenschaft. Hrsg. von BRAUN, F./GLOWKA, D./THOMAS, H.: (Hrsg.), Stuttgart 1973, S. 313-355.

ROBINSOHN, S. B.: Erziehungswissenschaft. Vergleichende Erziehungswissenschaft. In: SPECK, J./WEHLE, G. (Hrsg.): Handbuch pädagogischer Grundbegriffe, Bd. 1. München 1970. S. 456-492.

ROCZNIK STATYSTYCZNY GUS (Główny Urząd Statystyczny), Warszawa 1981, S. 33 und 85.

ROCZNIK STATYSTYCZNY GUS (Główny Urząd Statystyczny), Warszawa 1981a, S. 527.

ROCZNIK STATYSTYCZNY GUS (Główny Urząd Statystyczny), Warszawa 1990.

ROCZNIK STATYSTYCZNY GUS (Główny Urząd Statystyczny), Warszawa 1991.

ROCZNIK STATYSTYCZNY GUS (Główny Urząd Statystyczny), Warszawa 1992, S. 386, 419 und 443.

ROCZNIK STATYSTYCZNY GUS (Główny Urząd Statystyczny), Warszawa 1994, S. 130f.

RÖDEL, U./FRANKENBERG, G./DUBIEL, H. (Hrsg.): Die demokratische Frage. Ein Essay. Frankfurt a.M. 1989.

RÖHRS, H.: Forschungsstrategien in der Vergleichenden Erziehungswissenschaft. Weinheim/Basel 1975.

ROKKAN, S.: Vergleichende Sozialwissenschaft. Die Entwicklung der interkulturellen, inter-gesellschaftlichen und inter-nationalen Forschung. Frankfurt a.M./Berlin/Wien 1972.

ROSNER, A.: Zatrudnienie i bezrobocie w rolnictwie rodzinnym. In: "Wies i Rolnictwo", 1993, Nr. 3.

ROZPORZADZENIE Ministra Edukacji Narodowej z dnia 23 lutego 1993 w sprawie klasyfikacji zawodów szkolnictwa zawodowego. In: Dziennik Urzędowy Ministra Edukacji, 19/1993, S. 446-451.

ROZPORZADZENIE Ministra Pracy i Spraw Socjalnych z dnia 18.09.1992. In: Dziennik Urzędowy Nr. 71, Poz. 353, Warszawa 1992.

RUDOLPH, W.: Zum Verhältnis von Allgemeinbildung und Spezialbildung im einheitlichen sozialistischen Bildungssystem. In: Pädagogik 41 (1986) 10, S. 757-767.

RUFFMANN, K.-H./ALTRICHTER, H. (Hrsg.): `Modernisierung` versus `Sozialismus`. Formen und Strategien sozialen Wandels im 20. Jahrhundert. Mit Beiträgen von Lottes, G. u.a.. Erlangen 1983.

RUSINEK, K.: Zagadnienia pracy i pomocy społecznej w działalności rad narodowych. In: Praca i Opieka Społeczna. Nr. 1-2, S. 15.

RYCHARD, A.: Konflikt und Anpassung: Konzeptionen und Veränderungschancen der Gesellschaftsordnung in Polen. In: MEYER, G./RYSZKA, F. (Hrsg.): Die politische Kultur Polens. Tübingen 1989, S. 286-303.

RYCHARD, A.: Nowy Ład: poparcie czy odrzucenie? In: LUDASIEWICZ, P./ZABOROWSKI, W. (Hrsg.): Szanse i zagrożenia polskich przemian. Warszawa 1992, S. 24-30.

RYCHARD, A.: Polska transformacji i Polska poza transformacją: czy istnieje dwa społeczeństwa? W: Polityka społeczna, efekty czy siła sprawcza rozwoju kraju. Warszawa 1994, S. 51-55.

RYMSZA, M.: Stan i perspektywy reformy ubezpieczeń społecznych w Polsce. In: *Praca i Zabezpieczenia Społeczne*. (1997) 12, S. 19-25.

RYMSZA, M.: Urynkowienie państwa czy uspołecznienie rynku. Kwestia socjalna w III Rzeczypospolitej na przykładzie ubezpieczeń społecznych. Uniwersytet Warszawski. Warszawa 1998.

RZAD ogłosił program gospodarczy. In: „Rzeczpospolita“ vom 12.10.1989, S. 1.

SACHSE, Ch./TRENNSTEDT, F.: Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland. Vom Spätmittelalter bis zum 1. Weltkrieg. Stuttgart 1980.

SADOWSKI, Z. (Hrsg.): Społeczeństwa posttotalitarne-kierunki przemian. IFiS PAN, Warszawa 1991.

SALAMON, L.M.: Partners in Public Service: Government Nonprofit Relations in the Modern Welfare State, The Hopkins University Press 1995.

SALAMON, L. M./ANHEIER, H. K.: "In Search of the Nonprofit Sector I: The Question of Definitions". In: *VOLUNTAS* 3 (1992a) 2.

SALAMON, L. M./ANHEIER, H. K.: "In Search of the Nonprofit Sector II: The Problem of Classification". In: *VOLUNTAS*, 3 (1992b) 3.

SANDSCHNEIDER, E.: Systemtheoretische Perspektiven politikwissenschaftlicher Transformationsforschung. In: Merkel, Wolfgang (Hrsg.): Systemwechsel 1. Opladen 1994, S. 23-46.

SANDSCHNEIDER, E.: Stabilität und Transformation politischer Systeme. Opladen 1995.

SCHADE, W.: Zur Verfassungsdiskussion in Polen. In: *Osteuropa* 45 (1995) 7, S. 639-650.

SCHIENSTOCK, G./TRAXLER, F.: Von der stalinistischen zur marktvermittelten Konvergenz? Zur Transformation der Struktur und Politik der Gewerkschaften in Osteuropa. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 3 (1993), S. 484-506.

SCHMITTER, Ph. C.: Von der Autokratie zur Demokratie. Zwölf Überlegungen zur politischen Transformation. In: *Internationale Politik* 50 (1995) 6, S.47-52.

SCHNEIDER, F.: Vergleichende Erziehungswissenschaft. Geschichte, Forschung, Lehre. Heidelberg 1961.

SCHÖN, B. (Hrsg.): Die Zukunft der sozialen Berufe, Arbeitsmarkt, Ausbildung, Alternativen. Frankfurt a.M. 1986.

SCHRIEWER, J.: "Erziehung" und "Kultur". Zur Theorie und Methodik Vergleichender Erziehungswissenschaft. In: BRINKMANN, W./RENNER, K. (Hrsg.): Die Pädagogik und ihre Bereiche. Paderborn 1982, S. 185-236.

SCHRIEWER, J.: Vergleichend-historische Bildungsforschung. In: Zeitschrift für Pädagogik 30 (1984) 3, S. 323-342.

SCHRIEWER, J.: Funktionssymbiosen von Überschneidungsbereichen: Systemtheoretische Konstrukte in vergleichender Erziehungsforschung. In: OELKERS, J./TENORTH, H.-E. (Hrsg.): Pädagogik, Erziehungswissenschaft und Systemtheorie. Weinheim/Basel 1987, S. 76-101.

SCHRIEWER, J.: Internationalisierung der Pädagogik und Vergleichende Erziehungswissenschaft. In: MÜLLER, D. (Hrsg.): Pädagogik, Erziehungswissenschaft, Bildung: eine Einführung in das Studium. Köln/Weinmar/Wien, 1994.

SCHUBERT, V.: Vergleichende Pädagogik. In: BERNHARD, A./ROTHERMEL, L. (Hrsg.): Handbuch Kritische Pädagogik. Weinheim 1997.

SCOTT, W. R.: Grundlagen der Organisationstheorie. Frankfurt a.M. 1986.

SEIBEL, W.: Gibt es einen dritten Sektor? In: Journal für Sozialforschung. 30 (1990) 2, S. 181-188.

SENGHAAS, D.: Europa 2000. Frankfurt a.M. 1990.

SICINSKI, A.: Samoorganizacja społeczenstwa. Raport o stanie panstwa. Warszawa 1996.

SIK, O.: Neue Aspekte der Konvergenztheorie. In: BRANDKE, Sven (Hrsg.): Wirtschaftsreformen in Osteuropa. Zürich 1989, S. 5-18.

SKOWRONEK, B.: Zur Methodologie der Fachsprachenforschung und der fachsprachlichen Barrieren. Poznan 1985.

SLUPINSKA, J.: Kształcenie pracowników socjalnych na poziomie studiow magisterskich. In: LES, E./ROSNER, J. (Hrsg.): Kształcenie pracowników socjalnych. Warszawa 1991, S. 43-58.

SMOLINSKA -THEISS, B.: Badanie i dzialanie. W poszukiwaniu metod organizowania srodowiska wychowawczego. Warszawa, 1988.

SMOLINSKA -THEISS, B.: Zrodla pracy socjalnej. Od chrzescijanskiego milosierdzia do liberalnej demokracji. In: Problemy Opiekunczo-Wychowawcze 1994, Nr. 5.

SMOLINSKA -THEISS, B.: Zmiany w pedagogice społecznej w okresie społecznych przemian. In: HÖRNER, W./SZYMANSKI, M.S. (Hrsg.): Transformacja w oświacie a europejskie perspektywy. Warszawa 1998, S. 23-34.

SMOLINSKA -THEISS, B.: Kwalifikacje pedagogów i poradnictwo. In: STOCHNIALEK, J. (Hrsg.): Pedagogika wobec kryzysów życiowych. Warszawa-Radom 1998a, S. 293-301.

SOBCZAK, A.: Changes in the Polish Health Care System in the 1990-1995 Transition Period. In: Institute of Finance, Working Papers No. 50, Warszawa 1996.

SOLTYS, S.: Der polnische Arbeitsmarkt im Umbruch. Frankfurt.M./New York 1995.

SOWADA, Ch.: Sozialpolitik im Transformationsprozeß am Beispiel Polens. In: Finanzwissenschaftliche Diskussionsbeiträge Nr.7, Universität Potsdam 1996.

SOWADA, Ch.: Wieviel Staat braucht der Markt und wieviel Staat braucht die Gerechtigkeit? Transformation des polnischen Sozialversicherungssystems im Lichte der deutschen Erfahrungen. In: Finanzwissenschaftliche Diskussionsbeiträge Nr. 7, Universität Potsdam 1997.

SRUBAR, I.: War der reale Sozialismus modern? Versuche einer strukturellen Bestimmung. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 43 (1991) 3, S. 415-432.

STANISZKIS, J.: Dynamik des Arbeiterbewußtseins. In: Journal für Sozialforschung, (1982) 1-2, 93-114.

STANISZKIS, J.: Solidarnosc jako związek zawodowy i ruch społeczny. In: MORAWSKI, W. (Hrsg.): Demokracja i gospodarka, Warszawa 1983, S. 331-371.

STANISZKIS, J.: Ontologia socjalizmu. Warszawa 1989.

STANISZKIS, J.: Dilemmata der Demokratie in Osteuropa. In: DEPPE, R./DUBIEL, H./RÖDEL, U. (Hrsg.): Demokratischer Umbruch in Osteuropa. Frankfurt a.M. 1991, S. 326-347.

STANISZKIS, J. (Hrsg.): W poszukiwaniu paradygmatu transformacji. Instytut Studiów Politycznych. Warszawa 1994.

STAREGA-PIASEK, J.: Pomoc społeczna. In: Polityka społeczna-efekty czy siła sprawcza rozwoju kraju. Warszawa 1994, S. 198-194.

STAUB-BERNASCONI, S.: Systemtheorie, soziale Probleme und Soziale Arbeit: lokal, national, international. Bern/Stuttgart/Wien 1995.

STEINER- JORDAN, S.: Die Reform der beruflichen Bildung in Polen seit 1989. Münster 1995.

STELINA, J.: Ubezpieczenia społeczne. Emerytury i renty. Gdansk 1994.

STERNICZUK, H.: Zarządzanie gospodarką: Niestabilność stosunków władzy. IFiS, PAN, Warszawa 1984.

STRATEGIA DLA POLSKI. In: PRZEGLĄD RZĄDOWY Nr. 6, 1994, S. 47-69.

SWIDA-ZIEMBA, H.: Człowiek wewnętrznie zniewolony. Warszawa 1997.

SWIDA-ZIEMBA, H.: Mentalność postkomunistyczna. In: Kultura i Społeczeństwo 1994, Nr. 1, S. 35-50.

SZACKI, J.: (Wieder-) Aufbau der Civil society. Diskussionsbeitrag von Jerzy Szacki. In: Transit 1990, nr. 1, S. 127-135.

SZACKI, J.: Liberalizm po komunizmie. Krakow 1994.

SZACKI, J. (Hrsg.): Ani książe, ani kupiec: Obywatel. Idea społeczeństwa obywatelskiego w myśli współczesnej. Krakow 1997.

SZATUR-JAWORSKA, B.: Teoretyczne podstawy pracy socjalnej. In: PILCH, T./LEPALCZYK, I. (Hrsg.): Pedagogika Społeczna. Warszawa 1993, S. 89 -106.

SZCZEPANSKI, J.: O indywidualności. IWZZ. Warszawa 1988.

SZCZEPANSKI, J./JACKOWIAK, S. (Hrsg.): Rozwój ubezpieczeń społecznych w Polsce. Wrocław 1991.

SZCZYPIORSKI, A.: Einige Gedanken zu Demokratie und Freiheit in Ost und West. Vortrag gehalten auf der Jahrestagung 1998 der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde in Bremen am 14.03.1998.

SZKOLY POLICEALNE PRACOWNIKÓW SŁUŻB SPOŁECZNYCH: Raport z 15 stycznia 1995. Ministerstwo Pracy i Polityki Socjalnej. Departament Pomocy Społecznej. Warszawa 1995.

SZTOMPKA, P.: Civilizational Incompetence: The Trap of Post-Communist Societies. In: Zeitschrift für Soziologie (1993) 2, S. 85-95.

SZTOMPKA, P.: Teoria zmian społecznych a doświadczenia polskiej transformacji. W: Studia Socjologiczne 132 (1994) 1.

SZYŁKO-SKOCZNY, M. (Hrsg.): Pomoc społeczna wobec zjawiska bezrobocia. Warszawa 1993.

TATUR, M.: Solidarnosc als Modernisierungsbewegung. Sozialstruktur und Konflikt in Polen. Frankfurt a.M. 1989.

TATUR, M.: Von der Volkskirche zur sozialen Bewegung? Die "religiöse Erneuerung" in Polen. In: Osteuropa 5 (1990), S. 441-452.

TATUR, M.: Zur Dialektik der "civil society" in Polen. In: DEPPE, R./ DUBIEL, H./RÖDEL, U. (Hrsg.): Demokratischer Umbruch in Osteuropa. Frankfurt a.M. 1991, S. 234-255.

TATUR, M.: Die Bedeutung der "etatistischen Gesellschaft" in Polen für die soziologische Theorie. Leviathan, 2 (1991a) S. 292-304.

TAYLOR, Ch.: Der Begriff der `bürgerlichen Gesellschaft` im politischen Denken des Westens. In: BRUMLIK, M./BRUNKHORST, H. (Hrsg.): Gemeinschaft und Gerechtigkeit. Frankfurt a.M. 1995, S. 117-147.

TAYLOR, Ch.: Wieviel Gemeinschaft braucht die Demokratie? In: Transit (1993) 5, Neue Kritik, Frankfurt a.M..

TENNSTEDT, F.: Sozialgeschichte der Sozialpolitik in Deutschland. Vom 18. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg. Göttingen 1981.

THEISS, W.: Bojownik-instruktor-profesjonalista. Z tradycji zawodu pracownika socjalnego w Polsce. In: Praca socjalna 1992, Nr. 1.

THEISS, W.: Radlinska. Warszawa 1984.

THOMAS, M. (Hrsg.): Abbruch und Aufbruch - Sozialwissenschaften im Transformationsprozess. Berlin 1992.

TOCQUEVILLE, A. de: Über die Demokratie in Amerika. Stuttgart 1994.

TOCZYSKI, W.: Rola organizacji pozarządowych w odrodzeniu społeczeństwa obywatelskiego. In: BOCZON, J./ZALUSKA, M.: Organizacje pozarządowe w społeczeństwie obywatelskim. Biblioteka Pracownika Socjalnego, Warszawa 1996.

TOPINSKI, W./WISNIEWSKI, M.: Prywatne programy emerytalne. Propozycje reform. In: FOUGEROLLES, J./GOLINOWSKA, S. (Hrsg.): Tworzenie prywatnych funduszy emerytalnych w Polsce. Studia i Materiały, IPiSS, H. 1, S. 126-164, Warszawa 1995.

TRABERT, F. G.: Die politische Transformation Spaniens nach Franco. Zum Problem des demokratieorientierten Wandels autoritärer Regime. Frankfurt a.M./Bern/New York 1985.

TRAPP, M.: Sozialpolitik im Prozeß der Transformation der sozialistischen Systeme Osteuropas. In: LOTTES, G. (Hrsg.): Soziale Sicherheit in Europa. 1993, S. 205-214.

TRYFAN, B.: Potrzeby socjalne rodziny wiejskiej. In: Kurzynowski A. (Hrsg.): Rodzina w okresie transformacji systemowej. Warszawa 1995, S. 151-161.

TRYFAN, B.: Ludnosc rolnicza i jej problemy socjalne. In: RAJKIEWICZ, A. (Hrsg.): Spoleczenstwo polskie w latach 1989-1995/96. Warszawa 1997, S. 63-71.

TYMOWSKI, A./KURULISZWILLI, E.: Pomoc spoleczna dla rodzin. In: Kurzynowski, A. (Hrsg.): Rodzina w okresie transformacji systemowej. Warszawa 1995, S. 223-233.

USTAWA o Opiece Spolecznej, 16.08.1923. In: Dziennik Ustaw Urzedu Rady Ministrow, Nr. 92, Poz.726.

USTAWA o Terenowych Organach Jednolitej Wladzy Panstwowej, 20.03.1950. In: Dziennik Ustaw Urzedu Rady Ministrow, Nr. 14, Poz. 130, Warszawa 1950.

USTAWA o Prawie o Stowarzyszeniach, 07.04. 1989. In: Dziennik Ustaw Nr. 14, Pos. 86, Warszawa 1989.

USTAWA o Samorządzie Terytorialnym, 08.03.1990. In: Dziennik Ustaw Nr. 16, Pos. 95, Warszawa 1990.

USTAWA o Pomocy Spolecznej, 29.11.1990. In: Dziennik Ustaw Rzeczpospolitej Polskiej Nr. 87/90, Poz. 506, Warszawa 1990, z pozniejszymi zmianami, tekst jednolity, Dziennik Ustaw Rzeczpospolitej Polskiej z 1993, Nr. 13. Poz.60, Warszawa 1993.

USTAWA o Szkolnictwie Wyzszym, 12.10.1990. In: Dziennik Ustaw Rzeczypospolitej Polskiej 1990, S. 893-915.

USTAWA o Fundacjach, 17.05.1991. In: Dziennik Ustaw, Nr. 46, Pos. 203, Warszawa 1991.

USTAWA o Zatrudnieniu i Przeciwdzialaniu Bezrobociu vom 16. Oktober 1991. In: Dziennik Ustaw Nr. 106, Warszawa 1991.

USTAWA o Systemie Oswiaty, 7.09. 1991. In: Dziennik Ustaw Rzeczypospolitej Polskiej, 95/25.10.1991, Warszawa 1991.

VEREINBARUNGEN der "Verhandlungen am Runden Tisch". In: „Rzeczpospolita“ vom 07.04.1989.

WAGNER, H.: Einige Theorien des Systemwandels im Vergleich und ihre Anwendbarkeit für die Erklärung des gegenwärtigen Reformprozesses in Osteuropa. In: BACKHAUS, J. (Hrsg.): Systemwandel und Reform in östlichen Wirtschaften. Marburg 1991, S. 17-39.

WALZER, M.: Zivile Gesellschaft und amerikanische Demokratie. Rotbuch, Berlin 1992.

WALZER, M.: Sphären der Gerechtigkeit. Ein Plädoyer für Pluralität und Gleichheit. Frankfurt a.M. 1992a.

WALZER, M.: Kritik und Gemeinsinn. Frankfurt a. M. 1993.

WALZER, M.: Was heißt zivile Gesellschaft? In: ders.: Zivile Gesellschaft und amerikanische Demokratie. Frankfurt a.M. 1996, S. 64-97.

WALESA, L.: Droga do Wolnosci. Spotkania, Warszawa 1991.

WANDRUSZKA, M.: Die Mehrsprachigkeit des Menschen. München 1981.

WEBER, M.: Die Objektivität sozialwissenschaftlicher Erkenntnis. In: ders.: Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftstheorie, Hrsg. von Johannes Winckelmann. 7. Aufl., Tübingen 1988.

WELZEL, Ch.: Systemwechsel in der globalen Systemkonkurrenz. Ein evolutionstheoretischer Erklärungsversuch. In: Merkel, W. (Hrsg.): Systemwechsel 1. Opladen 1994, S. 47-80.

WIKTOROW, J.: System ubezpieczenia społecznych w Polsce-jednosc i zroznicowanie, Studia i Materialy, 6 (329), IPISS Warszawa 1990.

WILKIEWICZ, Z.: Arbeitslosigkeit und ihr Stellenwert in der polnischen Sozialpolitik. In: Osteuropa 46 (1996) 1, S. 64-79.

WILLKE, H.: Systemtheorie. Stuttgart/New York 1982.

WIRTSCHAFTSHANDBUCH POLEN - Bd. 1. Politik, Wirtschaft, Infrastruktur. Strukturen und Entwicklungen. Frankfurter Allgemeine Zeitung Informationsdienste. Frankfurt a.M. 1995.

WIRTSCHAFTSPROGRAMM - Hauptgrundlagen und Richtlinien: Balcerowicz-Programm (Program Gospodarczy) Warschau, Oktober 1989. In: BAK, H. u.a. (Hrsg.): Balcerowicz-Programm. Erlangen 1991.

WISNIEWSKI, M.: System zabezpieczenia społecznego w zreformowanej gospodarce polskiej. Studia i Materialy, IPISS, H. 2, Warszawa 1991.

WITKOWSKI, J.: Rynek pracy w Polsce. In: ZIENKOWSKI, L. (Hrsg.): Gospodarka polska w latach 1990-1992. Doswiadczenia i wnioski. Zaklad Badan Statystyczno-Ekonomicznych GUS i PAN, Warszawa 1993.

WNUK-LIPINSKI, E.: Dimorphism of Values and sozial Schizophrenia. A tentative description. In: Sisyphus, Vol. 3: Crisis and Conflicts. the Case of Poland 1980/81, The Polish Academy of sciences. Institutes of Philosophy and Sociology, Warsaw 1982, S. 81-90.

WNUK-LIPINSKI, E.: Deprywacje społeczne a konflikty interesow i wartosci. W: Polacy `90. Raport z badan. Warszawa 1991. S. 15-35.

WNUK-LIPINSKI, E.: Kryzys i jego konsekwencje dla swiadomosci społecznej. In: Wiesz 7-8 (1991) S. 3-8.

WNUK-LIPINSKI, E. (Hrsg.): Swiat postkomunistyczny. Diagnoza i prognozy. ISP PAN, Warszawa 1991a.

WNUK-LIPINSKI, E.: Demokratyczna rekonstrukcja. Z socjologii radykalnej zmiany społecznej. Warszawa 1996.

WODZ, K.: Praca socjalna w srodowisku zamieszkania. Warszawa 1996.

WOMPEL, I.R.: Das polnische Hochschulgesetz vom 12 . September 1990. (Hochschulrektorenkonferenz, Dokumente zur Hochschulreform 71/1991). Bonn 1991.

WOYKE, R. (Hrsg.): Handwörterbuch Internationale Politik. Opladen 1986.

WÖHLKE, W. (Hrsg.): Länderbericht Polen. Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 1991.

WPROST, Nr. 33, Warszawa 1993.

WROCYNSKI, R.: Pedagogika społeczna. Wyd. IV PWN, Warszawa 1985.

WSPOLPRACA ADMINISTRACJI RZADOWEJ z Organizacjami Pozarzadowymi, Pełnomocnik Prezesa Rady Ministrow ds. Wspolpracy z Organizacjami Pozarzadowymi, Kancelaria Prezesa Rady Ministrow. Warszawa 1998.

WSTEPNA KONCEPCJA rozwoju szkolnictwa zawodowego. In: Nowa Szkola, 1991 Nr. 9, S. 523-533.

WYGNANSKI, J.: Dlaczego warto mowic o organizacjach pozarzadowych? In: Miejsce dla kazdego. Szkice i opracowania o sektorze pozarzadowym w Polsce. Centrum Informacji dla Organizacji Pozarzadowych BORDO (Hrsg.). Warszawa 1996, S. 47-62.

WYGNANSKI, J.: Udzial organizacji pozarzadowych w systemie pomocy społecznej wojewodztwa warszawskiego, Raport programu PHARE FIE-STA, Bank Danych o Organizacjach Pozarzadowych KLON, Warszawa 1998.

WYGNANSKI, J.: Współpraca z administracją publiczną w opiniach organizacji pozarządowych. In: Wybrane fundusze publiczne dostępne dla organizacji pozarządowych w Polsce: 1996-1998. Warszawa 1998a.

WYKAZ uczelni niepaństwowych wpisanych do rejestru Ministra Edukacji Narodowej. Warszawa, 15.02.1996.

WYKAZ placówek stacjonarnych oraz jadłodalni prowadzonych przez organizacje pozarządowe na rzecz osób bezdomnych. Warszawa 1999.

WYROBKOWA-PAWLOWSKA, W.: Studium Pracy Społeczno-Oświatowej Wolnej Wszechnicy Polskiej. In: LES, E./ROSNER, J. (Hrsg.): Kształcenie Pracowników Socjalnych. Warszawa 1991, S. 14-21.

ZAGORSKI, K.: Soziale Mobilität in unterschiedlichen sozio-ökonomischen Systemen. In: NIESEN, M./PESCHAR, J./KOURILSKY, CH. (Hrsg.): International Vergleichende Sozialforschung und öffentliche Institutionen in Ost- und Westeuropa. Frankfurt a.M. 1984, S. 25-61.

ZAHLMANN, Ch. (Hrsg.): Kommunitarismus in der Diskussion. Eine streitbare Einführung. Berlin 1992.

ZALOZENIA długofalowej polityki edukacyjnej państwa ze szczególnym uwzględnieniem programu kształcenia na poziomie wyższym. MEN. Warszawa 1996.

ZALOZENIA programowo-organizacyjne liceum technicznego. MEN. Zespol Programowy liceum technicznego. Warszawa 1995.

ZALUSKA, M./BOCZON, J. (Hrsg.): Organizacje pozarządowe w społeczeństwie obywatelskim. Biblioteka Pracownika Socjalnego. Warszawa 1996.

ZAPF, W. (Hrsg.): Probleme der Modernisierungspolitik. Meisenheim a. Glan 1977.

ZAPF, W. (Hrsg.): Theorien des sozialen Wandels. 4. Aufl., Königstein/Ts. 1979.

ZAKRZEWSKA, J.: Grundprobleme einer polnischen Verfassung. In: Jahrbuch für Politik, 1 (1992), S. 109-134.

ZIELINSKA, K.: Trendy zmian kształcenia zawodowego w Polsce. In: HÖRNER, W./SZYMANSKI, M.S. (Hrsg.): Transformacja w oświacie a europejskie perspektywy. Warszawa 1998. S. 13-22.

ZIELINSKI, M.: Tym co żywia i bronia. Rolnictwo dokarmiane. In: Polityka vom 26.01.1995, S. 18.

ZIEMER, K.: Polens Weg in die Krise. Eine politische Soziologie der "Ära Gierek". Frankfurt a.M. 1987.

ZIEMER, K.: Auf dem Weg zum Systemwandel in Polen. I: Politische Reformen und Reformversuche. II: Vom "Runden Tisch" zur "IV Republik". In: Osteuropa 39 (1989) 9 und 11/12, S. 791-805 und 957-980.

ZIEMER, K.: Probleme des politischen Systemwechsels der Republik Polen. Eine Zwischenbilanz nach drei Jahren. In: Jahrbuch für Politik, 3 (1993) 1, S. 93-123.

ZIEMER, K./QUAISSER, W.: Polen: zwischen Schocktherapie und der Suche nach politischer Stabilität. In: ALTMANN, F.-L./HÖSCH, E. (Hrsg.): Reformen und Reformer in Osteuropa. Regensburg 1994.

ZIOLKOWSKI, M. (Hrsg.): Polacy wobec ladu postmonocentrycznego. ISP PAN Warszawa 1993.

ZIOLKOWSKI, M.: Pragmatyzacja swiadomosci spoleczenstwa polskiego. W: Kultura i Spoleczenstwo, 1994, Nr. 4, S. 11-27.

ZYMEK, B.: Das Ausland als Argument in der pädagogischen Reformdiskussion. Ratingen/Kastellaun 1975.

Persönliche Daten: Ewa Schmied geb. Dziedzic
 wohnhaft: Katharina-Friederich-Str. 41
 55129 Mainz-Ebersheim
 geboren: 15.03.1965 in Posen (Polen)
 Wohnort: bis 02/1987 in Warschau (Polen)
 Seit 03/1987 in Mainz

Schulbildung:

1971 – 1979	Grundschule in Warschau
1979 – 1983	Allgemeinbildendes Gymnasium in Warschau Erlangung der Allgemeinen Hochschulreife am 27.05.1983

**Hochschulausbildung
und Studienverlauf:**

10/1984 – 02/1988	Studium an der Pädagogischen Fachhochschule in Warschau
04/1988 – 10/1992	Studium der Erziehungswissenschaft an der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz
01.10.1992	Diplomprüfung in Erziehungswissenschaft an der Universität Mainz gemäß der Ordnung für die Diplomprüfung in Erziehungswissenschaft vom 25. Juni 1987. Abschluß als Diplom-Pädagogin mit der Gesamtnote „Sehr gut“
16.09.1994	Zusatzprüfung im Rahmen des Wahlpflichtfaches Sprachbehindertenpädagogik, gemäß §21 der Diplomprüfungsordnung in Erziehungswissenschaft an der Universität Mainz mit der Note „Sehr gut“

Berufstätigkeit:

07/1993 – 10/1998	Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Pädagogischen Institut der Johannes Gutenberg-Universität Mainz
seit 10/1998	Im Erziehungsurlaub

Zusammenfassung

Die Autorin analysiert in der vorliegenden Studie die wesentlichen Entwicklungen in der Sozialarbeit im Bedingungs-zusammenhang der Systemtransformationsprozesse nach 1989 in Polen. Neben der Umstellung des ökonomischen Systems von einer sozialistischen Planwirtschaft zu einer marktwirtschaftlichen Ordnung sowie dem Aufbau eines neuen, demokratischen politischen Systems bedeutet die Systemtransformation einen umfassenden Wandel der Sozialstruktur und der Kultur.

Die Gleichzeitigkeit der ökonomischen-, politischen-, und soziokulturellen Reformprozesse begründet die Einzigartigkeit der Systemtransformation in Polen. Eine weitere Besonderheit ist die Gleichzeitigkeit von Systemzusammenbruch und Systemaufbau. Daraus resultiert die Aufgabe der gleichzeitigen Bewältigung der anhaltenden Wirkungen des alten Systems und der Folgen der strukturellen Umstellung selbst. Diese spezifischen Bedingungen der polnischen Systemtransformation bewirkten eine rasche Zunahme sozialer Probleme, solcher wie die Verarmung breiter Teile der polnischen Gesellschaft und Massenarbeitslosigkeit. Sie stellen auch hohe Herausforderung an die Sozialpolitik und Sozialarbeit der Transformationszeit.

In der Arbeit werden die Probleme und die Lösungsansätze der polnischen Sozialarbeit auf der Ebene der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, der Ebene der Institutionen und Organisationsformen sowie auf der Interaktions- und Handlungsebene der Akteure dargestellt und reflektiert.

Am Beispiel der Entwicklungen der intermediären Nicht-Regierungsorganisationen (NRO) der polnischen Sozialarbeit wird die Auffassung vom Staat und das Staat - Bürger - Verhältnis im kommunistischen System sowie seine Neubestimmung in der postkommunistischen Phase thematisiert und einer kritischen Würdigung unterzogen.

Der Analyseschwerpunkt wurde auf die ersten Jahren der Systemtransformation (1989 -1995) fokussiert. Die historischen Voraussetzungen der Systemtransformation, insbesondere die kommunistische Vergangenheit, sowie die grundlegenden Reformperspektiven, wie die Aussicht der EU – Integration wurden berücksichtigt.